

De Watteville, Fillon, Schweri, Trump, Geissen im Circus Knie

DIE WELTWOCHEN

Nummer 13 – 30. März 2017 – 85. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Urs Rohner
Der CS-Präsident
verteidigt die Millionen-Boni



MARTINO MONA
Vor diesem Rechtsprofessor
wird gewarnt

HILFSWERKE
Töchterli-
Wirtschaft
bei der
Caritas

LIEBE
Bekenntnisse eines
Escort-Girls

HOLLYWOOD
Hommage an die
zeitlosen
Schönheiten

LEHRER IN NOT

Hunderte schlagen in Bern Alarm

Degussa



GOLD UND SILBER.



GOLD. DIE FESTE GRÖSSE IN EINER WELT DES WANDELS.

Wie entwickelt sich die US-Wirtschaft unter Trump? Welchen Einfluss werden mögliche Beschränkungen des Freihandels auf Europa haben? Und wohin steuern die Notenbanken? Keine Frage – die Welt ist in einem umfassenden Wandel. Fest steht jedoch: Gold ist die stärkste Währung seit 2001 vor Christus. Als grösster Banken unabhängiger Edelmetallhändler in Europa stellen wir mit Ihnen Ihr persönliches Portfolio zusammen. Alle Degussa Barren verfügen über eine Banken-Valorenummer. Gerne können Sie Ihre Wertanlagen auch in Ihrem Schrankfach bei uns lagern. Informationen und Online-Shop unter:

**DEGUSSA-
GOLDHANDEL.CH**

Verkaufsgeschäfte:

Bleicherweg 41 · 8002 Zürich
Telefon: 044 403 41 10

Quai du Mont-Blanc 5 · 1201 Genf
Telefon: 022 908 14 00



Wenn am 28. April die Aktionäre der Credit Suisse zu ihrer Generalversammlung zusammentreten, werden drei Themen besonders zu reden geben: der erneute milliardenschwere Verlust, die gleichzeitig grosszügige Vergü-



Zuversicht: CS-Präsident Rohner.

tung des Managements und der geplante Börsengang des Schweizer Geschäfts. Wer angesichts dieser Ausgangslage einen zerknirschten CS-Präsidenten erwartet, der wird eines Besseren belehrt. So ging es jedenfalls der *Weltwoche*-Wirtschaftsredaktion, die Urs Rohner am vergangenen Freitag zum Interview traf: Der Spitzenbanker gab sich zuversichtlich, dass die Credit Suisse bereits in diesem Jahr in die Gewinnzone zurückkehre. Ja, die Bank stehe so gut da, dass man sogar bei der Verselbständigung des Schweizer Geschäfts per Börsengang nicht mehr unter Zugzwang stehe. Alles bestens also? Nicht ganz. Beim Umbau der Bank bleibe viel zu tun, die Regulierung sei immer noch unberechenbar, und die Steigerung der Produktivität bleibe eine grosse Herausforderung. **Seite 36**

Ein guter Spion bleibt immer unbekannt, unentdeckt, im Schatten – das genaue Gegenteil eines schillernden Lebemannes vom Schlage eines James Bond. So betrachtet, war Artur Artusow der perfekte Agent. Es dauerte Jahre, bis seine Gegenspieler vom britischen Geheimdienst bemerkten, wer da so erfolgreich auf sowjetischer Seite operierte. Und sie zollten dem Profi Respekt. Bis heute kennt kaum jemand den Sohn eines Tessiner Käfers, der die Geheimdienste des Kremls aufbaute. Noch

KGB-Student Putin musste sein Standardwerk studieren. **Seite 60**

Vor kurzem hat der Kanton Zürich die Präsenzkontrollen in seinen Nothilfe-Unterkünften verschärft. Die Massnahmen haben zu scharfen politischen Diskussionen über den Umgang mit abgewiesenen Asylbewerbern geführt. Redaktor Alex Reichmuth hat Nothilfe-Heime in verschiedenen Kantonen besichtigt und erkundet, wie der Alltag der Bewohner verläuft. Er traf auf eine triste Realität. **Seite 32**

Zum hundertsten Geburtstag des Discount-Pioniers Karl Schwenk am 31. März gibt es viele Würdigungen, was die Frage aufwirft, warum es heute keine solchen Kämpfer mehr gibt. Zeitungen schreiben vom Denner-Chef als Tell, als Robin Hood im Einzelhandel, der NZZ-Verlag veröffentlicht zum Geburtstag eine Schwenk-Biografie von Karl Lüönd, das Magazin der Migros, die 2007 die Denner-Kette geschluckt hat, titelt, Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler sei Schwens Vorbild gewesen. Wer war Schwenk, der als junger Unternehmer eine fast aussichtslose Krankheitssituation überwunden hat, später gegen Lieferboykotte kämpfte, mit viel politischer Energie und mehreren Initiativen Verkrustungen im Handel aufbrach, mit der Discount-Kette Denner vielen das Leben billiger machte und schliesslich bei der Nachfolge seinen Sohn übergab und die Firma seinem Enkel Philippe Gaydoul übergab? Gaydoul selber beschreibt hier, wie er all das erlebte. Und *Weltwoche*-Autor Silvio Borner schildert, wie er seinerzeit an Schwens Seite gegen Bierkartell und andere Kungeleien kämpfte und wie man gemeinsam auch mondanne Veranstaltungen besuchte. **Seite 52**

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 310.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*), René Zeller (*Bundespolitik*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Alex Reichmuth, Markus Schär, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Christoph Landolt, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Linus Reichlin, Peter Ruch, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwanager, Sacha Verna (*New York*), Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Silvia Ramsay
Bildredaktion: Martin Kappler, Larissa Weber (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojaj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (*Leitung*)
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



Masterpiece of Intelligence.

Das neue E-Klasse Coupé.
www.mercedes-benz.ch/ecoupe

Mercedes-Benz
Das Beste oder nichts.



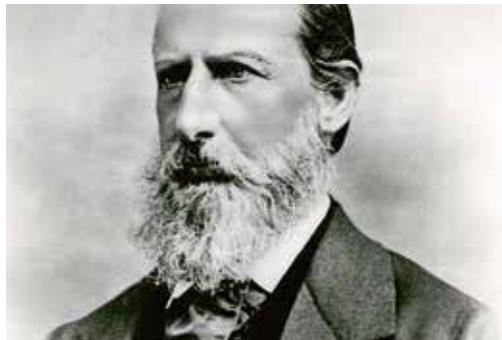
Migration: Mein Rezept

Welche Zuwanderung wollen wir für die Schweiz?

Von Roger Köppel

Wer die Grenzen einfach öffnet und die Zuwanderung nicht mehr selber kontrolliert, erntet Fremdenhass und nationalen Sozialismus. Unter nationalem Sozialismus verstehe ich hier nicht Hitlerismus, Judenmord und Weltkrieg, sondern eine verheerende Politik nationaler Abschottung und anti-liberaler Einsperrung der Wirtschaft, ein Rezept für den Untergang.

Wir beobachten es in der Schweiz bereits: Seit der Einführung der unseligen Personenfreizügigkeit vor zehn Jahren hat die ständige Wohnbevölkerung um rund 750 000 Personen



Dosierte Weltoffenheit: Unternehmer Nestlé ...

netto zugenommen, das sind fast zehn Prozent aller Einwohner. Die Invasion drückt die Immobilienpreise nach oben, überlastet die Infrastruktur, setzt den Arbeitsmarkt für Inländer unter Stress und laugt die Sozialwerke aus.

Der Überdruck von aussen erzeugt Unbehagen und Überregulierung im Innern. Klar: Wer seine Wohnung mit vollem Kühlschrank allen öffnet, erntet Dichtestress und eine überfüllte Küche. Wer nicht mehr an der Tür kontrolliert, muss im Innern mit Vorschriften und Verboten Ordnung schaffen.

Man kann nicht beides haben: offene Grenzen und freie Arbeitsmärkte; offene Grenzen und einen ausgebauten Sozialstaat. Die Einsicht stammt von Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman. Friedman allerdings war für die Grenzöffnung, weil er sich von ihr die Abschaffung des Sozialstaats erhoffte. Das ist weltfremd. Der Sozialstaat ist eine Errungenschaft, die wir nicht leichtfertig preisgeben sollten.

Die Debatte wird unehrlich geführt. Migrationsfantasten drohen mit der Moralismuskeule. Sie schimpfen alle, die Ordnung an den

Grenzen wollen, Fremdenhasser und Rassisten. Dabei sind sie es, die mit ihrer Masslosigkeit den Unmut produzieren. Überdies verschweigen sie, dass es ihnen nicht um Moral, sondern um handfeste politische oder wirtschaftliche Interessen geht.

Die Linken fordern fiebrig immer noch mehr Zuwanderung, weil ihnen die Wunderdroge dabei hilft, ihr sozialistisches Ziel der totalen Wirtschaftsregulierung durchzudrücken. Die Migrationsbegeisterten zur Rechten schielen ebenso eigennützig auf billige Arbeitskräfte im fast unerschöpflichen europäischen Reservoir. Beide sind bereit, die Interessen der Schweiz ihren eigenen Interessen zu opfern.

Tatsache bleibt: Masslose Zuwanderung schadet der Schweiz. Die wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Folgen wurden angesprochen. Hinzu kommen die unabsehbaren Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Staaten funktionieren, weil sich die Staatsangehörigen als loyale Gruppe verstehen. Deshalb sind sie bereit, eine gewisse Umverteilung zwischen den Einkommensklassen, den Generationen und den Kantonen hinzunehmen. Zu viele Ausländer, zumal aus fremden Kulturen, gefährden das empfindliche Gewebe der nationalen Solidarität.

Vor diesem Hintergrund müssen wir uns der Frage stellen: Welche Zuwanderung wollen wir? Die Schweiz ist von Natur aus arm. Sie kann sich keine Abschottung leisten. Aber auch keine Exklusivausrichtung auf die Kontinentalscholle Europa. Wir sind zur Weltoffenheit verdammt, übrigens seit Jahrhunderten. Es braucht Zuwanderung, aber dosiert und die richtige. Welche?

Die Personenfreizügigkeit war ein Versuch. Sie wurde mit Versprechen eingeflogen, die nicht zu halten waren. Statt netto 8000 kamen

Qualität ist nicht
unser Anspruch,
sondern eine Selbst-
verständlichkeit.

Ihre Privatklinik für Chirurgie und
individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.



jährlich 80 000 bis 100 000 Neuausländer in die Schweiz. Selbst in schwächeren Jahren sind es über 60 000. Ein kleines Land wird abgefüllt. Es ist kein Verbrechen, den Fehlentscheid zu korrigieren.

Die Politik macht aus der Personenfreizügigkeit eine Glaubensfrage, eine Religion. Dabei ist sie nur ein Instrument, das sich nicht bewährt hat. Wir brauchen ein besseres Instru-



... Tennis-Wunder Martina Hingis.

ment. Vor Jahrhunderten haben Zahnärzte noch mit Klemmzangen, Sägen und Hämmern operiert. Ist heute jemand dagegen, dass bessere, präzisere Werkzeuge erfunden wurden?

Die Personenfreizügigkeit muss weg. In der EU glaubt niemand mehr daran. Die letzten Gläubigen sitzen in Bundesbern. Ich bin dafür, dass wir auch bei der Zuwanderung nicht mehr hämmern und holzen, sondern massgeschneiderte Präzisionsinstrumente anwenden. Kann es darüber noch im Ernst Meinungsverschiedenheiten geben?

Ein amerikanischer Think-Tank formulierte kürzlich folgenden Vorschlag:

Man sollte sich bei der Einwanderung auf drei Personengruppen beschränken: auf Ehefrauen, Ehemänner und kleine Kinder von Staatsangehörigen; auf hochqualifizierte Talente, die in ihrem Fach zu den Besten gehören; auf die wenigen echten, an Leib und Leben bedrohten Flüchtlinge, denen vor Ort nicht geholfen werden kann. Nur sie sollen dauerhaft im Land bleiben und gegebenenfalls die Staatsbürgerschaft erlangen können.

Das ist vernünftig. Für diese Ziele liesse sich in der Schweiz beim Volk sogar eine Mehrheit finden, obschon es in der Politik nicht darauf ankommt, Mehrheiten zu finden, sondern das Richtige zu tun.

Merken es die Linken? Oder wollen sie es gar nicht merken? Mit ihrer moralisierenden Gutmenschenpolitik an den Grenzen zerstören sie am Ende ihre eigene grösste Errungenschaft: den Sozialstaat, den sie sichern sollten.

Ich bin für eine ehrliche Diskussion: Welche Zuwanderung wollen wir für die Schweiz? Kein Problem, wenn jemand meinen Vorschlag falsch findet, aber beenden wir die Scheindebatten. Legt die Karten auf den Tisch. Bessere Ideen sind willkommen.



Myanmars Ikone: Aung San Suu Kyi. Seite 48



Weltmesse der Branche: Baselworld. Seite 42



«Da ich im Arbeitsalltag sexuell aktiv bin, date ich privat nur selten Männer.»

Dunja-Rubina Hunziker: Seite 68

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
- 9 Kommentar Revolte der Lehrer
- 9 Im Auge Jorge Horacio Messi
- 10 Parteien FDP sei Dank
- 10 Volksabstimmung
Am Kern der Energie vorbei
- 11 Fernsehen SRG in Erklärungsnot
- 11 Klima Kalte Sonne
- 12 Personenkontrolle Rechsteiner,
Levrat, Badran, Annan, Ogi etc.
- 13 Nachruf Francesco Kneschaurek
- 20 Mörgeli
Phantom-Zahnärzte aus der EU
- 20 Bodenmann Le Pen: Moskau retour
- 21 Medien Lösungen sind keine Lösung
- 21 Die Deutschen Martins Segen
- 47 Trumps Woche

Inland

- 14 **Lehrer in Not**
Berner Lehrkräfte schlagen Alarm
- 16 **Zorn an der Basis** Alain Pichard
über die Entfremdung der Funktionäre
- 18 «**Dringender Handlungsbedarf**»
Eine Initiantin im Gespräch
- 22 **Jacques de Watteville**
Schweiz-EU: Kein Grund zum Jubeln
- 24 **Martino Mona** Ein Jurist fordert
ein Recht auf Einwanderung für alle
- 26 **Vergoldete Politiker** Üppige
Abfindungen für Regierungsräte
- 28 **Doppelpass-Debatte**
Umfrage unter Parlamentariern
- 29 **Asylwesen** Der Kinder-Joker
- 32 **Dicke Luft im Container**
Der Alltag abgewiesener Asylbewerber

- 34 **Töchterli-Wirtschaft bei der Caritas**
Der Direktor und seine Töchter
- 35 **Autokratische Allüren**
Der Fall Adrian Leimgrübler

Ausland

- 44 **Eine Messe für Fillons Auferstehung**
François Fillon schießt zurück
- 46 **Von Clinton lernen**
Amy Holmes über Trumps Schlappe
- 47 **Liebesgeflüster im Off**
Russia-Gate nimmt hysterische Züge an
- 48 **Die Heilige ist auch nur ein Mensch**
Aung San Suu Kyis Machtkampf
- 50 **Schicksalstage in Belfast**
Nordirland am Wendepunkt
- 51 **Russland** Der Rubel rollt

Interview

- 36 **«Grossteil der Boni bleibt gesperrt»**
Credit-Suisse-Präsident Urs Rohner
verteidigt seine Lohnpolitik

Wirtschaft & Wissenschaft

- 30 **Übertreibt die Schweiz die Demokratie?**
Buch von Ökonom Hans Rentsch
- 31 **Service public** Ode an die Post
- 40 **Nur das Beste für Bob Dylan**
Das Familienunternehmen Kudelski
- 41 **Erfindungen** Gübelins grüne Steine
- 51 **Zusammen gegen Gorillas**
Die Smartphone-App «Hater»
- 52 **Der letzte Tycoon**
Discount-Pionier Karl Schwenk
- 54 **Gemeinsam gegen Kuschelwirtschaft**
Erinnerungen von Silvio Borner
- 60 **Lenins Schweizer Super-Spion**
Die Karriere von Artur Artusow

Kultur & Gesellschaft

- 42 **Weniger ist mehr**
Die Baselworld ist 100 Jahre alt
- 62 **Hollywoods zeitlose Schönheiten**
Vier Schauspiel-Ikonen
- 64 **Amour fou**
Tom Kammers neuer Liebesroman
- 65 «**Niemand hat das verdient**»
Angehörige kritisieren «Nina & Tom»
- 66 **Harter Weg zur Zivilisation**
«Die Orestie» in Basel
- 68 **Aus dem Leben eines Escort-Girls**
Dunja-Rubina Hunziker, 32

Rubriken

- 58 **Ikone der Woche** Circus Knie
- 60 **Die Bibel** Reiche in die Hölle?
- 67 **Knorr** «The Other Side of Hope»
- 67 **Jazz** Al Cohn and Dexter Gordon
- 70 **Thiel** Hüben wie drüben
- 70 **Namen**
Der Schriftsteller und seine Muse
- 70 **Fast verliebt** Schlampe romantik
- 71 **Unten durch** Marrakesch
- 72 **Wein** Albert Mathier & Fils;
Cave du Rhodan Mounir
- 73 **Auto** McLaren 570GT
- 74 **Darf man das?/Leserbriefe**

EINE IKONE GEWINNT AN GRÖSSE



DIE NAVITIMER 46 mm

BREITLING BOUTIQUE

AUGUSTINERASSE 48

ZÜRICH



© Canadian Photo Adventures, Cam Fischer (Travel Alberta)



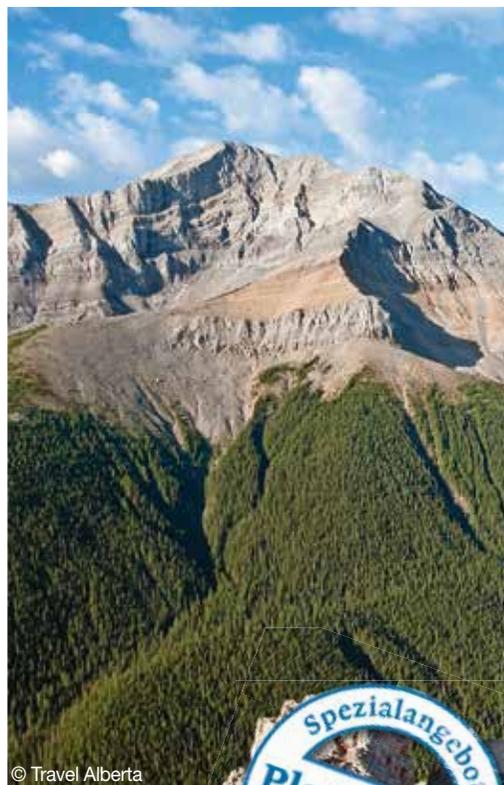
© Travel Alberta, Stevin Tuchiwsky @stevint



© Banff & Lake Louise Tourist, Paul Zizka (Travel Alberta)



© Travel Alberta, Sean Thonson



© Travel Alberta



British Columbia und Alberta Abenteuer Kanada

Glasklare Bergseen, majestätische Gletscher, Grizzlys und Wapitis – der Westen Kanadas ist ein Naturwunder. Auf unserer 14-tägigen Fernreise von Vancouver nach Victoria geniessen Sie die unvergleichliche Schönheit der Provinzen British Columbia und Alberta.

Vancouver, die junge Metropole des kanadischen Westens, stimmt Sie ein auf das bevorstehende Reiseabenteuer. Atemberaubend ist der Blick vom 1 231 Meter hohen Grouse Mountain. Sie tauchen ein in das pulsierende Leben auf Granville Island, das heute ein lebendiges Einkaufs- und Kulturviertel ist. Im Okanagan Valley degustieren Sie Topweine des Anbaugebietes. Sehenswürdigkeiten mit klangvollen Namen wie Banff, Jasper und Lake Louise zählen zu den weiteren Höhepunkten dieser Exkursion. Unberührte Landschaften, üppige Regenwälder, gigantische Berge: Auf der legendären Nationalparkroute erleben Sie die einzigartige Vielfalt der kanadischen Wildnis. Unvergesslich sind die Eindrücke auf der Fahrt durch die Rocky Mountains bis in den Skiort Whistler, den Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2010. In Lillooet packt Sie das Goldfieber, im Offroad-Bus geht es auf den Athabasca-Gletscher in eine Welt aus Schnee und Eis. Im beschaulichen Victoria erkunden Sie prachtvolle Gärten, Parks und historische Gebäude. Zum krönenden Abschluss haben Sie Gelegenheit, im pazifischen Ozean stolze Orcas und Buckelwale zu beobachten.

Reiseprogramm (Auszug):

- 1./2. Tag: **Flug nach Vancouver**
Stadtbesichtigung, Queen Elizabeth Park, Granville Island; Grouse Mountain (fakultativ)
- 3. Tag: **Kelowna und Kanadas Weine**
Okanagan Valley, Kanadas Top-Weinanbaugebiet; Degustation auf einem Gut
- 4./5. Tag: **Legendäre Nationalparkroute**
Mount Revelstoke-Nationalpark; Glacier- und Yoho-Nationalparks; Banff-Nationalpark; Valley of the Ten Peaks; Lake Louise
- 6. Tag: **Icefields Parkway, Athabasca-Gletscher**
Jasper-Nationalpark; Columbia Icefield
- 7. Tag: **Jasper und Maligne Canyon**
Yellowhead Highway; Kamloops
- 8./9. Tag: **Lillooet und Fahrt nach Whistler**
Goldrausch und weltbekanntes Skigebiet
- 10. Tag: **Parksville auf der Pazifikinsel**
Vancouver Island, Horseshoe Bay; Schifffahrt nach Nanaimo; Parksville
- 11./12. Tag: **Victoria und Giganten des Meeres**
Stadtbesichtigung; Whale Watching im Pazifik (Preis inkl. Schifffahrt Fr. 80.–)
- 13./14. Tag: **Rückreise und Ankunft in Zürich**

Platin-Club-Spezialangebot

14-tägige Kanada-Reise British Columbia und Alberta

Reisetermin: 8. bis 21. Juni 2017

Leistungen:

- Flug Zürich–Vancouver–Zürich
- Fahrten und Transfers im klimatisierten Reisebus
- Schifffahrten von Horseshoe Bay nach Departure Bay und von Swartz Bay nach Tsawwassen
- 12 Übernachtungen in Drei- bis Viersternehotels und -Lodges in Vancouver, Kelowna, Banff, Jasper, Kamloops, Whistler, Parksville und Victoria
- Täglich landestypisches Frühstück
- Weinprobe im Okanagan Valley
- Rundreise «Kanadas weiter Westen»
- Deutschsprechende Reiseleitung

Zusätzlich buchbare Ausflüge:

Blick vom Grouse Mountain, inkl. Gondelfahrt: Fr. 60.–
«Giganten des Meeres», inkl. Schifffahrt: Fr. 80.–
Verpflegungspaket Halbpension (12 Abendessen in den Hotels): Fr. 430.–

Spezialpreise:

Fr. 5 880.– pro Person im DZ
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 1 430.–

Anmeldung:

Buchen Sie Ihr Arrangement unter Telefon 091 752 35 20 oder per E-Mail an info@mondial-tours.com.
Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular über www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter:

Mondial Tours MT SA, Locarno, www.mondial-tours.de

www.weltwoche.ch/platinclub



Revolte der Lehrer

Von Philipp Gut — Lange haben sie jede Reform begrüsst. Doch jetzt merken die Lehrer, dass viele der hochgemuten Ideen in der Praxis nicht funktionieren. Darunter leiden auch die Schüler.



Jetzt bewegen sich die Fronten.

Wann hat es das zuletzt gegeben? Über Jahrzehnte schienen die Lehrer, ihre Ständesverbände und die kantonalen Bildungsdirektionen am selben Strick zu ziehen. Eine von oben initiierte Bildungsreform löste die nächste ab, und immer stiessen sie auf das Wohlwollen der Lehrerschaft und ihrer Exponenten. Die Neuerungen entsprachen dem pädagogischen Zeitgeist, vom «integrativen Unterricht» über das «frühe Fremdsprachenlernen» bis zum Vereinheitlichungsprojekt Harnos. Kritik kam deshalb selten von den Lehrern selbst. Wer sie von aussen an die Schule herantrug, stiess meist auf geschlossene Abwehrreihen. Doch jetzt bewegen sich die Fronten.

Die bunte Blase platzt

Über sechshundert Unterstufenlehrer haben beim grünen Berner Bildungsdirektor Bernhard Pulver eine Protestnote platziert (Seite 14). Sie könnten sich nicht mehr genügend um die einzelnen Schüler kümmern, lautet der Kernvorwurf. Das ist von entlarvender Ironie. Denn die Missstände, die die Lehrer nun lautstark beklagen, sind nicht zuletzt eine Folge der schulischen Integration. Diese sieht vor, dass auch behinderte oder verhaltensauffällige Schüler in den Regelklassen unterrichtet werden und dort jene «Aufmerksamkeit und Zuwendung» erfahren, die nach Aussage der

Berner Aufständischen nun nicht mehr gewährt werden kann. Darunter leiden nicht nur die ehemaligen Sonderschüler, sondern auch die normal- bis überdurchschnittlich begabten Kinder. Das Chaos in den Schulzimmern bremst die Entwicklung aller.

Die regenbogenfarbige Blase platzt, in der viele Lehrer geschwebt haben. Auch die integrative Schulung haben die meisten von ihnen begrüsst. Allerdings hat der Kanton Bern bei deren Einführung geschummelt. Eine entsprechende Umfrage bei den Lehrern sei manipulativ ausgelegt worden, schildern Betroffene. Neun von zehn Fragen seien allgemein gefasst gewesen, nur eine habe sich konkret darauf bezogen, ob der integrative Unterricht eingeführt werden solle. In diesem Punkt seien viele schon damals skeptisch gewesen, doch aus den positiven Antworten zu den restlichen Fragen habe man eine überwältigende Zustimmung gezimmert.

Was den Lehrern das Arbeiten so schwer macht, ist die fehlende Freiheit – etwas, was diesen Beruf früher attraktiv machte. Der Bieler Lehrer und bekannte Reformkritiker Alain Pichard spricht von einer «massiven Übersteuerung» des Schulsystems (Seite 16). Die Klassenzimmer sind zu permanenten Laboratorien immer neuer Moden und Methoden geworden, zudem steigt die Belastung durch bürokratische Auflagen, aber auch durch das besonders bei Lehrerinnen beliebte Teilzeitmodell samt Jobsharing.

Die Not vieler Lehrer ist inzwischen so gross geworden, dass sie sich gegen ihre eigenen Verbandsoberen wenden. Deren Nähe zur politischen Macht habe sie blind gemacht für die Verhältnisse an der Basis, kritisiert Pichard. Auch diese Entfremdung ist neu.

Natürlich ist übermässiges Jammern fehl am Platz. Verglichen mit den Belastungen in manchen Jobs der Privatwirtschaft, haben es die Lehrer immer noch gut. Doch es ist richtig, dass die müden Witze über die «Ferientechniker» der Vergangenheit angehören. Die Einsicht hat sich durchgesetzt, dass die Lehrer unter oft schwierigen Bedingungen eine noble Aufgabe für die Gesellschaft erfüllen. Wollen sie sich künftig nicht wieder selbst an der Nase nehmen müssen, bleibt ihnen nur eines: ihren Freiraum zu verteidigen, auch und gerade gegen ihre realitätsfernen Kollegen in Verbänden und Verwaltung.

Mehr zum Thema: Seite 14, 16

Vater, Täter



Jorge Horacio Messi, Ruhmverwalter.

Die Gerüchte überschlagen sich: Verlässt Lionel Messi, 29, den FC Barcelona? Weshalb spielt ausgerechnet er so nachtwandlerisch abwesend in der Traumpartie gegen Paris Saint-Germain? Schon eine Zeitlang hatte sich der Argentinier unerklärlicherweise auf dem Platz immer wieder erbrochen. Ausgeschlossen scheint, dass der Welt bester Fussballer das geringelte Sträflingstrikot überstreifen wird. Aber am 20. April, zwischen dem Champions-League-Spiel gegen Juventus und dem «Classico» gegen Real Madrid, wird er vor dem Berufungsgericht sitzen, und die 21 Monate Gefängnis werden wahrscheinlich bestätigt. Nur absitzen muss er sie nicht, weil nicht vorbestraft. Das gilt auch für seinen Vater und Manager Jorge Horacio Messi, der ihn ins Schlamassel des Steuerbetrugs, rund 4 Millionen Euro, geritten hat.

Papa Messi konnte als Fabrikarbeiter in Rosario, wohin seine italienischen Vorfahren 1883 ausgewandert waren, die Behandlungskosten für die Wachstumsstörung des kleinen Leo, monatlich 900 Dollar, nicht aufbringen, auch wenn Mama Celia María putzen ging. Also kratzte er alle Ersparnisse zusammen und flog mit seinem Zauberzweig nach Barcelona und liess ihn dort vorspielen wie einst Vater Mozart bei Hofe das kleine Wolferl. Die Talentsucher von Barça waren hingerissen, der Vertrag wurde noch beim Essen auf die Papierserviette gekritzelt. Heute ist Messi weit über 200 Millionen schwer. Als schlauer Hausvater schenkte sich Papa Jorge die üblichen 10 Prozent Tantiemen für einen gefräßigen Agenten und liess sich nach Tarif von einer Anwaltskanzlei beraten. Mit dem Ruhm des Sprösslings wuchs auch sein Ego ins Unermessliche. Das kollaterale Wunderkind-Syndrom: Vater Peter Graf hielt sich für ebenso grossartig wie seine kleine Tennis-Steffi und landete als Steuerbetrüger hinter Gittern.

In Rosario, wo auch Che Guevara in die Weltgeschichte aufbrach, ist das bescheidene Haus an der Calle Primero de Mayo ein Wallfahrtsort geworden. Es gehört immer noch Jorge Horacio Messi, ist aber unbewohnt und zerfällt.

Peter Hartmann

FDP sei Dank

Petra Gössi ist glücklich. Eine Meinungsumfrage zeige, dass einzig die FDP das Volk vertritt.



Glasklare Schlüsse: FDP-Chefin Gössi.

Schwach erinnern wir uns: Das Stimmvolk sagte am 9. Februar 2014 Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Danach verständigten sich FDP und SP im Parlament darauf, den Verfassungsauftrag nicht umzusetzen. Doch wie erklärt man das dem Volk?

Also: Man ermuntere den Branchenverband Interpharma, bei Claude Longchamp eine Meinungsumfrage zu ordern. Deren Ergebnisse publiziere man in der *NZZ am Sonntag* und flankiere sie mit Applaus aus der *Economiesuisse-Küche* («Schweizer Bevölkerung unterstützt MEI-Umsetzung»). Involviert in das PR-Netzwerk wird auch die FDP, die jubilieren darf: «Das Volk will die Bilateralen.»

Der Strauss von europapolitischen Fragen, die den 2500 Befragten vorgelegt wurden, ist nur bedingt repräsentativ. Ein Beispiel: Eruiert wurde, dass 58 Prozent eine Kündigung der Personenfreizügigkeit ablehnen würden. Doch Longchamp relativiert: «Da noch kein Initiativtext vorliegt, lassen sich daraus kaum Schlüsse ziehen.»

Das hindert FDP-Präsidentin Petra Gössi nicht daran, glasklare Schlüsse zu ziehen. Einzig der Freisinn verteidige den bilateralen Weg, während alle anderen Parteien Zweifel angemeldet hätten. Die FDP sei damit als «letzte konsequente Verteidigerin der Bilateralen klar auf dem richtigen Weg».

Abgesehen davon, dass neben der FDP auch CVP, BDP, Grünliberale, EVP und Grüne den bilateralen Weg favorisieren, ist Gössis faktenarme Lobhudelei auch sonst peinlich. Wer das Volk vertreten will, sollte Volksentscheide nicht negieren. Und wer Meinungsumfragen höher gewichtet als Volksabstimmungen, sägt am direktdemokratischen Baum. Glasklar ist eigentlich nur: Wenn die plumpste politische Selbstbeweihräucherung im Jahr 2017 zu küren ist, hat die FDP die Nase vorn. René Zeller

Am Kern der Energie vorbei

Von Alex Reichmuth — Vor der Abstimmung über das Energiegesetz streiten sich Gegner und Befürworter über Kosten. Dabei vergessen sie den wichtigsten Punkt: Unsere Stromversorgung ist gefährdet.

Für eine vierköpfige Familie kostete es nur 40 Franken mehr pro Jahr. Das behaupten die Befürworter des neuen Energiegesetzes, das den Atomausstieg ermöglichen soll. Die SVP, die das Referendum ergriffen hat, spricht hingegen von 3200 Franken mehr. Ferien lägen dann nicht mehr drin. Die riesige Differenz kommt vom Röhrenblick, den die Befürworter einnehmen. Sie fokussieren auf die unmittelbaren Kosten der Vorlage. Konkret soll die Stromabgabe für erneuerbare Energie von 1,5 auf maximal 2,3 Rappen pro Kilowattstunde steigen. Das bedeutet für eine Familie nur wenige Franken mehr pro Jahr. Die Gegner aber erinnern an die übrigen Massnahmen, um die Energiestrategie 2050 des Bundes umzusetzen: eine kräftig erhöhte CO₂-Abgabe auf Heizöl, eine markante Verteuerung des Benzins, zudem höhere Produktpreise wegen teurerer Industrieprozesse. Will der Bund wie angestrebt den Energieverbrauch pro Kopf um 43 Prozent verringern, wird das eine Familie mit Sicherheit jährlich Tausende Franken kosten.

Bundesrat und Parlament haben getrickt, um die Kosten tief erscheinen zu lassen: Sie präsentieren dem Volk jetzt nur die eher schmerzlosen Pläne, die für ihre Energieziele nötig sind. Die Massnahmen aber, die wirklich ins Geld gehen, wie eine Lenkungsabgabe, blenden sie aus. So ist der Nationalrat kürzlich gar nicht auf eine Debatte über ein Klima- und Energielenkungssystem eingetreten. Eine halbe Energiewende umzusetzen, ist aber genauso sinnlos, wie eine halbe Brücke zu bauen: Will man Atomstrom loswerden und den Verbrauch fossiler Brennstoffe drastisch senken, müsste die Strategie zu Ende gedacht sein. Nur wenn die Totalkosten bekannt sind, kann das Volk einen weisen Entscheid treffen.

Keine Alternative zu Gaskraftwerken

Und doch geht die Kostendiskussion am wichtigsten Punkt vorbei. Denn wirklich harte Massnahmen im Energiebereich wird die Stimmbevölkerung kaum je gutheissen. Benzinpreis auf fünf Franken pro Liter erhöhen? Ölheizungen verbieten? Die Landschaft mit Windrädern zupflanzen? Keine Chance an der Urne! Das Volk hat schon die vergleichsweise harmlose Erhöhung des Vignettenpreises auf hundert Franken bachab geschickt.

Mit Sicherheit kommt aber der Tag, an dem das letzte Kernkraftwerk vom Netz geht. Dann müssen fast 40 Prozent des Stroms aus anderen Quellen in die Haushalte und Fabriken fliessen.

Im Winter sind es sogar über 50 Prozent. Den Bau neuer AKW will aber angesichts der breiten Opposition niemand vertreten. Selbst die SVP, die die Option Atom lange verteidigt hat, will nichts mehr davon wissen. Sie redet zwar von möglichen moderneren AKW-Typen. Dass diese bis in zwanzig oder dreissig Jahren bereitstellen, glaubt aber kein Mensch.

Doch was sind die Alternativen? Wind- und Solaranlagen liefern in ruhigen, dunklen Wintertagen kaum Strom. Die Lücke mittels Speichern zu überbrücken, ist ebenso aussichtslos – dazu fehlt schlicht die Technik. Die Wasserkraft hat nur begrenztes Ausbaupotenzial. Auf Importe zu setzen, wäre hochriskant. Die Nachbarländer haben im Winter schon heute selber zu wenig Strom. Nüchtern betrachtet, bleibt nur der Bau von Gaskraftwerken im grossen Stil. Wer nein sagt zur Atomkraft, müsste konsequenterweise ja sagen zu Gas oder sogar Kohlestrom. Doch diese Wahrheit ist unbequem. Niemand will sie benennen, auch die SVP nicht. Fossile Energie hat einen miserablen Ruf. Angesichts der langen Planungs- und Bauzeiten müsste die Stromversorgung der Zukunft aber heute an die Hand genommen werden. Es passiert nicht. Und so schlittert die Schweiz auf einen Notstand zu. Egal, ob das Volk das Energiegesetz annimmt oder ablehnt.



Unbequeme Wahrheiten: Staumauer Mutensee.

SRG in Erklärungsnot

Von René Zeller — Noch ist unklar, wann die «No Billag»-Initiative vors Volk kommt. Die SRG hat ihre Gegenkampagne bereits gestartet. Mit Gebührengeldern?

Das Konzeptpapier mit dem Titel «Politische Agenda SRG SSR 2017ff» war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Die Zeitung *Schweiz am Wochenende* hat den Inhalt des fünfzehnteiligen Dokuments trotzdem publiziert. Mit gutem Grund: So wird transparent gemacht, wie die öffentlich-rechtliche SRG die Volksinitiative «No Billag» bekämpfen will.

Die Enthüllung belegt: Die SRG zieht alle Register, um die Initiative zu bodigen. Angeführt von Generaldirektor Roger de Weck, will die nationale Rundfunkanstalt eine multimaximale Allianz schmieden. Von Bundesrat, Parlamentariern und Kantonsregierungen über Wirtschaftsverbände (Economiesuisse, Bauernverband, Schweiz Tourismus) und Sportorganisationen (Schwingerverband, Swiss Olympic) bis zur Bischofskonferenz soll Beistand kommen. Alle Institutionen, die nicht mit «No Billag» sympathisieren, sollen für die SRG weibel.

Der vierköpfige SRG-Stosstrupp, der den rätromanischen Namen «Trafögl» (Kleeblatt) trägt, richtet mit der grossen Kelle an. Die Kampagne ist im Februar gestartet worden, unmittelbar vor der Ständeratsdebatte. Und obschon die «No Billag»-Initiative in der Kleinen Kammer null Support fand, bleiben de Weck & Co. zittrig. Im Nationalrat droht Gegenwind und allenfalls ein Gegenvorschlag.

Polieren mit Epiney

Notwendig sind auch schlüssige Antworten auf die Frage, wie die SRG ihren Abwehrkampf finanziert. Über das Kampagnenbudget gibt das «Trafögl»-Konzeptpapier keinen Aufschluss. Auf Anfrage verweigerte auch die SRG-Medienstelle präzisierende Auskünfte.

Fest steht: Es ist unzulässig, dass die gebührenfinanzierte SRG nicht transparent macht, wie sie ihren Schlachtplan bezahlt. Und es wäre skandalös, wenn Gebührengelder für einen Abstimmungskampf zweckentfremdet würden.

Vor der gleichen Problemstellung standen vor zehn Jahren die Krankenversicherer. Der Branchenverband Santésuisse räumte vor dem Urnengang vom 11. März 2007 über eine Einheitskrankenkasse ein, dass er Prämienfelder im Umfang von mehreren Millionen Franken für den Abstimmungskampf verwende. Die Staatsrechtsprofessoren René Rhinow (Basel) und Regula Kägi-Diener (St. Gallen) legten darauf in einem Gutachten dar, die Verwendung von Prämien aus der obligatorischen Krankenversicherung in diesem Umfang sei weit überrissen und missbräuchlich. Die Rechtsgelehrten erinnern



Alle Register: Rundfunk-Chef de Weck.

ten daran, die Willensbildung sei in erster Linie politischen und gesellschaftlichen Kräften vorbehalten. Die Krankenversicherer hätten sich als parastaatliche Organisationen zurückzuhalten. Und die intransparente Verwendung von Prämienfeldern sei erst recht unzulässig.

Ob obligatorische Krankenkassenprämien oder obligatorische Rundfunkgebühren: Die Analogie ist offenkundig. Es erstaunt deshalb, dass die Enttarnung des SRG-Drehbuchs bisher kaum Wellen geschlagen hat. Von Medienministerin Doris Leuthard, die im Ständerat die Volksinitiative als «Schuss ins Knie» gezeisselt hat, würde man erwarten, dass sie von der SRG mehr Transparenz und Augenmass einfordert. Es wäre zudem nicht falsch, wenn wenigstens der Nationalrat in Kenntnis gesetzt würde, wie die voluminöse «Trafögl»-Kampagne finanziert wird.

Noch herrscht Mattscheibe. Derweil wird auf den SRG-Kanälen munter Eigenwerbung gesendet. Besuchstage in Leutschenbach werden propagiert, Moderator Sven Epiney huscht zu diesem Zweck lächelnd über den Bildschirm, eifrig wird die Service-public-Fassade poliert. Es scheint, als seien all die multiplen PR-Massnahmen dem «Trafögl»-Papier entsprungen. Wo die von der SRG geforderte Ausgewogenheit endet und wo der Missbrauch von Gebührengeldern beginnt, darf nicht unklar bleiben.

Es ist die Sonne

Von Markus Schär — Schweizer Studie: Nicht der Mensch, die Sonne erwärmt das Klima.

Mit der Leistung von hundert Millionen Kernkraftwerken strahle die Sonne auf die Erde ein, betonte Jürg Beer, als die führenden Schweizer Forscher im September 2013 den neuen Bericht des Weltklimarates IPCC vorstellten. Der Experte von der Eawag, dem Wasserforschungsinstitut (!) der ETH, sprach über den Einfluss der Sonne auf die Klimaänderungen; er sah aber darüber hinweg, dass sich auf seinen Grafiken die Schwankungen der Sonnenaktivität und der Temperaturen über die Jahrhunderte auffallend deckten. Denn der IPCC dekretiert seit je: Ob die Sonne stärker oder schwächer scheint, beeinflusst das Klima nicht.

Schwankungen endlich verstehen

Und jetzt das: «Einfluss der Sonne auf den Klimawandel erstmals beziffert», meldete der Schweizerische Nationalfonds am Montag. Ein Team des Physikalisch-Meteorologischen Observatoriums Davos sowie von Eawag, ETH und Uni Bern schätzte aufgrund von «aufwendigen Modellrechnungen» den Beitrag der Sonne zu den Temperaturänderungen und fand dabei einen «signifikanten Effekt». Wenn sich die Sonnenaktivität wie erwartet abschwächt, dürfte sich das Erdklima um 0,5 Grad abkühlen – das ist wenig, aber mehr als die Hälfte der 0,8 Grad, um die sich das Erdklima seit dem 19. Jahrhundert angeblich besorgniserregend erwärmt hat. Und vor allem stellte Projektleiter Werner Schmutz fest, die Schwankungen der Sonnenaktivität seien «der einzige Ansatz, um die natürlichen Klimaschwankungen der letzten paar tausend Jahre zu verstehen».

Wie bitte? Fritz Vahrenholt, vorher Umweltpolitiker, Windkraft-Unternehmer und Weltklimarat-Experte, gab vor fünf Jahren mit dem Geologen Sebastian Lüning das Buch «Die kalte Sonne» heraus. «Die Sonne befand sich in den letzten Jahrzehnten in einer ihrer aktivsten Phasen der vergangenen 10 000 Jahre», stellten die beiden Wissenschaftler fest: Die Erde genoss ein «Grosses Solares Maximum» wie um das Jahr null und das Jahr 1000 – als ein ebenso günstiges Klima herrschte wie heute. Und das Duo sagte bis 2035 wegen der schwachen Sonnenaktivität eine Abkühlung um ein halbes Grad voraus. Laut Wikipedia wurden diese Thesen in der Fachwelt aber «einhellig verworfen».

Jetzt kommen Schweizer Forscher «erstmal» zur Erkenntnis, dass sich der Klimawandel nur mit der Sonnenaktivität erklären lässt. Das ist eine solche Sensation, dass *Tages-Anzeiger*, *NZZ* und *Blick* natürlich nicht darüber berichteten.

Personenkontrolle

Rechsteiner, Levrat, Badran, Annan, Ogi, Dreifuss, Calmy-Rey, Burkhalter, Walter, Guzzella, Marti, Wiesner, Kim Jong Un, Gumbrecht, Hildebrand, Bestgen, Berset, Honegger, Leuthard, Schumer, Califano, Carter, Trump

Fast schon generalstabsmässig zieht die Linke alle PR-Register, um die im Parlament durchgeboxte AHV-Ausbau-Reform zu bewerben. Gewerkschaftschef **Paul Rechsteiner** (SP) drillt seine Dachorganisation und die gewerkschaftlichen Zweigstellen publikumswirksam auf Kurs. SP-Präsident **Christian Levrat** will mit einer parteiinternen Urabstimmung seine Genossen auf Rentenausbau trimmen. In einem Massen-Mailing ermuntert Levrat eine unbestimmte Zahl von Adressaten, an der Urabstimmung teilzunehmen. Der Rundbrief ist offenkundig auch an zahllose Noch-nicht-Genossen gerichtet. Kein Problem, schreibt Levrat. Wer sich bis zum 2. April per Knopfdruck als SP-Mitglied einschreibe, sei urabstimmungsberechtigt. (rz)

Sie nennt sich Ökonomin als lic.rer.publ.HSG, aber davon merkt man wenig, wenn sich Nationalrätin **Jacqueline Badran** (SP) über ihr Lieblingsthema aufregt: die «Wohnungsnot», vor allem in Zürich. Ein Twitterer gab ihr deshalb zurück: «Wenn sich mehr Menschen um den gleichen Wohnraum balgen, wird's teuer. Hast du nicht mal Ökonomie studiert?» Und die Nationalrätin putzte ihn ab: «Nur hat das Angebot mit der Nachfrage Schritt gegangen. Messbar an der Leerwohnungsziffer. Informier dich statt Klugsch ...» Auf die Gefahr hin, auch der Klugscheisserei bezichtigt zu werden: In der nicht-alternativen Ökonomie führen steigende Preise gerade dazu, dass das Angebot mit der Nachfrage Schritt hält (wie das in nicht-alternativem Deutsch heisst). Sieht das Reglement der HSG eigentlich auch den Entzug von Titeln vor? (sär)

Kofi Annan, gewesener Uno-Generalsekretär, ist ein bekennender Freund der Schweiz. Schade findet Annan nur, dass die Uno weiterhin nicht bereit sei für eine Uno-Generalsekretärin. Die Eidgenossenschaft sei da anders, vertraute er der *Schweiz am Sonntag* an. «Ihr hattet einige aussergewöhnliche Frauen im Bundesrat, ich denke da an **Ruth Dreifuss** oder **Micheline Calmy-Rey**.» Welche Schweizerin könnte sich Kofi Annan denn als Uno-Generalsekretärin vorstellen? Er denke, so der Frauenförderer, **Didier Burkhalter** (FDP) wäre eine gute Wahl gewesen. (rz)



Nackte Haut: Bestgen, Bundesrat Berset.



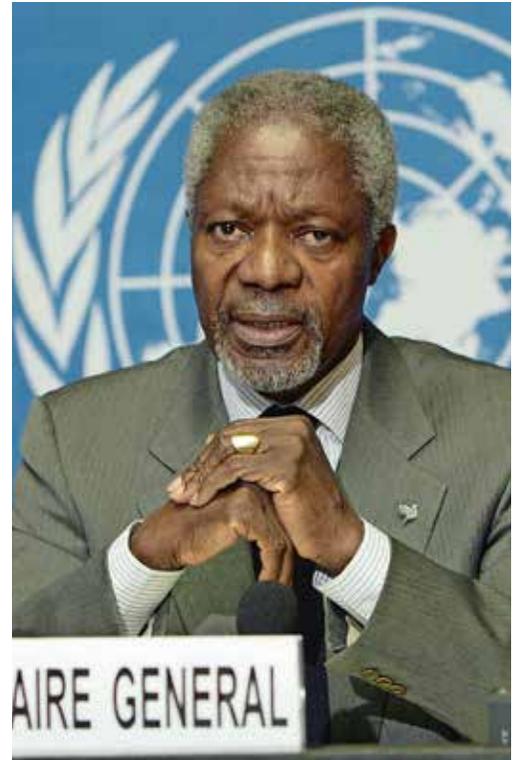
Alternatives Deutsch: Nationalrätin Badran.



Desinteresse: Nationalrätin Marti.



Generalstabsmässig: Levrat, Rechsteiner.



Geschlechterfragen: Diplomat Annan.

Zum Dreissigjahrjubiläum der *Sonntagszeitung* erinnerten sich einige Journalisten, so Wissenschaftsredaktor **Nik Walter**, an «das langweiligste Interview aller Zeiten». Er durfte im Dezember 2012 «L.G., den neuen Rektor der ETH Zürich», interviewen. Und er bekam das lebendige Gespräch «bis zur Unkenntlichkeit entstellt» zurück, sogar mit umgeschriebenen Fragen. Dazu ist festzustellen: **Lino Guzzella**, heute Präsident der ETH, äusserte sich vor seinem Aufstieg durchaus freimütig. «Ohne Energie ist es ein lausiges Leben», sagte er beispielsweise in einem Referat bei *Avenir Suisse*: Die Entwicklungsländer hätten deshalb auch das Recht, ihre Kohlevorräte zu nutzen. Aber wegen so ketzerischer Gedanken drohte ihm die Exkommunikation durch die Energie- und Klimaforscher der ETH, von denen auch die Wissenschaftsredaktoren der *Sonntagszeitung* getreulich jedes Wort aufschreiben. (sär)

Abtreibungen, besonders die späten, seien für die Betroffenen ein Horror. Mit diesem mitten aus dem Leben gegriffenen Befund hat die *Weltwoche* in ihrer letzten Ausgabe den Nerv der Zeit

getroffen. Auf Twitter gingen die Wogen hoch. Aber nicht etwa aufgrund der beschriebenen Praktiken, sondern weil es jemand gewagt hatte, das Thema nüchtern und aus Sicht des medizinischen Fachpersonals zu beschreiben. «Ist das ein Mann, der den Fötus wegwirft?», versuchte sich SP-Nationalrätin **Min Li Marti** in plakativem Desinteresse. Und **Michael Wiesner**, Kommunikationschef von *Economiesuisse*, ereiferte sich auf seinem privaten Twitter-Konto: «Und nächste Woche exklusiv in der *Weltwoche*: **Kim Jong Un**: Vorbild einer ganzen Generation». Was er mit dem auf allen Ebenen schiefen Vergleich aussagen wollte, präziserte Wiesner nicht. (fsc)

Das Interesse war gross, was bei diesem Thema kein Wunder war: «Amerika, hast du es (immer noch) besser?», wollte das Schweizerische Institut für Auslandsforschung der Uni Zürich von seinem Gastredner **Hans Ulrich Gumbrecht** wissen. Der Romanist und Professor für Komparatistik an der amerikanischen Eliteuniversität Stanford weiss, wovon er spricht. Schliesslich lebt der gebürtige Deutsche schon seit 28 Jahren

in den USA, zur Jahrtausendwende wurde er US-Bürger. In die Zukunft sehen konnte der *Weltwoche*-Gastautor zwar auch nicht, aber er war sich sicher, dass den USA tiefgreifende kulturelle Umwälzungen bevorstehen. (ky)

Wenn man einen Bundesrat im Fernsehen interviewt, sollte man nicht gleichzeitig seine grossflächig tätowierten Arme in die Kamera halten. In diesem Sinne kommentierte TV-Kritiker **René Hildebrand** auf *Persönlich.com* ein Interview der Fernsehfrau **Bettina Bestgen** («Glanz & Gloria») mit Bundesrat **Alain Berset** (SP). «Wenn ich Kriegsbemalung sehen mag», so Hildebrand, «dann schaue ich mir einen Indianerfilm an». Das wiederum rief «10 vor 10»-Moderator **Arthur Honegger** auf den Plan. Unter dem gönnerhaften Motto «Stay who you are, girl!» bekannte dieser: «Bettina Bestgen hat viel schönere Tattoos als ich.» Was nun allerdings die Frage aufwirft, warum Honegger seine eigenen Tattoos noch nie in «10 vor 10» produziert hat, während er mit **Doris Leuthard** (CVP) sprach. Entweder steht es um die Ästhetik von Honeggers Tätowierungen tatsächlich nicht zum Besten – oder er teilt gar insgeheim die von Hildebrand formulierten Bedenken: Nackte Haut, zumal bemalt, lenkt vom Inhalt ab. (fsc)

Chuck Schumer, Führer der Demokraten im US-Senat, rastete aus: Am Nebentisch beim Italiener Sette Mezzo an New Yorks Upper East Side entdeckte er Bekannte: **Joseph Califano**, Minister bei **Jimmy Carter**, und dessen Ehefrau **Hilary**. Das Problem: Die Gattin hatte ihre Stimme Donald Trump gegeben – was Schumer lauthals dem ganzen Restaurant mitteilte. «Die da hat Trump gewählt», schrie er und deutete mit zitternder Hand auf die Frau. Selbst als die Califanos das Lokal verliessen, folgte ihnen der Senator auf die Strasse, wo sich sein Wutausbruch fortsetzte. Die Pasta wurde kalt. (ky)

Nachruf



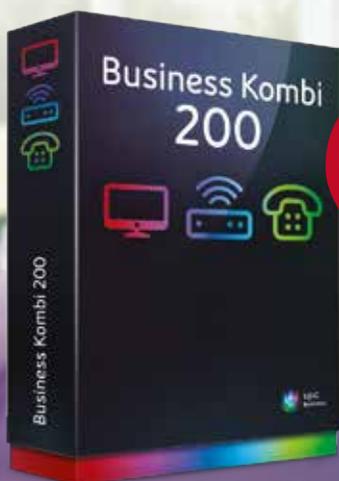
10-Millionen-Schweiz: Ökonom Kneschaurek.

Francesco Kneschaurek (1924–2017) — Am Tag nach seiner stillen Abdankung noch fand sich sein Name im Nachruf für einen Gemeindepräsidenten, der auf die frühen Siebzigerjahre zurückschaute: «Man befand sich schweizweit im Schock der Kneschaurek-Prognose.» Diese sagte angeblich voraus, im Jahr 2000 lebten in der Schweiz zehn Millionen Menschen. Und jede Gemeinde im Land – angestachelt vom Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung der ETH, das für die Voraussage eiferte – plante ihre Strassen und ihre Kanalisation für die gemäss dieser Prognose hochgerechnete Einwohnerzahl.

Kaum ein Ökonom kam in der Schweiz je zu solcher Bekanntheit wie Francesco Kneschaurek, der Sohn eines Hoteliers mit Kärntner Wurzeln aus Lugano. Seinen Namen in der Akademie machte er sich als Professor für Aussenwirtschaft an der Hochschule St. Gallen, vor allem auch als Rektor ab 1966, der das Gespräch mit den rebellischen Studenten suchte. Seinen Ruf als (Fehl-)Prognostiker aber handelte er sich als Beauftragter des Bundesrates für Perspektivstudien ein – und er haderte damit, seit 1973 die überhitzte Konjunktur einbrach (weshalb die Schweiz im Jahr 2000 nur gut sieben Millionen Einwohner zählte).

Vergeblich erklärte der leutselige Ökonom, der bis ins hohe Alter als Barpianist brillierte, wie er seine Zukunftsforschung verstand, gestützt auf ein breites interdisziplinäres Wissen, ein sicheres Urteilsvermögen und ausreichend Fantasie: Sie liefere keine «langfristige Wetterprognose», sondern die Grundlagen für eine faktengestützte Debatte über die Wege in die Zukunft. Und nur vertraulich erzählte er, wem er seinen Ruf verdankte: Finanzminister Nello Celio schief bei der Präsentation im Bundesrat, setzte aber zwei Wochen später bei einem Vortrag in St. Gallen die «Kneschaurek-Prognose» in die Welt. Danach diente der Zukunftsforscher jahrzehntelang Provinzpolitikern als Sündenbock für ihre Planungsfehler. «Es haut mir gelegentlich den Nuggi raus», stöhnte der Forscher über die Fehlprognose, für die er unfreiwillig stand, aber er fand sich damit ab: «Wie ein rüudiger Hund läuft sie mir nach bis zu meinem Tod.» *Markus Schär*

Dynamik braucht Wechsel: die neue Business Kombi 200.
Schnellstes Internet. Kristallklare Telefonie. Brillantes TV.



Nur 109.–
pro Monat

Modem
kostenlos



upc.ch/business | Zur Überholspur
044 577 77 99



Die Schule brennt

Von Christoph Mörgeli und Harry Malt (Illustration) — Berner Lehrerinnen und Lehrer der Unterstufe schlagen beim Erziehungsdirektor Alarm. Hunderte sind frustriert und berufsmüde. Viele erleben die Schule angesichts der zu verarbeitenden Reformflut als ständiges Gebastel. Abhilfe ist nicht in Sicht.

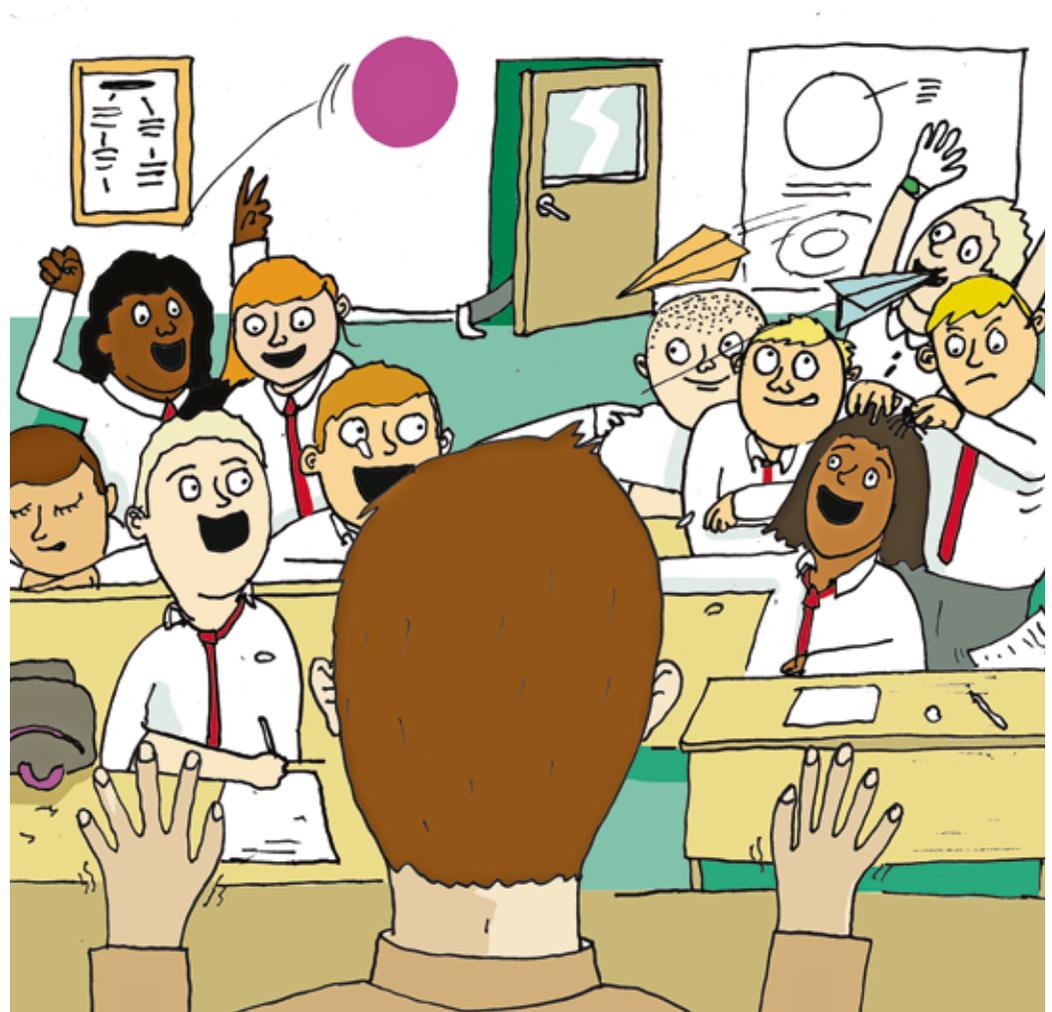
Die Resonanz der Betroffenen war gewaltig, doch das öffentliche Echo blieb bescheiden. Überraschend viele Lehrpersonen der Unterstufe haben einen offenen Brief an den Berner Erziehungsdirektor Bernhard Pulver unterzeichnet: «Wir, bernische Lehrerinnen und Lehrer, haben genug!» Ursprünglich von der Unterstufenkonferenz der Schule Rüti in Ostermundigen ausgegangen, entwickelte sich der Protest zu einer eigentlichen Lawine: «Jedes Kind hat das Recht auf Aufmerksamkeit und Zuwendung der Lehrperson. In der aktuellen Situation können wir dies nicht mehr gewährleisten.»

Stein des Anstosses bildet der Integrationsartikel (Art. 17) des kantonalen Volksschulgesetzes, der seit August 2010 in der Praxis, ähnlich wie in vielen andern Kantonen, vorschreibt, dass möglichst alle Kinder in derselben Klasse unterrichtet werden – auch und gerade solche mit «besonderen Bedürfnissen». Grundsätzlich werden seither Schülerinnen und Schüler, die spezielle pädagogische Massnahmen benötigen, in einer Regelklasse unterrichtet. Abweichungen von diesem Grundsatz müssen speziell begründet werden. Jede einzelne Schule hat ein Konzept zu definieren, wie sie diese Schüler mit Zusatzaufwendungen integrativ unterrichten will. Und zwar im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.

Ob diese finanziellen Grundlagen überhaupt vorhanden sind, scheinen sich die Bildungspolitiker bei ihren schön tönenden Integrationsmodellen zu wenig überlegt zu haben. Die den Schulen explizit zugestandene «Teilautonomie» hat für die Betroffenen einen ausgesprochen schalen Beigeschmack, wenn die finanziellen Ressourcen fehlen.

Eine «Schule ohne Ausgrenzung» wird zum leeren Schlagwort.

Eine «Schule ohne Ausgrenzung» – ehemals auch für die Lehrpersonen eine verführerische Idee – wird so zum leeren Schlagwort. Was als umfassende Bildung und Förderung ohne sozialen Ausschluss gedacht war, könnte nun das exakte Gegenteil bewirken und die Ausgrenzung zeitlich einfach nach hinten verschieben und damit zusätzlich verteuern: Es kommt zu einer nachschulischen Rundumbetreuung von Jugendlichen, die ihr Leben nicht bewältigen können und in die Verwahrlosung abdriften.



Am Limit.

Auch die Einführung von Harmos findet im öffentlichen Aufschrei der Berner Unterstufenlehrer spezielle Erwähnung. Diese Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule ist heftig umstritten und wurde in sieben Kantonen abgelehnt und in einem Kanton sistiert. Die frühe obligatorische Einschulung und die damit verbundene Umgestaltung des Kindergartens und mehr noch die zunehmende Verstaatlichung der Kindererziehung zu Lasten der Eltern, aber auch die Aneignung hoheitlicher Aufgaben durch demokratisch nicht genügend legitimierte Gremien wie die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) stossen auf heftige Ablehnung. Der damit verbundene Lehrplan 21, welchen die Berner Protestierenden ausdrücklich gutheissen, geht nach Ansicht vieler Kritiker weit über den Verfassungsauftrag der Harmonisierung hinaus. Befürchtet wird wegen der Vereinheitli-

chung von Lehrerausbildung und Lehrmitteln eine einseitige ideologische Beeinflussung. Als besonders stossend empfinden die Gegner die Bestrebungen im Bereich der Sexualerziehung, des Geschlechterverständnisses, das voreingenommene Erklären von Wirtschaft und Politik, des Konsumverhaltens und von Umweltanliegen.

Stolperstein Migration

Der Schulalltag in seiner dramatisch zunehmenden Komplexität ist jedenfalls nicht nur im Kanton Bern Grund genug für einen Alarm. Wenn die Integration nicht schon beim Schulstart gelingt, wird sie später immer schwieriger. Und vor allem da hapert es gewaltig. Zwar betonen die Lehrer, dass die Kinder insgesamt zunehmend Schwierigkeiten bereiten; dass dabei aber auch die «kulturellen Hintergründe [Kriegstraumata etc.]» eine Rolle spielen, wird nicht ausgeblendet.

Als Beispiel für die Wirklichkeit des Schulalltags diene die bernische Gemeinde Kehrsatz, vor noch nicht allzu langer Zeit ein typisches Bauerndorf – mit heute gut 4000 Einwohnern. Hatte dort eine Klasse vor zwanzig Jahren noch ein bis maximal zwei ausländische Kinder, bilden die Migranten heute durchgehend die Mehrheit. Wie das «Chäsitzer Schulbüchlein 2015/2016» von Schulleitung und Schulsekretariat in Bild und Text belegt, besteht etwa der Kindergarten Dorf aus 17 Kindern, wobei lediglich 5 einen einheimischen Namen tragen. Im Kindergarten Hagwiese sind es 6 von 17, im Mätteli 9 von 20. In der zweiten Klasse A der Primarschule Dorf haben von 19 Kindern 11 einen Migrationshintergrund, in der Klasse B sind es 10 von 18. Ab der dritten Unterstufenklasse finden sich Mädchen, die ihren Kopf verhüllen. In der Oberstufe von Kehrsatz sind die Verhältnisse noch extremer: Bei der Klasse 8C Selhofen weisen einzig die Nachnamen Daniel und Etter auf eine schweizerische Herkunft hin; die 10 Mitschüler scheinen praktisch ausnahmslos aussereuropäische Migranten zu sein. Bei der Klasse 9C dürfte höchstens ein Viertel der 16-köpfigen Schülerschaft einen Schweizer Elternteil haben. Ob die Lehrer auch diesbezüglich irgendwann Klartext reden, bleibt abzuwarten.

Zwar bietet das bernische Schulsystem einen Spezialunterricht und gewisse Sondermassnahmen an. Mit dem Projekt «Pool 2» können seit 2011 Kinder und Jugendliche mit Asperger Syndrom, schweren Wahrnehmungsstörungen und/oder schweren Störungen des Sozialverhaltens im Kindergarten und in der Volksschule gefördert werden. Doch angesichts des Geldmangels stehen immer weniger Lektionen zur Verfügung. Die «SOS»-Lektionen und andere Massnahmen bezeichnen die Berner Lehrerinnen und Lehrer als «Flickwerk», das mehr Unruhe als Entlastung in die Klassen bringe. «Heute» – so hält der Lehrerprotest deutlich fest – «leidet die Mehrheit der Gruppe, da auffällige Kinder zu viel Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen.» Dass angesichts solcher Zustände begabte und hochbegabte Kinder nicht mehr genügend gefördert werden können, liegt auf der Hand und ist ebenfalls Gegenstand der Klagen.

Diese «unhaltbare Situation» im Schulalltag führe zu massiven Mehrkosten für den Kanton und für die Gemeinden. 10 bis 15 Prozent der Schulabgänger beenden ihre obligatorische Schulzeit mit einem Misserfolg und finden – wenn überhaupt – nur mit aufwendiger zusätzlicher Betreuung einen Platz in der Gesellschaft, nicht zu reden von der Arbeitswelt. Zu viele Lehrpersonen erzeugen gemäss Ber-

ner Appell wegen Krankheit Kosten im Gesundheitswesen; wegen Frustration vieler Lehrerinnen und Lehrer und nachfolgender Aufgabe ihres «Traumberufs» gingen zusätzlich erhebliche Ausbildungskosten verloren. Die Vertreter der Lehrerbasis an der Unterstufe wollen ausdrücklich, dass die Berner Schule eine gute Schule bleibt: «Nur eine Gesellschaft, die für die Kinder das Beste zur Verfügung stellt, ist eine gute Gesellschaft.» Lediglich dann,

Nach Problemen an den Oberstufen rückt jetzt die Unterstufe in den Brennpunkt.

wenn der Schulalltag für alle verbessert werde, bleibe der Lehrerberuf attraktiv. Der Lehrplan 21 sei zwar eine dazu geeignete Grundlage, doch gipfelt das Berner Unterstufenmanifest in der Forderung nach zusätzlichem «Teamteaching».

Reformflut als ständiges Gebastel

Als «ersten Schritt» verlangt der offene Brief von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver, dass das Betreuungspensum im ersten Zyklus, den Kindergarten und die ersten zwei Primarklassen umfassend, «in schwierigen Situationen» auf eineinhalb Stellen angehoben wird. Nur so könne die Betreuung «aller» Schülerinnen und Schüler besser gewährleistet werden. Konkret hiesse dies, dass zwei pädagogisch ausgebildete Personen praktisch durchgehend im Schulzimmer zur Verfügung stünden. Die 806 Berner Unterstufenlehrer fordern von der Erziehungsdirektion eine schriftliche Stellungnahme und erste konkrete Schritte bereits im folgenden Schuljahr, also ab August 2017.

Bei der Übergabe des offenen Briefes liess sich zwar Erziehungsdirektor Pulver entschuldigen, doch nahm Erwin Sommer als Vorsteher des Amtes für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB) das Anliegen entgegen. Som-

mer betonte, dass zusätzliche Unterstützung bei Bedarf und auf Antrag geleistet werden könne, eine 150-Prozent-Betreuung für alle Kindergärten und für die ersten beiden Unterstufenklassen aber unrealistisch sei. Amtsvorsteher Sommer konnte dabei als Vertreter der links-grün geführten Direktion vom Politisieren nicht ganz lassen: Er verwies ausser auf die gegenwärtige Finanzlage des Kantons vor allem auf die bestehenden «politischen Mehrheiten», welche «leider» den Forderungen der Unterstufenlehrer entgegenstünden.

Auch in andern Kantonen legen Umfragen nahe, dass speziell bei den Unterstufenlehrern Frust und Überforderung dramatische Ausmassen annehmen. Nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand kommt zum Ausdruck, dass die grosse Zahl an Kindern mit mangelnden Deutschkenntnissen den Alltag enorm erschwert. Erschreckend viele Lehrerinnen und Lehrer sind am Limit. Betonten verschiedene Studien bisher vor allem die Probleme an den Oberstufen, rückt jetzt auch die Unterstufe in den Brennpunkt. Der von den Lehrern unterstützte Integrationsgedanke bringt es mit sich, dass heute auch geistig behinderte Kinder mit entsprechendem Mehraufwand zu betreuen sind. Der Alltag gestaltet sich wegen unzähliger Abklärungen und Absprachen über Sprachförderung, Logopädie und andere sonderpädagogische Massnahmen enorm kompliziert, anstrengend und zermürbend, wobei gerade die Aufteilung des Unterrichts aufgrund zunehmender Teilzeitarbeit dazu beiträgt.

Die Lehrkräfte beklagen vor allem die enorme Unruhe im Klassenzimmer als Folge der Mehrfachbetreuung, die sie gleichzeitig aber nicht missen mögen. Es ist nachvollziehbar, wie anspruchsvoll die Vermittlung der Grundlagen in Lesen, Schreiben und Rechnen für zwanzig Kinder mit völlig unterschiedlicher Begabung und Herkunft sein muss. Hinzu kommt in den meisten Schulhäusern ein akutes Raumproblem.

Und nicht zu unterschätzen sind die steigenden Ansprüche der Eltern für ihr «Projekt Kind», die oft anmassend-fordernde Züge annehmen. Parallel zu dieser Überbetreuung und Überforderung ist in manchen Elternhäusern eine zunehmende Verwahrlosung zu beklagen: Gewisse Kinder wachsen ohne Tagesstrukturen und ohne genügende Aufmerksamkeit auf und werden oft genug sogar krank in die Schule geschickt. Viele Lehrerinnen und Lehrer erleben die Schule angesichts der zu verarbeitenden Reformflut als ständiges Gebastel. Die Bildungsrevolution der letzten Jahre frisst offenbar nicht nur ihre Kinder. Sondern auch ihre Lehrer. ○



Migranten bilden die Mehrheit: Schulklasse im Kanton Bern.



Essay

Zorn an der Basis

Die Lehrkräfte sind die Leidtragenden einer massiven Übersteuerung des Schulsystems. Ihnen werden immer mehr Aufgaben aufgebürdet, deren Notwendigkeit umstritten ist. Die Ursache der Fehlentwicklung liegt an den Funktionären.
Von Alain Pichard

Im Jahr 1977, kurz vor meiner Patentierung zum Berner Primarlehrer, besuchte uns Moritz Baumberger, der damalige Zentralsekretär des Bernischen Lehrervereins (BLV), um uns davon zu überzeugen, seinem Verband beizutreten. Der überzeugte Sozialdemokrat sass auch im Grossen Rat, präsidierte dort die Bildungskommission und durfte sich eines Verbandes rühmen, welcher einen sagenhaften Organisationsgrad von 98 Prozent der Lehrkräfte aufwies. Er konnte, wenn eine Gemeinde nicht nach seiner Pfeife tanzte, die Stelle sperren, was es den dortigen Verantwortlichen unmöglich machte, eine Lehrerstelle neu zu besetzen.

Einen solchen Verband konnte man nicht ignorieren. Wenn Baumberger mit etwas nicht zufrieden war, telefonierte er dem jeweiligen Erziehungsdirektor, ass mit ihm zu Mittag, und die Sache war erledigt.

Moritz Baumberger wurde pensioniert, und mit dem Verband ging es bergab. Der Abstieg beschleunigte sich mit der Finanzkrise des Kantons Bern in den späten Neunzigern. Der Staat stand kurz vor der Pleite und musste mehrere Sparpakete schnüren, welche die Lohnentwicklung der Lehrkräfte bremsten, deren Kaufkraft senkten und die Arbeitsbedingungen markant verschlechterten.

Kampf ums eigene Überleben

So verfügte die Regierung eine Halbierung des Wahlfachangebots, beschloss weit über 200 Klassenschliessungen, schaffte die Familienzulagen ab, führte Kursgelder für die Lehrkräfte ein, kürzte die Stipendien, strich mehrere Jahre den Teuerungsausgleich, verkürzte die Gymnasialzeit um ein Jahr, kürzte die fünfjährigen Treueprämien und strich die Überbrückungsrente für vorzeitige Pensionierungen.

Sie erhöhte die Arbeitszeit der Lehrkräfte um eine Lektion, beteiligte die Lehrerschaft an der Sanierung ihrer Pensionskasse mit happigen Beitragserhöhungen, strich den alljährlich gesicherten Erfahrungsanstieg und senkte die Lektionenzahl der Primarstufe um zwei Einheiten. Gymnasien wurden zusammengelegt und Bildungsinstitutionen geschlossen. Gleichzeitig bürdete man den Lehrkräften immer mehr Aufgaben auf. Allein die administrativen Arbeiten haben in den letzten zehn Jahren enorm zugenommen. Ein kompliziertes und umständli-



Zickzackkurs mit Folgen: Lehrerverbandspräsident Zemp, Berner Bildungsdirektor Pulver.

ches Beurteilungsverfahren, vorgeschriebene Präsenzzeiten, rekursichere Dokumentationen, mit grossem Aufwand verbundene Disziplinar massnahmen, Mitarbeit an zahllosen Konzepten, gesteigerte Sitzungskadenz, eine vorgeschriebene Anzahl von Elterngesprächen, Netzgespräche und die Koordination mit zahllosen Fachinstanzen beanspruchen die Zeit der Lehrkräfte über alle Massen.

Sie sind die Leidtragenden einer massiven Übersteuerung unseres Schulsystems, deren Akteure mit immer neuen Impulsen ihr eigenes Überleben zu sichern versuchen. Lehrkräfte

sind heute keine Beamten mehr, sie sind öffentlich-rechtliche Angestellte, denen auch gekündigt werden darf.

Der BLV wie auch die Lehrerverbände in den anderen Kantonen waren von dieser Entwicklung völlig überfordert. Ihnen fehlte schlicht das gewerkschaftliche Know-how, um diesem imposanten Abbau sozialer Errungenschaften zu begegnen. Aber die Rolle der Personalverbände fällt bei vertiefter Analyse noch um einiges brisanter aus. Ohnmächtig angesichts der Sparmassnahmen, gebärdete sich der BLV wie eine pädagogische Hochschule und waltete als

Steigbügelhalter für Bildungsreformen, deren Notwendigkeit nicht gegeben und deren Effekt nicht garantiert waren, deren Kosten aber ins Unermessliche wuchsen.

Politisierte Berufsverbände

Die Leitungen des Lehrerverbandes kannten in ihrem politischen Handeln nur die Quantität. Lohnerhöhungen? «Unbedingt!» Arbeitszeitverkürzung? «Auf jeden Fall!» Harnos? «Nur zu!» Tagesschulen? «Ein Muss!» Begabtenförderung? «Von uns aus!» Qualitätskontrollen? «Super!» Neues Beurteilungssystem? «Wunderbar!» Frühfranzösisch? «Brauchen wir!» Frühförderung? «Dringend nötig!» Stützkurse? «Es kann nicht genug davon geben!» Kleinere Klassen? «Das Wichtigste überhaupt!» Junior Coaching? «Bitte sehr!» Case Management? «Klar doch, wir sind ja modern!» Lehrplan 21? «Fantastisch!» Professionalisierung der Schulaufsicht (eine der teuersten Reformen überhaupt)? «Völlig einverstanden!» Messung von überfachlichen Kompetenzen? «Grandios!» Integrationsartikel? «Sehr wichtig!» Elternmitsprache? «Eine Riesensache!» Die Computerisierung? «Eine unbedingte Notwendigkeit!»

Mit anderen Worten: Das mühsam eingesparte Geld wurde an anderen Orten wieder ausgegeben, unter gütiger Mithilfe der Lehrerorganisationen. Es mutet daher geradezu wie ein Witz an, wenn unsere Verbände das Jammern vom Bildungsabbau und der Sparhysterie anstimmen. Die Bildungsausgaben wachsen, ja sie explodieren förmlich. Gespart wird vor allem in der Praxis.

Die Ursache dieser Fehlentwicklung ist insbesondere in der Entfremdung der Funktionäre von der Basis zu suchen. Die Berufsverbände sind heute vollständig politisiert. Kaum im Amt, wollen die Funktionäre in ein Parlament gewählt werden. Die Berufsverbände sind heute Sprungbretter für politische und verwaltungstechnische Karrieren. Die Folgen dieser Verban- delung mit der Politik sind offensichtlich:

1 — Permanente Nähe zur politischen Macht; Identifikation mit dem Politsystem; Ideologisierung statt Pragmatismus; stetes Bemühen um politische Resonanz in eigener Sache, spricht: die Sicherung der Wiederwahl.

2 — Das wiederum führt zur Praxisferne, weshalb die Verbände in den letzten zehn Jahren die zum Teil absurdesten Reformen mittrugen und erst durch den Aufstand der Basis zurückgepiffen wurden.

3 — Für diese Basis wird es zunehmend schwierig, sich Gehör zu verschaffen, da sie weitgehend von den Entscheidungsprozessen in der Schulentwicklung ausgeschlossen wird. Vernehmlassungen finden unter enormem Zeitdruck in den oberen Etagen der Verbände statt, ein Einbezug der Basis mit breitangelegten Meinungsfindungsprozessen kommt kaum mehr vor.

Exemplarisch ist das Verhalten des Schweizer Lehrerverbands (LCH) beim Frühfremdsprachenkonzept. Der Dachverband befürwortete die Idee, auf der Primarstufe zwei Fremdsprachen unterrichten zu lassen, formulierte aber Gelingensbedingungen, die finanziell völlig utopisch waren: Teamteaching, kleinere Klassen und anderes.

Heute, da viele Lehrerverbände vor Ort erkennen, dass das Frühfremdsprachenkonzept gescheitert und kein Jota der vom Verband geforderten Massnahmen umgesetzt worden ist, will der LCH von seinen damals formulierten Forderungen nichts mehr wissen. Im Gegenteil: Geschäftsleitungsmitglied Samuel Zingg fällt der Basis mit einem Rundbrief, in welchem er sich gegen die Zürcher Fremdspracheninitiative ausspricht, in den Rücken.

Der Zorn der Basis ist verständlich. Permanent haben unsere Verbände das unsägliche Prinzip des Bestellens von Leistungen, ohne da-



für die entsprechenden Mittel bereitzustellen, mitgetragen, und wenn die Lehrer sich nun dagegen wehren, werden sie von ihren Verbänden noch diffamiert.

Auf die Spitze trieb es die Chefetage des LCH mit ihrem wirbligen Präsidenten Beat Zemp. Dieser wird zwar von den Medien immer noch weitherum als oberster Lehrervertreter wahrgenommen und entsprechend portiert, aber in der Basis nimmt der Unmut zu.

Unvergessen ist sein Slalomkurs in Sachen Lehrplan. Am 26. Juni 2013, anlässlich der Präsentation des Lehrplans 21, meinte er: «Der neue Lehrplan ist ein Meilenstein und bringt der Schule entscheidende Fortschritte.» Am 22. November 2013 mahnte er: «Der Lehrplan 21 ist überladen und muss abgespeckt werden.» Kurz darauf (23. 12. 13) unterschrieb er die sogenannte BNE-(Bildung für nachhaltige Entwick-

lung-)Charta und meinte: «Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ist es von zentraler Bedeutung, BNE im Lehrplan 21 entsprechend zu berücksichtigen.»

Solche unüberlegten Zickzackkurse entstehen zurzeit in einer besonderen Ambiance, wie die *Sonntagszeitung* in ihrer letzten Ausgabe berichtete. Die realitätsfremden Positionspapiere werden jeweils in Fünfsternehotels ausgeheckt, nachzulesen im Facebook-Eintrag eines Geschäftsleitungsmitglieds, welches entzückt die Bilder des Fünfgangmenüs postete. Der Dachverband, der seit mehreren Jahren mehr ausgibt, als er einnimmt, lässt es sich gutgehen. Um seine Löhne und Entschädigungen macht er ein Geheimnis, nicht einmal langjährige Mitglieder dürfen erfahren, wie viel Herr Zemp verdient.

Das hat Folgen. Gestandene Lehrkräfte, die zu 100 Prozent angestellt sind, wenden dem Verband den Rücken zu, jüngere treten gar nicht erst ein. Die beiden Oberstufenzentren, von denen das lehrplankritische Memorandum «550 gegen 550» ausging, zählen zusammen an die sechzig Lehrkräfte. Nicht einmal zehn sind noch eingeschriebene Mitglieder eines Berufsverbands.

Von Taktgebern zu Pappkameraden

Die Verbandsverantwortlichen suchen indessen unverdrossen die Nähe zur Macht. Wenn ich Ende April in Solothurn an einem Podium meine kritische Position zum Lehrplan 21 darlegen darf, tritt mir der Solothurner Erziehungsdirektor Remo Ankli entgegen. Assiiert wird er – dreimal dürfen Sie raten – vom Präsidenten des LCH, Beat Zemp. Das Gleiche wird Ende Juni in Bern passieren. Dort wird der Bildungsdirektor Bernhard Pulver mit uns diskutieren. An seiner Seite eine noch zu bestimmende Vertreterin des BIBE.

Ach ja, das habe ich vergessen: Der ehemalige BLV und vorübergehende LEBE (Lehrerinnen und Lehrer Bern) heisst jetzt BIBE. Das ist die Abkürzung für «Bildung Bern». Die neueste Namensänderung soll dem an Mitgliederschwund leidenden Verband Neuzugänge aus unterrichtsfernen Berufsgruppen bescheren (Schulpsychologen, Schulsozialarbeiter etc.).

So schliesst sich der Kreis – allerdings mit einem entscheidenden Unterschied: Zu den Zeiten, als der Zentralsekretär des BLV, Moritz Baumberger, noch die Nähe zur Macht suchte und fand, galt er als Taktgeber. Die heutigen Vertreter der Personalverbände haben mehr die Rolle der Pappkameraden, schliesslich sitzt man ja in einem Boot.

Der Witz, der in Lehrerkreisen zirkuliert, ist bezeichnend: «Wenn Bernhard Pulver bei strahlendem Wetter das Fenster aufmacht und sagt, es regne, stellt BIBE dasselbe fest!»

Alain Pichard ist Lehrer und Gemeindepolitiker (GLP) in Biel und einer der profiliertesten Kritiker der Reformen im Bildungswesen der letzten Jahre.

«Dringender Handlungsbedarf»

Die Initiantinnen von der Unterstufenkonferenz der Schule Rüti in Ostermundigen lösten mit ihrem offenen Brief ein enormes Echo aus. Nun hoffen sie auf das Pilotprojekt «Teamteaching». Wir haben uns mit Mitautorin Annemarie Müllener unterhalten.



Es brauche mehr Personal.

Welches waren die Reaktionen von Öffentlichkeit und Behörden auf Ihren offenen Brief?

Das grosse Medienecho auf unseren offenen Brief an Erziehungsdirektor Bernhard Pulver hat uns überrascht und sehr gefreut. Auch die Reaktion der Erziehungsdirektion ist genau das, was wir uns gewünscht haben: Wir werden ernstgenommen und können nun in Zusammenarbeit mit Herrn Sommer intern an Lösungen weiterarbeiten.

Warum ging Ihr offener Brief von Ostermundigen aus? Haben sich die Probleme in Ihrer Schulgemeinde speziell zugespitzt?

Seit der Einführung des Integrationsartikels und von Harmos sind wir im 1. Zyklus (Kindergarten und erste zwei Unterstufen) immer wieder mit sehr schwierigen Klassen konfrontiert. Deshalb haben wir uns entschlossen, endlich etwas zu unternehmen. Zudem wollten wir überprüfen, ob auch an anderen Orten ähnliche Erfahrungen gemacht werden. In Absprache mit unserem Berufsverband Bildung Bern haben wir uns in einem ersten Schritt zum offenen Brief entschlossen.

Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass sich Ihrem Aufruf nicht weniger als 806 bernische Unterstufenlehrerinnen und -lehrer angeschlossen haben?

Der Umstand, dass so viele Lehrpersonen aus über hundert Schulen aller deutschsprachigen Regionen des Kantons den Brief unterzeichnet haben, zeigt uns deutlich, dass an vielen Orten dringender Handlungsbedarf besteht.

Inwiefern stellen sich die von Ihnen genannten Probleme bei der Unterstufe gleich wie beziehungsweise anders als bei den nachfolgenden Schulstufen?

Die Probleme mit der Integration gibt es nicht nur im 1. Zyklus. Wir hatten auch Rückmeldungen von Lehrpersonen aus dem 2. Zyklus (dritte bis sechste Primarschule), die sich ebenfalls mehr Teamteaching in schwierigen Klassen wünschen.

Welche Rolle spielen Kinder mit Migrationshintergrund bei den von Ihnen genannten Schulproblemen?

Das Problem stellt sich nicht speziell bei Kindern mit Migrationshintergrund! Lernschwierigkeiten, auffälliges Verhalten und Erziehungsdefizite treffen wir in allen sozialen Schichten und Kulturen an.

Haben die Lehrpersonen den Integrationsgedanken, der nun zu grossen Schwierigkeiten führt, nicht allzu lange selber aktiv mitgetragen?

Es gibt für uns keine Alternative zur Integration! Dies wäre eine Separation, und eine solche ist kein gangbarer Weg. Vielmehr

geht es darum, wirkliche Integration von allen Kindern möglich zu machen, indem die personellen Ressourcen da angemessen aufgestockt werden, wo es schwierig ist.

Können Sie uns Beispiele schildern, die eine einzelne Lehrperson überfordern?

Es gibt eine breite Palette von auffälligem Verhalten, und ein oder zwei hier beschriebene Einzelfälle würden das Gesamtbild verzerren. Es gibt so viele Verhaltensmuster wie Schülerinnen und Schüler. Wichtig ist, darauf adäquat zu reagieren, was nur möglich ist, wenn wir das Kind kennen und eine Beziehung zu ihm aufgebaut haben. Diese Arbeit kann letztlich nur von pädagogischen Fachkräften geleistet werden.

Halten Sie angesichts Ihres konkreten Schulalltags den Integrationsartikel und Harmos für gescheitert?

Nein, für uns ist weder der Integrationsartikel noch Harmos gescheitert! Vielmehr zeigt sich seit der Einführung, dass diese nur mit mehr personellen Ressourcen umgesetzt werden können, sollen nicht die leistungsfähigen und lernwilligen Kinder zu kurz kommen. Zudem gilt dies für uns auch für den Lehrplan 21. Auch diesen werden wir nur mit mehr Teamteaching erfolgreich umsetzen können!

Glauben Sie, es wären neben dem zusätzlichen Teamteaching und entsprechenden Stellenaufstockungen auch andere Massnahmen hilfreich?

Nein, für uns gibt es keine echten Alternativen zum Teamteaching. Wir kennen hier im Kanton Bern die Klassenhilfen, das Win-3-Projekt sowie Zivildienstleistende und helfende Eltern. Sie alle können – trotz gutem Willen – keine pädagogisch ausgebildeten Fachpersonen ersetzen. Zudem bringen zu viele Bezugspersonen oft mehr Unruhe als Unterstützung in die Klassen.

Was erwarten Sie jetzt konkret von Seiten Ihrer vorgesetzten Behörden?

Wir haben bekommen, was wir erwartet haben: Wir werden ernst genommen. Wir können nun in Zusammenarbeit mit der Erziehungsdirektion als Übergangslösung bis zu mehr Teamteaching ein Projekt weiterbearbeiten. Wir prüfen, wie wir die bestehenden Ressourcen im Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern anders einsetzen können. Wir hoffen, damit im neuen Schuljahr starten zu können.

Die Fragen stellte Christoph Mörgeli

MS EUROPA

Einzigartigkeit in ihrer schönsten Form



Die Antwortkarte ist bereits weg? Kein Problem: Weiter unten erfahren Sie, wie Sie mit uns in Kontakt treten können.



Auf den Schiffen von Hapag-Lloyd Cruises werden persönliche Reiseträume wahr: Wie wäre es mit der EUROPA, Ihrer schönsten Yacht der Welt. Das Luxussschiff wurde bereits zum 17. Mal in Folge vom renommierten Berlitz Cruise Guide mit der Höchstnote 5-Sterne-plus* ausgezeichnet. Genießen Sie die perfekte Kombination aus individuellem Service und exklusiven Programmen, exzellenter Küche und eleganter Ausstattung. Und wohin es Sie auch zieht – immer ist schon der Aufenthalt an Bord ein ebenso luxuriöses wie aussergewöhnliches Erlebnis.

Mehr im Reisebüro und unter 0800 444004 (gebührenfrei) • www.hl-cruises.ch • [f/hl.cruises](https://www.facebook.com/hl.cruises)

*Lt. Berlitz Cruise Guide 2017.



HAPAG ¹⁸/₉₁ LLOYD
CRUISES

Phantom-Zahnärzte aus der EU

Von Christoph Mörgeli

Die Personenfreizügigkeit wird zum Stolperstein für die Europäische Union. Ohne Masseneinwanderung aus Osteuropa hätte es im Vereinigten Königreich keinen Brexit gegeben. Eine Marine Le Pen wäre in Frankreich ebenso undenkbar wie ein Beppe Grillo in Italien, eine Frauke Petry in Deutschland oder ein Geert Wilders in den Niederlanden. Dennoch singen auch unsere Eliten das Hohelied des Erfolgsmodells Personenfreizügigkeit – die Mehrheit der Politiker, der Verwaltung, der Medien. Und der RektorInnen und Rektoren der Universitäten. Und der DekanInnen und Dekane der Fakultäten.

Doch in der Wirklichkeit passiert dies: Zahnärztinnen und Zahnärzte dürfen ihren Beruf im gesamten Schengen-Raum frei ausüben. Brüssel hat befohlen, dass die Diplome aller entsprechender Länder formell gleichwertig sind. Seit Inkrafttreten der bilateralen Verträge 2002 haben über 4000 Zahnmedizinerinnen und Zahnmediziner aus dem EU-Raum ihre Diplome von der Schweiz anerkennen lassen. Viele von ihnen praktizieren mittlerweile hierzulande, weil die Löhne hoch, die Patienten zahlungskräftig und die Lebensbedingungen attraktiv sind.

Nun berichtet das *Swiss Dental Journal*, dass die praktische Tätigkeit der Zahnärzte in den verschiedenen EU-Ländern teilweise sehr mangelhaft unterrichtet wird. Komplexe Behandlungsmethoden wie Basiselemente würden an manchen EU-Hochschulen nur oberflächlich gelehrt: «Ein Student von dreien konnte in seinem Studium nie eine Prothese fixieren. Fast jeder zweite Student hat nie eine Wurzelbehandlungsrevision vorgenommen.»

Eine Studie der Universität Rennes habe in fünfzehn EU-Staaten das unglaubliche Resultat erbracht, dass jeder zehnte Zahnarzt im Studium nie einen lebenden Patienten behandelte. Autsch. Das gesamte Wissen kommt in diesen Fällen von Vorlesungen und Büchern. Oder vom Zuschauen. Oder vom Phantom aus Kunststoff. Noch nicht einmal aus Zahnärzteserien. Weil es keine Zahnärzteserien gibt. Mit einer einzigen Ausnahme aus DDR-Zeiten. Die Nichtumsetzung der Massenzuwanderungsinitiative kann also körperliche Beschwerden bereiten. Denken Sie beim nächsten Zahnarztbesuch an die Missstände in der Ausbildung mancher EU-Staaten. Andernfalls empfiehlt es sich, den entsprechenden neuniedergelassenen Zahnarzt besonders freundlich zu begrüßen. Möglicherweise sind Sie sein erster Patient.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Le Pen: Moskau retour

Von Peter Bodenmann — Hat Putin Trump unterstützt? Logo, sonst wäre der Russe ja schön blöd.



Welt der Geheimdienste: Putin (r.), Le Pen.

Die sich konkurrierenden amerikanischen Geheimdienste hören jede und jeden ab. Pro Jahr verfügen die US-Schlapphüte mit ihren digitalen Ohren und Augen zusammen über ein Budget von mehr als 30 Milliarden Franken. Offiziell. Faktisch dürfte es ein paar mal ein *pugno di dollari* mehr sein.

Warum in aller Welt hätten diese Geheimdienste ausgerechnet die Telefongespräche und den Datenverkehr von Trump und seinem Umfeld nicht abhören und aufzeichnen sollen?

Obama musste den Lauschangriff auf den Trump Tower nicht anordnen, da sowieso alle abgehört werden. Trump und Obama inklusive.

Die US-Geheimdienste waren, sind und bleiben wie die russischen weiterhin wuchernde Staaten im Staat. Niemand kann sie wirklich kontrollieren, weil Verschleiern und Lügen zwei ihrer zentralen Geschäftsgrundlagen sind und bleiben.

Die spannende Frage ist, ob sie Trump kippen wollen, und wenn ja, ob sie es auch schaffen. Die Erfahrung lehrt: «Pack schlägt sich, Pack verträgt sich» – früher oder später.

In der Schweiz schossen in den letzten Jahren Datencenter wie Pilze aus dem Boden. Weil viele ihre Daten zu Recht nicht mehr in den USA lagern wollten. Jetzt legt Trump einen Zacken zu: Wer seine Daten künftig nicht in den USA lagert, macht sich verdächtig und wird diskriminiert.

Der SVP-Nationalrat Franz Grüter, der auch erfolgreich Datencenter betreibt, will zwecks Abwehr des Angriffs pro Jahr 500 Millionen Franken in eine Schweizer Cyber-Armee mit eigenen IT-Soldaten investieren. Keine schlechte Idee – mit einem Haken: Grüters Cyber-Armee würde den «America first»-Stier Donald Trump erst richtig reizen. Die Amerikaner beeinflussen auf der ganzen Welt Wahlen. Sie haben seit dem Zweiten Weltkrieg unzählige Regierungen gestürzt, jede Menge unerklärter Kriege geführt. Selbst der Irakkrieg wurde mittels Fake News inszeniert.

Putin kommt aus der Welt der Geheimdienste der implodierten Sowjetunion. Warum in aller Welt sollte er nicht seinerseits Wahlen beeinflussen?

Merkel versucht, Putin mit Sanktionen aus der Krim und dem Donbass-Becken zu vertreiben. Für die Wahlen in Frankreich verfügte Putin lange Zeit über zwei Trümpfe: erstens Fillon, zweitens Le Pen. Fillon wurde durch die französischen Geheimdienste aus dem Rennen genommen. Verbleibt noch Le Pen, weil Macron in Sachen Russland auf Merkel-Linie liegt. Der Kreml-freundliche Sender Life News twitterte kurzzeitig: «Moskau wird Le Pen helfen, die Wahl zu gewinnen.» Macron wird sich mit Vorteil warm anziehen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Lösungen sind keine Lösung

Von Kurt W. Zimmermann — Die Medien bleiben, wie sie immer waren: Der «konstruktive Journalismus» ist gescheitert.

Das Frühjahr 2015 war die Saison der religiösen Läuterung. Die bösen Journalisten dieser Welt beschlossen, nun gute Journalisten zu werden.

Sie wurden es nicht, können wir zwei Jahre danach festhalten. Eher das Gegenteil.

«Konstruktiver Journalismus» hiess 2015 der Hype auf den Redaktionen. Ulrik Haagerup, der Nachrichtenchef des dänischen Rundfunks, hatte mit seinem Buch über «constructive news» die Branche in einen Taumel des positiven Denkens versetzt. Selbst die sogenannten kritischen Journalisten von *Zeit* bis *Spiegel* gelobten Besserung zwecks Weltverbesserung.

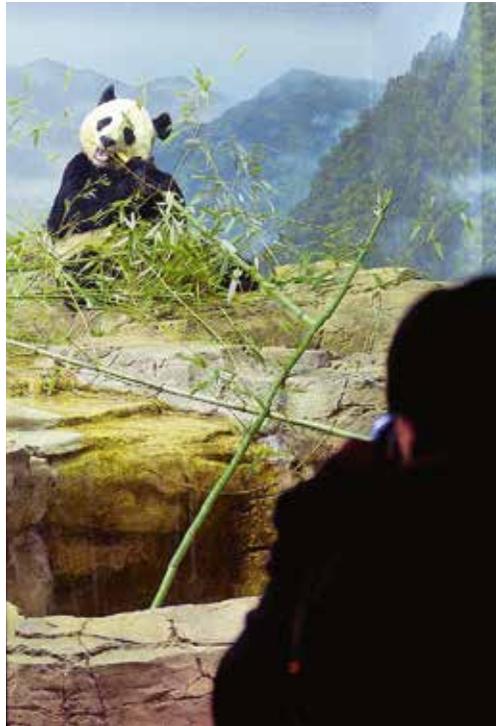
Besonders toll trieb es der *Tages-Anzeiger*. Nach einem Interview mit Haagerup schuf er ein eigenes Gefäss, das jeden Montag die Woche mit guten Nachrichten einläuten sollte. «Die Lösung» hiess die Rubrik. «Auch der *Tages-Anzeiger* setzt auf konstruktiven Journalismus», kündigte das Blatt bedeutungsvoll an.

Dann geschah das Unvermeidliche. Der 200-köpfigen Redaktion des *Tages-Anzeigers* gelang es nicht, auch nicht ein einziges Mal in der Woche, brauchbare *good news* zu finden. Die Rubrik «Die Lösung» wandelte sich darum schnell in ein Absurditätenkabinett. Da tauchte ein Tierarzt auf, der in Bukarest ein Heim für Strassenhunde gründen wollte, da lernte man, wie man in Indien zu billigen Hepatitis-Medikamenten kommt.

Nach wenigen Monaten schon verschwand die regelmässige montägliche Gutwetter-Rubrik aus der Zeitung. Dann flackerte «Die Lösung» noch etwas im Internet weiter, bis sie auch dort allmählich versandete.

Nicht viel besser erging es all den Online-Seiten, die im Zuge des konstruktiven Überschlags gegründet wurden. Die bekannteste deutsche Site hiess «Perspective Daily». Sie hat immerhin bis heute überlebt, weil sie sich mit Spendenaktionen knapp über Wasser hält. Aber auch hier muss oft Nonsense für die guten Nachrichten herhalten. Zu den Attentaten in Europa etwa fiel der Redaktion die positive Story ein: «Warum Senioren gefährlicher sind als Terroristen».

Zur übelsten Schwachstelle des konstruktiven Journalismus aber wurde, dass er das Gegenteil von kritischem Journalismus war. Weil die Redaktoren verzweifelt auf der Suche nach guten Nachrichten waren, gingen sie dauernd irgendwelchen schönfärberischen Botschaften von PR-Profis auf den Leim. Die PR-Agenturen lieferten die ge-



Besserung zwecks Weltverbesserung.

suchten *good news*, die Konstruktiv-Redaktionen druckten sie ab.

Man kann das auch gut bei den Lösungs-Stories des *Tages-Anzeigers* nachverfolgen. Permanent wurden hier neue Methoden zur Energiegewinnung angekündigt, wurden Durchbrüche in der Haustechnologie verkündet, machte die medizinische Forschung riesige Fortschritte und wurde die Arbeitswelt revolutioniert.

Häufig waren PR-Beauftragte und Lobbyisten an den schönen Stories interessiert. Es ging darum, Unternehmen und Hochschulen zu promoten, Geld für Projekte zu akquirieren und die Kassen von Spendenorganisationen zu füllen.

Der konstruktive Journalismus war darum schnell angeschlagen. Doch dann ereilte ihn der Todesstoss. Trump, Putin und Erdogan begannen die Schlagzeilen zu dominieren. Die Journalisten steigerten sich ab 2016 in eine bisher nie gesehene Aggressivität. Beschimpfungen von «Psychopath» bis «Faschist» wurden auch für Staatspräsidenten in der seriösen Presse alltäglich.

Seitdem sind die Medien auf Krawall gebürstet. Kaum ein Journalist interessiert sich noch für konstruktive Ansätze.

Immerhin, eine Rubrik mit dem Titel «Lösungen» überlebte auch im *Tages-Anzeiger*. Es sind die Lösungen für die Denksportaufgaben des Blatts.

Martins Segen

Von Henryk M. Broder — Ein Kopf-an-Kopf-Rennen.

Wahlkämpfe sind aufwendig und teuer. Die Kandidaten rasen von einer Kundgebung zur nächsten, um den Wählern zu erklären, warum sie gewählt oder wiedergewählt werden möchten, oder um Parteifreunden beizustehen. Die Kanzlerin kommt aus dem Wahlkampfmodus gar nicht heraus, denn in irgendeinem der sechzehn Bundesländer steht immer eine Wahl an, und wenn es nur die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern sind. Jede Wahl sei wichtig, denn sie zeige, sagen die Meinungsforscher, einen Trend an. Unter solchen Umständen, finde ich, könnte man das ganze Prozedere vereinfachen und viel Geld sparen, wenn man die Meinungsforscher bitten würde, das Ergebnis der Wahlen anhand der Vorhersagen festzulegen.

Vor der Landtagswahl im Saarland letzten Sonntag war überall zu hören und zu lesen, es werde ein «Kopf-an-Kopf-Rennen» geben, der Ausgang sei «absolut offen», an der Saar könnte es zur ersten Landesregierung unter Beteiligung der Linkspartei «in einem westdeutschen Bundesland kommen», wobei «Nebenwirkungen» auf die Bundespolitik zukämen, weil die CDU dann nur noch in vier der sechzehn Bundesländer den Regierungschef stellen würde, die SPD dagegen in zehn. Der frisch gewählte Vorsitzende und Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, ein waschechter Rheinländer, behauptete bei seinen Auftritten, er wäre «ein halber Saarländer», väterlicherseits. Er habe, auch das wurde kommuniziert, einer Koalition aus SPD und Linkspartei bereits seinen «Segen gegeben».

Die Wahl schien nur noch eine Formalität, die erledigt werden musste. Aber es sollte nicht sein. Die CDU gewann überlegen, SPD und Linkspartei büsst Stimmen ein, die AfD kam aus dem Stand auf über sechs Prozent, die Grünen wurden rausgewählt, und die FDP blieb, wo sie war: draussen vor der Tür. Alles in allem eine gute Wahl. Bleibt nur die Frage, warum die Meinungsforscher wieder einmal so gründlich danebenlagen. Könnte es sein, dass ihre Vorhersagen das Ergebnis wiedergaben, das sie sich wünschten? Oder haben die Befragten geschummelt, um das Wahlgeheimnis zu schützen?

Am 7. Mai wird in Schleswig-Holstein gewählt. Ich wage mal eine Vorhersage: Es könnte ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben, das Ergebnis ist völlig offen. Und Martin Schulz wird einen Opa entdecken, der Krabbenfischer war.





Jubelmeldung: Jacques de Watteville.



Hochkarätige Runde: EU-Diplomat Leffler.

Es war die Abschiedstour des Schweizer EU-Chefunterhändlers Jacques de Watteville: Seit 2015 leitete und koordinierte er alle Verhandlungen mit der EU. Am Mittwoch, dem 15. März, brach der Schweizer Topdiplomate zu seiner letzten Marathonsitzung nach Brüssel auf, in seinem Gefolge der Chef der Direktion für europäische Angelegenheiten, Henri Gétaz. In Brüssel stiess der Kopf der Schweizer EU-Mission, Urs Bucher, dazu. Auf dem Programm stand zuerst ein Arbeitessen mit dem EU-Chefunterhändler Christian Leffler und seinen Diplomaten Claude Maerten und Ben Nupnau sowie dem EU-Botschafter in der Schweiz, Michael Matthiessen. Nach dem Essen war eine Sitzung mit Spitzenfunktionären der EU-Kommission angesagt. Zum Schluss tauchte auch noch Richard Szostak auf, Stabschef von EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker.

Die hochkarätige Runde hatte Wichtiges zu besprechen. Es ging um die offenen Verhandlungsdossiers zwischen der Schweiz und der EU. Vorsichtig sondierten die Unterhändler dabei auch das politisch vorbelastete Terrain zu einem institutionellen Rahmenabkommen. Seit Mai 2014 laufen Verhandlungen für einen solchen Vertrag, auf Drängen der EU-Spitze. Brüssel will mit der Schweiz keine Marktzugangsverträge abschliessen, solange die Schweiz kein institutionelles Abkommen unterzeichnet hat. Es geht dabei um die Übernahme von EU-Recht, um den EU-Gerichtshof

Burkhalters Nebelwand

Beim Abgang des Spitzendiplomaten Jacques de Watteville herrscht Verwirrung im Bundesrat: Aussenminister Burkhalter will vor einem EU-Durchbruch stehen. Die Kollegen bremsen. Ein vertrauliches Papier zeigt: Burkhalter schleudert auf die EU-Anbindung zu.
Von Hubert Mooser

Orakel der Vagheit: Aussenminister Burkhalter.

als Streitschlichtungsinstanz und um einen Streitschlichtungsmechanismus – also Massnahmen, die ergriffen werden, wenn das Gericht Verfehlungen der einen oder anderen Seite festgestellt hat.

Mit guter Kunde aus Brüssel

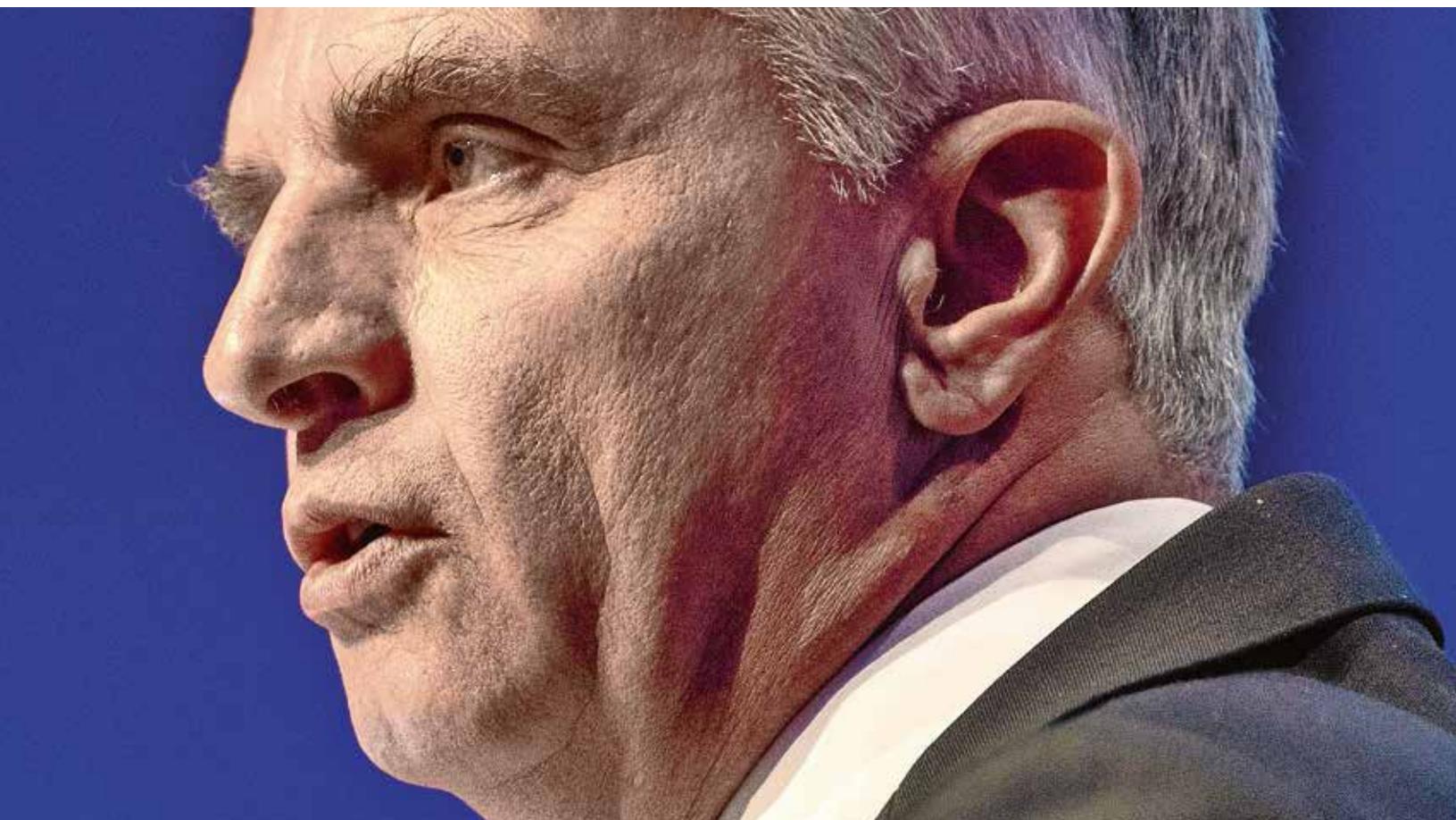
Aber nach dem Streit um die Masseneinwanderungsinitiative hat der Bundesrat die Verhandlungen auf Eis gelegt. Man redete weiterhin miteinander, verhandelte aber nicht mehr offiziell, wie es in Bern jeweils heisst, wenn man bei den Beziehungen mit der EU nicht mehr richtig weiterweiss.

Aber inzwischen entwickelt die Eidgenossenschaft vor und hinter den Kulissen wieder eifrigen Aktivismus. Am 6. April trifft Bundespräsidentin Doris Leuthard Kommissionspräsident Juncker in Brüssel, um ihre Ansage auch Wirklichkeit werden zu lassen. Denn Leuthard nahm sich als Bundespräsidentin vor, die Beziehungen zur EU wieder zu «normalisieren». Darunter versteht die CVP-Ministerin den Abschluss eines Abkommens, das die Schweiz verpflichtet, sich europäischen Richtern zu unterstellen und künftiges EU-Recht automatisch hinzunehmen. Im Hintergrund drängt Aussenminister Didier Burkhalter zu einem Rahmenabkommen zur Vollendung seines Lebensziels: nämlich der Rettung des «bilateralen Wegs» durch einen Rahmenvertrag, der die für einen echten Bilateralismus erforderliche gleiche

Augenhöhe der Partner allerdings durch ein einseitig von der EU bestimmtes Dominanzverhältnis (automatische Rechtsübernahme) ersetzen würde.

Es traf sich gut, dass de Watteville am 15. März mit guter Kunde aus Brüssel zurückkehrte. Der Schweizer Aussenminister hatte am 20. Februar dem Bundesrat in einer Gesprächsnotiz angekündigt, dass man mit den Verhandlungen zu einem Rahmenabkommen fortfahren könne, wenn die EU ihre Positionen über einzelne strittige Fragen modifiziere. Nun lieferte de Watteville nach den «informellen Sondiergesprächen» haargenau die erwarteten Zugeständnisse ab. «Die letzte Sitzung hat einen vorsichtigen Durchbruch gebracht», meldete de Watteville jedenfalls in seinem als vertraulich gekennzeichneten Schlussrapport nach Bern (Original in Französisch).

Die von de Watteville geschilderten Durchbrüche entpuppen sich bei genauerem Hinsehen allerdings als Illusion. Laut dem Schlussbericht gilt auch weiterhin, dass bei allen Abkommen, die den Marktzugang, also den Zugang von Kapital, Waren und Personen zum EU-Binnenmarkt, regeln, der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Streitfällen das letzte Wort hat. Damit ist der für die Schweiz grösste Pferdefuss noch immer zentraler Bestandteil eines Rahmenabkommens. Neu ist: Nur bei Streitigkeiten um sogenannte «nichtmarktzugangsrelevante» Verträge wie zum Beispiel



«Horizon 2020» könne man zur Beilegung eine Art Schiedsgericht einberufen – wie es zum Beispiel der Assoziierungsvertrag zwischen der EU und der Ukraine vorsehe. Allerdings: Was marktzugangsrelevante Verträge sind, definierte die EU bisher nach Lust und Laune.

Viel Verwirrung in Bern

Zweiter angeblicher Durchbruch: Die EU wollte bis anhin einen bilateralen Vertrag aussetzen können, wenn sich die Schweiz trotz EuGH-Entscheid weigert, europäisches Recht anzuwenden. Im Falle von Streitigkeiten würde nun nach dem EuGH-Entscheid der Gemischte Ausschuss, in dem Vertreter der Schweiz und der EU einsitzen, Ausgleichsmassnahmen beschliessen. Wenn man sich nicht einigen könne, könnten einseitig Massnahmen getroffen werden. Und weiter: Die Angemessenheit dieser Massnahmen könnte bei Uneinigkeit einem Schiedsgericht unterbreitet werden.

De Watteville spricht von einem Erfolg, obwohl die EU ihre eigene Gerichtsbarkeit durchsetzt.

Der Verlauf der Gespräche zeigt, dass die EU-Spitze der Schweiz den Takt vorgab. Zuerst informierte der Schweizer Chefunterhändler seine Amtskollegen in Brüssel, dass in Sachen Akzeptanz eines Rahmenabkommens

für die Schweiz der Zeitfaktor eine zentrale Rolle spiele. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel selber habe bei ihrem Treffen mit Bundesrat Johann Schneider-Amman 2015 erklärt, der Abschluss eines solchen Vertrages brauche viel Zeit. Dann bezeichneten Leffler und Maerten die für sie wichtigen Fragen: den Streitbeilegungsmechanismus und die Rolle des Europäischen Gerichtshofes als Gerichtsinstanz; die Regelung staatlicher Beihilfen, wie sie zum Beispiel im Rahmen der Energiestrategie 2050 zum Tragen kommen; und schliesslich auch die Übernahme von EU-Recht bei den bestehenden bilateralen Verträgen. Hier geht es etwa um die Unionsbürgerrichtlinie, die EU-Bürgern weitgehende Rechte einräumt. Besonders in diesem Punkt ist man noch meilenweit von einer Einigung entfernt. Aber die EU-Diplomaten Leffler und Maerten drängten gegenüber de Watteville darauf, den Vertrag möglichst schnell aufzusetzen und offizielle Verhandlungen zu starten.

Zwei Tage später präsentierte Aussenminister Didier Burkhalter de Wattevilles Bericht dem Gesamtbundesrat und zog die Papiere nach der Sitzung sogleich wieder ein. Was er genau bezweckte, ist bis heute nicht ganz klar: Wollte er sich grünes Licht für den Abschluss eines Rahmenvertrages holen, wie die *Basler Zeitung* und die *Sonntagszeitung* mutmassen? Burkhalters Departement und auch das Umfeld anderer Bundesräte habe solche Absichten wiederholt dementiert. Fest steht: Der Bun-

desrat macht ein grosses Geheimnis aus dem Verlauf seiner Sitzung vom 17. März. Es sieht jedoch ganz danach aus, als habe es im Bundesrat Streit wegen des Timings über die weiteren Verhandlungen zu einem Rahmenvertrag gegeben.

Inzwischen hat de Watteville das vertrauliche Papier an die 28 Schweizer Botschaften in EU-Ländern und an Dutzende von Berner Amtsstellen auf dem elektronischen Weg verschickt. Kein Wunder sickern inzwischen in verzerrter Form immer mehr Häppchen an die Medien durch. Die EU gebe nach, kolportierte die *Sonntagszeitung*. Sie habe Zugeständnisse gemacht und den Handlungsspielraum der Schweiz enorm erweitert. Dem Präsidenten der Aussenpolitischen Kommission, Roland Rino Büchel, wird darob fast schwindlig: «Das Parlament ist über angebliche Zugeständnisse nicht informiert worden», sagt er.

Der Präsident der EU-Botschaft in Bern habe ihm gesagt, die EU habe «nicht nachgegeben». Auch der Genfer SP-Aussenpolitiker Carlo Sommaruga bleibt vorsichtig: «Zugeständnisse oder nicht – um zu wissen, was Sache ist, müssten wir den konkreten Rahmenvertrag vor Augen haben.» Denn der Teufel stecke bekanntlich im Detail. Wenn de Watteville in seinen letzten Dienstagen etwas erreicht hat, dann dies: Er hat in Bern für viel Verwirrung gesorgt. Die Jubelmeldungen sind trügerisch. ○

Vor diesem Rechtsprofessor wird gewarnt

Martino Mona lehrt an der Universität Bern und fordert ein Recht auf Einwanderung für alle. Seine Meinung verkauft er als exakte Wissenschaft. Der preisgekrönte Jurist sieht sich als Vorkämpfer einer immer gerechteren Welt. *Von Philipp Gut*

Zwischendurch fährt er sich durch das wie föhnfrisierte Lockenhaar. Man kann sich gut vorstellen, dass Professor Martino Mona, Mitte vierzig, graumeliertes Vollbart, dunkler Anzug, violettes Hemd mit Krawatte, bei seinen Studentinnen und Studenten ankommt. Doch der bürgerlich-gepflegte Auftritt täuscht: Was Mona propagiert, vertreten sonst nur Linksextreme und einige verwirrte Jungsozialisten. Der Angestellte der Universität Bern fordert nämlich, dass Migranten aus aller Welt sich völlig frei in der Schweiz niederlassen dürfen. Alle, die wollen, sollen kommen können.

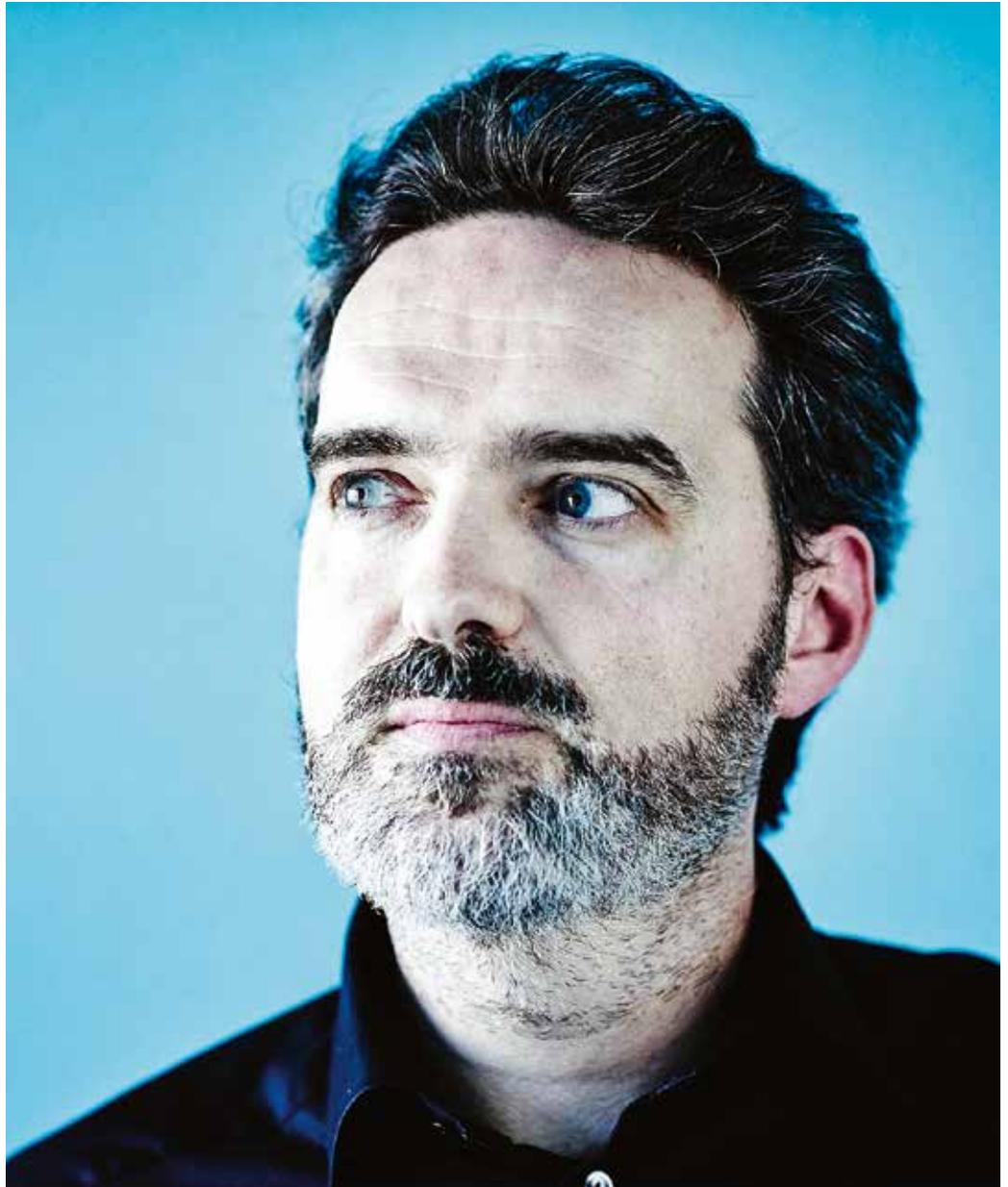
Mona vertritt diese radikale Ansicht seit Jahren, neuerdings tut er dies aber mit dem Gewicht des Lehrstuhls für Strafrecht und Rechtsphilosophie, Rechtslehre, Rechtssoziologie an der Universität der Bundesstadt. Er studierte zuerst Philosophie und Kunstgeschichte, danach Rechtswissenschaften in Bern, Basel und an der Harvard Law School. An der Universität Bern erhielt er den «Credit Swiss Award for Best Teaching».

Im vergangenen Jahr sprach der preisgekrönte Hochschullehrer in einer Vorlesungsreihe über «Migrationsverweigerung und Recht auf Einwanderung». Das Schweizer Ausländerrecht, monierte er, sei «massiv verschärft» worden. Vor den Ergebnissen von Volksabstimmungen graut es dem Professor: In den «schlimmsten Albträumen» hätte man sich nicht vorstellen können, dass ein Staatswesen überhaupt fähig sei, ein «solches Konstrukt» aufzurichten.

Alle lassen sich integrieren

Die legitimen Befürchtungen, die die Arbeitsmigration und der Zustrom von jährlich mehreren zehntausend Asylbewerbern in der Bevölkerung auslösen, kanzelt Mona als Irrationalität «von der übelsten Sorte» ab. Politiker, die diese Sorgen ernst nähmen, spielten sich als «fürsorgliche Herrscher» auf und verstärkten die «Dynamik» noch.

Monas Methoden kann man auf Youtube anschauen. Während des erwähnten Vortrags lässt der Professor drei Studenten aufstehen und auf sein Kommando sich wieder hinsetzen, im Saal sind vielleicht 200 Leute anwesend. «Wo sind sie? Wer kann Angst haben vor so was?», fragt er triumphierend in die Runde. Die Übung soll illustrieren: Es gibt kein Problem mit den Ausländern. Alle lassen sich integrieren, «ohne dass man es überhaupt merkt». «So viel zum Ausmass», flachst Mona. Zahlen nennt er nicht.



«Wer kann Angst haben vor sowas?»: Uni-Professor Mona.

Zur Erinnerung: Der Ausländeranteil in der Schweiz liegt bei rund 25 Prozent. Am 28. Januar 2017 befanden sich gemäss offizieller Statistik 67 224 Personen im Asylprozess. «Die Schweiz bleibt im Jahr nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ein hochattraktives Einwanderungsland. Die ausländische Wohnbevölkerung erreicht die 2-Millionen-Grenze», schrieb die NZZ vor zwei Jahren. Im mehrjährigen Durchschnitt wanderten netto etwa 80 000 Personen in die Schweiz ein. Aber davon merkt die Bevölkerung laut Mona nichts, trotz angenommener Masseneinwanderungsinitiative. In welchem Paralleluniversum lebt der Professor?

Die Thesen des Juristen werden desto abenteuerlicher, je mehr er sich seinem Kerngebiet – dem Recht – zuwendet. «Eine vernünftige und gerechte Migrationspolitik muss sich vom falschen Paradigma befreien, dass es sich bei Immigration und Flucht um etwas Unrechtes handelt», doziert Mona. Die demokratisch beschlossenen Gesetze kümmern den Rechtsprofessor nicht. Etwa das Asylgesetz. Dieses dient definitionsgemäss dazu, politisch Verfolgten einen vorübergehenden Schutz zu gewähren. Wer in seiner Heimat nicht politisch verfolgt ist, hat kein Recht auf Asyl in der Schweiz. Doch von solchen Differenzierungen

will Mona nichts wissen. Er postuliert ein grundsätzliches «Recht auf Einwanderung». Man müsse es als «etwas Notwendiges» auffassen, damit im Volk «diese Panik nicht entsteht».

Seine Ideen, die sich mit den Sprayparolen der linksextremen Antifa-Szene decken («Free Movement», «Nieder mit den Grenzen»), hält Mona für «urliberal». Nicht der Zufall, in welcher Weltgegend man geboren ist, solle über die Zukunftsaussichten eines Menschen entscheiden. Das bedingungslose Einwanderungsrecht sei deshalb alternativlos.

In der Welt – und der Schweiz – von Professor Mona muss also jeder Fremde mit den gleichen Rechten ausgestattet werden wie die ansässigen Bürger. Dass diese und Generationen von Vorfahren ihren Wohlstand und ihre freiheitliche Rechtsordnung erarbeitet und erkämpft haben, erwähnt er mit keinem Wort. «Wir nehmen heute die Rolle von aristokratischen Landbesitzern ein, die ihre Privilegien für gottgegeben hielten», erklärte Mona in einem Interview mit der *Tageswoche*. Doch niemand habe das Vorrecht, «nicht verdrängt zu werden. Landbesitzer nicht gegenüber einfachen Bürgern, Männer nicht gegenüber Frauen, Einheimische nicht gegenüber Ausländern.»

«Übergeordnete Ideale vermitteln»

Unerwähnt lässt Mona auch die enormen Belastungen, denen der Sozialstaat bei einer schrankenlosen Einwanderung ausgesetzt wäre. Man muss kein Prophet sein, um vorauszusehen, dass die globaltotale Freizügigkeit zum Kollaps unserer Sozialwerke führen würde. Bereits heute werden Bund, Kantone und Gemeinden mit Hunderten Millionen Franken belastet. Aus jener liberalen Optik, die Mona für sich beansprucht, müsste man den Sozialstaat also gleichzeitig mit der Grenzscheifung auf null herunterfahren. Doch davon sagt er in seinem Referat nichts. Es würde bloss den idealistischen Gedankenflug stören.

Man muss schon tief in Monas Dissertation «Das Recht auf Immigration» von 2007 wühlen, um ansatzweise eine Auseinandersetzung mit solch kritischen Einwänden zu finden. Auf den ersten 346 Seiten begründet die Studie, warum die Staaten «ein individuelles Recht auf Immigration anerkennen und entsprechend grundsätzlich Immigranten aufnehmen müssen». Am Schluss werden einige denkbare Einschränkungen diskutiert, allerdings bleibe deren Geltung gering. Zu den Auswirkungen auf den sozialen Wohlfahrtsstaat schreibt Mona: «Erst wenn man den neuen Immigranten nicht einmal mehr die Nothilfe zugestehen kann, ohne dass die Institutionen des Sozialstaates einbrechen würden – und nur dann –, darf man das Recht auf Immigration als Grundfreiheit stufenweise und vorübergehend einschränken.» Dieses Szenario sei jedoch «extrem» und «nicht ohne weiteres

wahrscheinlich». Es sei mit der Konstellation vergleichbar, «dass plötzlich alle Männer arbeitsunfähig und vom Sozialstaat abhängig werden». Anders ausgedrückt: Es wird nach Mona nie eintreten. Und schon ist der Einwand vom Tisch.

Man mag vorbringen, auch Professoren hätten ein Recht auf private Überzeugungen. Das stimmt natürlich. Aber Mona geht weiter. Er verkauft seine eigenen Ideale als bindend und tut so, als wäre die Juristerei eine exakte Wissenschaft. Von seiner Lieblingsvorstellung, der Gerechtigkeit, spricht er wie von einem Naturgesetz. Sich selbst sieht Mona als Vorkämpfer für eine Welt, die «auf jeden Fall immer gerechter» werde, wie er der NZZ anvertraute.

Aufhorchen lassen auch die folgenden Interviewpassagen. Seine Studenten wolle er weniger das juristische Handwerk lehren als ihnen

**Prof. Mona widerspricht:
«Ich verlange nicht, dass sie
meiner Meinung sind.»**

«übergeordnete Ideale vermitteln», so Mona weiter. «Politisch und sozial haben die Studierenden eklatante Mängel», klagt er. «Da müssen wir im Studium ansetzen, das müssen unsere Qualitätsstandards sein.» Es gebe zu viele, «die keine Ahnung haben von der Welt».

Sollen die politischen Überzeugungen an der Universität Bern etwa gar leistungsrelevant werden? Spätestens hier schrillen die Alarmglocken. Wann hat denn ein Student kein politisches Manko mehr? Wenn er gleich denkt wie sein Professor? Muss er, wie es Mona tut, die Beratungsstelle für Sans-Papiers unterstützen, damit er einen rechtsphilosophischen Sechser kriegt? Betreibt Mona Politik unter dem Deckmantel der Wissenschaft? Halten sachfremde Kriterien Einzug? Geht es ihm um Gesinnung, statt um Fachwissen und handwerkliche Fertigkeiten?

Mona, mit den Vorwürfen konfrontiert, widerspricht: «Meine Meinung und meine politische Überzeugung ist nur relativ zu mir selber gültig – ich verteidige sie, das schon, aber nie würde ich darin eine absolute Wahrheit sehen, und niemals würde ich daraus ein Bemessungskriterium für die Leistung der Studenten ableiten. Ich will, dass die Studenten nicht nur juristisch, sondern auch kulturell, ökonomisch und gesellschaftlich gebildet sind, dass sie im weitesten Sinne ein politisches Bewusstsein und eine rechtspolitische Meinung haben – ich verlange nicht, dass sie meiner Meinung sind.» Blosses Fachwissen, das «auch nicht besonders schwierig zu erlangen ist», sei «nur schlecht für die Karriere des einzelnen Juristen». Damit könne man sich kaum auszeichnen. Es sei «auch kontraproduktiv und unter Umständen sogar gefährlich für die Rechtsordnung». ○

DIE WELTWOCH

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik lässt sich die Weltwoche auf Ihrem Tablet komfortabel lesen. Mit der Weltwoche-App haben Sie alle Ausgaben seit 2011 zur Verfügung. So verpassen Sie nichts, wenn Sie einmal das Heft nicht zur Hand haben.



Available on the
App Store

ANDROID APP ON
Google play



Weiche Landung: Susanne Hochuli (l.), Carlo Conti (M.), Regine Aeppli.

Vergoldete Politiker

Regierungsräte landen nach dem Ende ihrer Karriere weich. Schon nach wenigen Amtsjahren beziehen sie Ruhegehälter und Pensionen, die viel höher sind als die Löhne der meisten Wähler.

Von Hubert Mooser

Der Abgang war hart und schmerzvoll. Am vorletzten Wochenende haben die Walliser Stimmbürger Staatsrat Oskar Freysinger nach vier Amtsjahren abgewählt. Freysinger stehe zwar jetzt ohne Job da, aber nicht ohne Geld, vermeldete genüsslich der *Tages-Anzeiger*. Der SVP-Politiker wird lebenslang eine Rente in der Höhe von zirka 77 000 Franken pro Jahr beziehen können. Die Ruhegehälter der zwei CVP-Staatsräte Jean-Michel Cina (zwölf Amtsjahre) und Maurice Tornay (acht Amtsjahre), die jetzt abtreten, sind noch ein bisschen besser dotiert. Cina bekommt 108 000 Franken, Tornay 100 000 Franken. Das ist nicht wenig in einem Kanton, wo fast jeder Zweite keine Bundessteuern zahlt, weil das steuerbare Einkommen tiefer ist als 50 000 Franken.

Wer in der Schweiz als Exekutivpolitiker zurücktritt oder elektoral stolpert, fällt weich. Vom Bundesrat über die Regierungsräte bis hinunter auf Stufe Stadtexekutive nimmt sich jeder, was

er kriegen kann. Und von der Versorgung, wie sie Regierungsmitglieder nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt erfahren, können Normalbürger nur träumen. Der Zuger Ständerat Joachim Eder findet auch darum: «Es gibt keinen Grund, dass Regierungsräte mit lebenslangen Renten und Ruhegehältern anders behandelt werden als alle anderen.» Im Kanton Zug gebe es keine Ruhegehälter. Der Thurgauer Alt-Regierungsrat Roland Eberle, inzwischen Ständerat, hätte Anspruch auf ein Ruhegehalt. Er verzichtete jedoch darauf und sagte, er sei für eine etwas unbequemere Regelung. «Es gibt in der Wirtschaft ja keine ähnlichen Lohnfortsetzungsgarantien nach dem Ausscheiden.» Er könne sich aber eine gewisse Übergangsregelung vorstellen, «zum Beispiel für zwei Jahre».

Lohnerhöhung auf 300 000 Franken

Der Druck für Reformen sei gross, sagt der Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen

(KDK), Jean-Michel Cina. Viele Kantone hätten angefangen, am System etwas zu ändern. Es gibt aber mindestens so viele Regeln wie Kantone. Zusammengefasst lässt sich Folgendes sagen: Wo Reformen zustande kamen, hat sich ein unübersichtlicher Mix aus Abgangsschädigung, Überbrückungsrenten bis zum Pensionsalter und Ausrichtung einer Pension über eine Vorsorgeeinrichtung als kleinster gemeinsamer Nenner herauskristallisiert. Das alles macht es in Zukunft noch schwieriger, herauszufinden, mit welcher Rente ein Regierungsrat in Pension geht und ob er persönlich dann auch genügend Beiträge für die tatsächlich bezogene Leistung bezahlt hat.

Häufig sind die Reformen aber nur Kosmetik. Der Kanton Wallis hat sein System erst kürzlich geändert. Neue Staatsräte wie Christophe Darbellay (CVP) werden kein lebenslanges Ruhegehalt mehr beziehen, wenn sie später einmal zurücktreten. Dafür bekommen sie



streiche. Und was Alt-Bundesräten recht ist, ist den unzähligen pensionierten Regierungsräten billig.

Regine Aeppli ging nach zwölf Jahren mit zirka 200 000 Franken pro Jahr in Pension – das entspricht in etwa 60 Prozent eines Zürcher Regierungsratseinkommens. Ihre Amtskollegin Ursula Gut mit acht Amtsjahren bringt es auf eine Rente von ungefähr 160 000 Franken. Für Magistraten, die nach 2009 ins Amt gewählt wurden, gilt indessen eine neue Regelung. Sie griff erstmals 2015 bei Martin Graf, der nach vier Jahren abgewählt worden war. Statt eines Ruhegehaltes bekam er vierzehn Monatslöhne als Abgangsentschädigung.

Als die Aargauer Regierungsrätin Susanne Hochuli nach acht Jahren in der Regierung zurücktrat, ging ein Raunen durch den

Die Renten von Alt-Bundesräten und deren Witwen kosten um die fünf Millionen Franken.

Aargau – weil sie seither Anspruch auf ein Ruhegehalt von 130 000 Franken hat. Das Maximum – 150 000 Franken – hätte sie erst nach zwölf Amtsjahren bekommen. Im Kanton Aargau sind es gleich zwölf Regierungsräte mit Anrecht auf ein Ruhegehalt: Roland Brogli, Peter C. Beyeler, Rainer Huber, Ernst Hasler, Kurt Wernli, Stéphanie Mörikofer, Silvio Bircher, Thomas Pfisterer, Peter Wertli, Ulrich Siegrist, Arthur Schmid. Wer wie viel bekommt, weiss man aber nicht.

Es war ein Paukenschlag, als der Basler Regierungsrat Carlo Conti 2014 zurücktrat – wegen finanzieller Unkorrektheiten. Er hatte Entschädigungen in der Höhe von 111 000 Franken für andere Tätigkeiten nicht korrekt

verbucht. Dennoch bezog Conti bis im Februar 2017 ein Ruhegehalt von 171 000 Franken.

Der Kanton Freiburg entrichtet jährlich für nicht weniger als 21 Alt-Staatsräte oder für deren Witwen insgesamt 1,8 Millionen Franken. In Baselland beziehen elf Regierungsräte ein Ruhegehalt – die Kosten pro Jahr betragen 1,4 Millionen Franken. In Genf verursachen achtzehn Alt-Staatsräte, zwei Staatskanzler und sieben Witwen von Staatsräten Kosten von jährlich 3,2 Millionen Franken. In Graubünden erhalten neun gewesene Regierungsräte jeden Monat mehr als 8400 Franken überwiesen. Derzeit beziehen im Wallis neun Staatsräte lebenslange Renten, das kostet die Steuerzahler 945 000 Franken pro Jahr. Dies sind nur ein paar Beispiele, wie Kantonspolitiker auch nach dem Ende ihrer Karriere die Staatskassen belasten.

Sie verzichten selten

Wie im Bundesrat, so gibt es auch auf kantonaler Ebene selten Regierungsräte, die auf ihre Ansprüche verzichten. Roland Eberle konnte sich das auch nur leisten, «weil ich im gleichen Jahr des Rücktritts als CEO einer börsenkotierten Industrieunternehmung einsteigen konnte», wie er sagt. Die frühere St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter hätte Anspruch auf ein Ruhegehalt von 134 000 Franken. «Ich hatte aber von Anfang an den Willen, mein Einkommen selbst zu bestreiten, und habe deshalb Mandate in der Privatwirtschaft angenommen», sagt sie. Die frühere Regierungsrätin des Kantons Freiburg, Isabelle Chassot, heuerte dagegen nach ihrem Rücktritt aus der Freiburger Regierung als Direktorin des Bundesamtes für Kultur bei Bundesrat Alain Berset an und kostet deshalb den Kanton Freiburg keinen Centimes. ○

heute deutlich mehr Lohn – 300 000 Franken statt wie bisher 245 000 Franken. Dazu gibt es noch eine Abgangsentschädigung von bis zu einem Jahreslohn. Der Kanton Solothurn wiederum hat neu ein temporäres Ruhegehalt eingeführt. Je nach Alter und Amtsjahren erhält ein Alt-Regierungsrat ein Ruhegehalt bis zur ordentlichen Pensionierung. Dieses beträgt zwischen 60 und 80 Prozent des versicherten Lohns. In Solothurn verdient ein Regierungsrat gegen 265 000 Franken im Jahr. Es scheint, als hätten alle öffentlichen Debatten über Abgangsentschädigungen, Sitzungsgelder und Ruhegehälter in der Politik selbst wenig bewirkt.

Das Abkassieren fängt allerdings ganz oben an – in der Landesregierung. Jeder Bundesrat hat ab seinem Rücktritt ein Anrecht auf eine Pension in der Höhe von rund 220 000 Franken pro Jahr. Um die fünf Millionen Franken kosten heute die Renten von Alt-Bundesräten und deren Witwen. Nur wenige Ehemalige wie Christoph Blocher verzichten darauf. Alt-Bundesrat Kaspar Villiger bezog zwar während seiner Zeit als Verwaltungsratspräsident der UBS kein Ruhegehalt. Seit seinem Rücktritt als UBS-Präsident im Jahr 2013 bezieht er aber die volle Pension. Er musste sich deswegen öffentlich vorwerfen lassen, dass er trotz eines grossen Vermögens den Ehrensold ein-



«Werden in 50 Jahren noch Seniorenheime gebaut?»

Daniel Berner
CIO Schweiz
Swiss Life
Asset Managers
*zum längeren,
selbstbestimmten
Leben*



Die doppelten Räte

Der türkische Abstimmungskampf in Europa hat die Frage nach dem Sinn der doppelten Staatsbürgerschaft neu aufgeworfen. Umfrage bei Schweizer Parlamentariern, die neben dem Schweizer Pass einen zweiten besitzen.

Doppelte Staatsbürgerschaft, doppelte Loyalität? Deutschland diskutiert, ob Deutschtürken in der Türkei abstimmen dürfen. Aber wie ist es, wenn nicht nur Bürger, sondern auch Politiker anderswo das Stimmrecht haben? In der Schweiz gibt es eine ganze Reihe von National- und Ständeräten mit einer zweiten Staatsbürgerschaft. Wie gehen sie damit um? Gibt es Gewissenskonflikte? Oder sehen sie das ganz entspannt? Die *Weltwoche* wollte Folgendes wissen:

- 1 — Wie sind Sie zu Ihrem zweiten Pass gekommen?
- 2 — Warum haben Sie den zweiten Pass behalten oder diesen erhalten?
- 3 — Was verbindet Sie mit diesem Land?
- 4 — Nehmen Sie die politischen Rechte wahr? Haben Sie an Wahlen oder Referenden teilgenommen?
- 5 — Kann die doppelte Staatsbürgerschaft ein Integrationshemmnis sein?
- 6 — Sehen Sie mögliche Interessenkonflikte in Ihrer Tätigkeit als Schweizer Parlamentarier?

Angelo Barrile, Nationalrat SP/ZH, Schweiz/Italien



1 — Sie beziehen sich in Ihren Fragen jeweils auf den «zweiten» Pass. Aufgrund meiner Biografie ist, je nach Frage, mit dem «zweiten» Pass nicht immer derselbe gemeint. Zum Schweizer Pass: durch

das Einbürgerungsverfahren in meiner Heimatgemeinde Pfungen ZH 1996, im Alter von zwanzig Jahren.

2 — Weil ich hier geboren, aufgewachsen und integriert bin. Also ganz einfach gesagt: weil ich hier zu Hause bin und als interessierter junger Mensch neben dem Steuerzahlen sowie dem Erfüllen anderer Pflichten auch an den politischen Prozessen teilhaben wollte. Zwischenzeitlich ist er – gemäss Ihrer Fragestellung – mein «erster» Pass. Bis zum Alter von zwanzig Jahren galt ich in meiner Heimat Schweiz als Ausländer, also als einer mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten im Vergleich zu Gleichaltrigen. Ich sehe keinen Grund, weshalb ich diesen Teil meines Lebens hätte «abgeben» sollen.

3 — Die Schweiz ist meine Heimat, im umfassenden und nicht in einem populistisch-natio-

nalistischen Sinne. In Italien liegen meine Wurzeln, es ist das Land meiner Eltern und somit ein Teil meiner Familiengeschichte. Ich selber kenne es bloss als Ferienland.

4 — Ja, unter anderem bei den Wahlen zum Mitglied des Kantonsrats und des Nationalrats. Bei Referenden wie bei Initiativen nutze ich seit

«Ich sehe keinen Grund, weshalb ich diesen Teil meines Lebens hätte «abgeben» sollen.»

meiner Einbürgerung – und somit schon mein halbes Leben lang – konsequent die aktiven und die passiven Rechte, die mir wie jeder anderen Schweizerin und jedem anderen Schweizer umfassend zustehen. Die italienische Politik interessiert mich nur am Rande. Ich habe höchstens mal bei Parlamentswahlen auch schon meine Stimme abgegeben.

5 — Nein. Die Erteilung des Bürgerrechts mit dem Recht auf Mitbestimmung sowie die regelmässigen Diskussionen und Abstimmungen in unserer direkten Demokratie stärken die Verbindung zur neuen Heimat. Das Beherrschen einer Landessprache ist, was bereits längst bekannt ist, ein wesentlich grösserer Integrationsfaktor.

6 — Nein, denn als Schweizer Bürger mit Schweizer Pass sehe ich bei meiner Tätigkeit im Nationalrat keine Interessenkonflikte. Zudem sind alle Interessenbindungen unter anderem auf der Parlamentswebsite, auf meiner Privat-Website und auf Lobbywatch.ch aufgeführt. Ich gehe davon aus, dass umfassende Transparenz eine der wirkungsvollsten Voraussetzungen ist, um möglichen Interessenkonflikten präventiv zu begegnen.

Alfred Heer, Nationalrat SVP/ZH, Schweiz/Italien



1 — Durch Heirat.

2 — Die Beantragung erfolgte vor langer Zeit, da die Hälfte der Verwandten meiner Frau und Tochter in Italien leben. Zudem kann es durchaus sein, dass ich im Alter meinen Wohnsitz nach Italien verlege.

3 — Familiäre Verbindungen.

4 — Beide Male, nein. Ich habe immer, auch im Europarat, die Haltung vertreten: «One man,

one vote», will heissen, dass Doppelbürger nur dort abstimmen dürfen, wo sie effektiv wohnen. Ich verstehe auch nicht, wieso Schweizer Doppelbürger, die im Ausland leben, in der Schweiz stimmberechtigt sind. Wieso sollen sie über die Höhe der Steuern oder der Autobahnvignette befinden, wenn sie gar nicht hier wohnen und nicht davon betroffen sind? Das Gleiche gilt für türkische Doppelbürger, die in Europa leben. Wieso sollen sie über ein Referendum in der Türkei befinden, wenn sie davon gar nicht betroffen sind? Aber das ist Sache des jeweiligen Staates, wie viel politische Kompetenzen er seinen im Ausland wohnenden Bürgern gewähren will.

5 — Ich wüsste nicht, wieso eine doppelte Staatsbürgerschaft ein Integrationshemmnis sein sollte. Ein Integrationshemmnis sind Leute, die sich nicht integrieren wollen. Da spielt es keine Rolle, wie viele Pässe sie haben.

6 — Nein. Ein italienischer Pass ist wohl unverdächtiger als undurchsichtige PR- und Verbandsmandate, welche gut bezahlt sind.

Sibel Arslan, Nationalrätin GPS/BS, Schweiz/Türkei



Das ist eine Scheindiskussion, die nicht mehr zeitgemäss ist. Daher verzichte ich auf eine Beantwortung der Fragen.

Claude Janiak, Ständerat SP/BL, Schweiz/Polen



1 — Ich bin als Pole in Basel geboren und mit acht Jahren eingebürgert worden. Die polnische Staatsbürgerschaft behält man.

2 — Meine Wurzeln sind für mich wichtig. Es besteht für mich kein Grund, sie nicht zu pflegen oder sie gar aktiv zu kappen.

3 — Ich habe viele Verwandte und auch Freunde (Kinder von Freunden meines Vaters) in Polen.

4 — Grundsätzlich nicht (nur einmal habe ich mich beteiligt).

5 — Absolut nicht. Ich bin Schweizer. Wenn der FC Basel in Posen oder die Schweiz gegen

Polen spielt, bin ich klar auf der Basler beziehungsweise Schweizer Seite.

6—Nein. Ich bin Schweizer Parlamentarier und vertrete Schweizer Interessen.

Rebecca Ruiz, Nationalrätin SP/VD, Schweiz/Spanien



1—Ich wurde in Spanien geboren und habe mich mit siebzehn in der Schweiz einbürgern lassen, weil ich ganz zur schweizerischen Gemeinschaft gehören wollte und weil ich mich schon damals leidenschaftlich für Politik interessierte und mein Wahlrecht wahrnehmen wollte.

2—Weil ich eine enge und familiäre Beziehung zu Spanien habe. Ich besuche oft meine Verwandten und Freunde. Daher scheint es mir normal zu sein, den zweiten Pass zu behalten.

3—Siehe Antwort oben.

4—Ja, seitdem ich wahlberechtigt bin, habe ich keine einzige Wahl oder Abstimmung verpasst, sei es in der Schweiz oder in Spanien.

5—Ich sehe da mit Blick auf die Schweiz heute keinen Zusammenhang. Es wäre illusorisch, zu glauben, dass die Integration – oder die Nichtintegration – sich daran messen lässt, ob man einen Pass hat oder nicht.

6—Ich habe mein Mandat von meinen Schweizer Mitbürgern aus dem Kanton Waadt erhalten. Sie und ihre Interessen versuche ich im Parlament zu vertreten.

Daniel Jositsch, Ständerat SP/ZH, Schweiz/Kolumbien



Ich nehme zu Fragen zum Privatbereich grundsätzlich nicht Stellung und verzichte daher auf eine Stellungnahme.

Géraldine Savary, Ständerätin SP/VD, Schweiz/Frankreich



Ich bin nicht die richtige Ansprechpartnerin. Ich habe von meiner Mutter die französische Staatsbürgerschaft. Ich habe einen alten, längst abgelaufenen Pass, aber bei der Botschaft keinen neuen beantragt.

Im Moment besitze ich nur den Schweizer Pass.

Umfrage: Wolfgang Koydl und Florian Schwab

Asylwesen

Der Kinder-Joker

Ein Eritreer bekommt ein Bleiberecht in der Schweiz, um bei seiner Familie sein zu können. Als sich herausstellt, dass er lieber alleine lebt, bleiben Konsequenzen aus.

Hier geht es um einen Eritreer, der im Februar 2013 in die Schweiz kam und ein Asylgesuch stellte. Er habe sich in Eritrea regierungskritisch geäußert und sei inhaftiert worden, machte der Mann geltend. 2005 sei er darum geflohen, 2008 nach Italien gekommen, wo er ein Aufenthaltsrecht bekommen und jahrelang als Logistiker gearbeitet habe. Weiter gab der Eritreer an, er sei anschliessend ferienhalber mehrmals in der Schweiz gewesen, wo er 2009 eine Frau kennengelernt habe. Wie den Unterlagen der Asylbehörden zu entnehmen ist, zeugte er mit dieser Frau, noch bevor er als Asylant einreiste, drei Kinder. Die Frau ist selber eine ehemalige Asylbewerberin. Der Eritreer äusserte den Wunsch, in der Nähe seiner Kinder zu leben und diese zu betreuen. Ein Leben ohne Kinder sei für ihn «unvorstellbar».

Die Asylbehörden liessen sich sehr viel Zeit. Im Oktober 2014, über anderthalb Jahre nach der Einreise, ersuchten sie Italien um die Rückübernahme des Eritreers. Im November 2015 stimmte Italien zu. Im März 2016, mehr als drei Jahre nach Einreichung des Asylgesuchs, entschied der Bund, auf dieses nicht einzutreten. Er wies den Mann nach Italien aus. Der Eritreer aber reichte sogleich Beschwerde ein. Das zuständige Bundesverwaltungsgericht reagierte schnell. Wenige Tage später hob es den Entscheid des Bundes auf und wies diesen an, auf das Asylgesuch des Mannes einzutreten und es zu prüfen.

«Eklatante Widersprüche»

Offiziell war der Eritreer einer Asylunterkunft in einer zürcherischen Gemeinde zugeteilt. In der nun folgenden Befragung gab er an, dass er aber schon jetzt viel Zeit mit Partnerin und Kindern in einem gemeinsamen Haushalt bringe. Im Mai 2016 entschied der Bund über das Asylgesuch. Der Eritreer habe sich in «eklatante Widersprüche» über die Umstände seiner Flucht aus Eritrea verwickelt, steht im Entscheid. Seine Schilderungen seien «nicht

glaubhaft». Er bekomme darum kein Asyl. Dem Mann wurde aber dennoch ein vorläufiges Bleiberecht als Flüchtling zugesprochen – aus zwei Gründen: Erstens sei er ohne Erlaubnis aus Eritrea ausgereist, womit ihm eine Rückkehr wegen allfälliger Vergeltungsmassnahmen nicht zuzumuten sei. Zweitens habe er ein Anrecht, bei Partnerin und Kindern zu sein – gemäss dem Grundsatz von der «Einheit der Familie». Seine Wegweisung werde darum zugunsten einer vorläufigen Aufnahme aufgeschoben.

Mitnichten gefährdet

Man hätte erwarten können, dass der Eritreer fortan mit seiner Familie wohnte, wie er das immer als Wunsch angegeben hatte. Doch dem

war nicht so. Drei Monate nach dem Asylentscheid meldete sich die Gemeinde, in welcher der Mann bisher gewohnt hatte, bei den Asylbehörden. Der Eritreer sei weggezogen. Er habe gesagt, «dass er nicht mit seiner Partnerin und den Kindern wohnen möchte», schrieb die Gemeinde. Er bevorzuge es, alleine zu wohnen.

Stellte der Bund das Bleiberecht des Eritreers nun in Frage? Nein. Er unternahm nichts. Man komme zum Ergebnis, «dass die persönlichen, familiären Umstände nicht für den Asylentscheid [...] ausschlaggebend waren», schrieben die Asylbehörden

der Gemeinde. Denn der Mann erfülle seine Flüchtlingseigenschaft aufgrund seiner illegalen Ausreise aus Eritrea.

Doch der Eritreer hatte ja jahrelang in Italien gelebt und gearbeitet. Bei seiner Einreise in die Schweiz war er also mitnichten gefährdet. Als einzigen Grund, in die Schweiz zu kommen, hatte er angegeben, mit seiner Familie zusammen sein zu wollen. Doch dieser Wunsch war, wie sich nun herausstellte, nur vorgeschoben.

Der Mann hatte also mehrfach falsche Angaben gemacht. Dennoch konnte er am Ende in der Schweiz bleiben. Wie naiv sind unsere Asylbehörden?

Alex Reichmuth



Wie naiv sind unsere Asylbehörden?

Der Eritreer hatte jahrelang in Italien gelebt und gearbeitet.

Übertreibt die Schweiz die Demokratie?

Der liberale Ökonom Hans Rentsch verblüfft in seinem neuen Buch mit brisanten Thesen. Er wirft die Frage nach den Grenzen der Volksrechte auf. Und weist nach: Referenden führen oft zu einer schlechten Politik. Von Markus Schär

«Mehr Markt für die Schweiz!», fordert Hans Rentsch seit Jahren, eine Wirtschaftspolitik, die das Land weiterbringt, weil sie sich auf die Erkenntnisse der Ökonomen stützt. Dabei macht er sich nicht immer beliebt; als er für Avenir Suisse zur Landwirtschaft forschte, drohten ihm erboste Bauern Schläge an. Jetzt legt er seine Bilanz vor, und er regt auch damit Debatten an: «Die direkte Demokratie», meint Hans Rentsch, «verhindert bessere Lösungen.»

Sie spötteln über die Schweiz als «selbsternannte Musterdemokratie». Warum hauen Sie nicht ab, wenn es Ihnen hier nicht passt?

Ich äussere mich doch im Buch nicht so negativ über das politische System der Schweiz, dass ich gleich abhauen müsste.

Aber sehen Sie anderswo ein besseres Politsystem?

Nein. Ich sage nur, dass wir übertreiben, wenn wir uns als Demokratie-Weltmeister fühlen. Ich schätze auch das parlamentarische System in Grossbritannien, etwa die Nachwahlen: Wenn ein Parlamentarier stirbt, herrscht ein enormer Wettbewerb um die Nachfolge. In der Schweiz rutscht dagegen einfach jemand von einer Liste nach. Ich glaube, wenn andere Nationen wählen könnten, ob sie das Schweizer System einführen wollen, gäbe es dafür keine Mehrheit. Jedes Land meint doch, es habe das beste System.

Sie äussern sich in Ihrem Buch wie der Chefredaktor der NZZ, der kürzlich schrieb: «In der Schweiz regiert eine ganz grosse Koalition des Status quo.» Könnte das daran liegen, dass die meisten mit dem Status quo ganz zufrieden sind?

Offenbar schon. Aber ich zeige auf, dass wir bei vielen Fragen nicht weiterkommen, weil sich die politischen Kräfte blockieren. Nehmen Sie die Reform der Altersvorsorge; daran werkeln wir seit zwanzig Jahren herum, permanent unter Referendumsdrohungen. Ob eine Lösung



«Schweiz hinter Botswana»: Autor Rentsch.

jetzt gelingt, ist höchst unsicher. Und wenn sie gelingt, dann ist es nur ein fauler Kompromiss.

Warum?

Aus ökonomischer Sicht ist die Reform nicht nachhaltig. Da zeigt sich ein Grundproblem: Unser System führt zu einer Polarisierung. In repräsentativen Demokratien kämpfen die Parteien um die Wähler in der Mitte. Bei uns aber lohnt es sich, an den Polen Opposition zu machen. Es gehört auch zum Sonderfall, dass die beiden grössten Parteien die Pole besetzen und in grundlegenden Fragen gegensätzliche Positionen vertreten: Altersvorsorge, Europa, Steuern, Zuwanderung.

Wir beziehen gerade alle wichtigen Kräfte im Bundesrat und in der Gesetzgebung ein, weil wir Lösungen finden müssen, die vor dem Volk bestehen können.

Das führt allerdings dazu, dass in der Schweiz viele Bereiche politisiert sind, die man dem Markt überlassen könnte. Die Schweiz ist gar keine offene Volkswirtschaft, wie es immer heisst, sondern nur eine halboffene. Schauen Sie den Index of Economic Freedom des Fraser Institute an. Er wird mir immer um die Ohren gehauen, weil die Schweiz nach Hongkong, Singapur und Neuseeland auf dem vierten Platz steht. Aber Sie müssen genau hinsehen: Weshalb stehen wir so gut da? Wir haben beim Kriterium «Stärke der Währung» eine sehr hohe Punktzahl. Beim Kriterium «Freiheit für den internationalen Handel» stehen wir aber sage und schreibe auf Platz 74, hinter Botswana. Das ist für mich das wesentliche Kriterium. Ich kann im Buch quer durch alle Bereiche zeigen, dass wegen der Volksrechte und der Kantonsinteressen weniger Wettbewerb herrscht.

Haben die Ökonomen denn immer recht? Sie zitieren den Publizisten R. James Breiding, der meint, die Schweiz müsse «eine Art Flugzeugträger» sein, «im Sinne einer attraktiven Plattform für global ausgerichtete innovative Unternehmen und kreative Personen». Die Einheimischen können doch ganz bewusst sagen: «Das wollen

wir nicht.»

Natürlich können sie das sagen. Ich stelle nur fest: Es wäre nützlich, den Leuten gewisse ökonomische Denkweisen zu vermitteln. **Sie meinen, das Volk stimme nicht rational ab?**

Das Problem ist das sogenannte *expressive voting*: Oft stimmen Leute nicht über die Sache ab, sondern sie drücken sich symbolisch und emotional aus. Die Chance, dass wir mit unserer einen Stimme das Ergebnis zu unseren Gunsten wenden, steht etwa bei eins zu zwei Millionen. Warum stimmen wir trotzdem ab? Weil wir einen emotionalen Nutzen daraus ziehen, also zum Beispiel jemandem eins auswischen wollen. Ich

glaube, die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform wäre mit einem anderen Finanzminister nicht so klar ausgefallen. Nicht wenige Leute dachten doch: «Ueli Maurer gönnen wir den Sieg nicht.» 79 Prozent der BDP-Anhänger stimmten mit Nein, entgegen ihrem grössten Gegner SVP. Beim Energiegesetz kämpfen wir wieder mit dem gleichen Problem: Einige Leute sind doch einfach dafür, weil die SVP das Referendum ergriffen hat.

«Wir haben weniger Wettbewerb, aber wir schneiden wirtschaftlich besser ab.»

Der Reformstau, über den die Kritiker klagen, kommt doch daher, dass der Leistungsdruck fehlt: Der Schweiz geht es gut.

Ja, das anerkenne ich auch. Die wirtschaftliche Offenheit ist nur einer der Faktoren, welche die Lebensqualität bestimmen. In anderen Bereichen haben wir bessere Lösungen, etwa beim Staatsaufbau oder beim Steuersystem: Im Prinzip können wir auf derselben Ebene über die Einnahmen und die Ausgaben entscheiden. Die Schweiz erscheint als Paradox: Wir haben weniger Wettbewerb, aber wir schneiden wirtschaftlich besser ab.

Wie würde ein Ökonom die Unternehmenssteuerreform lösen?

Die massgeblichen Ökonomen stimmen überein: Unternehmenssteuern sind generell eine schlechte Idee, denn die Steuerlast tragen immer Individuen, nicht nur die Aktionäre, sondern auch die Mitarbeiter, die Lieferanten und die Kunden. Aber damit kommen wir auch nicht weiter, wir stehen ja unter dem Druck der EU und der OECD: Ein Land, das die Unternehmenssteuern abschaffen würde, käme gleich auf eine schwarze Liste. Also müssen wir *second best* machen: Der Bund erhebt keine Unternehmenssteuern mehr, sondern überlässt sie den Kantonen.

Und was würden Sie bei der Altersvorsorge machen?

Diese Fragen stellen sich immer: Was ist das Ideal? Und wie kommen wir dorthin? Das Ideal ist klar: Wir müssten alle Parameter entpolitisieren. Die Zinssätze sollten von den Kapitalmärkten abhängen, das Rentenalter und der Umwandlungssatz von der Lebenserwartung. Schweden zum Beispiel hat das geschafft. Aber bei uns geht es fast nicht, etwas zu entpolitisieren. Ich sehe generell bei Initiativen und Referenden die totale Asymmetrie: keine für mehr Markt, alle für mehr Staat und mehr Umverteilung.

Was heisst das für das ideale Rentensystem?

Wir kommen wegen des Referendums nie zu einer nachhaltigen Lösung, sondern wursteln uns irgendwie durch. Die Renten sollen gemäss Gesetz die Weiterführung der gewohnten Lebensweise sichern. Das wirkt wie ein Leistungsprimat: Die Renten dürfen nie sinken. Mit der demografischen Entwicklung brauchen wir also immer höhere Einnahmen, wenn das Rentenalter tabu bleibt.

Sie schreiben: «In der Schweiz an der politischen Vernunft des Stimmvolks zu zweifeln, grenzt an Blasphemie.» Gibt es denn Grund dazu?

Ich habe die Vox-Analyse der Volksabstimmung von 2010 angeschaut, als die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6,4 Prozent abgelehnt wurde. Was die Gegner als Motive angaben, ist teils haarsträubend, ein Fall von *expressive voting*. Viele scheinen nicht zu wissen, wie ein nachhaltiges Rentensystem funktioniert. In der Schule lernen sie ja nichts darüber; dafür sollen sie lernen, wie man nachhaltig konsumiert.

Mein Staatskundeführer an der Kanti, nebenbei Vize-Stadtammann von Frauenfeld, brachte mir bei: «Man kann in der Politik nicht alles verstehen. Man muss den Leuten vertrauen, die es verstehen.»

Klar, das ist rationales Verhalten, ein abgekürztes Verfahren. Die Leute sagen sich: «Weshalb soll ich das ganze Zeug lesen?» Sie folgen dann einfach den Parolen von Personen oder Parteien, mit denen sie sympathisieren.

Das Ergebnis muss gar nicht schlecht sein. Die Schweizer Ökonomen stimmen jedenfalls bei der Bewertung der direkten Volksrechte nicht miteinander überein.

Ja, davon gehe ich in meinem Buch auch aus. Die eine Gruppe, jene um Bruno S. Frey, stellt fest, direkte Demokratie mache glücklich; sie will deshalb die demokratische Mitbestimmung eher noch ausweiten. Die andere Gruppe um Silvio Borner warnt dagegen, es gebe ein Optimum der direkten Demokratie; wir sollten damit nicht zu weit gehen. Ich zähle mich zu dieser Gruppe.

Sie zitieren aber zum Schluss Reiner Eichenberger, einen Schüler von Bruno S. Frey: «Wenn alle Staaten politisch und wirtschaftlich so gut organisiert wären wie die Schweiz, hätte die Welt den Grossteil ihrer drängendsten Probleme gelöst.»

Er hat schon recht, aber wir sollten nicht überheblich werden: Nur wenige Länder hatten so günstige Ausgangsbedingungen. Und auch da zeigt sich das Paradox der Schweiz; ich denke immer noch darüber nach.

Hans Rentsch: Wie viel Markt verträgt die Schweiz? Ökonomische Streifzüge durchs Demokratieparadies. NZZ Libro. 256 S., Fr. 47.90

Staat

Ode an die Post

Ein Staatsbetrieb, der kundenfreundlich und beweglich ist – das gibt's.

Wenn ein Unternehmen 54 000 Mitarbeiter hat und zudem ein Staatsbetrieb ist, sind das keine Voraussetzungen, die zu hoher Kundenfreundlichkeit und Beweglichkeit im Geschäft führen. Darf man als Kleinstunternehmer und Liberaler behaupten.

In der Praxis aber darf man als Kunde ebendieses Unternehmens erleben, dass Theorie falsch sein kann. Jedenfalls wenn es sich bei dem Unternehmen um die Schweizerische Post AG, so der offizielle Name, handelt.

Als ich noch Wirtschaftsjournalist war, gab's noch die PTT – die Post-, Telefon- und Telegrafbetriebe. Am 1. Januar 1998 war Schluss damit, die Swisscom übernahm den glamourösen Teil, die Telekommunikation; das stiere Geschäft mit Briefen, Paketen und Postautos ging an die Post. Die Menge versandter Briefe nimmt seit Jahren um zirka zwei Prozent jährlich ab, wegen E-Mails et cetera. Ich denke, wenn es die Post ihren Kunden nicht so einfach machen würde – Briefe können gegen einen Zuschlag etwa mittels SMS frankiert werden –, wäre der Rückgang grösser. Zum Postautodienst hab ich nichts Eigenes zu sagen, diesen nutze ich nicht; ich höre aber von interessanten Kombinationsangeboten, mit E-Bikes zum Beispiel.

Was schliesslich Pakete angeht, ist die Post privaten Konkurrenten, die diesen Dienst auch anbieten, überlegen, Pardon, weit überlegen. Und das ist, wegen des stark wachsenden Versandgeschäfts von Online-Bestellungen etwa, das Feld, das man besetzen will. Die Post bringt's, finde ich. Und bin mir bewusst, dass das tönt wie bezahlte Reklame (ist es nicht). Die Post holt's auch seit kurzem. Wann ich will, wo ich will. Das Gleiche gilt, nebenbei, ebenfalls für Pakete, die ich empfangen. Wer dagegen seine Arbeitstage lieber damit verbringt, Sendungen nachzutelefonieren, wendet sich an einen der grossen ausländischen Kurierdienste. *Good luck*, wünsche ich, und starke Nerven. Und staune, wie viel schiefgehen kann beim, in meinen Augen, überschaubar komplexen Vorgang, ein Päckli von, sagen wir, Basel nach Zürich zu transportieren...

Ist meine Erfahrung repräsentativ? Nachweislich ist, dass sich die Post und mit ihr das Angebot entwickelt haben. Und zwar zum Guten. Der Rest hängt, wie immer, von einzelnen Mitarbeitern ab. Dem Pöstler etwa, der grad geläutet hat – weil er ins Haus will. Um ein zehn Kilo schweres, 0,7 Kubikmeter grosses Paket (ohne Unterschrift) zu mir hochzutragen. Obwohl sich das Ablagefach im Erdgeschoss befindet. *Mark van Huissing*

Dicke Luft im Container

Sie müssten längst gehen: Über 5000 abgewiesene Asylbewerber leben von Nothilfe. Ihr Alltag ist von Nichtstun geprägt, Schlägereien sind an der Tagesordnung. Von Alex Reichmuth und Christian Beutler (Bilder)

Eng und steil verläuft die Strasse hoch nach Valzeina im Prättigau. Der letzte Kilometer zum Berghaus «Flüeli» muss wegen Schnee zu Fuss zurückgelegt werden. Der Kanton Graubünden hat das ehemalige Ferienhaus vor zehn Jahren zu einem Ausreisezentrum umfunktioniert. Es war damals schweizweit das erste seiner Art, um abgewiesene Asylbewerber unterzubringen. Hier oben leben zurzeit dreissig Menschen, die eigentlich nicht mehr in der Schweiz sein dürften.

Von aussen weckt das «Flüeli» Erinnerungen an vergangene Klassenlager. Im Innern verflüchtigen sich die nostalgischen Gefühle rasch. Die Räume wirken abweisend. Küche, Bad und Gemeinschaftsraum sind spartanisch ausgestattet. «Das Notwendige zum Leben, aber nicht mehr», bringt Georg Carl das Konzept des Hauses auf den Punkt. Er ist Leiter Asyl und Rückkehr beim Bündner Migrationsamt. Die Bewohner sollten einsehen, dass es sich nicht lohne, weiter in der Schweiz zu bleiben, sagt Carl.

Lebensmittel statt Geld

Viele dieser Menschen müssten schon seit Jahren in ihrer Heimat sein. Die Behörden haben die Rückkehr als möglich und zumutbar eingestuft. Dass den Afghanen, Somaliern, Äthiopiern, Marokkanern oder Algeriern dennoch ein Bett in einem geheizten Haus zur Verfügung steht, ist humanitären Gründen geschuldet.

Die Bewohner im «Flüeli» bekommen ihre Nothilfe nicht wie anderswo bar ausbezahlt, sondern in Form von Lebensmitteln und Hygieneartikeln erstattet. Die Hausleiterin gibt diese einmal pro Woche ab. Ein Anrecht darauf hat nur, wer tatsächlich hier oben lebt. Was im Kanton Zürich jüngst zu hitzigen politischen Diskussionen geführt hat, ist hier selbstverständlich: Jeweils morgens und abends gibt es Präsenzkontrollen. Wer immer wieder fehlt, wird des Hauses verwiesen. Die meisten tauchen danach ab.

Jetzt, am Nachmittag, ist es im «Flüeli» ruhig. Einige Männer sitzen auf ihren Betten oder sind im Gemeinschaftsraum. Hier oben, auf 1200 Meter über Meer, gibt es kaum etwas zu tun. Eine Afrikanerin steht in der Küche und zieht ein selbstgebackenes Fladenbrot aus dem Ofen. Ein zweijähriges Mädchen und ihr älterer Bruder spielen in den Gängen. Viele Bewohner seien tagsüber unterwegs, sagt Asylchef Georg Carl. Sie würden zu Fuss oder per Autostopp ins Tal gelangen und dann

meist nach Chur reisen – sei es, um etwas einzukaufen oder um Freunde zu treffen.

Etwas Luxus scheint es zu geben. In den Zimmern sind da und dort TV-Geräte und Stereoanlagen installiert. Die Bewohner hätten sich diese selber beschafft, versichert Carl. Wie sie die Geräte bezahlten, darüber könne man nur mutmassen. Häufig würden Verwandte finanziell aushelfen. Es gebe zudem Hilfsorganisationen, die die Bewohner des «Flüeli» mit etwas Geld unterstützten, so Carl.

Während der Woche schaut tagsüber die Leiterin zum Rechten. Sie sorgt dafür, dass geputzt wird – zumindest das Notwendigste – und dass sich die Bewohner vertragen. «Derzeit haben wir eine gute Gruppe», sagt sie. Es werde wenig geklaut, und Konflikte seien selten. Das habe sicher damit zu tun, dass fünf Kinder im Haus seien.

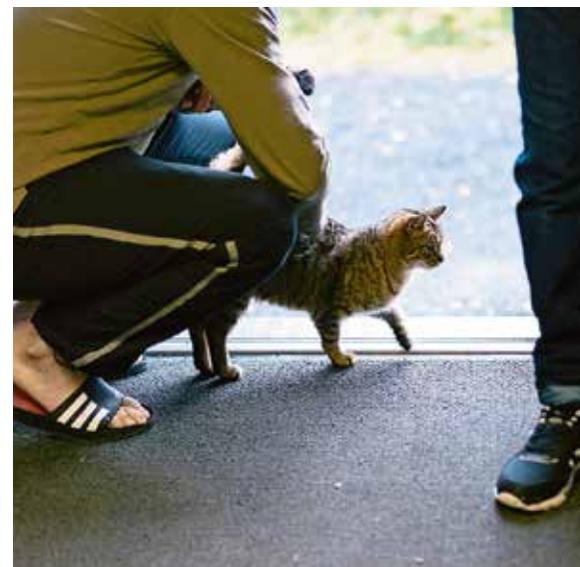
Anders ist es im aargauischen Holderbank. Die Notschlafstelle für abgewiesene Asylbewerber mit 44 Plätzen steht nur Männern offen. Aus siebzehn Ländern stammen derzeit die Bewohner, die im alten Haus direkt an der Durchgangsstrasse leben. Auch hier sind tägliche Präsenzkontrollen normal. Ab und zu kommt die Polizei vorbei, um jemand in Ausschaffungshaft zu nehmen – oder weil wieder einmal Bewohner aufeinander losgegangen sind.

Gerade vor zwei Tagen habe es eine Schlägerei gegeben, sagt Rolf Siegenthaler vom kantonalen Sozialdienst und seit sechs Jahren Unterkunftsleiter in Holderbank. Oft entwickelten sich Konflikte aus dem Nichts: «Ein verschollenes Ladegerät, ein schräger Blick, eine falsche Berührung – schon gibt es Streit.» Es sei mitunter schwierig, für geregelte Verhältnisse und Hygiene zu sorgen. «Es geht

«Ein verschollenes Ladegerät, ein schräger Blick, eine falsche Berührung – schon gibt es Streit.»

nichts von alleine, man muss immer dirigieren», meint Siegenthaler. Manchmal, wenn es gerade besonders mühsam sei, brauche er Abstand. Er sei dann froh, dass er neben Holderbank weitere Unterkünfte betreue und sich vorübergehend zurückziehen könne.

Die Räume Holderbank sind alles andere als einladend. Die Türen sind in knalligem Orange gestrichen. Das Sofa im Gemeinschaftsraum wirkt abgewetzt. Um die Küche und die Toiletten macht man lieber einen Bogen. Die Schlaf-



«Wenn Sie gehen wollen, kein Problem!»:»

räume sind düster. Überall hängen Kleider und Tücher, da den Bewohnern nur Tablare, aber keine Schränke zur Verfügung stehen. Ein bewusster Entscheid des Kantons, so Rolf Siegenthaler. Entsprechend streng riecht es.

Acht Jahre im Übergangsheim

Siegenthalers Job ist ein emotionaler Kantengang. Als Hausleiter müsse er auf Distanz zu den Bewohnern bleiben: «Ich bin nicht ihr Freund und nicht verantwortlich für ihre Probleme.» Doch bei so viel räumlicher Nähe komme ab und zu Empathie ins Spiel. Etwa, wenn einer der Bewohner zu ihm komme und weine. «In solchen Situationen fühle ich mich machtlos», so Siegenthaler, «denn helfen kann ich ja nicht.» Bei manchen Asylanten frage er sich, warum sie kein Bleiberecht in der Schweiz bekommen hätten. Es freue ihn darum, wenn «einer, der es verdient hat», am Ende doch eine Aufenthaltsbewilligung erhalte. Vor einigen Tagen habe ein Nigerianer einen positiven Bescheid erhalten, sagt Siegenthaler. Es sei der erste Fall einer nachträglichen Legalisierung, seit er hier Hausleiter ist. Der Mann wohne seit acht Jahren in der Unterkunft.



Notunterkunft in Kaltbach SZ.

Zu den «guten Bewohnern» zählt Rolf Siegenthaler auch Hassan. Der 22-jährige Afghane spricht fließend deutsch. Im Alter von zwölf Jahren sei er aus seiner Heimat in den Iran gereist, nachdem sein Stiefvater ihn regelmässig geschlagen habe, erzählt Hassan. Dort habe er sich als Obdachloser durchgekämpft. Mit fünfzehn sei er in die Schweiz gekommen – warum, wird im Gespräch nicht ganz klar. Hier sei er mehrmals straffällig geworden, so Hassan. Doch dann sei er zur Besinnung gekommen und habe sein Leben geändert. Er wünsche sich nun, trotz abgewiesenem Asylgesuch bleiben zu können, zu arbeiten und ein normales Leben zu führen. Auch Hassan hat ein Härtefallgesuch eingereicht und wartet nun auf den Entscheid der Behörden.

Keine Aussicht auf ein Bleiberecht hat dagegen ein Marokkaner, der sich in der Notunterkunft Kaltbach in Schwyz lautstark über die Verhältnisse beschwert. Es ist halb neun Uhr morgens. Die Stimmung unter den rund dreissig Männern im Containerbau ist schlecht. In der Nacht haben einige Bewohner für Lärm gesorgt, nicht zum ersten Mal. «Wie lange soll ich noch so leben?», schimpft der

Marokkaner. Fiona Elze, im Kanton Schwyz für das Asylwesen zuständig, knüpft sich den Mann vor. «Wenn Sie gehen wollen, kein Problem! Ich kann Ihre Rückreise jederzeit organisieren.»

In der Unterkunft gebe es zwei Arten von Schlafräumen, erklärt Fiona Elze dem Reporter: solche für die «problemlosen» Leute und solche für die schwierigen. Mit der Trennung wolle man Konflikte verhindern, was leider nicht immer gelinge. Schwierigkeiten machten oft Männer aus Nordafrika. «Viele von ihnen sind zwischendurch in Haft, weil sie kriminell geworden sind.»

Keine Probleme macht Tawfik. Er habe sein Land aus politischen Gründen verlassen, sagt der Äthiopier. Er könne nicht zurück, es sei zu gefährlich. Und er habe ein Kind in der Schweiz, das er nicht alleinlassen wolle.

«Bei den meisten, die hierherkommen, entscheidet sich rasch, ob sie länger bleiben», sagt Asylchefin Elze. Manche der abgewiesenen Asylbewerber hätten nach einigen Wochen genug von der Notunterkunft, tauchten ab oder reisten freiwillig aus. Natürlich unternähmen die Behörden alles, um illegal anwesende

Personen aus der Schweiz zu bringen, so Elze. Weil viele ehemalige Asylanten aber keine Papiere hätten, gelinge das oft nicht. Zudem kooperierten einige Länder nicht mit der Schweiz, so dass Rückschaffungen dorthin praktisch unmöglich seien.

Das «Friedensbüsi»

Nach der Präsenzkontrolle müssen die Bewohner die Notunterkunft in Schwyz um halb zehn morgens verlassen. Diese ist tagsüber geschlossen. Die Männer gehen dann zuerst zum kantonalen Migrationsamt, um ihre Nothilfe abzuholen: zehn Franken pro Tag – dazu zwei Franken, wenn sie ihr Ämtli wie Toilettenputzen oder Staubsaugen erledigt haben. Anschliessend warten sie irgendwo im nahen Einkaufszentrum oder am Bahnhof bis zum Abend. Um sieben Uhr können sie zurück in die Unterkunft. Es sei ein schlechtes Leben, so ohne Arbeit und Aufgabe, sagt Tawfik. Er lebt seit acht Jahren hier.

Trotz allem geht es in der Unterkunft Kaltbach in letzter Zeit etwas ruhiger zu und her. Denn seit einigen Wochen kommt regelmässig eine Katze vorbei, um sich füttern zu lassen. «Friedensbüsi» nennt Asylchefin Elze das neue Haustier. Offenbar wirkt es beruhigend auf die Bewohner. Zudem sorgt die Katze dafür, dass die Asylanten mehr auf Hygiene achten. Denn sie frisst nur aus sauberem Geschirr. ○

Pensionierung:

Wichtiges bespricht man mit dem Experten.



Vermögens Zentrum

www.vermoegenszentrum.ch

Töchterli-Wirtschaft bei der Caritas

Hugo Fasel, Direktor von Caritas Schweiz, beschäftigt seine eigenen Töchter. Die Geschäftsleitung des Hilfswerkes verstrickt sich in Unwahrheiten. In Frankreich ist der Innenminister wegen eines ähnlichen Falls gerade zurückgetreten. *Von Peter Keller*

«Das Richtige tun»: Mit diesem Motto beschreibt das Schweizer Hilfswerk Caritas seinen Anspruch an sich selbst. Ob Asylbetreuung oder Entwicklungshilfeprojekte in Afrika, die Caritas gehört mit ihrem 95-Millionen-Franken-Etat zu den grossen Playern der hiesigen NGOs. Direktor am Hauptsitz in Luzern ist Hugo Fasel. Der «engagierte Sozialpolitiker» (Schweizer Fernsehen) war Gewerkschafter und Nationalrat für die Christlichsoziale Partei, bis er 2008 die Führung von Caritas Schweiz übernahm und damit Chef über gut 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde.

Die Organisation sieht sich als «attraktive und faire Arbeitgeberin» mit hohen Anforderungen an «Qualität und Wirtschaftlichkeit». Schliesslich gehe es darum, die Ziele von Caritas Schweiz zu erreichen: «Eine gerechtere Welt, deren Stärke sich am Wohl der Schwachen misst.» Das Richtige tun. In der Selbstbeschreibung ist weiter zu lesen, dass die Unternehmenskultur der Caritas geprägt sei von «gegenseitigem Verständnis und Vertrauen» – dieses zumindest wurde arg strapaziert, als 2015 intern bekannt wurde, dass gleich beide Töchter des Direktors beim Hilfswerk eine Stelle fanden. Der Fall wurde bis heute von der Geschäftsleitung unter dem Deckel gehalten.

Krasse Unwahrheit

Die Caritas finanziert sich im Wesentlichen durch Spenden und Steuergelder. Ist hier die Besetzung von Stellen durch Verwandte des Managements nicht besonders problematisch? Odilo Noti, Leiter Kommunikation und Marketing, weist diesen Vorwurf zurück. Er bestätigt, dass die eine Tochter als Leiterin der Kleiderzentrale (100 Stellenprozente) und die andere beim Empfang (40 Stellenprozente) arbeitet, die Anstellungen seien aber gemäss den Richtlinien der Caritas erfolgt: «Offene Stellen werden ausgeschrieben und nach einem vorgeschriebenen Verfahren besetzt.»

Der Direktor werde nur einbezogen, wenn es um Mitarbeitende gehe, die ihm direkt untergeben seien, so Odilo Noti. «Die Leiterin der Kleiderzentrale ist nicht dem Direktor unterstellt.» Zudem befinde sich die Kleiderzentrale «nicht am Hauptsitz der Caritas in Luzern, sondern in Emmenbrücke» – die Agglomerationsgemeinde grenzt unmittelbar an die Stadt. Die zweite Tochter, die am Empfang und im Telefondienst tätig ist, arbeite zwar am Hauptsitz in Luzern, räumt



Strapaziertes Vertrauen: Caritas-Direktor Fasel.

Noti ein, sei aber nicht dem Direktor, spricht dem Vater, unterstellt. Die Frage, ob es interne Kritik oder Diskussionen gab aufgrund der familiennahen Personalentscheide, verneint der Kommunikationsverantwortliche. Geschäftsleitung, Präsidium sowie Personalvertretung seien jeweils über das Verfahren und das Ergebnis transparent informiert worden. «Es gab deshalb auch keine Beanstandungen.» Eine krasse Unwahrheit.

Unmittelbar nach der Einstellung der Fasel-Töchter ging ein Schreiben an die gesamte Geschäftsleitung, unterzeichnet vom damaligen Präsidenten des Personalverbandes, der inzwischen gekündigt hat. Odilo Noti gehörte ebenfalls zu den Empfängern. Selbst wenn ein professionelles Auswahlverfahren durchgeführt worden sei, halte der Personalverband die Anstellungen für «problematisch» und

«schwierig». Die neuen Stelleninhaberinnen hätten mit Vorurteilen zu kämpfen, umgekehrt seien Mitarbeitende befangen und «trauen sich in Sitzungen nicht mehr, kritische Äusserungen vorzubringen, da z. B. die Tochter des Direktors mit am Tisch sitzt».

In Tadschikistan unter Korruptionsverdacht

Die Geschäftsleitung der Caritas verschanzt sich hinter den rechtlichen Auflagen. So sei es bloss Mitgliedern des obersten Leitungsorgans untersagt, untereinander verwandt, verheiratet oder verschwägert zu sein. «Diese Good-Governance-Regel bezieht sich jedoch auf das Leitungsorgan, nicht auf die Mitarbeitenden», erklärt Noti. Der Vorstand des Personalverbandes sah das 2015 völlig anders. Zwar seien Stellenbesetzungen mit Verwandten möglich und legal, aber nicht sehr geschickt.

«Bei Caritas ist es noch zusätzlich heikel, weil ein hoher moralischer Massstab von innen und aussen angesetzt wird.»

Offenbar bestehen unterschiedliche Massstäbe, wie dem Schreiben des Personalverbandes zu entnehmen ist. Im Ausland dränge die Caritas sowohl in den eigenen Büros wie auch bei Partnerorganisationen darauf, dass keine verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen Angestellten bestehen. «In Tadschikistan hat u. a. die familiäre Beziehung einer Mitarbeiterin der Caritas mit einem Mitarbeiter einer Partnerorganisation monatelange Untersuchungen wegen Korruptionsverdachts nach sich gezogen.» Was in Tadschikistan Gültigkeit hat, wird in Luzern offenbar anders gehandhabt.

Die Geschäftsleitung der Caritas nimmt am 26. August 2015 Stellung zur Kritik des Personalverbandes – in Abwesenheit von Direktor Fasel, der in den Ausstand getreten ist. Die

«Bei Caritas ist es noch zusätzlich heikel, weil ein hoher moralischer Massstab angesetzt wird.»

Rekrutierungen seien professionell und nach den Regeln des Bereichs Personal erfolgt. Hugo Fasel sei in beiden Fällen in keiner Weise involviert gewesen. «Vor diesem Hintergrund hat die Geschäftsleitung keine Veranlassung, die Ergebnisse der beiden Rekrutierungsprozesse in Frage zu stellen.» Unterzeichnet worden ist das Schreiben vom stellvertretenden Direktor Odilo Noti, der gegenüber der *Weltwoche* faktenwidrig behauptet, es habe keine Diskussionen beziehungsweise «keine Beanstandungen» gegeben.

Neben Noti unterschrieb auch Alice Mäder-Wittmer, Leiterin des Bereichs Personal. Sie ist die eigentliche Verantwortliche für Personalfragen – und alles andere als unbefangen. Zu diesem Zeitpunkt ist nämlich auch ihre Tochter Imma Mäder bei der Caritas beschäftigt, worauf auch der Personalverband hinwies. Die *Weltwoche* hat deshalb nachgefragt, ob es neben den Fasel-Töchtern weitere Anstellungen aus dem näheren Verwandtschaftskreis der Geschäftsleitung gebe oder gegeben habe. Erst auf konkretes Nachhaken wird der Sachverhalt bestätigt. Allerdings habe es sich um keine «zeitweilige Anstellung» gehandelt, windet sich Noti heraus, sondern um eine «mehrwöchige Aushilfe» auf dem Sekretariat der Inlandhilfe.

In Frankreich hat in diesen Tagen der Innenminister Bruno Le Roux den Rücktritt eingereicht, weil bekannt wurde, dass er seine beiden Töchter während ihrer Studienzeit auf Parlamentskosten Teilzeit beschäftigt hatte. Bei Caritas Schweiz scheint die Töchterliwirtschaft für die Geschäftsleitung kein Problem zu sein. ○

Offener Brief

«Seelischer Muskelkater»

Die Chefin der Zürcher Justiz, SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr, wird juristisch schwer gerüffelt, was sie als Sieg des Rechtsstaats bejubelt, den sie laut Urteil missachtet hat. Schwindelerregend.

Liebe Jacqueline Fehr

Im November 2015 haben Sie Adrian Leimgrübler fristlos entlassen. Er war zuvor über vierzehn Jahre lang gewählter Statthalter des Bezirks Dietikon, beaufsichtigte also die Gemeinden und war zuständig für Bussen in Sachen Verkehr und Umwelt. In dieser Funktion war er mehrmals vom Volk bestätigt worden. Zwei Mitarbeiterinnen hatten Leimgrübler dann aber bezichtigt, gegen Regeln zu verstossen – etwa weil er straffällig gewordene Bürger protegiere. Die Vorwürfe hatten zu einem Strafverfahren geführt. Sie, als Chefin der Justizdirektion und damit Vorgesetzte des Statthalters, hatten zudem eine Administrativuntersuchung gegen ihn gestartet. Diese hat mit dem Befund geendet, Leimgrübler führe sein Amt mangelhaft. Er habe unter anderem widerrechtlich Akten entsorgt, auf das Verfassen von Stellenbeschrieben verzichtet, Mitarbeiterbeurteilungen ausgelassen und seine eigene Arbeitszeit falsch erfasst. Als der Bericht vorlag, griffen Sie durch und stellten Leimgrübler wegen angeblicher Pflichtverletzungen auf die Strasse.

Doch Leimgrübler wehrte sich. Er gelangte zuerst an die Gesamtregierung. Diese bestätigte aber die Entlassung. Leimgrübler klagte darum vor dem Zürcher Verwaltungsgericht. Dieses hat letzte Woche sein Urteil gefällt. Die Vorwürfe der Justizdirektion gegenüber Leimgrübler reichten nicht aus für eine fristlose Entlassung. Die Pflichtverletzungen, die man ihm vorgeworfen hat, seien zum einen Teil nicht belegt, zum anderen Teil von geringfügiger Art. Zudem, befindet das Gericht, seien Sie als Justizdirektorin gar nicht berechtigt gewesen, den Statthalter zu entlassen. Das hätte, wenn schon, die Gesamtregierung machen müssen. Die Entlassung sei darum rechtswidrig. Das Gericht sprach Leimgrübler die Lohnfortzahlung bis zum nächsten Sommer zu, dazu drei Monatslöhne als Entschädigung und zwölf Monatslöhne als Abfindung. Das Strafverfahren gegen ihn ist schon vorher eingestellt worden.



Fast schon wieder bewundernswert.

Für Jacqueline Fehr ist das Verdikt des Gerichts eine schallende Ohrfeige.

Auch wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig ist und von der Zürcher Regierung ans Bundesgericht weitergezogen werden kann: Leimgrübler ist damit praktisch vollständig rehabilitiert. Für Sie aber ist das Verdikt des Verwaltungsgerichts eine schallende Ohrfeige. Man war darum gespannt, wie Sie, Frau Fehr, darauf reagieren würden.

Am letzten Wochenende haben Sie sich gegenüber der *Sonntagszeitung* geäussert. Verlieren gebe «seelischen Muskelkater» und tue weh, sagten Sie. Der Fall Leimgrübler zeige aber, fuhren Sie fort, «dass unser Rechtsstaat funktioniert».

Aufs Arbeitsamt mit 55

Sie, Frau Regierungsrätin, sehen sich als Politikerin mit einem sozialen Gewissen. Gegenüber Adrian Leimgrübler aber gingen Sie rücksichtslos vor. Sie erteilten ihm nicht etwa einen Verweis wegen seiner angeblichen Verfehlungen, so dass er seine Amtsführung allenfalls hätte anpassen können. Nein, Sie entliessen ihn Knall auf Fall – im Stile einer autokratischen Herrscherin. Von der Unschuldsumutung halten Sie offenbar nicht viel. In der Öffentlichkeit stand Leimgrübler nach seinem Rauswurf desavouiert da. Er war zudem gezwungen, aufs Arbeitsamt zu gehen – im Alter von 55 Jahren. Er musste sich verschulden, um finanziell über die Runden zu kommen.

Auch jetzt ist Leimgrüblers Kampf noch immer nicht zu Ende. Nur falls er am 21. Mai an der Urne die Wiederwahl als Statthalter von Dietikon schafft, ist er wieder dort, wo er stand, bevor Sie ihn abgeschossen haben. Und Sie bezeichnen das Urteil des Verwaltungsgerichts, das Leimgrübler erkämpft hat, als Zeichen eines funktionierenden Rechtsstaats – an dessen Regeln Sie sich freilich nicht gehalten haben. Sonst hätte das Verwaltungsgericht Sie nicht erst wieder auf den Rechtsweg zurückbringen müssen.

*Mit freundlichen Grüssen,
Alex Reichmuth*

«Grossteil der Boni bleibt gesperrt»

Der Präsident der Credit Suisse, Urs Rohner, verteidigt sich gegen Angriffe auf die Lohnpolitik. Im operativen Geschäft schreibe die Grossbank schwarze Zahlen. Man stehe beim geplanten Börsengang der Schweizer Einheit nicht unter Zugzwang. *Von Beat Gygi und Florian Schwab und Ruben Wyttenbach (Bild)*

Paradeplatz 8, eine der symbolträchtigsten Adressen der Schweizer Wirtschaft: Sitz der von Alfred Escher im Jahr 1856 gegründeten Kreditanstalt (heute Credit Suisse). Vor exakt einem Jahr hatte die *Weltwoche* das Führungsduo der Grossbank, Präsident Urs Rohner und CEO Tidjane Thiam, auf dem Titel gezeigt – vor einer Montage des historischen Hauptgebäudes; aus einzelnen Fenstern loderten Flammen: «Ballade einer Grossbank. Aufstieg und Niedergang der Kreditanstalt».

Ein Jahr später kann man konstatieren: Es brennt nicht (mehr) bei der Credit Suisse. Zwar hat das Geldhaus auch im Jahr 2016 tiefrote Zahlen eingefahren. Doch der Verlust von 2,7 Milliarden Franken geht grösstenteils auf die Bereinigung von juristischen Altlasten zurück. Wir treffen Urs Rohner exakt an jenem Freitag, an dem der Vergütungsbericht veröffentlicht wird: 4 Millionen Franken für Rohner, fast 12 Millionen für seinen CEO. In der Presse ereifert sich FDP-Chefin Petra Gössi, es sei «gegen aussen nicht erklärbar und unverständlich, wieso Boni in Millionenhöhe ausgeschüttet werden, wenn ein Konzern grosse Verluste schreibt».

Erklären Sie die Lage, Herr Rohner! Der CS-Präsident nimmt sich fast zwei Stunden Zeit, um das bislang Erreichte herauszustreichen. Angesichts der zunehmend engmaschigen Regulierung wird die Führung einer internationalen Grossbank zu einer heillos komplexen Angelegenheit. Die Antwort: zurück zur guten alten Vermögensverwaltung. Bilanzverkleinerung. Risiken herunterfahren. Kosten sparen, auch durch Automatisierung.

Herr Rohner, wann wird es wieder normal im Bankengeschäft?

Was heisst schon normal? Die Bankenbranche hat nie stillgestanden. Sie ist immer in Bewegung.

Sie haben doch heute wenig Handlungsspielraum, der Staat führt ja die Bankgeschäfte grossenteils.

Der Rahmen ist tatsächlich sehr eng. Wenn normal heisst, dass die Regulierung klar und berechenbar ist, dann hoffen wir auf eine baldige Normalisierung. Die grossen umstrittenen Themen sind zurzeit die noch offenen Punkte zu den Eigenkapitalvorschriften unter Basel III.

Da gibt es noch erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Ländern.

Ist das Problem «Basel» oder die Uneinigkeit der Behörden?

Es ist eine Kombination. Einerseits gibt es einen internationalen Standard, der jedoch jedem Land eine gewisse Flexibilität bei der Festlegung der eigenen Kapitalvorschriften zugesteht. In der Schweiz sind diese regelmässig schärfer als der internationale Mindeststandard. Andererseits haben die Amerikaner die Basler Regeln nie vollständig umgesetzt. Sie haben zusätzlich zur Bestimmung über Kapitalreserven ein eigenes regulatorisches Modell, genannt CCAR, eingeführt, das auf die amerikanischen Verhältnisse zugeschnitten ist. Die US-Bankenwirtschaft hat auch eine völlig andere Struktur als jene in Europa.

Wie sehen Sie die Zukunft von London als Finanzmetropole?

Aus der Sicht der Finanzindustrie ist es erforderlich, dass zwischen London und Brüssel relativ rasch Klarheit hinsichtlich

«Die Amerikaner haben die Basler Regeln nie vollständig umgesetzt.»

des weiteren Verhältnisses herrscht. Andernfalls befürchte ich, dass der Brexit erhebliche Auswirkungen auf London als Finanzmetropole haben wird. Eine länger andauernde Unsicherheit birgt das Risiko, dass sich gewisse Geschäfte und Marktteilnehmer aus London wegbewegen werden, unabhängig davon, wie das Verhandlungsergebnis dereinst aussehen wird.

Laufen Ihnen die US-Banken den Rang ab?

Die amerikanischen Banken haben die Finanzkrise mit verursacht. Sie haben das Problem aber auf Geheiss der Regulatoren auch schnell und sehr entschieden gelöst, während in Europa vieles schleppend vor sich geht. Wir haben unsere Strategie nach unseren eigenen Stärken und dem künftigen Ertragspotenzial ausgerichtet. Daraus ergibt sich die Konzentration auf das Vermögensverwaltungsgeschäft und die profitablen Bereiche im Investmentbanking. Dabei setzen wir auf die Verknüpfung der sogenannten «High net worth»- und «Ultra high net worth»-Segmente mit dem Investmentbanking.

Aber das Vermögensverwaltungsgeschäft hat nicht so hohe Margen.

Wir sind auch letztes Jahr im Vermögensverwaltungsgeschäft profitabel gewachsen. Unsere Bruttomargen stiegen auf 114 Basispunkte, also über ein Prozent. Das ist zwar nicht so hoch wie früher einmal, aber eine der höchsten in der Branche. Die Nettomargen konnten wir halten, etwa dank massiven Kostensenkungen.

Die müssen Sie aber noch beschleunigen.

Wir sind durchaus ehrgeizig. Seit Ankündigung der neuen Strategie wurden die Kosten netto um rund 2 Milliarden Franken verringert. Unsere Kosten sollen gemäss den Planungen des Managementteams bis Ende 2018 unter 17 Milliarden Franken liegen, womit wir in drei Jahren über 4 Milliarden sparen werden.

Wenn die CS die Entschädigung von Konzernchef Tidjane Thiam für 2016 gegenüber dem Vorjahr um fast 30 Prozent auf 11,9 Millionen Franken erhöht und die Abgeltung für Sie als Verwaltungsratspräsident um ein Viertel auf 4 Millionen Franken, dies bei einem Jahresverlust von 2,7 Milliarden Franken, passt das, von aussen gesehen, nicht zum Sparen.

Es ist wichtig, zu wissen, dass die Vergütung für die Geschäftsleitung, wie sie letzte Woche bekanntgegeben wurde, nur dann in dieser Höhe ausbezahlt wird, wenn der zukünftige Erfolg sich einstellt und die langfristigen Ziele auch wirklich erreicht werden. Zudem ist der grösste Teil der Boni bis mindestens 2020 gesperrt. Ich selber erhalte keinen variablen Lohnbestandteil. Ich fand es aber richtig, auch dieses Jahr nochmals freiwillig auf die Hälfte des Vorsitzhonorars zu verzichten.

Gibt es bei Ihnen längerfristig eine Beziehung zwischen dem Lohn und der Leistung, die jemand erbringt, oder ist das Salär eine reine Marktfrage?

Beides. Bei einem Händler kann man den Erfolg genau messen, immer unter Einbezug des eingegangenen Risikos und seines Verhaltens. Bei den Funktionen ohne Kundenkontakt ist das anders. Sucht man etwa führende Rechts- oder Compliance-Experten für Asien, ist der Marktpreis entscheidend. Die Kraft des Marktes bekamen wir 2016 zu spüren, als uns die Konkurrenz viele gute Mitarbeitende abgeworben hat. Deshalb mussten wir von einem tiefen



«Wir können und werden profitabler werden»: CS-Präsident Rohner.

Niveau aus die Gehälter wieder gezielt anpassen.

Ein übersichtlicher Markt ist das aber nicht.

Das könnte sich allenfalls ändern mit einem Modell, in dem die Banken viele nicht direkt kundenbezogene Tätigkeiten durch gemeinsame externe Anbieter erbringen liessen. Das kann ich mir grundsätzlich gut vorstellen.

Ist die gesamte Arbeitsproduktivität in der Bankenbranche hoch genug? Untersuchungen des Bundes deuten darauf hin, dass der Finanzsektor seit der Wirtschaftskrise beim Ertrag pro Arbeitsstunde kaum Fortschritte gemacht hat.

Bisher war die Bankenbranche zu wenig auf Produktivität ausgerichtet, man brauchte zu viele Leute, um bestimmte Leistungen zu erbringen.

Warum war das so?

Vermutlich, weil die Banken lange Zeit wegen der hohen Erträge nicht gezwungen waren, sich besonders effizient aufzustellen.

Also herrschen noch nicht normale Zeiten?

Aus dieser Sicht, ja, aber es ist klar, dass wir gar keine andere Wahl haben, als die Produktivität permanent zu verbessern.

Sinken auch die Löhne?

Der Finanzsektor hat traditionell in allen Bereichen hohe Löhne bezahlt. Es gab sicher Lohnexzesse um 2000 herum bis 2007, aber die heutigen Spitzensaläre liegen weit unter den damaligen Werten. Es hat sich hier schon vieles verändert. Das wird weitergehen.

Und doch sind Bankenlöhne weiterhin ein Reizthema.

Beim Thema Löhne wird meistens über Spitzenentschädigungen gesprochen. Das Problem der Branche liegt aber auch darin, dass die gesamten Lohnkosten im Verhältnis zu den Totalkosten bei den Banken zu hoch sind. Dieses Verhältnis gilt es zu verbessern, und die Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten dafür. Die Produktivitätsfortschritte sind bereits riesig, wenn man standardisierte Tätigkeiten wie Kontoeröffnungen, Anti-Geldwäsche-Abklärungen oder die Überprüfung politisch exponierter Personen einer intelligenten Maschine überlässt. Die arbeitet nicht bloss schneller, sondern auch präziser als ein Mensch.

Geldwäsche-Tests kann man automatisieren?

Man kann fast alles automatisieren. Bei Anti-Geldwäsche-Vorschriften, die sehr rigide sind, sind Aktualisierungen über Datenbanken möglich, so dass Automatisierungen enorm effizient wären. Auch im Risikomanagement oder beim Zuteilen von Krediten werden automatisierte Prozesse und Big Data eine hohe



«Komplexität ist nicht vermeidbar»: CS-CEO Thiam.

Sicherheit und Schnelligkeit ins Geschäft bringen.

Man hört aber, die CS komme mit der Digitalisierung an der Kundenfront nicht schnell vorwärts.

Das stimmt nicht, weder bei den Front-Applikationen noch bei den operationellen Prozessen. Wenn Sie nur schon unsere normale E-Banking-Applikation anschauen, können Sie als Kunde bereits heute fast alles selber machen.

Was ist dann noch das Kerngeschäft einer Credit Suisse? Wie gewinnt sie Vertrauen?

Vertrauen ist ein ganz wesentlicher Punkt. Eine Bank besteht aus Kapital und kompetenten Leuten, die beim Kunden Vertrauen erzeugen. Der Kunde will die Gewissheit

«Die gesamten Lohnkosten sind im Verhältnis zu den Totalkosten bei den Banken zu hoch.»

haben, dass die Bank auch weit in der Zukunft noch da ist.

Aber das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Banken ist seit 2000 radikal erschüttert und hat sich bisher nicht erholt, wie etwa die «Trust Meltdown»-Studien von Media Tenor zeigen.

Wenn man das liest, ist das deprimierend. Aber es ist klar, dass der Wiederaufbau von verlorenem Vertrauen eine lange Zeit dauert. Dies sieht man auch bei anderen Berufsständen.

Banker dürfen doch nicht zu diesen Schichten gehören.

Klar, die angeschlagene Reputation von Banken ist ein ernstes Thema. Es gibt aller-

dings einen Unterschied zwischen der öffentlichen Wahrnehmung und der Meinung der Kunden. Wenn Sie mit einzelnen Kunden sprechen, dann zeigt sich, dass die meisten unter ihnen mit den Leistungen ihrer Bank überaus zufrieden sind. Es kommt bei uns selten vor, dass ein Kunde den Service seines Beraters schlecht findet. Das Vertrauen in eine Bank kann man auch am Zufluss von Neugeldern messen. Die Credit Suisse hat seit 2008 in etwa 250 Milliarden Franken Neugeld erhalten.

Ein anderer Gradmesser ist der Aktienkurs – der ist sehr schwach.

Der Markt hat im zweiten Quartal 2016 erstmals den positiven Effekt unserer Strategie wahrgenommen. Das widerspiegelt sich in einer besseren Aktienperformance gegenüber dem europäischen Bankensektor in der zweiten Hälfte 2016. Wir müssen Ergebnisse liefern, Quartal für Quartal. Das ist eine langfristige Angelegenheit.

Kann denn die Branche einfach nicht gesünder werden?

Wir können und werden profitabler werden. Es darf nicht sein, dass eine Bank, die ihre Strukturen angepasst hat, langfristig, also über einen Zyklus hinweg, ihre Kapitalkosten nicht verdient. Ich bin aber überzeugt, dass wir das schaffen.

Wann kann denn die CS ihre Kapitalkosten wieder einbringen?

Im vergangenen Jahr haben unsere operativen Geschäfte mit einer Ausnahme ihre Kapitalkosten verdient. Was das Ergebnis zurzeit noch belastet, sind die Verluste aus der Abwicklungseinheit. Hinzu kommen juristische Altlasten, die das Gesamtergebnis negativ beeinflusst haben, wie 2016 der

Fall im Zusammenhang mit amerikanischen Wohnhypotheken aus den Jahren 2005 bis 2007.

Für die Vergangenheitsbewältigung im grenzüberschreitenden US-Geschäft hat die CS etwa dreimal mehr bezahlt als die UBS, war aber wohl nicht dreimal schlimmer unterwegs. Haben Sie schlecht gekämpft?

Unterschiedliche Fälle sind schwierig zu vergleichen, zumal die Politik hineinspielt. Die Credit Suisse konnte sich auf keinen Staatsvertrag und kein Notrecht stützen, welche die Offenlegung von Konten in den USA ermöglicht hätten. Das ist aus schweizerischer Sicht nachvollziehbar, aber die Gegenseite sah nicht ein, weshalb die Credit Suisse nicht gleich handeln konnte wie eine andere Bank zuvor.

Das Vertrauen in Banken hängt mit den Rechtsfällen zusammen, die öffentlich bekannt werden. Hätten Sie die Verantwortlichen nicht stärker für deren Fehlleistungen zur Rechenschaft ziehen können, zeigen, dass Sie sauber sein wollen?

Da, wo wirklich individuelles Fehlverhalten feststellbar war, haben wir das auch gemacht. Das ist immer ein Teil der Aufarbeitung, die betreffenden Personen wurden entsprechend sanktioniert. Wir wenden dafür immer häufiger einen Malus an.

Viel hat man aber nicht gehört.

Teilweise betrafen die Verfehlungen Fälle, die fünfzehn bis zwanzig Jahre zurückliegen. Die Verantwortlichen sind nicht mehr da. Und das gegenwärtige Management zu bestrafen, ist nicht gerechtfertigt. Damals im US-Steuerfall setzten deshalb Management und Verwaltungsrat ein Zeichen durch den freiwilligen Verzicht auf einen Teil ihrer Vergütung.

Treffer sicher ist das nicht.

Das Problem ist oft, dass solche Fälle sehr spät entschieden werden. Nehmen wir zum Beispiel nochmals den Hypothekenfall in den USA. Dieser betraf eine Handelsperiode von 2005 bis 2007, und wenn nun zehn Jahre später die Erledigung erfolgt, finden sich in der Bank nicht mehr viele Leute, die damals das Geschäft betrieben und verantwortet hatten.

Das muss man hinnehmen?

Letztlich ist das schwerlich zu vermeiden. Viel wichtiger ist aber, heute dafür zu sorgen, dass in der Gegenwart und Zukunft richtig gehandelt wird. Klar, es gibt immer wieder Fehler, aber wir müssen deutlich zeigen, dass unethisches Verhalten nicht toleriert wird. Wir haben bei der Credit Suisse grosse Fortschritte in dieser Richtung gemacht, das Be-

wusstsein für Compliance, Regeltreue, ist sehr stark entwickelt und ein wesentlicher Teil unserer Kultur.

Sie haben vor, die Schweizer Einheit der Credit Suisse möglicherweise separat an die Börse zu bringen, dies neben dem bestehenden Konzern. Warum muss die Komplexität derart erhöht werden? Sonst gilt ja Komplexität als Gift.

Es geht um zwei verschiedene Gesichtspunkte. Die rechtliche Abgrenzung der Schweizer Einheit wurde durch die Regulierung vorgeschrieben, da geht es um den Erhalt der für den Schweizer Finanzplatz systemrelevanten Teile im Abwicklungsfall. Diese Komplexität ist nicht ver-

«Big Data wird eine hohe Sicherheit und Schnelligkeit ins Geschäft bringen.»

meidbar. Damals bei der Bekanntgabe des Strategieplans sagten wir, dass der Kapitalbedarf neun bis elf Milliarden Franken betrage. Wir beschafften sechs Milliarden Franken über eine Kapitalerhöhung. Eine weitere Milliarde führten wir über Veräusserungen zu. Zudem stellten wir den Plan vor, zwanzig bis dreissig Prozent der Schweizer Credit Suisse an die Börse zu bringen. Das ist eine weitere Möglichkeit, der Gruppe Kapital zuzuführen. Es bestand damals noch eine grosse Unsicherheit in Bezug auf den US-Hypothekenfall.

Und jetzt ist die Lage anders?

Jetzt kennen wir die Kosten. Das gibt uns einen neuen Ausgangspunkt, um nochmals die Frage zu prüfen, was im besten Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft ist.

Ist die Dringlichkeit der Kapitalzufuhr nicht mehr so gross?

Sicher weniger hoch, als wenn die Busse höher ausgefallen wäre. Wir wollten immer, dass Kapital bei uns kein Thema ist. Und wir sind der Ansicht, dass der Börsengang einer Schweizer Universalbank grundsätzlich eine attraktive Option ist. Es ist ein Weg, den tatsächlichen Wert des Schweizer Geschäfts aufzuzeigen.

Da müssten Sie aber die Kosten der erhöhten Komplexität dagegenrechnen.

Die Führung der Gruppe würde sicher erheblich komplizierter. Es geht um die Interessen der Minderheitsaktionäre und darum, wie viel Freiraum man der Tochtergesellschaft gibt. Das darf man nicht unterschätzen. Am Schluss müsste man Vor- und Nachteile abwägen und die Lösung wählen, die für die Gesellschaft und die Aktionäre langfristig die beste ist.

In der Branche hält man die doppelte Kotierung für eine sehr schwierige Lösung.

Dass diese Diskussion jetzt aufgekommen ist, hat mich etwas überrascht. Es gibt immerhin schon Erfahrungen mit solchen Modellen, neu wäre das jedenfalls nicht. Es ist klar, dass jede Kapitalmassnahme ihr Vor-, aber auch ihre Nachteile hat. Wir werden die für unser Unternehmen beste Lösung finden.

Wie rasch müssen Sie über den Börsengang entscheiden?

Wir sind nicht unter besonderem Zeitdruck. **Aber es kann sein, dass Sie die Kotierung der Schweizer Tochter nicht umsetzen?**

Wie gesagt, der Verwaltungsrat wird diese und alle anderen Varianten mit dem Management prüfen und entscheiden, welches die langfristig beste Lösung für die Gesellschaft und die Aktionäre ist.

Ist es beim Umbau der CS eigentlich von Vorteil, dass Konzernchef Tidjane Thiam aus der Versicherungsbranche kommt?

Versicherungsleute sind versierte Vermögensverwalter, die Investitionen langfristig betrachten. Sie sind auch typischerweise gut im Risikomanagement. Ich wählte Tidjane Thiam aber nicht nur deswegen, sondern weil er von seiner starken Führungspersönlichkeit und von den Erfahrungen her genau das mitbringt, was für die Veränderung der Credit Suisse sowohl strategisch wie operativ notwendig ist.



Matrioschka-Gespräch

Zum Kern der Dinge vordringen

RUSSLAND UND DIE UNO – ALTES EHEPAAR ODER POWER COUPLE?

Gast: Andreas Zumach
Freier Journalist am
Uno Sitz In Genf



Leitung: Wolfgang Koydl
Redaktor Weltwoche, Buchautor

Hotel St. Gotthard, Zürich
10. April 2017

Fr. 60.– / Gönner: Eintritt frei

18 Uhr: Beginn der Veranstaltung

Sprache: Deutsch

Anschliessend Apéro:

Hobelkäse-Buffer mit Züpfe

Information: +41 44 261 1971

Anmeldung:

info@swissrussianforum.org

Medienpartner

DIE WELTWOCH

Nur das Beste für Dylan und Travolta

Das Familienunternehmen Kudelski war das Schweizer Wunderkind der New Economy. Dann folgte der Absturz. Firmenchef André Kudelski verrät, wie der Technologiekonzern wieder erfolgreich wurde und warum er einen zweiten Hauptsitz in den USA eröffnet hat. Von Florian Schwab und Ruben Wyttenbach (Bild)

Die Geschichte ist schön und glamourös. Vier Oscars und ein Nachruf in der *New York Times*: Der polnischstämmige Schweizer Ingenieur Stefan Kudelski (1929–2013) war nicht nur so etwas wie Hollywoods technischer Sound-Direktor, sondern auch der Audio-Chefchronist der Nachkriegsjahrzehnte. Seine Tonbandgeräte der Reihe Nagra – der Name leitet sich vom polnischen *nagrywać* («aufnehmen») her – haben zwischen 1960 und 1990 so gut wie jeden Pieps aufgezeichnet, den man der Nachwelt überliefern wollte.

Fast alle Radiostationen arbeiteten mit Nagra-Recordern. Die Miniaturausgabe JBR war für Jahrzehnte das bevorzugte Instrument von Geheimdienstagenten für verdeckte Ermittlungen. Eine Nagra-Maschine «made in Switzerland» begleitete 1969 die ersten Menschen auf den Mond. Der Dokumentarfilm «Don't Look Back» des Regisseurs D. A. Pennebaker über den Musiker Bob Dylan etablierte die Marke 1967 als unangefochtenen Industriestandard für Tonaufzeichnungen in der Filmbranche. Im Film «Blow Out» spielt John Travolta einen Tontechniker, der mit dem Nagra III die Geräusche für einen Horrorfilm einsammelt. Kudelskis Produkt bewegte sich im absoluten Spitzensegment der professionellen Anwender, während der private Audio-Connoisseur auf die (ebenfalls schweizerischen) Erzeugnisse aus dem Haus Studer-Revox schwor.

Zwischen Erfolg und Untergang

Doch die Zeiten, in denen Hollywood-Divas ins Nagra-Mikrofon hauchten, sind seit dem Siegeszug der digitalen Audiotechnik vorbei. Das Unternehmen Kudelski aber, das gibt es noch immer. Und wie: Letztes Jahr schrieb der Konzern 75 Millionen Franken Reingewinn (bei fast einer Milliarde Franken Umsatz).

In der Deutschschweiz weiss fast niemand, was Kudelski in Cheseaux-sur-Lausanne genau macht. Wir besuchen André Kudelski im Waadtland. Wie sein Vater Stefan, der Nagra-Erfinder, ist auch André Kudelski Ingenieur. Seit 1991 führt er die Geschicke der Firma. Er verantwortet den eindrucklichen Wandel eines mittelständischen Herstellers von High-End-Tonbandgeräten zum (Beinahe-)Milliardenkonzern. Der agil auftretende Mittfünfziger sucht normalerweise nicht das Licht der Öffentlichkeit. Er ist kein Freund grosser Worte, sondern der nüchternen Zahlen. Und er ist der beste Kenner einer Unternehmensgeschichte mit atemberaubenden Erfolgen, aber auch mit der einen oder anderen unternehmerischen Nahtoderfahrung.



«Innovation braucht Freiraum»: Unternehmer André Kudelski.

Bei Kudelski ist der Erfindergeist eine Familientradition. Bereits der aus Warschau stammende Grossvater Tadeusz Kudelski (geboren 1894) hatte sich durch technologisches Gespür beträchtliche Einkünfte gesichert: Er brachte Investoren mit dem Erfinder einer neuen Beschichtungstechnologie für Stahl zusammen und erhielt bis zu seinem Lebensende Lizenzgebühren für jede Tonne des produzierten Metalls. In Polen war Grossvater Kudelski Mitglied

eines europaweiten Netzwerks, das die Vorstösse Hitler-Deutschlands bekämpfte. Als die Gruppe aufflog, flüchtete die Familie 1943 dank hiesigen Bekannten in die Schweiz.

In Lausanne studierte der jugendliche Stefan an der ETH Ingenieurwissenschaften und setzte kurz nach dem Studium mit den Nagra-Recordern zu den erwähnten Höhenflügen an. In den späteren 1980er Jahren geriet das Unternehmen aber in Schwierigkeiten. Von 450 Mit-

arbeitern zu Spitzenzeiten waren noch rund hundert übrig, als André Kudelski vom Vater die Führung übernahm. Die Verluste Ende der 1980er-Jahre nagten empfindlich an der Substanz. Die Familie entschloss sich zum Börsengang und verkaufte 70 Prozent des Kapitals, bewahrte sich aber (bis heute) eine Stimmenmehrheit. Der Börsengang 1986 drohte für die Anleger zum Fiasko zu werden.

Zweiter Hauptsitz in Phoenix

Weil das Geschäft mit den analogen Tonbandgeräten überholt war, expandierte die Firma (noch unter André Kudelskis Vater) in digitale Audio- und Videotechnologien. Allerdings mit mässigem Erfolg. Die grosse Geldquelle der nächsten zwei Jahrzehnte ersann erst der heutige Firmenchef: die verschlüsselte Übertragung von Bezahlfernsehen (Pay-TV), ein Massengeschäft. «In den drei Jahrzehnten nach der Gründung haben wir insgesamt rund 100 000 Nagra-Recorder hergestellt», erzählt André Kudelski. Beim Bezahlfernsehen komme die Technologie des Unternehmens hingegen bei weltweit 500 Millionen Nutzern zum Einsatz; in der Schweiz etwa beim Kabelfernsehen-Anbieter UPC.

Die Expansion in das neue Geschäftsfeld fiel genau in die Aufwärmphase für die Dotcom-Blase der Jahrtausendwende. Der Aktienkurs von Kudelski explodierte, angetrieben vom Glauben an die digitale Zukunft. Zeitweise war das Unternehmen an der Börse fast 10 Milliarden Franken wert. 2002 kam der grosse Crash, weil sich die ehrgeizigen Verkaufszahlen nicht realisieren liessen. Heute nähert sich der Börsenwert wieder der Marke von einer Milliarde. Immerhin: Kudelski hat das Börsenmassaker der New Economy überlebt und ist wieder profitabel unterwegs. Mit rund 3500 Mitarbeitern weltweit beschäftigt es mehr Mitarbeiter als jemals zuvor.

Die wechselhafte Kudelski-Geschichte zeigt: Nichts ist für die Ewigkeit. Auch nicht das Geschäft mit dem Pay-TV. Die rasante Entwicklung des Internets bedrängt das traditionelle Bezahlfernsehen. Bei Kudelski setzt man daher auf neue Anwendungen der hauseigenen Verschlüsselungstechnologie: «Zwei unserer Schwerpunkte sind jetzt das <Internet der Dinge> und die Cyber-Sicherheit», so Kudelski. Das Schweizer Unternehmen will hier an vorderster Front mitmischen. Um einen direkten Zugang zum grössten Cyber-Security-Markt der Welt zu haben, hat Kudelski letztes Jahr einen zweiten Hauptsitz in Phoenix, Arizona, eingerichtet. Die jährlichen Ausgaben für Forschung und

Entwicklung des Konzerns betragen stolze 200 Millionen Franken, aufgeteilt hauptsächlich zwischen der Schweiz und den USA.

Von jeher lässt das Unternehmen bei seinen Erfindungen nichts anbrennen. Das Ergebnis jahrzehntelanger Forschungstätigkeit: mehr als 5300 Patente. Seit ein paar Jahren bewirtschaftet Kudelski diesen Schatz an geistigem Eigentum professionell, indem das Unternehmen den Markt nach Produkten absucht, in denen Kudelski-Technologien zum Einsatz kommen, ohne dass in Cheseaux nachgefragt worden wäre. Mit Patentstreitigkeiten hat Kudelski einigen der grössten Namen der digitalen Wirtschaft das Fürchten gelehrt. Das Ergebnis sind lukrative Lizenzierungsverträge mit Firmen wie Apple, Netflix oder Twitter. In die Karten blicken lässt sich Kudelski aber nicht: «Solche Vereinbarungen sind vertraulich.»

Der Ingenieur André Kudelski sieht die grösste Herausforderung für den Erfolg in der digitalen Wirtschaft nicht unbedingt auf der technischen Seite. «Gute Erfindungen gibt es viele. Die Frage ist: Wie kann man sie wirtschaftlich nutzen?» Die Innovationen, die grundlegend waren für den epochebildenden Nagra-Recorder, seien von seinem Vater zuerst dazu gedacht gewesen, die Steuerung von Maschinen zu vereinfachen. Den Durchbruch schaffte die Technologie dann in einem ganz anderen Gebiet.



Stefan Kudelski, um 1960.

Eine Schweizer Nagra-Maschine begleitete die ersten Menschen auf den Mond.

Letztes Jahr hat der Bundesrat den Kudelski-Chef zum Präsidenten der Innovationsagentur Innosuisse ernannt. Laut André Kudelski «ist die Schweiz technologisch stark», aber wenn es darum gehe, «aus den Erfindungen ein Business» zu machen, seien die Amerikaner überlegen. Das hänge auch mit der Grösse des Markts zusammen. «Die Schweiz ist ein Nanomarkt, und die EU bringt es einfach nicht fertig, einen einheitlichen Wirtschaftsraum für digitale Dienstleistungen zu schaffen.» Es gebe in der Europäischen Union viel zu viele Regulierungen, die Innovationen im Keim ersticken. «Gerade in der Anfangsphase braucht es Freiraum.»

Wolle die Schweiz an der Spitze mithalten, so dürfe sie sich «nicht nur an ihren Nachbarn orientieren», sondern müsse sich auch an den USA und Asien messen. Kudelski wünscht sich beispielsweise, dass die Schweizer Handelsdiplomatie nach Lösungen sucht, den Schweizer Technologiefirmen («insbesondere den kleineren») den Zugang zum riesigen amerikanischen Markt zu erleichtern. Sein Unternehmen hat diesen Sprung selbst geschafft. Die neue Administration in den USA bereitet Kudelski keine grossen Sorgen. Die Amerikaner hätten es «immer wieder geschafft, Fehlentwicklungen aus eigener Kraft zu korrigieren».

Erfindungen

Grüne Steine

Mit einem Vaterschaftstest für Smaragde reagiert Gübelin auf den Zeitgeist.



Codiertes Juwel.

Gemüse und Fleisch will der Städter längst aus lokalem Anbau geniessen – neuerdings sollte im Idealfall auch die Herkunft des Edelsteins klar sein. Das Interesse an transparenten, nachhaltigen Märkten ist gross, besonders die Generation der Millennials macht von diesen Kriterien ihre Kaufentscheidungen abhängig. In den letzten Jahren kam die Schmuckbranche den Kunden bereits durch Neuheiten wie Fair-Trade-Gold und andere Zertifizierungen entgegen – besonders undurchsichtig blieb aber der Markt für Edelsteine.

Nachweise für fairen Handel

Etwas Licht in den Dschungel aus zigtausenden Minen, Lagerorten und Zwischenhändlern könnte eine Weltneuheit des Schweizer Traditionshauses Gübelin bringen: Der ETH-Spin-off Haelixa hat im Auftrag des gemmologischen Labors von Gübelin den ersten «Vaterschaftstest» für Smaragde entwickelt. Das soeben an der Baselworld präsentierte Verfahren erlaubt es, einem Farbedelstein mit Hilfe von Nanotechnologie gewisse Informationen einzuimpfen, so dass bei Bedarf stets überprüft werden kann, woher der Stein genau stammt. Vereinfacht gesagt: Der frisch geförderte Smaragd wird in eine Flüssigkeit gelegt, die den Code seiner Herkunft enthält, etwa Informationen über die Mine in klitzekleiner, chemischer Form, eine künstliche DNA. Der Smaragd saugt die Informationen auf und schliesst sie ein. Will nun nach Jahren ein Kunde wissen, woher der Stein kommt, kann die in ihm enthaltene Botschaft entschlüsselt werden. Die künstliche DNA hinterlässt keine sichtbaren Spuren auf dem Stein. Die Idee für das Verfahren kommt aus der Lebensmittelindustrie, in der auf ähnliche Weise bereits Etikettenschwindel bei Olivenöl nachgewiesen wurde. Gübelin hofft, dass sich das Verfahren – bisher nur auf Smaragde anwendbar – künftig auch für Rubine nutzbar machen lässt. Auch eine Lösung für das Problem mit den Blutdiamanten? Leider nein, deren Dichte ist zu hoch für das Vorgehen – doch es werden andere Methoden geprüft. *Claudia Schumacher*



Basler Begegnungen: CF-Bucherer-CEO Sascha Moeri (rechts) mit Kollegen, Bundesrat Berset mit Tag-Heuer-Patron Jean-Claude Biver (rechts)...



... Juwelier-Legende René Beyer, Weltwoche-Chef Roger Köppel und Patek-Philippe-Eigentümer Thierry Stern (rechts). Eindrücke aus der Halle.

Weniger ist mehr

Die wichtigste Messe der Uhren- und Schmuckbranche in Basel ist 100 Jahre alt. Nach Jahren fiebriger Hochkonjunktur trennt sich jetzt die Spreu vom Weizen. Beeindruckt bleiben Innovationskraft und Bodenständigkeit der traditions- und erfolgreichen Schweizer Uhrenunternehmen. *Von Raphael Suter*

Zweimal im Jahr bemüht sich jeweils ein Bundesrat in offizieller Mission nach Basel: zur Eröffnung der Muba und zur Eröffnung der Baselworld. Genau hundert Jahre alt sind beide Messen, denn der Bereich «Uhren und Bijouterie» war bereits in die erste Muba im Jahr 1917 integriert. Allerdings waren es damals nur gerade 29 Aussteller, heute sind es 1300. Damit ist die Baselworld die weltgrösste Uhren- und Schmuckmesse und zudem die wichtigste Branchenveranstaltung überhaupt.

Während der Baselworld trifft sich die Welt in Basel. Und verändert das Stadtbild komplett. Massanzüge, teure Designertaschen und natürlich auffällige Uhren treten in Kontrast zu den offenen Hemden, MBT-Schuhen und Rucksäcken, mit denen die Mitglieder der Basler Regierung an offiziellen Anlässen auftreten. Staunend stellen die linksalternativen Basler fest, wie mondän die Welt ausserhalb des Rheinknies

ist, und sie sind auch ein wenig stolz, dass Basel für wenige Tage der Nabel dieser Glamourwelt wird. Trotzdem dürfen die privaten Limousinen der Luxusfirmen nicht vor das Grandhotel «Les Trois Rois» vorfahren. Das strikte Basler Verkehrsregime verbietet dies. Aber das ist aus der Sicht des ohnehin nur Velo fahrenden SP-Baudirektors Hans-Peter Wessels auch gar nicht

Die Uhren- und Schmuckleute sollen in der verkehrsfreien Innenstadt gefälligst das Trämli benützen.

nötig. Neben dem Velo ist das Basler Trämli in der verkehrsfreien Innenstadt das opportune Transportmittel, und das sollen gefälligst auch die Uhren- und Schmuckleute benützen. «Das Dorf Basel wird während einer Woche zur Weltstadt», sagt Jacques Herzog, und um diesem

Umstand gerecht zu werden, haben er und sein Partner Pierre de Meuron der Messe vor fünf Jahren mit einer spektakulären Halle ein architektonisches Denkmal gesetzt. Rund 450 Millionen Franken hat der Bau gekostet, etwa die gleiche Summe haben die Aussteller in ihre neuen, mehrstöckigen Standbauten investiert, die die Halle 1 jetzt zu einer einzigartigen Luxusmeile machen. Global Brands wie Hublot, Tag Heuer, Zenith, Rolex, Patek Philippe, Chopard, Breitling und die ganze Swatch Group haben sich hier versammelt.

Jeder Auftritt verrät viel über die jeweilige Firmenphilosophie. Während sich Rolex, Chopard und Patek diskret und abgeschlossen geben – ohne Einladung kommt niemand in den bewachten Stand –, hat Nick Hayek sein Markenkonglomerat um einen offenen Platz herum gruppiert. Eine Publikumsmesse wie die Muttermesse Muba ist die Baselworld

jedoch nicht. Zwar dürfen interessierte Besucher den Glanz in den Hallen ebenfalls bewundern, aber der Tageseintritt kostet sie happige sechzig Franken. Den Hauptharst machen hingegen die Fachbesucher – sprich Einkäufer – aus, die von den Ausstellern eingeladen sind. Rund 140 000 kommen aus allen Kontinenten nach Basel, darunter 4000 Journalisten aus über 70 Ländern, die über die Messe, die Aussteller und ihre neusten Produkte berichten.

Zweihundert Aussteller weniger

«Hier treffe ich während einer Woche so viele Menschen persönlich, die ich sonst auf unzähligen Reisen während Monaten aufsuchen müsste», meint Jean-Claude Biver, Chef der LVMH Watches Division und einer der besten Networker der Branche. Zwar hat die Baselworld im Internetzeitalter ihren Stellenwert als Neuheitenforum etwas verloren, doch als Begegnungsort der Branche ist sie noch immer einzigartig. Gerade in diesen wirtschaftlich schwierigeren Zeiten suchen die Firmenchefs wieder stärker den direkten Kontakt zu ihren Kunden. «Wir können diese Plattform ideal nutzen, um Journalisten, Blogger, Partner, den Fachhandel sowie unsere Botschafter auf unsere Marke und die Produktneuheiten einzustimmen», sagt Sascha Moeri, CEO von Carl F. Bucherer. In den von aussen nicht einsehbaren Präsentationsräumen der Firmen wer-

den nicht nur die neuen Uhrenmodelle und Schmuckkreationen vorgestellt, sondern die Fachbesucher auch mit Champagner und Häppchen versorgt, um sie bei Kauflaune zu halten. Für manche Firmen ist das Geschäft für dieses Jahr nach der Baselworld bereits gelaufen – gut oder schlecht. Deshalb werden die Kunden mit edlen Schreibgeräten und Krawatten bis hin zu Reisetaschen und Poloshirts mit dem Markenlogo beschenkt.

Nach der Messe werden die Gäste in die Basler Edelrestaurants «Cheval Blanc», «Stucki», «Les Quatre Saisons», «Kunsthalle» und «Chez

Wie die guten Restaurants sind auch die noblen Hotels in Basel knapp.

Donati» eingeladen, die jeweils von den Firmen lange voraus gebucht werden. Wie die guten Restaurants sind auch die noblen Hotels in Basel knapp. Nur noch das Grandhotel «Les Trois Rois» erfüllt die Anforderungen eines Fünfsternehauses. Das stellt einige Aussteller vor Probleme, und um ihre Gäste standesgemäss unterzubringen, müssen diese nach Zürich, Bern und Luzern ausweichen.

Wer nicht an den Uhren und am Schmuck interessiert ist, hält an der Baselworld nach Stars Ausschau. Paris Hilton war vor einigen Jahren

da und freute sich an der Medienkonferenz sehr, endlich mal in «beautiful Zurich» zu sein. Patrick Dempsey wusste als Markenbotschafter von Tag Heuer vergangene Woche allerdings, in welcher Schweizer Stadt er gerade war. Depeche Mode gaben vor 900 Gästen ein kurzes Privatkonzert, und der Dreisternekoch Andreas Caminada kochte live am Hublot-Stand.

Ansonsten ist es in diesem Jahr an der Messe etwas ruhiger. Die Wirtschaftskrise lässt auch die Absatzzahlen der Uhrenbranche sinken. Nach den Boomjahren mit zweistelligen Zuwachsraten hat sich der Markt in den vergangenen zwei Jahren abgekühlt; allerdings erstaunt die Innovationskraft der von Schweizer Unternehmen dominierten Industrie nach wie vor. Zweihundert Aussteller weniger als im Vorjahr sind nach Basel gekommen. Etwas weniger Besucher werden ebenfalls erwartet.

Für den CEO der MCH Group, René Kamm, ist diese Entwicklung trotzdem noch nicht dramatisch. Es komme jetzt zu einer längst erwarteten Konsolidierung des Marktes. «Die Spreu hat sich vom Weizen getrennt», sagt er. Es gehe nicht darum, möglichst viele Unternehmen in Basel zu haben, sondern die richtigen. Gemeint sind damit die ganz grossen Schweizer Uhrenmarken wie Rolex, Omega oder Patek Philippe. Solange sie Basel die Treue halten, wird sich die Baselworld weiterhin als Weltmesse der Branche rühmen dürfen. ○



Meister
Werk

Le Volte dell'Ornellaia 2015

Toscana igt
Ornellaia – Toscana

Aromaspiel des Merlot.
Verdichtete Kraft des heimischen Sangiovese.
Edle Struktur des Cabernet Sauvignon.
Begeisternder Klang im Glas.

Bindella

CHF **21.50** netto
statt 24.00, 75 cl

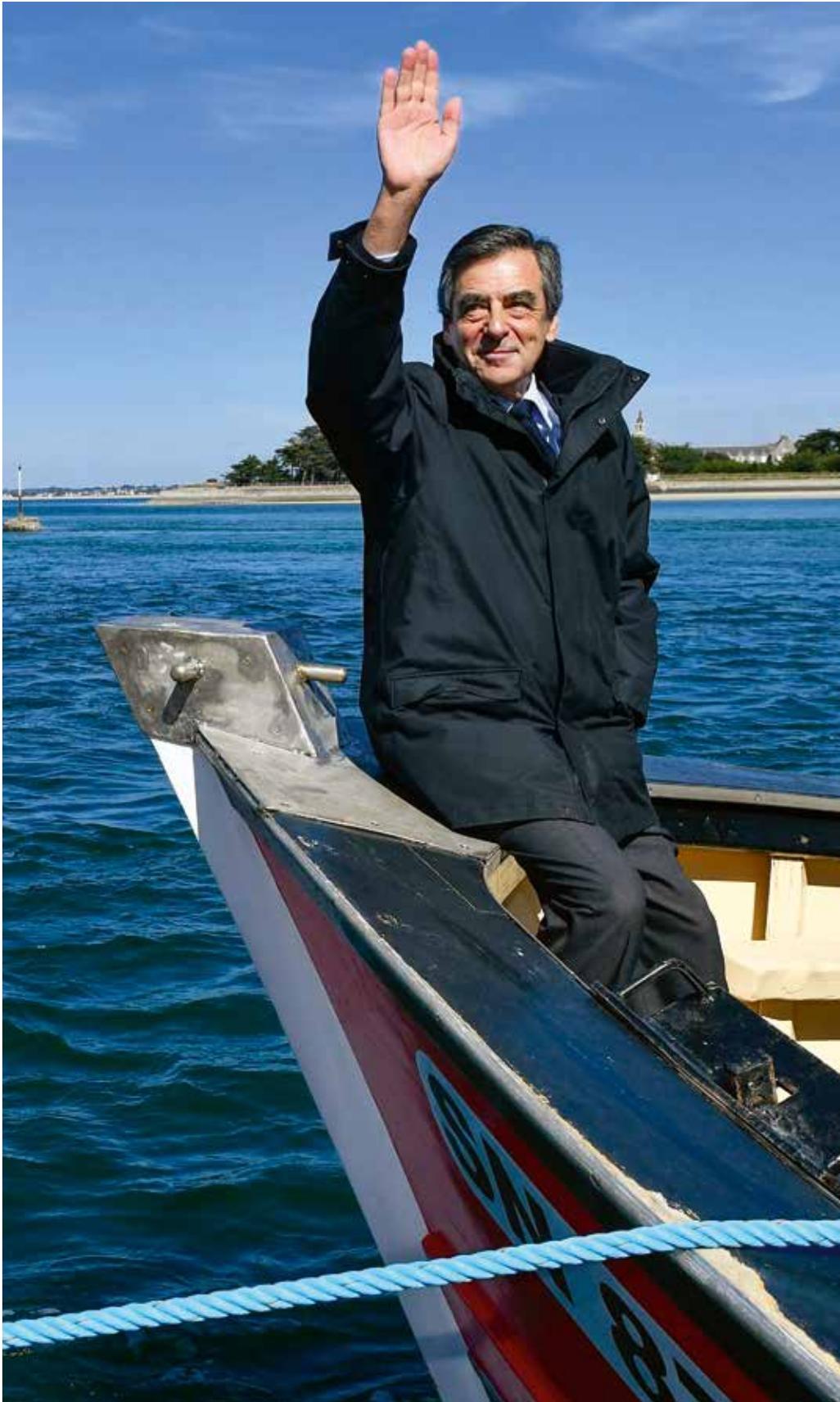
Jetzt bestellen auf bindella.ch
Gültig bis 23.04.2017

Bindella
la vita è bella



Eine Messe für Fillons Auferstehung

Von Skandalen gebeutelt, schießt François Fillon zurück. Er beschuldigt ein «Schattenkabinet» im Elysée, seine Präsidentschaftskandidatur mit Enthüllungen zu torpedieren. In Nantes versammelte er seine frenetisch jubelnden Getreuen zum Neustart seiner Kampagne. *Von Jürg Altwegg, Frankreich*



Verfrühte Nachrufe? Präsidentschaftskandidat Fillon.

Grosser Bahnhof für François Fillon in Nantes. Mit dem TGV war er aus der Hauptstadt gekommen – in der ersten Klasse; bei den linken Kandidaten gehört es zum guten Ton, sich ostentativ auf den Sitzen in der zweiten interviewen zu lassen. Die neuste «Enthüllung» am Wochenende betraf zwei Uhren im Wert von 10 000 Euro, die ihm der Genfer Geschäftsmann Pablo Victor Dana anlässlich der 24 Stunden von Le Mans geschenkt hatte.

Fillon, Sohn eines Notars, ist ein leidenschaftlicher Rennfahrer und praktisch an der Strecke aufgewachsen. Die Uhren folgten auf die geschenkten Anzüge eines Anwalts und die Kontoauszüge, gemäss denen die Kinder die Kosten für ihre Hochzeitsfeiern zurückbezahlt haben. Von einer Tochter bekam er einen Kredit für die Bezahlung der Steuerrechnung. Fein säuberlich listete er die Schweizer Uhren in der Aufstellung seiner Vermögensverhältnisse auf – als Premierminister aber hatte der Doppelmoralist seinem Kabinetten verboten, Geschenke anzunehmen.

Die paar Dutzend Demonstranten, die ihn überall mit Eiern bewarfen und mit schrillen Pfannenorchestern empfingen, waren schon da: «Auch wir wollen Scheinarbeit», «Geld zurück!». Sie warteten vergeblich. Um ihnen zu entgehen, hatten Fillon und sein Gefolge einen anderen Zug genommen und kurzfristige Änderungen im Programm beschlossen. Doch man will dabei bleiben: Nantes ist der Start zu einer neuen Kampagne.

Bei den Fischern

Zunächst ging es bei herrlichem Sonnenschein und einer steifen Brise aufs Meer hinaus. Fillon unterhielt sich mit den Fischern und besuchte ein paar Betriebe, im Schlepptau die Fotografen und Journalisten. Live – während Stunden – flimmerten die Aufnahmen in den Bistros der Stadt über die Bildschirme. Man spürte das Ansteigen der Stimmung und der Spannung wie vor einem Endspiel im Fussball.

In Nantes hatte François Fillon bei der Vorwahl der Republikaner fantastische Resultate erzielt. Nicolas Sarkozy – in der Tradition der bonapartistischen Rechten – schnitt in Korsika, der Heimat seines Vorbilds Napoleon, am besten ab. Alain Juppé triumphierte in der Gironde, in deren Hauptstadt Bordeaux er Stadtpräsident ist. Die Girondisten waren während der Revolution bis zur Schreckensherrschaft eine führende Kraft. Auch Fillons Wahlresultat hat historische Wurzeln. Nantes

war ein Zentrum der royalistischen Gegenrevolution und ist als «Badewanne der Republik» in die Geschichte eingegangen. Von Schiffen aus, in deren Boden eine Klappe eingebaut war, wurden die Gegner der Revolution ersäuft. Damals entstand der Begriff der «vertikalen Deportation». Unterschiedliche Quellen verweisen auf bis zu 16 000 Opfer. Zweihundert Jahre später wurde in der Vendée ein Denkmal errichtet, bei dessen Einweihung Alexander Solschenizyn eine Rede hielt.

Für die Wahl ins Parlament präsentieren Fillons Republikaner in Nantes den jungen Unternehmer und Ingenieur Sébastien Pilard. Er ist einer der Begründer der Bewegung Sens commun, die er lange präsidiert hat. Sens commun entstand aus der gescheiterten Opposition gegen die «Ehe für alle». Die Demonstrationen hatten gewaltige Menschenmassen auf die Strasse gelockt. «Unsere Stärke ist das Mobilisieren des Volkes», sagt Pilard.

Sens commun hat 10 000 engagierte Mitglieder, die jung und bestens ausgebildet sind, und ist inzwischen der Partei der Republikaner beigetreten. Ohne die Bewegung hätte Fillon die Primärwahlen nicht gewinnen können. «Wir haben im September und Oktober, als Fillon in den Umfragen weit abgeschlagen hinter Sarkozy und Juppé rangierte, seine Kandidatur gerettet. Ich verfüge hier in Nantes und Umgebung über ein Netz von 6000 Kontakten, die ich mobilisieren kann. Wir haben damals die Säle gefüllt, was den Republikanern selber nicht gelang.»

«Was glauben die eigentlich?»

Auch seine zweite Rettung verdankt Fillon den Katholiken von Sens commun. Nach seiner gespenstischen Pressekonferenz, bei der er die bevorstehende Anklage durch die Richter wegen Scheinbeschäftigung seiner Frau und zweier Kinder bekanntgab und ankündigte, dass er sein Versprechen bezüglich eines Rücktritts brechen würde, geriet er unter massiven Druck. Seine Partei versuchte, Alain Juppé erneut ins Rennen zu schicken. Zahlreiche Parteigrößen und Parlamentarier wandten sich von Fillon ab. Sein Wahlkampfleiter warf das Handtuch. Fillons Lage schien aussichtslos – doch innert dreier Tage organisierte Sens commun die Demonstration in Paris. Zehntausende von Teilnehmern aus dem ganzen Land vermittelten ihm eine neue Legitimität.

Hinter Fillon waren auf den Bildern völlig überraschend einige Republikaner wie François Baroin zu sehen. Geschickt hatte sie Nicolas Sarkozy, der Alain Juppé verhindern wollte. Dieser verstand schneller als alle anderen und erklärte am Morgen danach seinen Verzicht – und machte damit den noch immer erwarteten Rücktritt Fillons unmöglich. Juppé forderte eine Neuausrichtung der Kampagne und ein weniger radikales Programm. Pilard ist darüber

immer noch wütend: «Ich habe Juppés Erklärung als Skandal empfunden. Was glauben die eigentlich? Dass wir eine Sekte sind?»

Fillons Sieg hat seinen Preis: Er muss mit Sarkozys «Leutnant» Baroin, den er nicht wollte, als Premierminister vorliebnehmen. Und er führt einen Wahlkampf à la Sarkozy, der seinen Premierminister als «Mitarbeiter» bezeichnet hatte.

Das Bild, das sich die Öffentlichkeit zumindest bis zu den Skandalen von Fillon machte, passt nicht zu dieser neuen Taktik.

Doch seit ein paar Tagen scheint sich Fillon in der neuen Rolle durchaus zurechtzufinden. Sein kohärentes Programm der radikalen Reformen und konservativen Werte findet allerdings kaum noch Gehör. Mit der Entfremdung von den Katholiken und von Sens commun geht er ein grosses Risiko ein. Pilard ist an Fillons Meeting in Nantes erstaunlicherweise nicht als Redner aufgetreten. Mehrere frühere Fillon-Wähler bekennen an diesem Tag in Nantes: «Wir denken daran, Marine Le Pen zu wählen.»

In seinen Schriften über das «Ende der Revolution» weist der Historiker François Furet 200 Jahre später nach, wie sich der Glaube und die Heilsversprechungen nach 1789 von der Religion auf die Politik übertrugen. Die Meetings sind die Messe der Republik, in Zeiten des Wahlkampfes erst recht. Um die Begegnung zwischen dem Volk und einem Mann, der sein Führer – und Kriegsführer – sein soll, geht es bei der Präsidentschaftswahl, die archaische und irrationale Züge aufweist, welche im Fernsehen kaum je aufscheinen.

Fünftausend Anhänger sind am Abend im Parc des Expositions versammelt. Wie eine einzige Stimme stehen sie hinter Fillon. Trikolore und Marseillaise. «On va gagner, on va gagner», schreien sie – lauter als 100 000 Fussballfans. Es ist eine Kommunion der Gleichgesinnten für ihren bedrängten Chef, dessen Fehlritte ihnen durchaus bewusst sind. Eine politische Messe für die Auferstehung des gefallenen Fillon wollen sie zelebrieren. Und ihn bestärken.

Seit ein paar Tagen kämpft Fillon nicht wie wild gegen die Medien, die Eliten, das System, die Justiz, die sich gegen ihn verschworen haben. Sondern gegen Hollande im Elysée. Anlass ist das Buch dreier Journalisten, die berichten, wie der Präsident Freund und Feind ausspioniert und die Fäden der juristischen Verfahren zieht. In «Bienvenue place Beauvau», dort ist der Sitz des Innenministeriums, wird keine der Enthüllungen über Fillon dementiert. Dass er



Lauter als Fussballfans: Fillon bei seinem Auftritt in Nantes.

dem Elysée vorwirft, die Kampagne gegen ihn zu steuern, ist reine Taktik: Seine Affären sollen in einem noch grösseren Skandal eines täglichen Watergate in Paris aufgelöst werden. Und diesen Staatskandal gibt es tatsächlich.

«Macht noch mehr Lärm, bis in die Pariser Redaktionen muss er reichen», sind Fillons erste Worte an seine 5000 Anhänger. Seine Rede zeugt von seinen Qualitäten als Staatsmann und der erneuerten Kampfbereitschaft des Republikaners, der anlässlich der TV-Elefantenrunde der fünf aussichtsreichsten Kandidaten erstaunlich defensiv gewirkt hatte. Auch das Edikt von Nantes im Jahr 1598 erwähnt er, das den Calvinisten die Gewissensfreiheit einräumte und den Krieg der Religionen beendete. Es war die Rede eines Präsidenten aller Franzosen.

Klon, Ziehsohn, Doppelgänger

Noch ist die Wahl in dreieinhalb Wochen lange nicht entschieden. Die Abstände verringern sich wieder. Der Linke Mélenchon überholt den Sozialisten Hamon. Der Verteidigungsminister Le Drian läuft zu Macron über, was offensichtlich auch Manuel Valls plant. Hat der Favorit deshalb in den Umfragen zwei Prozent verloren? Überflieger können brutal abstürzen. Mit Erfolg wird Macron von links und rechts als Klon, Ziehsohn, Doppelgänger des amtierenden Präsidenten vorgeführt – dessen ebenfalls erwartete Unterstützung seiner Kandidatur den Todesstoss versetzen könnte. Marine Le Pen liegt wieder vor ihm. Auch Fillon kann in diesem Wahlkampf durchaus noch sein drittes Wunder schaffen.

Noch nie waren die Umfragen so unzuverlässig, und noch nie waren sie für die Entscheidungsfindung der ratlosen und angewiderten Wähler so einflussreich. Inzwischen interessieren sich die Demoskopen auch für die Wahlbeteiligung. Man erwartet, dass sie höher denn je ausfallen und ein entscheidender Faktor sein wird. Und am Schluss dieser längsten und irren Wahlkampagne wird dann wohl das Wetter den Ausschlag geben. ○

Von Clinton lernen

US-Präsident Trump ist gestolpert, aber keineswegs am Ende. Nach dem Fiasko mit der Gesundheitsreform hat er die Chance, aus der Schlappe eines prominenten Vorgängers zu lernen.

Von Amy Holmes

Es war auf den ersten Blick ein Schritt von bemerkenswerter Überheblichkeit eines Präsidenten, auf den 43 Prozent der Wählerstimmen entfallen waren. [...] Aber es reflektierte die Sorge des Präsidenten und seiner Verbündeten, dass seine Macht nie mehr so gross sein würde wie in den ersten Monaten im Amt [...], um eine grosse Gesundheitsreform durchzubringen.»

Das war im Spätsommer 1994. Die Demokraten kontrollierten mit Bill Clinton das Weisse Haus, das Repräsentantenhaus und den Senat. Die *New York Times* schrieb den Nachruf auf eine geplante Gesundheitsreform, die einen Monat später für «tot» erklärt werden sollte.

Beobachter und Experten führten das Scheitern der Gesetzesvorlage auf die Unversöhnlichkeit der beiden Parteien zurück, auf das tiefe öffentliche Misstrauen gegenüber Washington, auf innerparteilichen Streit, undurchsichtige Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und einen unerfahrenen neuen Präsidenten, der, von weniger als der Hälfte der Amerikaner gewählt, alles andere als ein robustes Mandat hatte. Viele waren überzeugt, dass der Aussenseiter nach einer erfolglosen Amtszeit würde einpacken müssen.

Das alles klingt irgendwie bekannt.

Wenn Präsident Trump das Fiasko von letzter Woche überdenkt, Obamacare mit einer eigenen Version zu ersetzen, hat er die Chance, Lehren aus der damaligen Schlappe von Bill Clinton zu ziehen.

1 — Es gibt immer einen zweiten Akt

Allerdings nur, wenn die Beteiligten bereit sind, ein neues Skript zu lernen. Die Demokraten hatten nicht die Zeit, sich nach der gescheiterten Gesundheitsreform neu zu positionieren. Bei den Halbzeitwahlen 1994 verloren sie 54 Sitze im Repräsentantenhaus und damit – zum ersten Mal seit über vierzig Jahren – die Mehrheit im Haus und im Senat. Trump und die Republikaner haben dagegen noch zwanzig Monate bis zu den Zwischenwahlen.

Trump war im Wahlkampf zwar für eine Abschaffung von Obamacare eingetreten, die er als «Katastrophe» bezeichnet hatte (Bill Clinton hatte Obamacare übrigens als die «verrückteste Sache der Welt» bezeichnet), aber die Wahl hat er nicht deswegen gewonnen. Den Wählern ging es im November hauptsächlich um die Ökonomie. Nur 13 Prozent der Wähler waren im Januar der Ansicht, dass der neue Präsident sich vor allem um die Gesund-



«Keine Sorge!»: Trump, Pence.

heitsreform kümmern solle. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Steuersenkung und die Stärkung der nationalen Sicherheit waren deutlich wichtigere Themen.

2 — Auf den politischen Gegner zugehen

Nach der Niederlage von 1994 arbeitete Clinton mit den Republikanern zusammen und konnte auf diese Weise neue Siege einfahren. Nur wenige Monate vor den Präsidentschaftswahlen 1996 organisierte er einen massiven Umbau des Wohlfahrtssystems und erfüllte damit sein 1992 abgegebenes Versprechen, «das Wohlfahrtssystem, wie wir es kennen, zu beenden».

Schneller Vorlauf: Konservative und moderate Republikaner mögen sich über das Ausmass der Steuerreform uneins sein, aber im Grunde haben sie die gleichen Vorstellungen. Wie der Speaker Paul Ryan erklärte, ist die Steuerreform für die Republikaner viel weniger kontrovers als die Gesundheitsreform.

Die Reform von Obamacare scheiterte an innerparteilichem Zwist. Der «Freedom Caucus», bestehend aus dreissig konservativen Abgeordneten, warf Ryan vor, sie anfänglich von den Verhandlungen ausgeschlossen zu haben und eine «Obamacare Light» durchbringen zu wollen. Gemässigte Republikaner, darunter auch einige republikanische Gouverneure, befürch-

teten derweil, dass schätzungsweise 24 Millionen Amerikaner ohne Krankenversicherung dastehen würden. Jeder hatte am Gesetzentwurf etwas auszusetzen.

Wenn Trump sich jetzt die Steuerreform vornimmt, hat er die Geschichte auf seiner Seite. Die von Präsident Bush angeregten Steuersenkungen von 2001 und 2003 wurden mit Unterstützung einiger Demokraten verabschiedet. 2010 willigte Präsident Obama in eine Verlängerung der Steuersenkungen ein, um eine drohende staatliche Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. 1987 konnte Ronald Reagan eine von beiden Parteien getragene radikale Steuerreform durchsetzen, durch die der Spitzensteuersatz auf 28 Prozent gesenkt wurde.

Trump wägt seine Optionen. Sein Pressesprecher Sean Spicer erklärte dieser Tage, dass Trump «unbedingt 218 Stimmen bekommen» wolle. Derweil zirkulieren Steuerreformwürfe auf dem Capitol Hill, und zehn demokratische Senatoren müssen sich im kommenden Jahr in Staaten, die Trump gewählt haben, der Wiederwahl stellen. Ein mögliches Stimmungsbarometer: Viele dieser Demokraten haben es abgelehnt, Widerstand gegen den von Trump nominierten Kandidaten für den Supreme Court zu leisten. Demokraten in mehrheitlich republikanischen Staaten wollen offenbar alles tun, um von ihren Wählern nicht «bestraft» zu werden.

3 — Der Wahlkampf ist vorbei

Das Gesetzgebungsverfahren ist, anders als der Wahlkampf, eine ernstere Angelegenheit. Eine Verständigung mit den Demokraten ist politisch sinnvoll, um Gesetzesvorhaben vernünftig durchzubringen.

Die Steuerreform wird kein Zuckerschlecken sein, aber wie Ronald Reagan über das Siegen sagte: «Man kann unendlich viel Gutes tun, wenn man nicht darüber nachdenkt, wer dafür gelobt wird.»

Und wenn das nicht klappt? Selbst für diesen Fall gibt sich Trump optimistisch: «Obamacare wird explodieren, und wir werden alle zusammenkommen», beschied er auf Twitter. «Keine Sorge!»



Aus dem Englischen: Matthias Fienbork
Amy Holmes ist politische Analystin bei Rasmussen Reports und regelmässiger Gast bei TV-Polit-Sendungen. Sie war Redenschreiberin des früheren Mehrheitsführers im US-Senat, Bill Frist (Tennessee).

Liebesgeflüster im Off

Amerikas Verhältnis zu Russland nimmt hysterische Züge an. Wer erinnert sich noch an den Seelenblick und die handfeste Kungelei von Trumps Vorgänger?

Nun wird also auch Donald Trumps Schwiegersohn, der feingliedrige Jared Kushner, sein Schweigen brechen. Demnächst wird er vor dem Geheimdienstausschuss des Senats antraben. Er hat sich während des Wahlkampfs offenbar dreimal mit Russen getroffen. Delikat! Steht doch seit Monaten der Verdacht im Raum, Russland habe bei den Wahlen interveniert, eventuelerwise sogar in geheimer Absprache mit Exponenten des Teams Trump.

Russia-Gate, wie die Saga genannt wird, hat eine Dimension der Hysterie angenommen, bei welcher jeder Kontakt mit einem russischen Amtsträger den potenziellen Verdacht auf Hochverrat in sich birgt. Dabei erweist sich das Gedächtnis von Wahrheitsjägern und Publikum bisweilen als Geisel des Hier und Jetzt.

Wer mag sich etwa an den süßen Frühling von Seoul 2012 erinnern? Obama sitzt neben seinem Amtskollegen Dmitri Medwedew. In vermeintlich vertraulicher Atmosphäre neigt der US-Präsident sein Haupt zum Russen:



Vermeintlich vertraulich: Obama, Medwedew, 2012.

«Das sind meine letzten Wahlen. Danach habe ich mehr Flexibilität.» Was war das denn? Liebesgeflüster im Off? Es ging um die Raketenabwehr in Europa, ein Bush-Projekt, das Obama gewillt war zu versenken. Selbstverständlich war die Kungelei nicht für das Publikum zu Hause gedacht. Doch Kamerareporter schnitten mit. Und filmten, wie Obama die Hand auf den Arm Medwedews legte, der verschwörerisch zurückhauchte: «Ich bin ganz bei Ihnen. Ich leite diese Botschaft weiter an Wladimir.»

Der amerikanische Schmusekurs mit Putins Russland reicht zurück bis auf dessen Anfänge als Präsident. Gleich beim allerersten Treffen mit Bush schmolz das Eis. Der Amerikaner kam, sah und seufzte: «Ich schaute dem Mann in die Augen und erhaschte einen Blick auf seine Seele.» Das war ein Ritterschlag mit esoterischer Note, wie ihn der ehemalige Geheimagent Wladimir Wladimirowitsch im fröstelnden Klima seines Arbeitsalltags nie hatte erfahren dürfen.

Natürlich war Putin in amerikanischen Augen nie ein Demokrat, erst recht kein «lupenreiner», wie dessen Freund Gerhard Schröder ihm attestierte. Vielmehr war das amerikanische

Hosianna stets auch ein Lied der Not. Terroristen hatten Amerika ins Herz getroffen. Die Grossmacht schwor Rache. Putin hatte ein offenes Ohr. Und – wichtiger noch – eine Luftbasis in Kirgisistan, die sich hervorragend eignete für die Hammerschläge gegen die Taliban.

Kettenhunde der Geheimdienste

Afghanistan zementierte eine Partnerschaft. Als Obama 2009 das Amt übernahm, waren die südlichen Zufahrtswege an den Hindukusch durch Überfälle und Raubzüge gefährdet. Er wandte den Blick nach Norden, wo die Russen abermals die Tore für den Nachschub öffneten. Selbst die Luftbasis in Ulyanovsk, dem Geburtsort Lenins, durften die GIs nutzen. Dann kam 2014 die Ukraine-Krise, die

Annektierung der Krim, die Sanktionen, die Eiszeit. Putin wurde ein Paria. Und folglich fast jeder, der ein klitzekleines Wörtchen mit einem der seinen wechselte. Doch selbst unter den hartgesottensten Putin-Feinden war man russischem

Cash nicht abgeneigt. Hillary Clinton, die offiziell die Drachen-Lady gab, lenkte 2015 im Rahmen eines Uran-Deals mehrere Millionen Dollar aus Russland auf das Konto ihrer Clinton-Stiftung.

Weniger elegant stellte sich Michael Flynn an. Trumps Sicherheitsberater stolperte über seine Russen-Kontakte und flog nach bloss 24 Tagen aus dem Amt. Rekord! Warum jedoch die Aufregung darüber, dass man im Camp Trump Kontakt zu Russland pflegte? «Flynn sprach mit den Russen über Sanktionen. Das ist kein Verbrechen, sondern sein Job», räsionierte der konservative Kommentator Charles Krauthammer. Dass er seine Vorgesetzten darüber im Dunkeln liess und sogar in die Irre führte, das hingegen kostete ihn den Job.

Nun sind also die Kettenhunde der Geheimdienste los, und die «Verdächtigen» geben sich gesprächsbereit. Die Demokraten können die Hearings kaum erwarten. Denn, so sagen sie, wo Rauch ist, muss Feuer sein. Oder auch nicht. Vielleicht sind es die Köpfe, die vor lauter Aufregung dampfen wie eine schlechtgeölte Maschine. *Urs Gehrig*



Trumps Woche

Doch abgehört?

Interessante Fakten zur Frage, ob Obama seinen Nachfolger überwachen liess.

Beiläufig» abgehört: Der Chef des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses, Devin Nunes, informierte die Öffentlichkeit, dass Trump-Mitarbeiter möglicherweise indirekt abgehört worden seien. Die Geheimdienstaktion habe sich gegen ein anderes Land gerichtet. Trump-Mitarbeiter seien offenbar nur «beiläufig» in den Berichten aufgetaucht. Worum es bei den Abhöraktionen genau ging, liess Nunes offen. Indessen stellte er klar, zu Russland gebe es keinen Bezug. Nunes, ein Parteifreund Trumps, hat den Präsidenten im Weissen Haus direkt über die neuen Erkenntnisse informiert. Er empfinde «so etwas wie eine Rehabilitierung», sagte Trump. Nunes seinerseits erklärte, Trumps Vorwürfe gegen dessen Vorgänger Obama, dieser habe die Abhöraktion angeordnet, seien weiterhin unbelegt.

Ja zur Pipeline: Präsident Trump hat per Dekret grünes Licht für die Keystone-XL-Pipeline gegeben. Er löst damit ein weiteres Wahlkampfversprechen ein. Die Pipeline soll Öl quer durch die USA bis an den Golf von Mexiko pumpen. Gemäss Aussenministerium sollen mit dem 8-Milliarden-Dollar-Projekt 3900 Jobs geschaffen werden. Trump leitete ausserdem die Abkehr von der Klimaschutzpolitik von Barack Obama ein. Er wolle «den Krieg gegen die Kohle beenden», so Trump.

«Clearance» für die Präsidententochter

Ivanka im West Wing: Gemäss Präsident Trump hat Kanzlerin Angela Merkel seine Tochter Ivanka nach Deutschland eingeladen. Ivanka wolle «sehr bald» mit deutschen Vertretern in Frauenfragen zusammenarbeiten und sich berufliche Ausbildungszentren ansehen. Ausserdem teilte das Weisse Haus mit, dass Ivanka in den West Wing einzieht, wo sie ein eigenes Büro erhält. Für Ivanka sei «Clearance» beantragt worden. Dies sei erforderlich, um an Treffen mit sicherheitsrelevanten Informationen teilzunehmen und geheime Unterlagen lesen zu dürfen.

Die Heilige ist auch nur ein Mensch

Ausbleibende Stellungnahme bei Unterdrückung und Völkermord, verschleppte Reformen: Aung San Suu Kyi, Myanmars Ikone der Demokratie, hat an Glanz verloren. Im Vielvölkerstaat motten gefährlich die Spannungen. Die Friedensfürstin wirkt machtlos. *Von Sophie Mühlmann*

Die «Lady» schweigt. Das tut sie häufig in letzter Zeit. Aung San Suu Kyi weicht aus, bezieht keine Stellung, will sich nicht unbeliebt machen – selbst wenn es um Völkermord und Unterdrückung geht, um Militäroffensiven und aufgeschobene Wahlversprechen. Gerade sie, meinen Kritiker enttäuscht. Galt sie doch jahrzehntelang als Flamme der Freiheit, als unbeugsame Kämpferin für Gerechtigkeit.

Seit April 2016 führt die 71-jährige nun Myanmars Regierungsgeschäfte. Ihr internationales Ansehen, das sie im jahrzehntelangen Kampf gegen die Militärjunta gewonnen hatte, ist angeschlagen. Allen Versprechungen zum Trotz gelingt es ihr nicht, den einstigen Schurkenstaat in eine Demokratie zu verwandeln, in der die Menschenrechte zählen. Der Frieden und die Versöhnung der verschiedenen myanmarischen Volksgruppen, die sie nach dem Wahlsieg ihrer Nationalen Liga für Demokratie (NLD) vor genau einem Jahr zur obersten Priorität erkoren hatte, kommen nicht voran.

Myanmars Ikone der Demokratie hat an Glanz verloren, der Mythos um Aung San Suu Kyi ist im nüchternen Licht der politischen Realitäten verblasst. Die verherrlichte Nobelpreisträgerin, die nach einer entbehrungsreichen Odyssee endlich dort angekommen ist, wo sie seit Jahrzehnten hingehörte – an die Spitze ihrer geliebten Heimat – vollbringt dort keine Wunder. Wie sich herausstellt, ist Myanmars Hoffnungsträgerin, trotz der Anbetung aus aller Welt, auch nur ein Mensch, ein Mensch mit Schwächen.

«Nutzen Sie Ihre Freiheit, um unsere voranzubringen» – so appellierte Aung San Suu Kyi einst an die internationale Staatengemeinschaft. Denn eines wusste Myanmars starke Frau immer: Freiheit ist relativ. Selbst als sie nach achtzehn Monaten Hausarrest wieder «frei» war, waren ihr die Hände gebunden – und sie sind es noch immer.

Fünfzehn Jahre hatten die Generäle Aung San Suu Kyi weggesperrt. «Aus den Augen, aus dem Sinn», hatte die Militärjunta gehofft, die das südostasiatische Land fast fünfzig Jahre lang mit eiserner Faust regiert hatte. Und so versteckte sie die charismatische Lady entweder im berüchtigten Insein-Gefängnis in Rangun oder in ihrem einst hübschen, aber zunehmend maroden Haus am Inya-See.

Die graziöse Frau mit dem schmalen Gesicht und dem kerzengraden Rücken war für Myan-

mars omnipotenten Generalissimus Than Shwe und seine Getreuen die grösste Bedrohung. Sie symbolisierte alles, was diese dem Volk vorenthielten: Demokratie und Selbstbestimmung. Mit leisem, höflichen Lächeln trotzte sie der Übermacht und hatte mit ihrem gewaltlosen, stillen Widerstand das Volk auf ihrer Seite. Die Menschen beteten sie an.

Wie wurde die 71-jährige Oxford-Absolventin zur Symbolfigur des Widerstands? Ihr Vater, General Aung San, war der Unabhängigkeitsheld des damaligen Burma. Er war von einem politischen Gegner ermordet worden, als Suu Kyi gerade mal zwei Jahre alt war. Ihre Mutter, eine Diplomatin, verliess daraufhin das Land. Ihr halbes Leben verbrachte Suu Kyi ausserhalb Myanmars – nicht als politische Aktivistin, sondern als Wissenschaftlerin, Ehefrau und Mutter. In Oxford

hatte sie ihren Mann Michael Aris kennengelernt, einen britischen Tibetologie-Professor. Sie bekam zwei Söhne und führte ein ruhiges Akademikerdasein, als ihre Mutter einen Schlaganfall erlitt. So kehrte Suu Kyi 1988 nach Burma zurück, um sie zu pflegen.

Dort geriet sie mitten in die von Studenten initiierte Demokratiebewegung und stellte sich an deren Spitze. «Als Tochter meines Vaters kann es mir nicht gleichgültig sein, was hier geschieht», sagte sie bei ihrem ersten öffentlichen Auftritt im August 1988. Die Herzen flogen ihr zu. So wurde die Wissenschaftlerin zur Aktivistin. Sie begann, sich einzumischen, forderte Demokratie und Menschenrechte und bot den Machthabern furchlos die Stirn.

Die Proteste wurden blutig niedergeschlagen. Man stellte Suu Kyi und einige Mitstreiter unter Hausarrest, viele Demonstranten wurden inhaftiert und gefoltert. Im selben Jahr benannte die Junta Burma in Myanmar um. Suu Kyi blieb. Für ihr Land war ihr kein Opfer zu gross. Als ihr Mann 1999 eine hoffnungslose Krebsdiagnose erhielt, erlaubten ihr die Militärmachthaber, zu ihm nach Grossbritannien zu fliegen. Doch sie ging nicht, weil sie wusste, dass man ihr die Rückkehr nach Myanmar verweigern würde. Er starb und wurde beerdigt, ohne dass sie sich noch einmal gesehen hätten. Ihre Söhne wuchsen ohne die Mutter auf, Tausende von Kilometern entfernt.

Sie gründete die Nationale Liga für Demokratie, der unter ihrer Führung 1990 ein sagenhaf-

ter Sieg bei den Parlamentswahlen gelang – den das Militärregime niemals anerkannte. Damals stand Suu Kyi bereits das erste Mal unter Hausarrest. Jahrzehnte der Isolation folgten, unterbrochen von kurzen Etappen in Freiheit. Immer wieder fanden die Generäle trotz internationaler Proteste neue Vorwände, um die lästige Oppositionsführerin einzusperren.

Die endlosen Jahre ihrer Arreste verbrachte Suu Kyi mit Meditation und Klavierspielen sowie dem Studium von Französisch und Japanisch. Oft sagte sie, die Zeit des Hausarrests habe sie nur entschlossener gemacht.

Ausgebliebener Fortschritt

Als sie im Jahr 2010 endlich freigelassen wurde – kurz nach der ersten Parlamentswahl seit zwei Jahrzehnten –, fragten sich Kritiker, wie relevant die Person Aung San Suu Kyi nach all den Jahren der Abwesenheit überhaupt noch für Myanmars politische Landschaft sein konnte. Der damalige britische Botschafter in Rangun, Andrew Heyn, hatte eine deutliche Antwort: «Ein Regime, das sie immer noch fürchtet, ist Beweis genug für ihre Relevanz.» Zunächst ging diese Rechnung auf: Aung San Suu Kyi inspirierte die Menschen von Myanmar, sie mobilisierte und einte sie. «Mutter Suu» hatte einen berghohen Vertrauensvorsprung beim Volk. Doch inzwischen wird auch im eigenen Land der Unmut lauter, und ihre Glaubwürdigkeit schwindet. Hunderte NLD-Aktivist*innen haben bereits unter Protest die Partei verlassen.

Über ein Jahr nach dem Wahlsieg ist der versprochene Fortschritt weitgehend ausgeblieben. Suu Kyi hatte den Friedensprozess mit den vielen bewaffneten Gruppen des Landes versprochen, doch nichts ist passiert. Ebenso konnte sie bei der Meinungsfreiheit oder im Kampf gegen die Armut nicht viel erreichen. Und beim Problem der muslimischen Minderheit der Rohingya, deren Unterdrückung international stark kritisiert wird, hält sich Aung San Suu Kyi am liebsten ganz heraus.

Mindestens 70 000 Menschen dieser ethnischen Minderheit, die in Myanmar als illegale Einwanderer behandelt werden, sind seit Beginn einer Militäroperation im letzten Oktober aus dem Rakhine-Staat im Westen des Landes über die Grenze nach Bangladesch geflohen. Suu Kyi schwieg.

Auch als der NLD-Anwalt U Ko Ni, ihr alter Weggefährte, im Januar auf offener Strasse erschossen wurde, blieb die Lady viel zu lange still – selbst für viele ihrer Anhänger. U Ko Ni

«Ein Regime, das sie immer noch fürchtet, ist Beweis genug für ihre Relevanz.»



Im Käfig des Militärs: Myanmarische Regierungschefin Suu Kyi.



Internationale Kritik: Flüchtlingslager der Rohingya bei Sittwe.



Lauf auf Eiern: Protestierende buddhistische Mönche in Yangon.

hatte an einer Verfassungsänderung gearbeitet, die die Macht der Militärs mindern sollte. Viele Myanmaren sind der mangelnden Kommunikationsbereitschaft ihrer Regierung müde. «Es ist fast wie zu Zeiten der Militärregierung: Wir wissen nicht, wie ihre Politik aussieht», so der international angesehene Myanmar-Experte Min Zin.

Pragmatismus statt Ideale

Die neue Regierung ist offensichtlich überfordert. Die Krisen und Probleme Myanmars lauern an allen Ecken, und die Partei kann wenig tun, weil alle Fäden bei Aung San Suu Kyi zusammenlaufen. Sie, die aufgrund der Verfassung nicht Präsidentin sein darf, ist de facto Regierungschefin, Staatsberaterin, Außenministerin – alles in einer Person. Und so bestimmt sie allein über die Innen-, Außen- und

Wirtschaftspolitik. Das ist zu viel, und so bewegt sich am Ende nichts.

Allerdings muss man Aung San Suu Kyi zugestehen: Ihrer Regierung sind die Hände gebunden. Sie bewegt sich in einem vom Militär vorgegebenen Spielraum. Die Armee ist unter der gegenwärtigen Verfassung des Landes keinerlei ziviler Kontrolle unterworfen. Die Generäle besetzen immer noch automatisch ein Viertel aller Sitze im Parlament und drei Schlüsselministerien, darunter das für Verteidigung. So agiert das Militär weiter vollkommen unabhängig von der Regierung.

Ausserdem wird eine lautstarke nationalistisch-buddhistische Bewegung, die offen die Verfolgung der Rohingyas fordert, immer mächtiger. Die Lady muss zwischen all diesen Kräften wie auf Eiern laufen, um das fragile Gleichgewicht zu erhalten. Eine demokrati-

sche Gesellschaft aus dem Nichts aufzubauen, verlangt Fingerspitzengefühl. Und ein neuer Putsch des Militärs ist noch immer nicht ganz ausgeschlossen – trotz aller Öffnung des Landes. Daher, so meinen Suu Kyis Verteidiger, musste sie ihre Ideale wohl oder übel gegen Pragmatismus eintauschen.

Aung San Suu Kyi wirbt immer wieder um Geduld. Gerade erst entschuldigte sie wieder einmal den schleppenden Wandel: «Unsere Bürger, die viele Jahrzehnte so hart gekämpft haben, mögen denken, es dauere zu lange. Aber für die Geschichte eines Landes, für die Geschichte einer Regierung, sind zehn Monate oder ein Jahr nicht so viel. Dies ist nur eine kurze Periode.»

Die ersten Nachwahlen zu neunzehn Parlamentssitzen finden schon am 2. April statt und werden einen Hinweis liefern, wie geduldig die Menschen in Myanmar tatsächlich sind. ○

Schicksalstage in Belfast

Nach Jahren relativer Ruhe befindet sich Nordirland an einem Wendepunkt. Im Zentrum des Geschehens stehen zwei Frauen. Arlene Foster von den britischen Loyalisten und Michelle O'Neill von den Nationalisten setzen auf Konfrontation. *Von Rolf Hürzeler*



Kaum Freunde: Foster (DUP).

Ein halbes Jahrhundert lang herrschte Gewalt im nordirischen Alltag. Dann fanden sich die britischen Loyalisten und die katholischen Nationalisten zu einem prekären Frieden, der nun auf dem Spiel steht. Die Provinz steht ohne Regierung da, selbst ein Budget für das laufende Jahr fehlt.

Am letzten Sonntag hätten sich ihre Parteien in der nordirischen Hauptstadt Belfast auf eine Regionalverwaltung einigen sollen. Doch die Verhandlungen scheiterten, weil die Loyalisten der Democratic Unionist Party (DUP) an der entscheidenden Sitzung gar nicht erst auftauchten. Presbyterianer arbeiten nämlich an einem «Sabbath» nicht. Anders die katholischen Republikaner. Sie kamen zwar, stellten aber Forderungen, denen die anderen Parteien nicht zustimmen konnten: etwa nach Steuergeldern für die Recherchen über ungeklärte Todesfälle in den letzten vierzig Jahren oder nach solchen für die Förderung des Gälischen als eine zweite Landessprache in der britischen Provinz. Da neben der DUP auch die kleineren, verhandlungsbereiten Parteien diese Forderungen ablehnten, lief Sinn Fein davon, um selbst die Sonntagsruhe zu genießen. Jetzt kommt es entweder zu Neuwahlen des Regionalparlaments oder zu einer Direktverwaltung der Provinz durch Westminster.

Federführend bei diesen Verhandlungen – oder besser: Nichtverhandlungen – war die vierzigjährige Michelle O'Neill, die neue nord-



Moderne Aristokratie: O'Neill (Sinn Fein)

rische Führerin von Sinn Fein (irisch für «wir selbst»). Sie gehört zur modernen Aristokratie der irisch-republikanischen Partei, zu jenem Klüngel von Aktivisten, die nicht mehr gegen die Briten gekämpft haben, deren Eltern aber in diesem Drama von Nationalismus und organisierter Kriminalität die Fäden gezogen hatten. Ihr Vater war selbst ein IRA-Aktivist gewesen und hatte eingesessen; zwei Cousins waren bei Schiessereien ums Leben gekommen.

In ihrer neuen Funktion musste sie die Koalitionsverhandlungen mit der 47-jährigen Arlene Foster führen, der Vorsitzenden der DUP, der stärksten Loyalistenpartei. Foster war bis im Januar Premierministerin der Regionalregierung gewesen. Sie musste gemäss den Bestimmungen des Karfreitagsabkommens von 1998 zurücktreten, nachdem ihr nationalistischer Partner Martin McGuinness die Koalition gesprengt und sich als ihr Stellvertreter zurückgezogen hatte. Anlass für den Zwist: McGuinness hatte Foster bezichtigt, für einen 500-Millionen-Pfund-Skandal verantwortlich zu sein. Foster hatte ein teures Subventionssystem für erneuerbare Energien eingeführt, für das die Steuerzahler seither bluten müssen.

Bombenanschlag auf Schulbus

Neuwahlen in diesem Frühjahr brachten das erwartete Ergebnis. Die republikanische Sinn Fein legte aus demografischen Gründen noch einmal etwas zu, die Loyalisten verloren, aber die DUP

blieb knapp stärkste Partei im Parlament. Arlene Foster ist in ihrer Gemeinschaft ebenso verwurzelt wie ihre neue Gegnerin in der ihren. Ihr Vater war Polizist, der von den Katholiken angeschossen worden ist. Sie selbst hat einen Bombenanschlag in einem Schulbus überlebt, den die IRA nur deshalb als Ziel auswählte, weil der Chauffeur ein protestantischer Aktivist gewesen war. Foster verkörpert den Kampfeswillen der nordirischen Loyalisten perfekt, die ausser in Westminster kaum Freunde haben in dieser Welt.

Trotz ihrer Erfahrungen hatte Foster die Grösse, die Beerdigung von Martin McGuinness zu besuchen, der Ende März an einer Nervenkrankheit gestorben war. Die beiden Frauen schüttelten einander sogar die Hand. Eine übliche Höflichkeitsgeste hierzulande, nicht aber im zerrissenen Nordirland, wo Symbolen unheimliches Gewicht zukommt.

Doch abgesehen vom Handschlag ist es bei beiden Frauen mit der politischen Grösse vorbei. Die im linken Flügel von Sinn Fein verankerte Michelle O'Neill wirkte in den Fernsehdebatten vor der Provinzwahl wenig dossierfest. Ihr fehlte die argumentative Schlagkraft, von Witz keine Spur. Dabei hätte O'Neill in den Debatten leichtes Spiel gehabt. Denn Foster bot ihr reichlich Angriffsflächen. Sie hatte in ihrer politischen Laufbahn kaum einen politischen Skandal ausgelassen, und von denen gibt es viele in Nordirland. So spielte sie eine unklare Rolle bei einem bis heute nicht restlos geklärten Korruptionsfall um die Touristenattraktion «Damm des Riesen», ein aus 40 000 Basaltsäulen geformtes Naturspektakel und Unesco-Weltkulturerbe an der Nordostküste. Daher war ihre Verstrickung im Energieversorgungsskandal für niemanden eine Überraschung.

Aber darüber spricht man in Belfast kaum noch. Nach den gescheiterten Verhandlungen kommt es nun zu den zweiten Regionalwahlen in diesem Jahr. Auch diese werden keine neuen Kräfteverhältnisse bringen. Die ordnende Hand Londons mit einer Direktverwaltung wird voraussichtlich gefordert sein, wie das früher schon mit Erfolg der Fall war.

Es sei denn, die schiere Not bringe die nordirischen Parteien einander näher, weil die Nordiren eines gemeinsam haben: Wegen der Nähe zur Republik lehnen sie den Brexit mehrheitlich ab und streben eine eigenständige Lösung mit der EU an. Denn niemand kann sich vorstellen, dass zwischen der Provinz und dem Süden wieder Grenzschranken niedergehen. O

Zusammen gegen Gorillas

Die neue Smartphone-App «Hater» führt Menschen zusammen, die das Gleiche hassen. Funktioniert das?

Ein Selbstversuch von Anton Beck

Eigentlich bin ich kein Fan von Online-Dating. Im Frage-Antwort-Spiel bewirft man sich gegenseitig plump mit Komplimenten oder sucht verzweifelt nach einem Gesprächsthema. «Du magst lange Spaziergänge am Strand? Wow, ich mag auch lange Spaziergänge am Strand!» – ganz schön öde, so eine Unterhaltung. Obwohl sich beide freiwillig angemeldet haben und sich gegenseitig attraktiv finden, wirkt das alles irgendwie erzwungen.

Dem stellt sich «Hater» entgegen, eine neue Smartphone-App fürs Kennenlernen: Anstatt sein Profil gemäss den eigenen Vorlieben erstellen zu können, wird einem ein Katalog mit etwa zweitausend potenziellen Themen präsentiert, die man dann mit «mögen», «nicht mögen», «lieben» oder eben «hassen» beurteilen kann. Das Ganze zielt nicht direkt auf die Grundpfeiler der Persönlichkeit ab, sondern kreist um Kleinigkeiten. Die Palette erstreckt sich von «Fingernägel kauen» über «Weltraum-Dokumentationen» bis hin zu «Leuten, die mit Tieren reden, als würden sie mit Babysprechen».

Misanthropie mit Mia

Das Problem: Ich wohne in Liechtenstein – wahnsinnig viele «Hater»-Nutzer scheint es hier nicht zu geben. Bisher wurden keine Nutzerzahlen für einzelne Länder veröffentlicht, aber die App gibt es erst seit dem 8. Februar und nur auf Englisch – insofern werden die meisten Nutzer wohl in englischsprachigen Regionen leben. Erst als ich meinen Suchradius erweitere, ergibt sich ein Teich, in dem ich fischen kann: In Zürich und Basel leben einige aktive «Hater»-Nutzer. So begegne ich schliesslich Mia aus Zürich, welche die gleichen Dinge ablehnt wie ich. Besonders hasst sie den Gorilla Harambe, der letztes Jahr zur Rettung eines Menschenkindes, das in sein Gehege gefallen war, schnell erschossen wurde – woraufhin eine bekloppte Diskussion darüber ausbrach, ob die Erschiessung nötig war oder nicht (diese Tierschützer!). Statt also mein Glück mit einem verzweifelten «Hey» zu probieren, schicke ich Mia ein «Mir waren

Gorillas ja schon als Kind immer unheimlich». Dazu ein Affen-Emoji und etwas Wartezeit. Mias «Genau darum bin ich keine Vegetarierin» zeigt, dass sie schwarzen Humor hat – das gefällt mir. Gerade weil die Gesprächsthemen, die «Hater» bietet, so banal, absurd und ungewöhnlich für den Dating-Kontext sind, werden am anderen schnell Charakterzüge sichtbar, die normalerweise erst nach monatelangem Schürfen an die Oberfläche kämen.

So verhält es sich zum Beispiel auch bei der von mir geschätzten menschlichen Qualität, jene Kinobesucher entschieden abzulehnen, die nach jedem Film sagen, dass das Buch dazu besser war. Solche Leute kann Mia ihren Angaben zufolge nicht ausstehen – ich Glückspilz! Wer behauptet, dass «American Psycho» in Romanform besser war als Christian Bales Performance in der Verfilmung, erntet von uns beiden einen griesgrämigen Blick. Meine anfängliche Skepsis legt sich allmählich. Hass verbindet tatsächlich! Mir wird ganz warm ums Herz.



Gorilla Harambe.

Hass verbindet
tatsächlich!
Mir wird ganz
warm ums Herz.

Die Idee für «Hater» kommt übrigens vom 29-jährigen Brendan Alper, ehemaliger Goldman-Sachs-Banker aus Rhode Island, der seinen Job schmiss, um fortan als Comedian zu arbeiten. Leute seien ehrlicher und offener, wenn sie über das redeten, was sie hassten, sagte er. Ein Argument, das ich bis jetzt bestätigen kann. Nach zwei Tagen Misanthropie mit Mia fühlt es sich an, als würden wir uns schon ewig kennen. Da die App keine genauen Angaben zu Beruf und persönlichem Hintergrund von seinen Usern verlangt, wird eine lockere, entspannte Atmosphäre geschaffen. Hier werden keine Geldbeutel verglichen. Punkten kann man dafür mit Humor. So wird das fast erträglich, dieses ... blöde Online-Dating! Etwas, was Mia eigentlich generell hasst. Eigentlich. Dass sie sich aus Langeweile «Hater» runtergeladen hat, finden wir beide gut. Wenn ich das nächste Mal in Zürich bin, wollen wir uns auf einen Kaffee treffen.

Anton Beck, 20, ist Autor des Romans «# Jugend». Van Eck Verlag, 163 S., Fr. 26.30

Russland

Der Rubel rollt

Er habe mit Geld Demonstranten angeworben, wirft der Kreml Regimekritiker Nawalny vor.



Alex Nawalny.

Der Mann, um den es bei den jüngsten Demos in Russland ging, bekam nichts davon mit: Ministerpräsident Dmitri

Medwedew war beim Skifahren und titterte ein Foto von sich im schicken roten Anorak. Aber auch wenn er sich durch russische Websites geblättert hätte, wäre er arglos geblieben: Die Medien schwiegen zu den umfangreichsten Protesten seit sechs Jahren. «Freiheitsliebende Kuh entwischt US-Polizisten» war etwa das Topthema der Staatsagentur RIA an diesem Nachmittag.

Die Behörden waren von den Protesten gegen die Korruption im Staatsapparat bis hinauf zu Medwedew kalt erwischt worden – sowohl was die Anzahl der Teilnehmer als auch die Zahl der Städte betraf, in denen demonstriert wurde. Sogar in Machatschkala, der Hauptstadt der kremltreuen Teilrepublik Dagestan, waren die Leute gegen die vom Premier geführte Regierungspartei «Einiges Russland» auf die Strasse gegangen.

Es dauerte einen ganzen Tag, bis die Staatsmacht ihre Stimme wiederfand. Dann aber schien sie mit ihren Attacken auf die Organisatoren der Veranstaltungen unter die Gürtellinie zu zielen: Alexei Nawalny, Bürgerrechtler, Regierungskritiker und mutmasslicher Gegenkandidat von Wladimir Putin bei den Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr, habe Kindern Geld geboten, damit sie an den Demos teilnahmen. Ja, wie eklig ist das denn?

Aber wenn sich die Aufregung über den vermeintlich perfiden Rufmord erst einmal gelegt hat, stellt man fest, dass der Vorwurf nicht falsch ist. Zugespitzt, zugegeben, aber im Kern richtig. Denn unter den Demonstranten waren in der Tat sehr viele Minderjährige: 15-, 16-, 17-Jährige. Zwar keine Kinder, aber eben auch keine Erwachsenen. Und Nawalny hatte ihnen tatsächlich Geld in Aussicht gestellt: Wenn sie verhaftet würden, warb der Anwalt auf seiner Website, könne seine Kanzlei ihnen helfen, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Entschädigung zu erstreiten. Da seien locker bis zu 10 000 Euro drin, zu zahlen vom Kreml.

Bei vielen Russen kam nur eine Botschaft an: Allen geht es nur ums Geld, der Regierung ebenso wie ihren Kritikern. *Wolfgang Koydl*

Der letzte Tycoon

Der Discount-Pionier Karl Schweri wäre am 31. März hundert geworden. Aus heutiger Sicht wirkt seine Leistung weit eindrücklicher, als es viele Zeitgenossen seinerzeit sehen wollten. Mit der Denner-Kette und politischen Vorstössen hat der Unternehmer die Schweiz wettbewerbsfreundlicher gemacht. Von Jörg Becher

Wer war Karl Schweri, der in seinem Leben (1917–2001) fast unvorstellbar viele Projekte durchgezogen hat? War er wirklich so verboht und selbstherrlich, wie viele behaupteten, oder wurde er nicht doch weitaus mehr von Weitsicht und dem Dienst des Gemeinwohls geleitet, als es die Kritiker wahrhaben wollten? Der Ruf, der Karl Schweri zu Lebzeiten anhaftete, war angeschlagen bis ramponiert: Er sei ein Querkopf und unbelehrbarer Streithammel, hiess es über den Denner-Gründer – renitent, aufbrausend und hoffnungslos egozentrisch. Als Unternehmer huldige er dem Führungsstil eines Despoten, urteilten die Gazetten zeit seines Lebens nahezu einhellig. Der unorthodoxe Kaufmann sei von Misstrauen und Rachsucht zerfressen, und geradezu zwanghaft darum bemüht, seine Untergebenen ohne ersichtlichen Grund zu gängeln und zu erniedrigen.

Was musste Karl Schweri in seiner wechselvollen Laufbahn nicht alles an Kritik und Häme einstecken! Er wurde als «Lädelimörder» denunziert und als «Alpen-Aldi» verlacht. Seitenweise wurde in der Presse über seinen sprichwörtlichen Geiz, seine Schroffheit im Umgang und seine angebliche Gnadenlosigkeit hergezogen. Lustvoll illustrierten Journalisten Schweris «Bunkermentalität» mit haarsträubenden Betriebsanekdoten oder forschten nach den psychologischen Hintergründen seiner vermeintlich autistischen Ader. Selbst Schweris jahrzehntelanger Kampf gegen wettbewerbsfeindliche Strukturen und für mehr Preiswettbewerb in der helvetischen Wirtschaft, so wurde ihm reflexartig unterstellt, sei weitgehend narzisstisch motiviert und diene nichts anderem als seinem persönlichen Eigennutz.

Einflussreich wie Duttweiler

Kann ein einzelner Mensch, zumal erfolgreich wie Schweri, mit einer derartigen Fülle an Lasten geschlagen sein? Wurde man dem Discount-Pionier mit der gebetsmühlenhaften Wiederholung der immergleichen Vorurteile gerecht? «Schweris Persönlichkeit war derart schillernd und eigenwillig, dass man sie nie richtig zu fassen bekam», notierte die *Neue Zürcher Zeitung* anlässlich seines Ablebens etwas ratlos: «Er zeigte permanent unerwartete und spontane Reaktionen, und sein Geist gebar immer wieder neue und «verrückte» Ideen in sämtlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.»

Obwohl Schweri das Image eines sprunghaften Egozentrikers und unberechenbaren Intriganten trug, darf er für sich in Anspruch neh-

men, die helvetische Variante des amerikanischen Traums vom Aufstieg aus einfachsten Verhältnissen zu einem der vermögendsten und einflussreichsten Wirtschaftsmagnaten des Landes exemplarisch vorexerziert zu haben. Als «letzten Tycoon des Landes» hat ihn sein langjähriger Freund, der inzwischen ebenfalls verstorbene Ex-Bürgermeister von Wien, Helmut Zilk, einmal bezeichnet. Mit seiner unbeugsamen, knorrigem Art hatte Karl Schweri im Grunde etwas Urschweizerisches an sich – und wurde paradoxerweise von seinen Landsleuten gerade dafür aufs heftigste kritisiert und mit lebenslangem Liebesentzug bestraft.

Dabei hätte der 1917 geborene Sohn eines Aargauer Landwirts aufgrund seiner Talente doch beste Voraussetzungen dafür gehabt, am Ende einer beeindruckenden Karriere nicht als gerichtsnotorischer Querulant, sondern als ein gesellschaftlich nützlicher und damit ehrenwerter Vorkämpfer gegen Preistreiberei und staatlichen Machtmissbrauch in die Wirtschaftsgeschichte der Schweiz einzugehen – so ähnlich wie dies Schweris grossem Vorbild, Gottlieb Duttweiler (1888–1962), gelungen ist.

Gemessen an seinem Einfluss auf die Schweizer Wirtschaftspolitik, stehe der Denner-Gründer seinem glorifizierten Vorreiter kaum nach, urteilt Roger Zäch, vormals Vizepräsident der eidgenössischen Wettbewerbskommission, der als Verwaltungsrat der Denner-Familienholding Rast Karl Schweri und dessen Erben während Jahren aufs engste verbunden war. «Kein anderer Unternehmer hat sich von den sechziger Jahren bis zur Millenniumswende um den Preiswettbewerb im Schweizer Lebensmittelhandel so verdient gemacht», sagt Zäch.

Tatsächlich hat Schweri die «Preisbindung der zweiten Hand» erfolgreich bekämpft und damit das Schweizer Markenartikel-Kartell geknackt – ein unternehmerischer Kraftakt, der rückblickend wohl am meisten Respekt verdient. Des Weiteren hat der findige Denner-Boss als einer der Ersten konsequent auf das Instrument des Parallelimports gesetzt, um ausländische Produkte hierzulande zu tieferen Preisen als die Konkurrenz anbieten zu können. Auch dafür gebührt ihm aus Konsumentensicht uneingeschränkter Applaus. «Karl Schweri war ein Pionier, was die Suche nach kundenfreundlichen Beschaffungskanälen im Detailhandel betrifft», würdigt denn auch der ehemalige Preisüberwacher Rudolf Strahm seine Leistung. Solchem Lob kann sich Schweris Enkel Philippe Gaydoul (der zeitweilige Nachfolger

an der Firmenspitze) nur anschliessen: «Mein Grossvater war einer der visionärsten, kreativsten, ausdauerndsten, aber auch missverstandenen Unternehmer in diesem Land.»

Glück mit Nylon

Schon als Kind stellte Karl Schweri seinen Einfallreichtum in geschäftlichen Dingen unter Beweis. In den Gassen von Koblenz, wo seine Tante einen Laden betrieb, schickte man ihn mit allerlei Waren hausieren. Seine Idee, zusammen mit den beliebten Pfarrer-Künzle-Kalendern auch gleich die darin angepriesene Kräutermischung feilzubieten, hatte eine beträchtliche Absatzsteigerung zur Folge. Nach Abschluss des Benediktiner-Kollegiums in Sar-

Meisterhaft verknüpfte er die Anliegen der Konsumenten mit seinen eigenen Interessen.

nen entschloss sich Schweri zu einem Jura-Studium. Die dazu nötigen Mittel verschaffte er sich als Hilfskraft in der Anwaltskanzlei seines späteren Schwiegervaters. Von 1941 bis 1945 diente er als Adjunkt für Rechtsangelegenheiten im Oberkriegskommissariat der Schweizer Armee, wo er es bis zum Oberleutnant brachte.

Nach Kriegsende befahl ihn die sogenannte Miliartuberkulose, eine damals unheilbare Variante der verbreiteten Lungenkrankheit. Im Sanatorium auf der Schatzalp fiel Schweri ein Magazin in die Hände, in dem von einer neuartigen Substanz die Rede war, den die US-Armee damals im Testeinsatz hatte. Er besorgte sich das Medikament in Eigenregie, liess es sich spritzen und wurde gesund. In einer nahezu aussichtslosen Situation machte er als damals knapp Dreissigjähriger die Erfahrung, dass persönliche Urteilskraft und Eigeninitiative durch nichts zu ersetzen sind und man sich im Zweifelsfall auf niemand anders als auf sich selbst verlassen kann – eine Episode, die Schweri für den Rest seines Lebens prägen sollte.

Eine weitere amerikanische Erfindung brachte ihm Glück: Nylon. Kaum hatte er 1947 die Davoser Höhenklinik verlassen, trieb Schweri in seinem Bekanntenkreis 280 000 Franken auf und sicherte sich damit für drei Jahre die Schweizer Herstellungs- und Verkaufslizenz für Perlon, eine Weiterentwicklung der amerikanischen «Wunderfaser». Dank der Lizenz wurde Schweri zum mehrfachen Millionär und kaufte sich mit dem Erlös in ein Konglomerat aus



Visionär, kreativ, aber auch missverstanden: Unternehmer Karl Schweri (1917–2001) mit Pressechefin Helga Hnidek, 1972.

Lokalzürcher Lebensmittelgeschäften ein – dem Nukleus der späteren Denner-Kette (benannt nach Cäsar Denner-Reiff, einem früheren Teilhaber besagten Handelshauses). Interessantes Detail: Obschon Denner seit Anfang 2007 zum Migros-Konzern gehört, reichen die Wurzeln der Consumgesellschaft Denner & Co. bis ins Jahr 1860 zurück, womit die heutige Tochtergesellschaft weitaus traditionsreicher ist als der 1925 von Gottlieb Duttweiler gegründete Mutterkonzern.

Völlig reibungslos verlief Schweris Einstieg bei Denner allerdings nicht. Bereits 1946 war er nämlich an der Zürcher Import- und Grosshandels AG (IGA) beteiligt, welche sich nebst der 1860 gegründeten Consumgesellschaft Denner & Co. seinerzeit noch drei weitere kleinere Detailhandelsfirmen einverleibte. Kurz danach wurde Schweri von seinen Geschäftspartnern ausgebootet, kehrte nach seinem erfolgreichen Abstecher ins Kunstfaser-Geschäft aber mit vollen Taschen zurück und stellte jene, die ihn seinerzeit ausgetrickst hatten, nun seinerseits vor die Tür. 1951 übernahm er bei IGA nach mehrjährigem Seilziehen als Hauptaktionär die Kontrolle, erst 1969 benannte er die Gesellschaft dann definitiv in Denner AG um.

Bevor Schweri mit seiner Discountkette durchstarten konnte, verlegte er sich vorüber-

gehend auf den Finanzanlagebereich und gründete mehrere bankenunabhängige Immobilienfonds. Über einen davon, den Liegenschaften-Anlagefonds Interswiss, trat er als Promotor des ersten Shoppingcenters der Schweiz in Spreitenbach in Erscheinung. Das 1966 in Kraft getretene Anlagefondsgesetz kam Schweri jedoch in die Quere, noch bevor die Pläne in Spreitenbach konkrete Form annahmen. Auf Betreiben der Grossbanken wurde eine Rücknahmeverpflichtung für Fondsanteile ins Gesetz aufgenommen, was Schweris Risiko erhöhte und ihn in der Folge zum Verkauf seiner Fonds an die Schweizerische Kreditanstalt und den Schweizerischen Bankverein bewog. Um eine wichtige Erfahrung reicher, hielt sich Schweri fortan erst recht von den grossen Finanzinstituten fern.

Kampf gegen Kartelle

Nach jahrelangen Reibereien mit den Exponenten der heimischen Markenartikelindustrie gelang es Schweri 1967, das «System der gebundenen Endverkaufspreise für Lebens- und Genussmittel» (Preisbindung der zweiten Hand) auszuhebeln. Der Weg für seinen rasanten Aufstieg war frei. Im Oktober gleichen Jahres öffnete in Zürich–Altstetten der erste Lebensmittel-Discountladen der Schweiz seine Pfor-

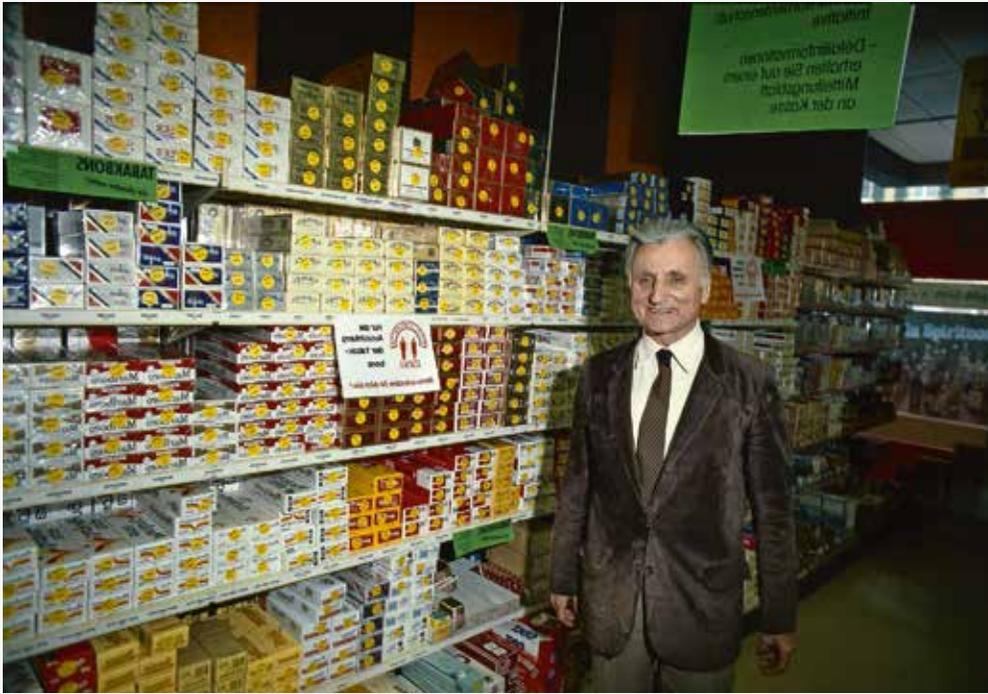
ten. In Windeseile überzog Schweri das Land mit einem dichten Netz seiner sogenannten Superdiscounts. 1970 waren es bereits 73 Filialen, die zusammen rund 250 Millionen Franken umsetzten; zwölf Jahre später machten 194 Läden die Umsatzmilliarde dann erstmals voll.

Um preisbewusste Konsumentinnen und Konsumenten in seine Läden zu locken, unterbot Denner die Konkurrenz systematisch mit den verschiedensten Vergünstigungen und Rabatten. «Je geringer die Marge, mit der sich der Tüchtige bescheiden kann, desto grösser sein Verkaufspotenzial – und unter dem Strich dann auch sein Gewinn», lautete das simple Erfolgsrezept des Detailhändlers. Hatte sich Duttweiler gegen die Hochpreispolitik der Markenartikler gewehrt, indem er eigene Produktionsstätten schuf, so vertraute sein Epigone im Kampf gegen wettbewerbsfeindliche Absprachen vorab auf juristische Mittel. Unter Inkaufnahme erheblicher Risiken zerrte Schweri mächtige Kontrahenten vor den Kadi – nicht selten bis vors Bundesgericht – und knackte in beharrlicher, prozesstechnisch aufwendiger Kleinarbeit erst das Bier-, dann das Wein- und schliesslich auch das Schweizer Tabakkartell.

Bei seinen Attacken gegen alle Arten von Pfründenwirtschaft und behördlich geschützte Preistreiberie verstand es Schweri meisterhaft,

Gemeinsam gegen die Kuschelwirtschaft

Wie ich zusammen mit dem Unternehmer Karl Schveri gegen verkrustete Strukturen in Detailhandel, Bierbranche und Landwirtschaft kämpfte. Von Silvio Borner



Bescheidenheit und Glanz und Gloria: Unternehmer Schveri, 1984.

Schon zu Beginn meiner Karriere als Ökonom habe ich mich mit der tiefen Spaltung der Schweiz zwischen einer wettbewerbsfeindlichen Binnenwirtschaft und einer wettbewerbsintensiven und weltmarkt-orientierten Exportwirtschaft beschäftigt. Man kann diese «bipolare Störung» in der hiesigen Wirtschaftsstruktur insofern positiv sehen, als damit eine Art Ausgleich zwischen den hochproduktiven Exportsektoren und der inländischen Bevölkerung stattfindet. Das nimmt dem politischen Widerstand gegen Offenheit nach aussen die Spitze. Typisch dafür ist der hohe Schutz der Landwirtschaft durch Importbeschränkungen und Subventionen. Aber was ich von Anfang an kritisch betrachtet habe, war die Kartellierung und Abschottung weiter Bereiche der Binnenwirtschaft, besonders in der Lebensmittelindustrie und im Detailhandel. In diesen Branchen schanzten sich die Unternehmen mit zu hohen Margen unverdiente Renditen zu und nahmen die Konsumenten schamlos aus.

Für mich als Dozent in Wirtschaftswissenschaften war das Bierkartell rein didaktisch ein gefundenes Fressen, weil es nicht nur vertikale und horizontale Preisabsprachen enthielt, sondern auch die

Flaschengrössen und die Zutaten vereinheitlichte, ja sogar den Biermarken die Restaurants fest zuteilte. Dabei gelang es der ebenfalls kartellierten Werbung, Schweizer Bier als schützenswerte Weltklasse zu verankern und via Kartell ausländische Marken de facto auszusperren.

Was ich im Hörsaal an der Wandtafel dem Kartell ankreidete, versuchte Karl Schveri im Geschäftsleben mit seiner Discounter-Kette Denner wegzufügen. Es ging beim Bierkartell nicht nur um überhöhte Preise, sondern auch um das Fixieren von Produktionsstrukturen, das Verhindern von Innovationen und unerschwinglich um den Verzicht auf Exporte. Feldschlösschen war nach dem Zweiten Weltkrieg eher grösser als die heutigen Riesen Kronenbourg oder Heineken.

Vorgeschobenes Lädelisterberben

Die Bierindustrie reagierte auf Schweris Attacke mit einem Lieferboykott, den dieser natürlich anfocht. In dieser Phase fanden wir zueinander. Er forcierte seine Discounter-Interessen, ich meine Strategie für mehr Markt und Wettbewerb in der Schweiz. Mein Kollege Peter Bernholz, Ökonomeprofessor in Basel, und ich verfassten dazu ein Gutachten und formulierten darin die Argumente für vollständige Wettbewerbsfreiheit im Biermarkt,

aber die Wettbewerbsbehörde schmetterte dieses ab. Die Begründung war hanebüchen: Das Bierkartell sei ein Schutz vor dem Lädelisterberben, weil dank hohen Margen auf Bier und Zigaretten eben auch Kleinkrämer überleben könnten, was für die Versorgungssicherheit insgesamt und speziell in den Rand- und Bergregionen entscheidend sei.

Konkurrenz durch Importe

Der nächste Schritt war schnell gemacht und ging in Richtung ausländischer Bierhersteller, die dem Kartellzwang nicht unterlagen und schon lange im hochpreisigen Schweizer Markt Fuss fassen wollten. So kam es, wie es in jedem Lehrbuch steht: Die schweizerische Bierindustrie geriet unter Druck und wurde zum Teil aus dem Markt gedrängt, zum Teil geriet sie in ausländische Hände. Das Bierkartell schaufelte sich sozusagen unter der Regie von Karl Schveri sein eigenes Grab, wobei Freiburg sogar so weit ging, die regionale Brauerei noch staatlich zu stützen zu versuchen. Heute sind alle ehemaligen Grossbrauereien von Weltkonzernen geschluckt, Schweizer Bier ist auf dem Weltmarkt (anders als Heineken oder Kronenbourg) praktisch inexistent.

Während der Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler gegen die Kartelle der Markenindustrie vor allem mit Eigenmarken antrat – Kaffee Zaun statt Kaffee Hag –, setzte Schveri konsequent auf die erfolgversprechendere Konkurrenz durch Importe. In dieser Zeit entwickelte sich zwischen Schveri und mir eine vertrauensvolle und enge Beziehung. Ziel der zahlreichen Gespräche bei Speis und Trank auf dem Dach des Hauptsitzes oder im privaten Schiff auf dem Zürichsee war immer die Förderung des inländischen Wettbewerbs durch *discounting* nach amerikanischem Vor-

Feldschlösschen war früher grösser als die heutigen Riesen Kronenbourg oder Heineken.

bild und unter Umgehung der staatlichen oder privaten Importbeschränkungen.

Gemeinsam führten wir deshalb auch unseren Kampf gegen die protektionistische Agrarpolitik. Weil Schveri auch hier überall auf Ablehnung stiess, suchte er einen Aussenseiter in der Bauernschaft und fand diesen im Biobauern René Hochuli, der mit seinem Verband der Kleinbauern und dank der Unterstützung durch Schveri die Agrarlobby aufweichte und 1982 die Kleinbauern-Initiative lancierte. Unvergesslich ist die Einladung von Schveri zu einer Reise nach Wien und Budapest, der neben Hochuli und seiner Tochter (der späteren Regierungsrätin im Kanton Aargau), mei-

ne Gattin und Hildegard Schwaninger angehörten. Wir wurden in Wien vom damaligen berühmten Bürgermeister Helmut Zilk und seiner noch berühmteren Gattin und Sängerin Dagmar Koller mit allen Ehren empfangen. Schweri war eine Mischung aus persönlicher Bescheidenheit und Glanz und Gloria.

Schweris Unterstützung ermöglichte mir auch den Kampf gegen andere Importkartelle, so etwa gegen die Autoimporteure, unter Mitarbeit des damaligen Doktoranden Eric Scheidegger, der heute als Chefökonom im Seco wirkt. Um meine Unabhängigkeit nicht aufs Spiel zu setzen, lehnte ich ein grosszügiges Angebot als Verwaltungsrat bei Denner ab und empfahl die Anstellung meiner ebendann promovierten Assistentin, um den vehementen, aber ab und zu auch sprunghaften Vorstössen von Karl Schweri mehr Struktur und System zu verpassen. Leider klappte diese Lösung aus rein persönlichen Gründen nicht, was zur Kündigung der Frau Doktor führte und auch das Ende meiner Beziehung zu Schweri einläutete.

Fehler der Wettbewerbsbehörde

Während aus Duttweilers Innovation mit der Zeit ein neues wettbewerbsfeindliches und zum Teil vertikal integriertes Konglomerat entstand, blieb Schweri seiner klaren Discounter-Linie treu. Leider klappte die familieninterne Nachfolge nicht, so dass Denner schliesslich zum Verkauf stand. Dass dann ausgerechnet die Migros diesen einzigen Niedrigpreis-Detaillisten auch noch unter ihre Fittiche nehmen konnte, ist für Karl Schweri tragisch und widerspiegelt wohl den grössten Fehler unserer Wettbewerbsbehörde.

Die Fusionskontrolle in der kleinen, offenen Schweiz ist normalerweise unbedeutend, weil für Grossfirmen die amerikanischen und europäischen Behörden entscheidend sind. Aber im abgeschirmten Detailhandel? Da hätte die Behörde nein sagen müssen. Wie wäre es gekommen, wenn Denner an Lidl oder Aldi oder gar an Walmart gegangen wäre? Wohl so: Das heutige Kuschel-Duopol von Migros und Coop wäre gar nicht erst entstanden. Und die Migros hätte sich nicht politisch auf «faire Importpreise» kapriziert, sondern im Sinn und Geist von «Dutti» die harte Preiskonkurrenz forciert.

Silvio Borner ist Ökonom und war von 1978 bis 2009 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Basel.



Im Familienkreis: Karl Schweri (2. v. r.), 1968.

die Anliegen einer kostenbewussten Verbraucherschaft mit seinen eigenen Interessen zu verbinden. Sind solche Win-win-Situationen verwerflich? Musste Schweris merkantiler Pragmatismus deswegen als Selbstsucht gebrandmarkt und sein Urheber geradezu verteufelt werden? «Mein Grossvater hat seine einfache Herkunft nie vergessen», versichert Philippe Gaydoul. «Es waren auch immer wie-

Ein falsches Wort konnte genügen, um von seinem Bannstrahl getroffen zu werden.

der die Sorgen der Bevölkerung, die ihn motivierten, sich neuer Themen anzunehmen.» Zum Wohle von Steuerzahlern und Patienten zog Schweri etwa auch gegen überrissene Medikamentenpreise und aus dem Ruder laufende Spitalkosten zu Felde. Leider vergeblich.

Zeit für ein Denkmal

Bis dato, sechzehn Jahre nach Ableben des unerschrockenen Discount-Pioniers, steht das Reizthema «steigende Krankenkassenprämien» auf dem Sorgenbarometer der Schweizer Bevölkerung ganz weit oben. «Schweris stetiges Bemühen um die Förderung von günstigeren Nachahmerprodukten, sogenannten Generika, bleibt rückblickend sein grösstes Verdienst», glaubt der Zürcher Anwalt Hans-Jacob Heitz. Dass die von Schweri hierfür lancierte Denner-Initiative «für tiefere Arzneimittelpreise» im März 2001 vom Stimmvolk abgelehnt wurde, bezeichnet der vormalige Richter am Bundesverwaltungsgericht rückblickend als jammerschade. Hätten sich die Stimmbürger seinerzeit von der Ge-



Klare Linie: Erster Denner-Superdiscount, 1967.

genpropaganda der Basler Pharmaindustrie nicht kopscheu machen lassen, so Heitz, «wären günstigere Generika und somit insgesamt tiefere Arzneimittelpreise in der Schweiz längst eine Selbstverständlichkeit».

Dass der Polit-Unternehmer alles andere als pflegeleicht war, erfuhren alle, die es wagten, sich Schweri in den Weg zu stellen, waren es Kaderleute bei Denner, Konkurrenten oder politische Gegner. Ein falsches Wort konnte genügen, um von seinem Bannstrahl getroffen zu werden – eine Erfahrung, die regelmässig der heimischen Presse zuteil wurde, was bei deren kontinuierlichem und nicht selten unfairer Schweri-Bashing nur wenig erstaunt. Unliebsame Recherchen oder kränkende Kommentare quittierte der Detailhändler mit Beschwerden an den Presserat, Prozessdrohungen oder Inserateboykotts.

Und dennoch: Warum blieben Karl Schweri der Respekt und die Achtung versagt, die man ihm postum aufgrund seiner zahlreichen Verdienste entgegenbringt? Haben sich die Medien über Jahrzehnte hinweg in ihrer anhaltenden Kritik von einem Dünkel leiten lassen, einem tiefverwurzelten Vorurteil, dem privilegierte Kreise bei der Beurteilung eines Emporkömmlings unterliegen, erst recht wenn sich dieser nicht an die bis dato gültigen Spielregeln hält? «Unternehmer wie Schweri, die beständig sticheln, bräuchte unser Land, gemessen an der ungebremsten Regulierungswut, heute mehr denn je», ist Hans-Jacob Heitz überzeugt. Aufgrund seines Vorbildcharakters, was den unermüdlichen Kampf gegen administrative Schikanen und künstlich aufgeblähte Preise angeht, hätte der zu Lebzeiten wenig geliebte Denner-Gründer postum tatsächlich ein Denkmal verdient. ○



Erinnerungen

Taten von historischer Dimension

Für meinen Grossvater Karl Schweri spürte ich schon als Bub eine spezielle Faszination. Er war fast unerklärlich grosszügig, gleichzeitig aber auch äusserst sparsam. Ohne Ankündigung machte er mich an einem Sonntag zum Chef von Denner.

Von Philippe Gaydoul

Ich nannte ihn «nonno», Grossvater auf Italienisch. Aber gesehen haben wir Enkel Karl Schweri selten. Er war auch keiner, der mit uns Buben Fussball gespielt hätte – wann auch? Er ging spät ins Büro, gegen elf Uhr, und kam selten vor Mitternacht heim. Sieben Tage die Woche. Trotzdem spürte ich eine spezielle Faszination für diesen etwas unnahbaren Mann. Und natürlich habe ich als Teenager auch mitbekommen, dass die Leute im Restaurant die Köpfe nach ihm gereckt und getuschelt haben.

Als ich mit zwölf Jahren in der Zeitung las, dass Karl Schweri den Franz Carl Weber übernommen hatte, war ich richtig stolz und dachte: «Wow!» Das war dann natürlich auch in der Schule ein Thema. Wahrscheinlich hat die ganze Klasse gedacht, mein Zuhause sei jetzt das ultimative Kinderparadies und es gebe jeden Tag Spielsachen. Dem war aber leider nicht so. Ein

einziges Mal durften die Enkel durch den Laden gehen und sich etwas aussuchen. Ansonsten galt die eiserne Regel: keine Sonderbehandlung für die Familie. Wenn mein Cousin und ich in den Ferien bei Denner jobbten, hatten wir tiefere Stundenlöhne als jeder andere Mitarbeiter.

Geld für «Taxi Driver» und die SP

Karl Schweri hatte ja diese seltsame Ambivalenz vieler Selfmade-Unternehmer: eine fast krankhafte Sparsamkeit, gepaart mit fast unerklärlicher Grosszügigkeit. Es war mitunter einfacher, von ihm eine Million Franken zu erhalten für eine Sache, die ihm am Herzen lag, als eine Zehnernote für etwas, was er als reine Geldverschwendung empfand. Nach dieser Devise hat Karl Schweri im Laufe seines Unternehmerlebens auch zahlreiche Projekte unterstützt, die nicht einmal den geschäftlichen

Nutzen für seine Denner-Läden im Visier hatten.

So öffnete er etwa seine Schatulle für Martin Scorseses Kinohit «Taxi Driver» mit Jodie Foster und Robert De Niro. Das war in den 1970er Jahren. Die SVP hat er unterstützt, wenn ihm ein Projekt passte, in der Zeitung der Autopartei inserierte er. Aber auch die Linken bekamen Geld. 1983, als SP-Präsident Helmut Hubacher auf Geldsuche war für die Kleinbauerninitiative, reagierte Karl Schweri, wie es typisch war für ihn: Er fragte, ob eine Million reiche oder ob es mehr sein müsse. Und selbst für einen historischen internationalen Sozialistenkongress in Basel liess mein Grossvater 15 000 Franken springen, damit die klammen Sozialdemokraten ihren ausländischen Gästen wenigstens eine warme Mahlzeit offerieren konnten. So handelt einer, der niemandem Rechenschaft abzulegen

DIE TOYOTA HYBRID-ÄRA HAT BEGONNEN!

20 Jahre nach der Einführung entscheidet sich die Mehrheit der Toyota Kunden in der Schweiz für ein Modell mit dem Vollhybrid-Antrieb.

				
1878 Erstes in Serie gebautes Automobil mit Dampfantrieb	1886 Erstes Automobil mit Benzinmotor	1930 Erster Personenwagen mit Dieselmotor	1997 Toyota Prius, das erste Automobil in Grossserie mit einem Hybridantrieb, wird in Japan lanciert	2017 Die Mehrheit der Toyota Kunden in der Schweiz entscheidet sich für einen Hybrid

Jetzt auf einen Hybrid von Toyota umsteigen

- Für die Umwelt
- Für die Zukunft
- Für Ihre Kinder und deren Zukunft
- Für Ihr Portemonnaie
- Für mehr Fahrspass

Mehr gute Gründe auf toyota.ch



Es gibt viele gute Gründe, sich für einen Toyota mit der Vollhybrid-Technologie zu entscheiden! Mittlerweile hat Toyota weltweit mehr als **10 Millionen Automobile** mit dieser wegweisenden Technologie verkauft – wobei für die letzte Million gerade einmal neun Monate gebraucht wurden. **In der Schweiz sind 56% der verkauften Toyota Personenwagen mit einem Vollhybrid-Antrieb versehen!**

Die Vollhybrid-Automobile von Toyota beeindrucken mit niedrigem CO₂- und NO_x-Ausstoss sowie einem geringen Verbrauch und geniessen in gewissen Kantonen gar einen **steuerlichen Vorteil!**

Ein Vollhybrid von Toyota kann eine kurze Strecke rein elektrisch zurücklegen – komplett frei von Emissionen und völlig lautlos, **ohne dass er an einer Steckdose aufgeladen**

werden muss. Entgegen gewissen Vorurteilen sind Hybride nicht teurer als konventionell angetriebene Fahrzeuge. Jeder Hybrid von Toyota ist **serienmässig mit einem stufenlosen Automatik-Getriebe ausgestattet!**

Dank der Toyota Vollgarantie von 100'000 km innert drei Jahren, der fünf Jahre dauernden Garantie auf bestimmte Hybride Komponenten (bis

100'000 km) und dem **Gratis-Service bis 60'000 km innert sechs Jahren** sind Sie für alle Eventualitäten stets gerüstet.

Last but not least: Dank ihrer Langlebigkeit glänzen die Hybride von Toyota auch durch einen überdurchschnittlich hohen Wiederverkaufswert.



Alle Hebel in Bewegung: Schwenk, 1984.

braucht. Karl Schwenk geschäftete nicht nur mit seinem eigenen Geld, sondern war finanziell absolut unabhängig. Banken hasste er regelrecht. Er verzichtete lieber auf ein Geschäft, als dass er einen Banker um einen Kredit anging. Dieser Drang nach Selbstbestimmung und Gerechtigkeit hat ihn immer angetrieben.

Es gibt ein Schlüsselerlebnis in seinem Leben, welches seinen bis ins hohe Alter brodelnden Kampfgeist erklärt. Mit dreissig erkrankte er an der sehr aggressiven Miliartuberkulose. Die Ärzte machten ihm wenig Hoffnung. Er ging

auf die Schatzalp in Davos zur Kur und erzählte mir einmal, wie er in der Nacht auf dem Balkon stand, während unten die Leichensäcke herausgetragen wurden. Er wusste: Auf die Schatzalp ging man zum Sterben. Er überlebte nur deshalb, weil er alle Hebel in Bewegung setzte, um an Streptomycin zu kommen, ein in Amerika entwickeltes Antibiotikum, welches damals im offiziellen Handel noch nicht erhältlich war. Ich denke, wer dem Tod ins Auge geschaut hat, entwickelt ganz andere Energien bei all seinem Tun. Deshalb unterwarf sich mein Grossvater auch einer eisernen Disziplin. Er ging jeden Morgen ins Schwimmbad, schaffte auch in fortgeschrittenem Alter noch hundert Kniebeugen. Tagsüber ass er praktisch nichts. Nur einen Teller Haferschleim am Mittag, weil das, wie er sagte, den Magen schone.

Er war wohl auch ein bisschen stolz

1998, an einem Sonntag, bestellte er meine Mutter und mich in sein Büro und eröffnete uns, dass ich ab Montag Chef von Denner sei. Es war kein Gespräch, eher eine Audienz, die nur ein paar Minuten dauerte. Ich war damals etwa fünf Jahre in der Firma, hatte einzelne Filialen geführt, als Regionalleiter gewirkt. Aber ein Gespräch über die Nachfolge hatte es nie gegeben. Das war auch typisch für Karl Schwenk: Er hat mich in meiner Zeit bei Denner wohl beobachtet, wir haben viel gesprochen,

und er hat mir immer mehr Aufgaben übergeben. Und am Schluss hat er entschieden. Weil er Vertrauen hatte und ich den unternehmerischen Freiraum, den er mir sukzessive gab, wohl in seinem Sinne genutzt hatte.

Es gab diese Episode, die so viel über meinen Grossvater aussagt: Nach meinem ersten Jahr als Denner-Chef wollte er mir einen schönen Bonus zahlen. Ich schlug diesen aus. Sagte, Boni nähme ich erst, wenn es der Firma wieder richtig gut gehe. Er wurde fuchsteufelswild, komplimentierte mich aus seinem Büro. Am nächsten Morgen rief er mich an und meinte, noch nie habe jemand sein Geld ausgeschlagen. Er hat sich wohl über sich selber geärgert. Denn meine Reaktion hat er verstanden, und er war wohl auch ein bisschen stolz.

Karl Schwenk hat den Detailhandel in der Schweiz geprägt wie kein Zweiter. Als Einzelkämpfer hat er die Preisbindung der Markenproduzenten gebodigt und das Bier- und Tabakkartell zu Fall gebracht. Für den Schweizer Detailhandel sind das Taten von historischer Dimension.

Philippe Gaydoul, 45, wurde 1998 operativer Chef der Denner AG. 2001 übertrug ihm Karl Schwenk das Präsidium der damals der Familie gehörenden Denner-Muttergesellschaft Rast Holding. 2007 verkaufte Gaydoul seine Denner-Aktienmehrheit an die Migros und blieb bei Denner bis 2009 CEO und bis 2012 Verwaltungsrat. Er leitet heute die Gaydoul Group.

DER BELIEBTESTE HYBRID DER SCHWEIZ!

AURIS HYBRID JETZT AB CHF 25'700.-*



ALWAYS A BETTER WAY

80%
WÄHLEN IHN
ALS HYBRID



LEASING
JETZT AB
0,9%

Yaris Hybrid
Der kleinste Vollhybrid

Prius Hybrid
Der Hybrid-Pionier

Auris TS Hybrid
Der Vollhybrid-Kombi

Toyota C-HR Hybrid
Das Toyota Juwel

RAV4 Hybrid
Der Hybrid mit 4x4



PS: ES BRAUCHT KEINE STECKDOSE.

*Empf. Netto-Verkaufspreis nach Abzug der Cash-Prämie, inkl. MwSt. **Auris Hybrid Active**, 1,8 HSD e-CVT, 5-Türer, 100 kW (136 PS), CHF 28'700.- abzgl. Cash-Prämie von CHF 3'000.- = CHF 25'700.-, Ø Verbr. 3,5 l/100 km, CO₂ 79 g/km, En.-Eff. A. CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 18 g/km. Abgebildetes Fahrzeug: **Auris Hybrid Trend**, 1,8 HSD e-CVT, 5-Türer, 100 kW (136 PS), CHF 31'300.- abzgl. Cash-Prämie von CHF 3'000.- = CHF 28'300.-, Ø Verbr. 3,6 l/100 km, CO₂ 82 g/km, En.-Eff. A. CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 18 g/km. **Yaris Hybrid Sol Premium**, 1,5 HSD e-CVT, 74 kW (100 PS), CHF 28'250.-, Ø Verbr. 3,6 l/100 km, CO₂ 82 g/km, En.-Eff. A. CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 17 g/km. **Auris Hybrid Touring Sports Trend**, 1,8 HSD e-CVT, 5-Türer, 100 kW (136 PS), CHF 32'600.-, Ø Verbr. 3,6 l/100 km, CO₂ 83 g/km, En.-Eff. A. CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 18 g/km. **C-HR Hybrid Style**, 1,8 HSD FWD, e-CVT, 5-Türer, 90 kW (122 PS), CHF 34'700.-, Ø Verbr. 3,9 l/100 km, CO₂ 87 g/km, En.-Eff. A. CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 20 g/km. **RAV4 Hybrid Style**, 2,5 HSD e-CVT, 5-Türer, 145 kW (197 PS), CHF 45'400.-, Ø Verbr. 5,1 l/100 km, CO₂ 118 g/km, En.-Eff. B. CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung: 26 g/km. Ø CO₂-Emission aller in der Schweiz immat. Fahrzeugmodelle: 134 g/km. **Leasingkonditionen:** Eff. Jahreszins 0,90%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Kautions vom Finanzierungsbetrag 5% (mind. CHF 1'000.-), Laufzeit 24 Monate und 10'000 km/Jahr. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung führt. Die Verkaufsktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung vom 1. März 2017 bis 30. April 2017 oder bis auf Widerruf. Abbildung zeigt aufpreispflichtige Optionen. Die 80% beziehen sich auf die Monate Januar bis Dezember 2016.



Erhobenen Hauptes: Ziegenakrobatik mit Franco Knie jun. und seiner Ehefrau Linna Knie-Sun.



Ikone der Woche

Geissen statt Elefanten

Von Rico Bandle

Was waren das für Nummern! Elefant schleudert Artist durch die Luft. Elefant trägt Baumstämme durch die Manege. Babyelefant schlägt zehn starke Männer beim Seilziehen.

Meist schritten die Elefanten im Dunkeln in die Manege. Dann kam das Licht, das Orchester spielte auf – und sie standen da. In ihrer ganzen majestätischen Pracht. Bis am Ende der grösste Elefant zur Belohnung einen ganzen Brotlaib erhielt, den er mit einem Bissen verschlang.

Die Familie Knie teilt sich seit Jahrzehnten in zwei Stränge auf. Der eine, um Fredy Knie jun., kümmert sich um die Pferde. Der andere, um Franco Knie sen., um Elefanten. Wie die Familie war auch das Publikum immer zweigeteilt. Entweder fand man die Pferde toll oder die Elefanten. So wie in Madrid die Leute entweder für Real sind oder für Atlético. Die Grenze verlief quer durch Familien. Ich war klar auf der Seite der Elefanten. Rösslein zuzuschauen, wie sie endlos im Kreis rumrennen, langweilt mich. Elefanten hingegen, diesen Rüsselkolossen mit den kleinen Augen, kann ich ewig zusehen.

Seit letztem Jahr sind die Elefanten nicht mehr auf Tournee. Der Circus Knie beugte sich dem Zeitgeist, der wilden Tieren in der Manege abgeneigt ist – egal, wie gut sie gehalten sind. Nun bleiben die Elefanten das ganze Jahr im neuen Gehege des Knie-eigenen Kinderzoos in Rapperswil. Franco Knie jun. reist aber weiterhin mit dem Zirkus mit. Halt ohne Elefanten. Und dieses Jahr hat er mit seiner Kleinfamilie auch wieder eine eigene Tiernummer.

Wahre Helden

Wenn Franco Knie jun., Ehefrau Linna Knie-Sun und Sohn Chris Rui nach der Pause die Manege betreten, wird im Hintergrund das Profil eines Elefanten auf eine Leinwand projiziert. Dann aber springen Ziegen in die Manege. Ja, Ziegen. Die quirligen Tiere sind durchaus niedlich anzusehen und machen viele Kunststücke. Doch ein Zirkusdirektor mit Ziegennummer wirkt ein bisschen wie ein Universitätsprofessor, der zum Kindergärtner degradiert wurde. Da hilft es auch nichts, dass es im Programmheft heisst: «Die Ziegen stehen den Elefanten in Sachen Intelligenz in nichts nach.»

Vater, Mutter und Sohn lassen sich davon nichts anmerken. Sie führen die Tiere erhobenen Hauptes vor, so selbstverständlich und liebevoll, als hätten sie nie etwas anderes gewollt. Das nennt sich Berufsstolz. Sie sind die wahren Helden des diesjährigen Knie-Programms.



Die Bibel

Reiche in die Hölle?

Von Peter Ruch

Eine Religionslehrerin sagte unlängst zur Viertklässlerin aus einer Unternehmerfamilie: «Du kommst nicht in den Himmel.» Sie berief sich dabei auf den Ausspruch Jesu, wonach eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher ins Reich Gottes gelangt (Matthäus 19, 24, Markus 10, 25, Lukas 18, 25). Die Katechetin übertrug die Eigentumsverhältnisse der Eltern direkt aufs Kind. Schon diese Sippenhaftung zeigt eine gewisse Lieblosigkeit. Wichtiger ist, dass die Jünger Jesu nach seiner Aussage völlig ausser sich waren und zurückfragten: *Wer kann dann gerettet werden? Jesus aber blickte sie an und sprach: Bei Menschen ist das unmöglich, bei Gott aber ist alles möglich* (Matthäus 19, 25-26). Die drei ersten Evangelien – bei Johannes fehlt dieser Abschnitt – stehen sich hier in der Textgestalt sehr nahe.

Der Reichtum hat in der Bibel zwei Seiten. Er ist einerseits Ausdruck des göttlichen Segens – wie zum Beispiel bei Abraham, den der Herr reich gesegnet hatte mit Wohlstand, enormem Viehbesitz, Silber und Gold, Knechten und Mägden (Genesis 24,35). Die andere Seite ist, dass der Reichtum zur Versuchung werden kann. Ein reicher – übrigens auch ein mittelloser – Mensch kann auf die Idee kommen, sämtliche Dinge mitsamt den menschlichen Beziehungen der Besitzvermehrung unterzuordnen. Schon die Propheten kritisierten solche Habgier. Sie ist ein zerstörerisches Geschwür.

Das ändert jedoch nichts daran, dass der Eigentumsschutz zum Kern der jüdisch-christlichen Ethik gehört. *Du sollst nicht stehlen*, sagt das achte Gebot. Ohne Privateigentum gibt's keinen Wohlstand für alle. Die kommunistischen Systeme wollten das Eigentum abschaffen, nahmen es aber den Leuten bloss weg und schaufelten es den Parteibonzen zu. Dass daraufhin die Güter vergammelten und Hungersnöte wüteten, zeigt die Kernkompetenz von Kollektivsystemen: Ausbeutung. Deshalb sollten die Kirchgemeinden ihren Beauftragten im Sinne von Paulus ab und zu auf die Finger schauen. *Ermahnt euch untereinander* (1. Thesalonicher 5, 11, Lutherbibel).

Peter Ruch war 35 Jahre lang reformierter Pfarrer in Pfyn, Schwerzenbach und Küssnacht am Rigi. Hier schreibt er wöchentlich über Bibelworte.

Kommunismus

Lenins Schweizer Super-Spion

Niemand hat Moskaus Geheimdienste nachhaltiger geprägt als Artur Artusow. Der Sohn eines Schweizer war ein Vertrauter von Lenin und Stalin und rekrutierte Richard Sorge sowie Kim Philby. Sein Standardwerk war noch für KGB-Mann Putin Pflichtlektüre. *Von Wolfgang Koydl*

Am Ende waren es die eigenen Kollegen, die ihn abholten. Sie zerrten ihn aus dem Bett und schleppten ihn in die Lubjanka – das gefürchtete Hauptquartier jenes Geheimdienstes, den er selbst mitbegründet hatte: Fast zwanzig Jahre lang, von 1918 bis zu seiner Exekution 1937, hatte Artur Artusow, Sohn eines Schweizer Emigranten, Arbeitsweise und Selbstverständnis der sowjetischen Spionageorganisationen GPU, NKWD und KGB in Theorie und Praxis dauerhaft geprägt.

Bevor Stalin ihn durch Genickschuss in einem Innenhof der Lubjanka hinrichten liess, hatte sich der Kreml-Diktator noch eine besonders abgefeimte Perfidie für seinen Meisterspion einfallen lassen. Er bezichtigte Artusow der Spionage, genauer: der Spionage für Polen.

Seine besten Rekruten waren fünf britische Studenten aus Cambridge.

Ausgerechnet Polen. Denn mit Polen hatte alles begonnen, damals in den wirren, chaotischen Anfangsjahren nach dem bolschewistischen Umsturz im Oktober 1917.

Artusow hatte sich früh der Revolution angeschlossen und war 1918 durch Vermittlung eines Onkels, der Lenin nahestand, der Tschecha beigetreten. Die Abkürzung steht für «Ausserordentliche Kommission», hinter der sich der von Felix Dserschinski auf Lenins Weisung gegründete Kontroll-, Überwachungs- und Unterdrückungsapparat verbarg. Die Tschecha spürte in- und ausländische Feinde der jungen Sowjetmacht auf und vernichtete sie. Eine besondere Gefahr ging von Polen aus, das mit russischen Monarchisten kollaborierte. Artusow sprengte ihre Zirkel und nahm die Rädelsführer fest. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass er damit die Revolution rettete.

Eigene Käserei, sechs Kinder

Es war der Grundstein zu einer bemerkenswerten Karriere, die bis in die Gegenwart austrahlt. So schrieb Artusow das Standardwerk «ABC der Gegenaufklärung», das noch der KGB-Student Wladimir Putin gelesen hat. In den dreissiger Jahren rekrutierte das von Artusow geknüpft Agentennetz sowjetischer *rezidentury* im Ausland einige der besten späteren Sowjetspione: Richard Sorge in Nazi-Deutschland, die sogenannten «Cam-

bridge Five» um Kim Philby und Donald Maclean in Grossbritannien. Bis heute nennen russische Geheimdienstler Artusow ehrfürchtig den «Paten der Sowjetspionage».

Das hätte niemand dem Jungen vorhergesagt, der 1891 in einem Dorf im Gouvernorat Twer nördlich von Moskau als Artur Fraucci zur Welt kam. Zehn Jahre zuvor war sein Vater Christian Fraucci dorthin gezogen, wegen Armut und Aussichtslosigkeit aus seinen heimischen Tessiner Bergen vertrieben. In seine neue Heimat brachte der Schweizer eine Fähigkeit mit, die im Zarenreich hochgeschätzt war: Er verstand sich aufs Käsemachen. Bald betrieb er eine eigene Käserei, heiratete eine Lettin und zeugte mit ihr sechs Kinder.

Artur zeigte sich schon als Kind sprachbegabt und lernte rasch Französisch, Deutsch und Englisch. Das Gymnasium schloss er mit einer Goldmedaille ab, auch das Studium der Metallurgie in St. Petersburg absolvierte er mit Auszeichnung. Ebenso belesen und musisch interessiert wie muskulös und sportlich, heuerte Artusow in einem Petersburger Ingenieurbüro an. Doch dann brach die Revolution aus, und sein Leben änderte sich von Grund auf.

Bis zum heutigen Tag zieren ein Schild und ein Schwert die Wappen russischer Geheimdienste. Sie symbolisieren die Abwehr feindlicher Spione und den tatkräftigen Angriff auf die Feinde des Landes. Artusow führte beide Waffen mit gleicher Kraft und Intensität. Vor allem aber hatte er Erfolg.

Als er 1918 bei der Spionageabwehr KRO begann, tobte der Bürgerkrieg. Zaristische Exilanten strebten mit ausländischer Hilfe die Rückkehr an die Macht an. Lange fanden die Sowjets keine wirksame Gegenwehr – bis Artusow mit einem geheiligten Prinzip brach. Die Bolschewiki hatten den Einsatz von Agents provocateurs zur Unterwanderung feindlicher Organisationen ausgeschlossen. Es erinnerte zu sehr an die Methoden der zaristischen Geheimpolizei Ochrana, die bolschewistische und andere regimfeindliche Gruppen mit V-Leuten unterwandert hatte. Auch der georgische Revolutionär Iosip Dschugaschwili und spätere Alleinherrscher Stalin stand im Sold der Zarenpolizei.

Artusow teilte solche Bedenken nicht und überzeugte seinen Vorgesetzten Dserschinski von seinem Vorgehen, das zudem seiner Persönlichkeit entgegenkam. Denn Artusow hatte ein unübertroffenes Talent, gegnerische



Meister der Desinformation: Artur Artusow, russischer Geheimagent mit Schweizer Wurzeln.



Keil zwischen Stadt und Land: Revolutionär Lenin.



Zugang zum innersten Zirkel: Agent Philby, 1955.

Aktivisten umzudrehen und für sich arbeiten zu lassen. Als Glücksfall erwies sich der Aristokrat und frühere zaristische Beamte Alexander Jakuschew. Nachdem ihn Artusow in der Haftzelle an seine patriotische Pflicht erinnert hatte, vertrat Jakuschew fortan eine fiktive, von der Tschecha gesteuerte antibolschewistische Organisation («Trust»). Unter diesem

Deckmantel erschlich sich der Verräter das Vertrauen der in Berlin und Paris agierenden echten Opposition, fütterte sie mit Desinformationen, und lockte deren Vertreter ins Sowjetreich und damit in die Fänge der Geheimpolizei.

Im Jahr 1922 übernahm Artusow die Führung der KRO – und stürzte sofort in eine Bewäh-

rungsprobe. Unter dem Eindruck der allgemeinen Verelendung als Folge seiner sozialistischen Brachialmethoden hatte sich Lenin gezwungen gesehen, wenigstens auf dem Land wieder private Märkte zuzulassen. Schlagartig entzog die «Neue Ökonomische Politik» (NEP) damit 85 Prozent des Landes dem Einfluss des Kremls und machte die Städte, die wie sozialistische Inseln aus einem privatwirtschaftlichen Meer aufragten, auf Gedeih und Verderb abhängig von den kapitalistischen Bauern.

Stalin ging nicht auf Warnung ein

KRO-Chef Artusow erkannte die Chancen, die dieser Keil zwischen Stadt und Land den Oppositionellen eröffnete: «Die NEP [...] schafft einen fruchtbaren Boden für eine Erneuerung konterrevolutionärer Tätigkeiten», berichtete er. Zudem erkannte er, dass der tiefsitzende Antisemitismus der russischen Bauern «genutzt [wird], um die Unzufriedenheit mit der Sowjetmacht zu fördern, indem die Verbindungen zwischen Kommunismus und den Juden betont werden». Viele führende Bolschewiki der ersten Stunde waren Juden.

Bevor er 1931 die Leitung der Auslands-Spionage übernahm, etablierte Artusow die Praxis der *desinformazija*, in der russische Dienste bis heute brillieren. Artusows Männer schoben Auslandagenten gefälschte Politbüro-Protokolle oder erfundene Marschbefehle der Roten Armee unter. Heute verbreiten russische Trolle im Internet Desinformation.

Seine Menschenkenntnis kam Artusow in seinem neuen Amt zugute, denn er bewies eine sichere Hand bei der Auswahl von Agenten, die wiederum ihrerseits vielversprechende Spione anwarben. Seine besten Rekruten waren fünf britische Studenten aus Cambridge. Ihr Anführer Kim Philby erhielt später Zugang zu den innersten Zirkeln von MI6 und CIA und wurde erst 1963 enttarnt. Der Deutsch-Russe Richard Sorge arbeitete getarnt als deutscher Zeitungskorrespondent während des Zweiten Weltkrieges in Tokio. Seine wichtigste Information blieb allerdings folgenlos: Zwei Tage vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion 1941 hatte er den Stichtag nach Moskau gemeldet. Aber Stalin glaubte eher seinem Vertragspartner Adolf Hitler und ignorierte die Warnung.

Artusow war damals schon lange tot. Dem Diktator im Kreml war der penible Analytiker mit Schweizer Wurzeln schon lange ein Dorn im Auge gewesen, wohl auch deshalb, weil sich Artusow im Gegensatz zu seinen Vorgesetzten – blutige Schlächter wie Dserschinski, Genrich Jagoda und Nikolai Jeschow – nie mit Blut befleckt hatte. Er kämpfte mit List und mit Verstand, sein Schlachtfeld war die unsichtbare Front. «Unser Gewerbe liegt im Dunkeln», schrieb er kurz vor seiner Hinrichtung. «Unsere Siege sind genauso unsichtbar wie unsere Tränen.» Erst im vergangenen Jahr wurde ihm in seinem Geburtsort ein Denkmal gesetzt. ○

Hollywoods zeitlose Schönheiten

Sie werden für den Oscar nominiert, spielen die Heldinnen in romantischen Komödien – und sind um die siebzig Jahre alt. Eine Hommage an vier Ikonen unserer Zeit. Von Claudia Schumacher

Das Alter ist nichts weiter als eine Zahl? Was für ein dummer Spruch. Erstaunlicherweise kann man aber ausgerechnet in Hollywood, der traditionellen Spielweise junger Häschen, neuerdings sehen, wie dieses «in Würde altern» funktionieren kann. Eine Reihe älterer Frauen scheint die Traumfabrik verzaubert zu haben – und nebenbei unsere Wahrnehmung vom Altern zu verändern.

Da wäre Meryl Streep, die mit ihren 67 Jahren nicht etwa aus reiner Höflichkeit zu allen wichtigen Preisverleihungen der Schauspielkunst eingeladen wird, sie ist im Gegenteil mittendrin und hat die Nase ganz vorne: Erst in diesem Jahr war sie für ihre Rolle der Florence Foster Jenkins für einen Oscar nominiert – zum zwanzigsten Mal. Kein Mann und keine Frau hatte bisher so häufig die Ehre. Aber die Welt scheint nicht genug zu kriegen von der Blondine aus New Jersey, die mit ihrem überlegenen Können die jungen Kolleginnen an die Wand spielt. Wer käme auf die Idee, ihre Falten zu zählen? Dann ist da Susan Sarandon, siebzig Jahre alt und nach wie vor Freundin des sinnlichen Décolletés. Gerade erst sprach die Single-Dame in einem Interview über die



Rolle umgeschrieben: Meryl Streep.

Partnersuche (und über lesbische Neigungen, der Teil war neu). Ob man mit siebzig überhaupt noch Sex hat, ist eine Frage, die sich bei ihr nicht zu stellen scheint. Momentan begeistert Sarandon in der TV-Serie «Feud», und wirbelt – ähnlich wie ihre Kollegin Streep – mit ihrem Politaktivismus regelmässig Staub auf.

Diane Keaton, 71, spielt diesen Sommer wieder die Hauptrolle in einer romantischen Komödie («Hampstead», Ersterscheinung: 23. Juni), und Goldie Hawn, ebenfalls 71, wird an der Seite von Amy Schumer in der Brachialkomödie «Snatched» zu sehen sein (Filmstart Schweiz:

22. Juni). Keine guten Rollen für Frauen über vierzig? Wirklich alt erscheint langsam vor allem dieses Hollywood-Gesetz. Das liegt sicher auch am wachsenden Best-Ager-Publikum, an der zunehmenden Zahl von Autorinnen und Produzentinnen in Hollywood – aber vor allem an diesen saucvollen Pionierinnen, die einfach nicht aufhören, ihr Ding zu machen.

Meryl Streep: die Unerreichte — Hat man bei älteren Filmstars meistens ihre früheren Hits im Kopf (John Travolta: «Grease», Al Pacino: «Der Pate»), ist es bei Streep gerade umgekehrt. «Der Teufel trägt Prada» (2006), «Mamma Mia» (2008), «Wenn Liebe so einfach wäre» (2009), «Florence Foster Jenkins» (2016): Bei all den Erfolgen der letzten Jahre vergisst man fast, was für grossartige Filme Streep bereits im letzten Jahrtausend gemacht hat.

Erinnern Sie sich an «Kramer gegen Kramer» (1979)? Mit dem Sorgerechtsdrama erhielt die damals 29-jährige Streep an der Seite von Dustin Hoffman ihre grosse Chance; damals war sie noch nicht sehr bekannt und galt vielen Regisseuren als nicht hübsch genug. Am Set behauptete sich Streep gegen Hoffman, der sie – laut ihrem Biografen Michael Schulman – mit dem Ziel, ihre beste Leistung herauszukitzeln, ziemlich quälte. Musste sie für eine Szene weinen, flüsterte ihr Hoffman einen Namen ins Ohr: «John Cazale» – der Charakterschauspieler war gerade an Lungenkrebs gestorben; er war Streeps Partner gewesen. Einmal schlug Hoffman seine Kollegin ins Gesicht.

Die junge Frau stand die Dreharbeiten nicht nur durch, sie nahm sukzessive Einfluss und schrieb sogar ihre eher schwache Rolle im Film um. Am Ende war sie komplex genug für Streeps ersten Oscar als beste Nebendarstellerin. Und auch privat kam das Glück zurück: Mit dem Bildhauer Don Gummer ist Streep seit bald vier Jahrzehnten verheiratet, die beiden haben drei Töchter und einen Sohn. «Was ich interessant finde, seit ich Mutter bin, ist, dass um mich herum alle ein Haustier wollen, aber am Ende bin ich die Einzige, die den Katzendreck wegräumt», scherzte Streep einmal sehr bodenständig. Bevor sie es verstand, Alter und Karriere unter einen Hut zu bringen, wusste sie ihr Arbeitsleben mit einer Familie zu vereinen – eine doppelte Pionierleistung.

Das Besondere an ihrer Kunst? Sie spielt sich nie selbst, sondern eignete sich im Verlauf ihrer Karriere chamäleonartig ganz unterschiedliche Rollen an. Ausserdem verblüfft sie mit der

virtuosen Beherrschung diverser Akzente und Stimmlagen. Etwa als Polin in «Sophies Entscheidung» (1982) oder als Margaret Thatcher in «Die Eiserne Lady» (2011) – beides Filme, für die sie den Oscar als beste Hauptdarstellerin erhielt.

Bis heute kann sich Streep in ihren Rollen eines mädchenhaften Charmes bedienen, aber schon von Beginn an war sie auch das: eine erwachsene Frau. Unvergleichlich ihre freundliche Kühle und ihr flapsiges «Holy mackerel», als sie mit dreissig Jahren ihren ersten Oscar entgegennahm. Unvergessen auch ihre Rede, als sie 2012 den dritten Oscar erhielt, diesmal ganz anders: weinend, zitternd vor Rührung, dankbar für ihre «unbeschreiblich wunderbare Karriere» und im Glauben, «sicher nie wieder hier oben zu stehen» (warum nicht?). Streep begann ihre Karriere als kühle Charakterschauspielerin, erst später kamen Romantikkomödien hinzu – in aller Regel verhält es sich bei Schauspielerinnen exakt andersrum. Paradox? Vielleicht. Aber glaubt man Streep, ist ja irgendwie das ganze Leben so verdreht: «Wir sind immer schon, wer wir im hohen Alter sein werden. Und wenn wir dieses Alter erreicht haben, sind wir nach wie vor der Mensch, der wir mit acht Jahren waren.»

Susan Sarandon: Sinn und Sinnlichkeit — Sie hatte sie, schon lange bevor Emma Stone («La La Land») mit ihr auffiel: diese tiefe, kratzige Stimme, die nicht recht zum Erscheinungsbild einer zierlichen Schauspielerin passen will. Susan Sarandon ist *sex on legs*. Und das obwohl – oder gerade weil – sich manches an ihr den gängigen Idealvorstellungen verweigert. Schon im Road-

Eine Reihe älterer Frauen scheint die Traumfabrik verzaubert zu haben.

movie «Thelma & Louise» (1991), einem Klassiker über zwei junge Frauen, die zu Gangsterbräuten mutieren, zeigte Sarandon neben ihren schlanken Beinen und der beneidenswerten Oberweite auch ab und zu so ein entspanntes, kleines Bäuchlein. Trotz ihrer damaligen Filmpartnerin Geena Davis, die über das makellosere Aussehen verfügte, zog Sarandon als Louise mit ihrer natürlichen Präsenz, dem eigenwilligen Körper und dieser besonnenen Sarandon-Ausstrahlung die Blicke auf sich. Das Gleiche machte sie erst neulich wieder: In «Mit besten Absichten» (2015) spielte Sarandon die Mutter einer depressiven Autorin, dargestellt von der schönen Rose Byrne, damals 35. Mutterrollen: Darüber machte man früher Witze. Das waren die Rollen für alte Schachteln, die ihre besten Jahre hinter sich hatten. Sarandon aber ist als liebende, nervige und durchgeknallte Mutter im Film die Figur, die am meisten berührt. Wie sie das macht? «Wenn man seine Empathie und Vorstellungskraft stärkt, öffnet sich einem die ganze Welt», sagte sie einmal. Zu Sarandons Stärken gehört



Besonnen: Susan Sarandon.

auch, dass sie sich nie entschieden hat. Mal ist sie sexy – und das sogar in unverschämtem Alter: etwa als Femme fatale in «Annie's Männer» (1988) mit 42 Jahren – damals aufsehenerregend alt – oder in «The Big Wedding» (2013) als quirilige, sagenhaft heisse Freundin und Muse eines Künstlers. 66 Jahre alt war Sarandon da. Zugleich liess sie sich nie auf die Rolle der Sexbombe beschränken. Ihren Oscar gewann sie in «Dead Man Walking» (1995) als kurzhaarige Nonne, die einem zum Tode Verurteilten hilft.

Seit zwei Jahren ist die Mutter und Grossmutter wieder Single und auf der Suche. Bewundern kann man sie gerade in der Serie «Feud», wo sie als Bette Davis einen Divenkrieg gegen Joan Crawford führt – verkörpert übrigens von Jessica Lange: auch schon 67.

Diane Keaton: die süsse Neurotikerin – Eine der lustigsten Szenen in Keatons autobiografischem Werk «Let's just say it wasn't pretty»



Aufwertung der Matriarchin: Diane Keaton.

(2014) ist diese: Keaton sitzt im Zug und ruft auf ihrem Smartphone die Foto-Plattform Pinterest auf, wo sie sich Bilder von Meryl Streep ansieht, und sie fragt sich: «Warum kann ich nicht die Patriziernase oder das Yale-Studium von Meryl Streep haben?» Eine Diane Keaton, neidisch? Klingt absurd. Den Hang zur Selbsterabsetzung bescheinigen ihr aber auch Kollegen als Wesenszug.

Als Annie Hall in «Der Stadtneurotiker» gewann Keaton 1977 ihren Oscar als beste Hauptdarstellerin. In gewisser Weise spielte sie sich in der Rolle der nervösen Annie mit Hang zu Exzentrik und semilogischen Gedankengängen selbst: Woody Allen, Autor des Films und Keatons Co-Schauspieler, soll in der Geschichte seine eigene, letztlich unglückliche Liebesbeziehung zu Keaton verarbeitet haben. Annie, das ist auch ein Spitzname Keatons. Solche Verschachtelungen und persönlichen Bezüge: typisch für Allen – und typisch für Keaton, die ihren Figuren auch später Details aus ihrem eigenen Leben geben sollte. Etwa in «Was das Herz begehrt» (2003): Keaton spielt darin eine Autorin, die selbst im Sommer Rollkragenpullover trägt – eine von vielen schrulligen Angewohnheiten, für die Keaton bekannt ist.

Neben der unfreiwillig komischen Neurotikerin hat Keaton noch eine andere grosse Rolle: die der lebenswürdigen Matriarchin. So spielte sie in der Weihnachtskomödie «Die Familie Stone» (2005) eine taffe, krebskranke Mutter, bei der die Fäden der Familie bis über ihren Tod hinaus zusammenlaufen. Auch in «Alle Jahre wieder – Weihnachten mit den Coopers» (2015) oder in «The Big Wedding» (2013) neben Susan

Sarandon: So viel wie Keaton hat wohl keine andere Schauspielerin für die Aufwertung der Mutterrolle in Filmen getan. Im Sommer wird sie zusammen mit dem bärtigen Brendan Gleeson wieder in einer Liebeskomödie zu sehen sein. Darin spielt sie eine Frau, die nach dem Tod ihres Mannes noch einmal auf die Suche nach sich selbst und nach der Liebe geht. Im echten Leben ist Keaton mit ihren langen, weissblonden Haaren gerade als Model in einer L'Oréal-Kampagne zu sehen. Boots, Herrenjacket: der lässige Tomboy-Look, den die Mädchenhafte schon immer liebte, steht ihr heute so gut wie damals.

Goldie Hawn: Der Name ist Programm —

Wenn auf jemanden die Beschreibung «goldig» zutrifft, dann auf die blonde Schauspielerin mit dem fast gleichklingenden Namen. Seit kurzem hat die 71-Jährige sichtlich Spass an ihrem eigenen Account auf der Foto-Plattform Instagram – «Neugier ist meiner



Freiheit: Goldie Hawn (r.), Tochter Kate Hudson.

Meinung nach ein wichtiger Aspekt, wenn man jung bleiben will», sagte sie einmal.

Als lustiges Dummchen in «Die Kaktusblüte» gewann die ehemalige Tänzerin 1970 mit nur 24 Jahren prompt einen Oscar. Zuvor war sie bereits im Fernsehen bekannt geworden und zählte zu den ersten sogenannten It-Girls. Ihre gesamte Karriere über blieb die dreifache Mutter (Tochter: Kate Hudson) der Komödie treu. Zu ihren grossen Erfolgen zählen «Der Tod steht ihr gut» (1992) mit Meryl Streep, «Der Club der Teufelinnen» (1996) mit Bette Midler und Diane Keaton sowie «Groupies Forever» (2002) mit Susan Sarandon: Wie man sieht, ist Hawn eine Frauenfrau, die meist mit anderen tollen Frauen in Frauenfilmen spielt. Im Sommer wird sie sich neben Amy Schumer in «Snatched» einmal mehr von ihrer durchgeknallten Seite zeigen: als überängstliche Mutter, die gemeinsam mit ihrer Schlampentochter in den Ferien gekidnappt wird. Natürlich brechen die zwei aus. Männer werden mit Knarren bedroht, und die 71-jährige Hawn trägt ihre Filmtochter mit dreckverschmiertem und zu allem bereitem Gesicht Huckepack in Richtung Freiheit – wie cool ist das denn, bitte? ○

Amour fou

Skandaljournalist Tom Kummer hat einen Roman geschrieben.

Um es gleich vorwegzusagen: «Nina & Tom» ist die zärtlichste, schönste, schmerzhafteste, schonungsloseste Liebesgeschichte, die ich seit Jahren gelesen habe. Von Matthias Matussek

Ein Monument der Liebe. So was wie der Tadsch Mahal. Nur dass der hier mit einer Glasscherbe in eine Brandmauer geritzt ist. Auch wenn diese Geschichte reales Leben dokumentiert, kommt sie als Roman unter die Leute, was treffend ist, denn welcher Roman ist nicht die Verdichtung dessen, was wir Erlebtes nennen. Tom Kummer, der Erzähler, ist ein Schriftsteller, dem Sätze gelingen wie kaum einem. Er beginnt mit den Worten: «Der Morgen, als Nina zum letzten Mal in den Spiegel schaut. Ich bin erwacht. Wir liegen nebeneinander. Ich strecke meine Hände aus, um ihre Haut zu berühren. Noch ist es dunkel in unserem Zimmer. Durch die Jalousien ist ein blutroter Streifen am Horizont zu erkennen. Ich ertaste ihre Brust. Sie hebt und senkt sich weich. Jeder Atemzug aus Ninas geöffnetem Mund fühlt sich kostbar an. Jedes noch so seltsame Geräusch bedeutet Leben: Husten. Röcheln. Luftholen. [...] Zusammenhanglose Wörter. Wie eine Botschaft aus einer fernen Galaxis. Ich liege dann einfach neben Nina und lausche.»

Nina, mit der Tom Kummer dreissig wilde, atemlose, schwierige und ekstatische Jahre zusammenlebte, stirbt.

Dann aber auch, ein paar Absätze weiter, so: «Nina tat nie, was ich wollte. Sie mochte es nicht, ihre Zunge einzusetzen. Ich glaube, sie hatte irgendwann keine Lust mehr auf mein Sperma. Sie entschied, wann ich mich ausziehen und was ich mit ihr anstellen durfte. Beim Sex war sie nur an sich interessiert. Meistens stieg die Geilheit wie ein Wahnsinn in ihr auf und löschte alle Vernunft ... dabei ist Nina ein zerbrechliches Wesen.»

Seit Henry Miller ist nicht mehr so schamlos und frei und ohne alle Peinlichkeit über Sex geschrieben worden, ganz sicher nicht in deutscher Sprache. Sex, ein Fest fürs Leben. Sex, ein Weg in den Tod.

Wie alles anfang? Tom Kummer war mit seinem chaotischen Berliner Freund Raffi Anfang der achtziger Jahre – wer war da nicht chaotisch, wenn er jung war – unterwegs nach Barcelona, im Kofferraum zwei Kameras, um einen Film zu drehen, in dem alles in die Luft fliegen sollte. Im Kofferraum genug Lappen und Bierflaschen und Benzin für eine endlose Batterie von Molotowcocktails. Sie hatten das



«Sie wird mich umbringen»: Autor Kummer, Nina, 1998.

Zeug schon an der Berliner Mauer ausprobiert. Fünfzig Meter Flammen. Die Zeit: Punk. Die Stimmung: Wut und Ratlosigkeit.

Treffpunkt Sanitärgeschäft

Sie kommen unter bei Jacob, der für die *Neue Zürcher Zeitung* schreibt und Bob-Dylan-Schallplatten sammelt. Ein intellektuelles Arschloch. Jacob zeigt ihnen Barcelona, das runtergeranzte. Bourgeoise Extravaganz mischt sich mit verruchter Bohème. Eine Gruppe Transvestiten. Weiter unten nordafrikanische Nutten, Punks in Lederjacken, Treffpunkt ein Sanitärgeschäft, vor dem sich leere Bierdosen sammeln. «Ich huste. Wie in einen Tunnel, auf den Napalm fällt. Noch sind es zwei Stunden, bis ich Nina begegne.» So werden, im Rückblick, Naturkatastrophen angekündigt, Vulkanausbrüche oder Meteoriteneinschläge.

Alles, was nun folgt, das ist Toms Eindruck, folgt einem schicksalhaften Plan. In dem Klub «Otto Zutz», in dem Grace Jones dann doch nicht auftritt, steht jetzt schon Nina unbeweglich hinter einer Theke. «Sie wartet auf mich. Keiner kann es ahnen. Sie steht einfach dort, unsicher, ob sie ein Junge oder ein Mädchen ist. Noch dauert mein altes Leben knapp dreissig Minuten.» Der Laden ist der angesagteste in Barcelona, der DJ spielt gerade «Burning Down

the House», und die Angestellten sehen aus, als seien sie aus Andy Warhols Factory rekrutiert. Spiegeltunnel zur Tanzfläche, Hufeisenbar, in deren Mitte, auf einem Podest dieses sonderbare Wesen. «Ich habe in meinem Leben noch nie so eine Erscheinung gesehen. Dieses Wesen ist viel zu jung für einen Nachtclub. Vielleicht sechzehn.» Es nimmt Bestellungen mit eiskaltem Blick auf. Im Mundwinkel eine qualmende Zigarette. Verschwindet ab und zu mit dem DJ in einem Hinterraum und kommt frisch aufgeladen zurück. Frage: «Ist es ein Junge oder ein Mädchen?» Goethes Mignon unter feiernden Koksern, die Haare platinblond, ohne erkennbaren Busen, auf dem Hinterkopf eine grüne Feldmütze, ein Kindersoldat.

Ganz andere Explosionen

Nina schleppt ihn ab. Sie nimmt sich, was sie will. Schuldlos, skrupellos. «Vielleicht folgt sie einem Plan, denke ich plötzlich: dass nämlich unser Aufprall ein tödliches Ende finden muss, bevor wir merken, was wir angestellt haben.»

Die Mollys, die nach eigenem Drehbuch dann später an irgendeine Mauer im spanischen Hinterland geballert werden, sind eher die Hypothek, die eingelöst werden muss, das ist alles jetzt irgendwie vorbei, denn jetzt geht es um ganz andere Explosionen, die dreissig Jahre lang dauern, nämlich die der Beziehung zu, ach Quatsch, der Liebe mit Nina. Eine Amour fou,

Nina schleppt ihn ab. Sie nimmt sich, was sie will. Schuldlos, skrupellos.

die fou bleibt, aber eine immer gigantischere Amour, trotz oder gerade wegen aller Tragödien – etwa einer Abtreibung in Frankreich –, die zum fragilen Normalzustand werden.

Tom zieht zurück nach Berlin, ohne Nina. Irgendwann kommt sie doch. In ein riesiges Loft in der Yorckstrasse. Irgendwann schreibt Tom, der ein guter, ein sehr guter Tennisspieler ist, Nummer sieben in der Berliner Landesliste, eine Geschichte für *Transatlantik* nur über die Gesichter, die in den Pausen des Finales von Roland Garros eingebildet werden, und die Geschichten, die sie womöglich erzählen, Lendl gegen McEnroe, unwichtig, wer gewinnt, das

ist seine Vorstellung von Journalismus, es ist die eines Dichters: nicht im Schlamm wühlen wie die *Stern*-Reporter, sondern sich in einer anderen Wirklichkeit bewegen, denn «die besteht doch nicht nur aus Nachrichten und Fakten, sondern aus Emotionen, Erregung, Illusionen, Unerklärbarem, Einsamkeit», womit er auch, dieser grosse Lügenbaron und Konzeptkünstler, sein Konzept des Journalismus erklärt, er, der Erfinder und Übertreiber, der die so lustigen und inspirierten Interviews mit den Grössen der Showbranche erfinden, etwa mit Pamela Anderson über Heidegger palavern wird, immer getrieben von stets begierigeren Heimatreaktionen, die so was Verrücktes noch nie geliefert bekommen haben und durchaus mal helfen. «Wir könnten ja verschweigen, dass es nur ein Telefoninterview war», sekundiert ein damaliger Chef Ulf Poschardt (heute *Welt*-Chefredakteur) im *SZ-Magazin*. Haben die nichts gemerkt? Wollten die nichts merken, wie Junkies, solange das Zeug geliefert wird?

Nina und Tom finden ihr neues Zuhause in Los Angeles, zunächst für *Tempo*, später für das *SZ-Magazin*, deren Chefredakteure dann über Tom Kammers hinreissend komische Kunstinterviews schliesslich doch stolpern werden. Doch Los Angeles und seine Überbelichtungen, sein gleissendes Licht, seine Schründe und Schönheiten sind nun die Welt für Nina und Tom, sie wohnen in Koreatown und haben die Türme von Downtown im Blick und immer wieder den blauen Himmel, den blauesten, den man sich vorstellen kann. Unter diesem blauen Himmel kommt Henry zur Welt, ein paar Jahre später Jack, und sie leben alle zusammen in diesem grossen Raum, in ihrem Widerstandsnest gegen die Welt, und sie überstehen alles.

Bis auf diesen verfluchten Darmkrebs, der zu spät entdeckt wird.

Es ist nicht nur die Geschichte von Nina und Tom, die in diesem Roman erzählt wird, sondern die der letzten dreissig Jahre und ihrer Moden, Punk und New Wave und Millenniumskarrierismus, und all ihrer Übertreibungen und Wildheiten. Sollte er auch hier nach Kummer-Art einige Passagen gesampelt haben, so hat er es verdammt gut gemacht.

Sie verstreuen Ninas Asche am 15. Oktober 2014 in der Sonora-Wüste. Nahe Borrego Springs, das die beiden liebten. Tom schliesst mit den Sätzen: «So endet unsere Liebesgeschichte. Mein persönlicher Bericht auf Ninas Kosten. Sie wird mich umbringen, wenn sie jemals davon erfährt.»

Aber wie heisst es in der «Love Story», die tatsächlich Ninas Lieblingsbuch war? «Lieben heisst niemals um Verzeihung bitten müssen.»

Tom Kummer:
Nina & Tom. Aufbau.
256 S., Fr. 28.90

Lesungen: 3. April, Kauffeuten,
Zürich; 5. April, Buchhandlung Stauffacher, Bern.

Abgründe

«Niemand hat das verdient»

Die Angehörigen von Tom Kammers verstorbener Frau sind entrüstet. Sie halten das Buch für persönlichkeitsverletzend, pietälos und zum Teil für unwahr. Von Rico Bandle

Er war sich bewusst, dass er mit dem Buch eine Grenze überschreitet. «Sie wird mich umbringen, wenn sie jemals davon erfährt», lautet der letzte Satz. *Sie*, also Tom Kammers Frau Nina, wird von nichts mehr erfahren. Sie ist tot. Aber Ninas Familie. Und die ist entrüstet.

«Ich bin immer noch fassungslos», sagt Dominique Gerber, die jüngere Schwester. Was Tom Kummer über Nina und ihre Familie schreibe, sei pietätlos und zum Teil schlicht falsch. Schon die Anfangsszene habe sie kaum ertragen. Dort beschreibt Kummer, wie ihn seine todkranke Frau, die röchelnd und ausgemergelt auf dem Bett liegt, sexuell erregt. «Niemand, der gestorben ist, hat das verdient», sagt Gerber. Noch weniger nachvollziehen kann sie, dass das Buch nun dermassen positive Kritiken erhält. «Ist unsere Welt so krank?»

Emotionale Gratwanderung

Faszinierend an dem Roman ist für den unbeteiligten Leser vor allem die emotionale Gratwanderung: Was als Übergriff auf eine wehrlose, im Sterben liegende Frau interpretiert werden kann, ist gleichzeitig zutiefst berührend: Da ist ein Mann, der seine grosse Liebe bis zuletzt zu Hause pflegt – und auch dann noch begehrt, als sie nur noch aus Haut und Knochen besteht, nicht mehr reden kann und ihr der Speichel aus dem Mund läuft.

Kammers ganzes Leben scheint aus Grenzüberschreitungen zu bestehen. Sei es beruflich, als er Interviews mit Prominenten erfunden hat, oder privat, als er mit Nina eine verrückte Beziehung eingegangen ist, die von Anfang an auf Drogen und Sex basierte. Schon bevor bei ihr der Krebs ausbrach, suchten die beiden die Todesnähe, indem er sie beim Sex bis zur Bewusstlosigkeit würgte: «Der Tod spricht jetzt zu mir: Fick mich noch mehr. Und weil ich die Kontrolle längst verloren habe, lege ich meine Hände fast ein bisschen verzweifelt um ihren Hals und beginne, Nina zu würgen.»

Dass so etwas für die Familie schwer auszuhalten ist, ist verständlich. Zumal Ninas nächste Verwandten womöglich nichts von derer sexuellen Obsession gewusst haben. Sofern Kammers Schilderungen denn

stimmen: Sie sei eine Frau gewesen, die keine Zärtlichkeit wollte, sondern nur hemmungslosen, gewaltsamen Sex, bis das Blut floss.

Die Namen sind echt

Dominique Gerber sieht das Buch auch als rücksichtslos den zwei Kindern gegenüber, die ihre Mutter verloren haben: «So etwas möchte man über die Eltern doch nicht lesen!»

Was die Familie besonders trifft: Kummer beschreibt ein Weihnachtessen bei seiner Schwiegermutter, das völlig ausartet. Die Familie sei ein «einziges Irrgarten», eine «Schande», niemand respektiere hier niemanden.

Es wird mit Beschimpfungen um sich geworfen, die Sprache ist hochsexualisiert.

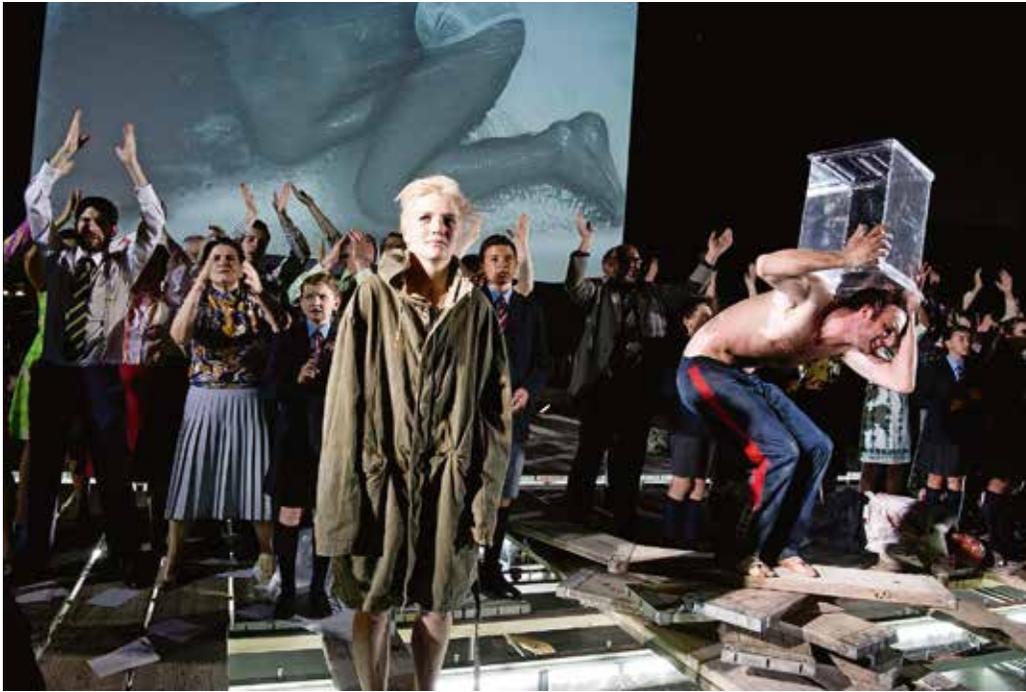
Es wird mit Beschimpfungen um sich geworfen, die Sprache ist hochsexualisiert, wie bei Teenagern. Dominique Gerber wird von Nina als «Schwachkopf-Schwester» und mit weiteren, kaum druckreifen Obszönitäten beleidigt. Gemäss Gerber habe sich dies nie so zugetragen. Zudem seien einige Angaben zur Familie falsch, die Grossmutter stamme zum Beispiel nicht aus adligen Verhältnissen.

Dass sich Angehörige oder Bekannte von Schriftstellern in deren Büchern verunglimpft sehen, ist eine Konstante in der Literatur, von Thomas Mann bis Martin Walser. Doch hier kommt hinzu: Kummer verzichtet auf Pseudonyme. Alle Namen sind echt, er outet auch eine prominente Liebhaberin. Dass der Verlag das Buch vorsichtshalber als Roman verkauft, ist nur Kosmetik.

Abgesehen vom Wahrheitsgehalt der Schilderungen: Aus rechtlicher Sicht sei es heikel, wenn Personen erkennbar sind, sagt Medienanwalt Markus Prazeller auf Anfrage. «Kunstfreiheit ist kein Freipass für Persönlichkeitsverletzungen.» Gerber und die Familie verzichten allerdings auf eine Anzeige: «Ich habe mir das schon überlegt, aber das würde so lange dauern, dass sich die Publikation ohnehin nicht mehr rückgängig machen lässt.»

Harter Weg zur Zivilisation

«Die Orestie» beschreibt den Übergang von der Blutrache zum Rechtsstaat. Kurt Steinmann hat das Meisterwerk aus dem Altgriechischen übersetzt. Jetzt kommt es in Basel zur Aufführung. *Von Rico Bandle*



Voller Fallgruben: «Oresteia» am Theater Basel.

Es war Schwerarbeit. Acht bis zehn Verse des Tragödiendichters Aischylos hat Kurt Steinmann täglich vom Altgriechischen ins Deutsche übertragen. Mehr war nicht zu machen. Nach drei Jahren hatte er es geschafft: «Die Orestie» mit ihren rund 4000 Versen lag in einer neuen deutschen Fassung vor – jene zweieinhalb Jahrtausende alte Trilogie, ein Schlüsselwerke unserer Kultur. «Fast übermenschliche Schwierigkeiten» habe Steinmann überwunden, schrieb kürzlich die *Süddeutsche Zeitung* voller Bewunderung.

Kurt Steinmann hat schon mehrere Klassiker übersetzt. Sophokles' «Antigone», Homers «Odyssee», demnächst kommt die «Ilias» hinzu. Mittlerweile gehört der Luzerner zu den wichtigsten Experten auf diesem Gebiet. Sein Markenzeichen ist seine Exaktheit. Akribisch wie ein Buchhalter richtet er sich nach dem vorgegebenen Versmass, ohne beim Inhalt Kompromisse einzugehen. Es ist die Poesie der schnörkellosen Genauigkeit, die seine Übersetzungen auszeichnet.

«Die Orestie» handelt von einer Königsfamilie, die in einer Spirale von Mord und Rache gefangen ist. Agamemnon tötet seine Tochter Iphigenie. Deren Mutter bringt in der Folge Agamemnon um, worauf sie von ihrem Sohn Orestes (dem Bruder Iphigenies) ermordet wird. Eigentlich müsste als Nächstes Orestes das Leben lassen, doch in einem Gerichtsverfah-

ren lassen sich die Rachegeister, die Erinnyen, besänftigen: Orestes wird freigesprochen, der Todesfluch ist durchbrochen.

Es ist ein Stück um Versöhnung und Ausgleich – ohne sie ist zivilisiertes Leben nicht möglich. Steinmann hebt einen Aspekt hervor: «Die Erinnyen, diese dunklen Kräfte, werden nicht eliminiert, sondern integriert. Sie erhalten eine neue Aufgabe.» Heute sehe man eine gegenläufige Tendenz: «Andersdenkende werden ausgeschlossen, man drängt sie mit Begriffen wie «Populist» an den Rand.»

Fasziniert ist er auch von der feministischen Interpretation des Stoffes: Das Drama startet und endet je mit einem Mord an einer Frau. Der letzte bleibt sogar unbestraft. «Unsere Zivilisation ist auf dem Buckel der Frauen entstanden. Das ist wahrscheinlich nicht ganz falsch.»

Aischylos' Text in voller Länge aufzuführen, würde acht bis zehn Stunden dauern. Im Theater Basel wird das Ganze auf weniger als zwei reduziert. Gezeigt wird eine musikalische Fassung unter dem Titel «Oresteia», komponiert von Iannis Xenakis (1922–2001). Im Programmheft ist Dirigent Franck Ollu mit einem Satz zitiert, der wie ein Warnhinweis klingt: «Je nachdem, worauf wir unseren Begriff von Schönheit beziehen, ist diese Musik durchaus

als hässlich zu bezeichnen, aber in ihrer Hässlichkeit ist sie gerade auch sehr schön.» Regie führt der Spanier Calixto Bieito, der für seine Blut- und Gewaltorgien auf der Bühne gefürchtet ist. Vielleicht deshalb empfiehlt das Theater einen Besuch erst ab vierzehn Jahren.

Monströse Kraft

Die Aufführung erfordert tatsächlich Angewöhnungszeit. Nicht nur die archaischen Klänge wirken anfangs fremd, auch die bedrückende Bildsprache, die Collage-artige Textfassung und der altgriechische Chorgesang. Der Kopfmensch muss sich erst einmal darauf einlassen, nicht alles verstehen zu wollen, sondern die Bild- und Tonwelten einfach auf sich wirken zu lassen. Dass die Musik dann schön wird, wäre eine Übertreibung, doch wer will schon schöne Musik zu Mord und Totschlag. Jedenfalls macht sie den Schrecken auf beeindruckende Weise fühlbar. Die Dutzende von Mitwirkenden – Chorsänger (inklusive Kinderchor), Musiker und Schauspieler – entfalten mit ihrer strengen Choreografie eine eindringliche Kraft. Obwohl es sich bei diesem Werk anbieten würde, setzt Bieito das Theaterblut zurückhaltend ein. Warnhinweise wären keine nötig.

Gegen Ende der Tragödie entfernen die Griechen einzelne Holzplatten des Bühnenbodens. Der Zugang zur Unterwelt, zu den Erinnyen, ist offen; die zivilisierte Welt bleibt voller Fallgruben. Eigentlich ist «Die Orestie» ein Stück der Zuversicht, die Inszenierung hier bleibt aber düster und pessimistisch. Regisseur Bieito scheint Rechtsstaat und Demokratie nicht zu trauen.

Kurt Steinmann mischt sich nach der Vorstellung unter die Premierengäste. Dass eine dermassen gekürzte, musikalische Fassung seiner Idee der Genauigkeit nicht ganz entsprechen kann, versteht sich von selbst. Er sei aber positiv überrascht, wie viel Text trotz allem Einzug gefunden habe.

Das pessimistische Ende sei zwar der Intention des Autors entgegengesetzt, er halte dies aber für eine mögliche, gerade heute aktuelle Deutung.

Insgesamt ist seine Übertragung behutsam in ein Gesamtkunstwerk aus Bild und Ton eingebettet worden. Steinmann hat schon an-

deres erlebt: Bei einer Aufführung seiner «Antigone» in Luzern glaubte ein Jungregisseur, er müsse dem Klassiker neuen Text hinzufügen. Hier in Basel sind die Sinneseindrücke zwar wichtiger als die einzelnen Textzeilen, trotzdem bleibt Steinmanns Credo stets spürbar: «Jedes Wort ist würdig, ernst genommen zu werden.»



Übersetzer Steinmann.

Oresteia: Musiktheater nach der «Orestie» von Aischylos. Musik: Iannis Xenakis. Theater Basel, bis 27. Mai

Aischylos: Die Orestie. In einer Neuübersetzung von Kurt Steinmann. Nachwort: Anton Bierli. Reclam. 290 S., Fr. 35.90

Die Trauerweiden-Helden

Der finnische Autorenfilmer Aki Kaurismäki ist der eigenwilligste des europäischen Kinos. Sein neuester Film, «The Other Side of Hope», ist von tragikomischer Poesie. Von *Wolfram Knorr*

Sehnsucht und Trennungsschmerz sind die Grundbausteine von Aki Kaurismäkis Filmwelt. Sie gehören auch zur Grundstimmung des Tangos, der immer aus einem Radio oder einer Musikbox in den farblich angelegten Kosmos des finnischen Autorenfilmers hineindudelt und sein Personal wie Trauerweiden aussehen lässt. Kann am Tango liegen, der nach Kaurismäki finnischen Ursprungs ist, weil das Leben im hohen Norden derart schwermütig ist, dass seine Figuren von dem Gewicht kaum den Mund aufbekommen. Sind sie dann doch mal in der Lage, was zu sagen, wirken sie wie kurz auftauende Eismumien. Die Kaurismäki-Welt ist von verzweifelter Komik.

Die Figuren des Finnen erinnern ein wenig an jeme in Iwan Gontscharows «Oblomow»: «Die besseren Zeiten», heisst es da in seufzendem Ton, «bleiben nicht stehen, sie laufen davon, und das Leben fliesst weiter, fliesst immer weiter, und immer wieder Ruin und Verderben.» Kaurismäkis Helden sind die besseren Zeiten davongelaufen, ohne dass sie wissen, wann die jemals hätten gekommen sein können. Geblieben ist stoische Melancholie, die in ihrer gnadenlosen Konsequenz von bitterem Humor ist. Seit Mitte der 1990er Jahre, seit «Tatjana» – und da hatte er schon eine ganze Latte von Filmen hinter sich –, verspricht Kaurismäki, mit der Filmerei aufzuhören, und hat es jetzt, mit seinem jüngsten Opus, «The Other Side of Hope», auf der Berlinale mit dem Silbernen Bären ausgezeichnet, wieder versprochen. Die Abstände sind gewachsen. Seinen letzten Film, «Le Havre», drehte er vor sechs Jahren. Was schade ist, denn Kaurismäki gehört zu den wenigen europäischen Autorenfilmern mit einem ganz eigenen Stil, dessen Magie sich aus staubtrockener Lakonie und rigorosem Minimalismus entwickelt.

Pechvögel als Helden

«The Other Side of Hope» erzählt vom Syrer Khaled (Sherwan Haji), der als blinder Passagier an Bord eines Kohlefrachters nach Helsinki kommt und einen Asylantrag stellt. Nach Behördenprüfungen wird dieser abgelehnt, worauf Khaled untertaucht. Das ist die eine Handlung. Die andere erzählt vom Heldenvertreter Wikström (Sakari Kuosmanen), der – wie Khaled – zu neuen Ufern will, sein Geschäft aufgibt und die Gattin verlässt. Die sitzt mit Lockenwicklern am Linoleumküchentisch vor einem übervollen Aschen-



Zwischen Kohlen: «The Other Side of Hope».

becher, einen Kaktus neben sich, hinter dem sie die Flasche Wodka verbirgt, und blickt ohne Regung ihrem scheidenden Mann nach. Eine Szene von todtrauriger emotionaler Einsamkeit. Wikström kauft ein schäbiges Restaurant mit einer wundersamen Belegschaft. Und weil im Hinterhof des Lokals Khaled nächtigt, lernen sie sich kennen, Wikström stellt ihn ein und besorgt ihm falsche Papiere – ohne gross zu fragen, ohne viel Federlesen. Doch in Helsinki gibt es auch eine andere Seite, die «Finland Liberation Army», die zusammenschlägt, was nicht finnisch ist.

Kaurismäkis Helden sind Pechvögel, die das wissen, sich aber nicht unterkriegen lassen wollen und sich mit eiserner Gelassenheit schützen. Wenn Wikström seine Lokalküche auf Sushi umstellt und Grauenvolles unter dem Namen anbietet, verzichtet Kaurismäki auf die Reaktionen der Gäste und erhöht damit die Buster-Keaton-artige Komik. Es gibt Farbfilme, und es gibt Farbfilme à la Kaurismäki; die sind ohne jede Farbglut und verströmen dafür ein Malkastenelend. Rot, Gelb, Grün und Schwarz sind mürbe. So taucht Khaled, schwer gerusst, zwischen Kohlen auf und wandert in Wikströms Farbenwelt. Das ist visuelle Poesie. Kaurismäkis Humanismus ist wahrhaftig und das pure Gegenteil von Bedeutungsheberei.

Die direkte Gerade des Jazz

Von *Peter Rüedi*

Die Doppel-CD ist schon vor einiger Zeit erschienen. Den Hinweis darauf deshalb zu unterlassen, wäre erstens unverzeihlich gegenüber dem Leser, weil der um ein immenses Vergnügen gebracht würde. Und zweitens war die CD-Edition schon 2015 die Neuauflage von Musik aus dem Jahr 1976. Damals versammelte der Produzent Don Schlitten, ein leidenschaftlicher Liebhaber von Straight-ahead-Jazz, für sein Label Xanadu in New York eine veritable All-Star-Truppe: die beiden Tenorsaxofonisten Al Cohn und Dexter Gordon, die Trompeter Sam Noto und Blue Mitchell und mit Barry Harris am Piano, Sam Jones am Bass und Louis Hayes am Schlagzeug eine Weltklasse-Rhythmusgruppe.

Die beiden LPs «True Blue» und «Silver Blue» waren das Resultat einer einzigen Session. Sie stand am Anfang von Dexter Gordons «Homecoming» in die USA. So hiess ein Live-Doppelalbum des Major-Labels Columbia, das im Zeitalter des Rock und des Rock-Jazz so etwas wie die Heimkehr des Jazz in der Art des Post-Bop insgesamt einleitete. Tenorgigant Gordon hatte wie andere nach einer Drogenkarriere die USA mit dem europäischen Exil vertauscht und verschwand so aus der amerikanischen Öffentlichkeit. Jetzt war der Meister einer lapidaren lyrischen Melodik mit grossem Ton zurück und wurde zur charismatischen Figur.

Jam-Sessions, Ad-hoc-Treffen, bei denen über allgemein bekanntes musikalisches Material (Standards, Klassiker, Blues) improvisiert wird, können in Kraftmeiereien auf kleinstem gemeinschaftlichem Nenner ausarten. In seltenen Fällen allerdings sind sie das Medium von grossartigem *no-nonsense*-Jazz. Voraussetzung ist, dass die Beteiligten grosse Geschichtenerzähler sind, und das gilt für Gordon ebenso wie für Al Cohn, aber auch für den fabelhaft knackigen Pianisten Barry Harris, nach Bud Powells Tod so etwas wie dessen Stellvertreter auf Erden, und auch für die beiden Trompeter. Vom mühsamen Kräfteressen der in den fünfziger Jahren beliebten *tenor battles* keine Spur, dafür jede Menge intelligenter, swingender Dialoge. Ein lustvoller Gegensatz zu den vielen verkrampft überkomponierten Jazzversuchen unserer Tage.



Al Cohn and Dexter Gordon (feat. Barry Harris, Louis Hayes, Sam Jones, Blue Mitchell, Sam Noto): True Blue/Silver Blue. Xanadu Master Edition (Essential Records 906080)



«Eine Art indische Liebesgöttin»: Dunja-Rubina Hunziker.

Leben heute

Aus dem Leben eines Escort-Girls

Dunja-Rubina Hunziker, 32, verdient viel Geld, seit sie als Begleitdame arbeitet. Sie erfüllt eine Sehnsucht, die viele Männer in Zeiten von «Fifty Shades» und Leistungssex offenbar hegen: Einfach mal entspannen bei einem lieben und defensiven Mädchen. *Aufgezeichnet von Franziska K. Müller*

«Manche Frauen lassen sich in einer Bar abschleppen, andere werden wie ich professionell durch eine Agentur vermittelt und grosszügig bezahlt. Wer den besseren Deal macht, ist klar: Ich bin meine eigene Chefin, werde von den Männern auf Händen getragen und verdiene viel Geld.

Kunden werden immer jünger

Zuvor lebte ich fast ein Jahr in Hollywood, kam dort mit den Sugardaddys in Kontakt und natürlich mit deren Konkubinen, die heute *sugar babes* genannt werden. In Los Angeles ist es normal, dass junge und bildhübsche Mädchen einen älteren, reichen Verehrer an ihrer Seite haben, der für ihre Lebenskosten aufkommt. Je schöner und perfekter das Zuckerpüppchen ist, desto reicher ist der Mann, von dem es ausgehalten wird. Er kommt für Wohnung, Auto und Freizeitaktivitäten auf; und selbst wenn er auf teure Geschenke wie Louboutin-Schuhe oder Louis-Vuitton-Handta-

schen verzichtet, gibt er pro Monat schnell einmal bis zu 15 000 Dollar aus.

Männer, die es sich leisten können, halten oft mehrere Frauen gleichzeitig aus, es ist so ähnlich wie in einem Harem. Als Gegenleistung erhalten die Kunden alles, wann immer sie wollen – mit stets gutgelaunten Mädchen, die wie Topmodels aussehen und keinen Aufstand machen, wenn der Mann am nächsten Tag nicht anruft. Sogenannte seriöse Frauen hängen manchmal wie Kletten an Typen, mit denen sie einmal im Bett waren; das nervt. Die Männer wollen keine emotionalen Verpflichtungen und keinen Ärger. Auf dieser Erkenntnis basiert das Edel-Escort-Business.

Die glamouröse und schöne Welt des Showbiz hat mich schon immer angezogen. Wie wichtig das Aussehen in unserer Gesellschaft ist, erfuhr ich schon früh. Sogar meine Adoptiveltern wählten mich aus, weil ihnen mein Bild gefiel. So kam ich als Kleinkind, das bisher in

einem Waisenhaus in Mumbai gelebt hatte, in die Schweiz. Ich wurde Money-Girl bei Roman Kilchsperger, Bachelor-Kandidatin, Nummern-girl bei Box-Weltmeisterschaftskämpfen und Kinostatistin. Ich posierte für das Herrenmagazin *Maxim*. Nebenbei arbeitete ich immer noch brav als Arztsekretärin, doch meine Nebenjobs

«Die meisten verheimlichen, wie sie zu ihrem Zusatzverdienst kommen.»

machten mich selbstsicherer und auch etwas freizügiger. Meine Erfahrungen in Los Angeles lehrten mich, dass man Sex als Mittel zum Zweck einsetzen kann. Ich war schon immer ein wenig untreu und bin auch gern finanziell unabhängig. Die Vorstellung, dass mich ein einziger Sugardaddy von einem Tag auf den anderen fallenlassen kann, behagte mir nicht. Nach einer Besprechung mit zwei Kolleginnen, die als

Escort-Girls arbeiten, bewarb ich mich bei einer *high class* Agentur in Zürich und wurde aufgenommen. Das tun übrigens viele attraktive Mädchen, auch in der Schweiz. Die meisten verheimlichen, wie sie zu ihrem Zusatzverdienst kommen. Sie geben vor, in einem bürgerlichen Job sehr erfolgreich zu sein. Doch in Wahrheit wird der luxuriöse Lebensstil ganz anders finanziert.

Ich bin lieber ehrlich. Zu anderen, aber vor allem zu mir selbst. Ich bin kein Opfer. Ich mache, was ich will, und muss daher auch nichts verheimlichen. Für meine Arbeit schäme ich mich nicht. Als Prostituierte sehe ich mich sicher nicht. Für mich ist eine Prostituierte eine Frau, die in einem kurzen Röcklein und billigen Stiefeln zehn Freier pro Tag bedienen muss. Sie braucht Geld zum Überleben, weil sie entweder ein Suchtproblem oder Kinder hat. Die Prostituierte arbeitet auf der Strasse oder bestenfalls in einem Bordell.

High class Escort-Damen hingegen geniessen ihre Arbeit und das schöne Leben. Wenn mir ein Kunde nicht passt – zum Beispiel, weil er keine Zähne hat oder ungepflegt ist –, dann lehne ich ihn einfach ab. Das geschieht nur selten, denn die Männer werden immer jünger und sind meist recht gutaussehend. Vor allem aber wissen sie in der Regel, wie man sich benimmt.

Spezialgebiet Blümchensex

Als Escort-Dame heisse ich Xenia-Rubina und habe pro Tag maximal zwei Kunden. Ich betrachte mich als eine Art indische Liebesgöttin und achte daher auf meine Lebenshygiene. Um acht Uhr stehe ich auf, esse ein Fruchtmüesli und trinke einen Ingwer-Zitronen-Grüntee. Nebst Yoga und Selbstverteidigung mache ich viel Fitnesstraining, inklusive Cardio-Workout: Mein Herz muss schliesslich stark bleiben. Punkt zwölf Uhr esse ich zu Mittag. Dann besuche ich einen Englischkurs oder nehme Aufträge entgegen.

Vor einem Job unternehme ich einen langen Spaziergang in der Natur, höre House-Musik und bringe mich optisch auf Vordermann. Was früher ein Hobby war – mich schönmachen –, ist heute Bestandteil meiner Arbeit. Maniküre und Pediküre gehören dazu, die Haare sind duftig und der Körper gepflegt. Ins Solarium muss ich nicht gehen, denn ich stamme aus Indien und bin immer gebräunt. Ich begleite die Herren zu Veranstaltungen, gehe mit ihnen essen, verbringe Zeit auf Jachten oder in wunderschönen Hotels und Villen.

Am liebsten bin ich in St. Moritz oder Gstaad in einem luxuriösen Chalet. Die Bergwelt erinnert mich an das Berner Oberland, wo ich aufgewachsen bin. In naher Zukunft möchte ich mir aber auch einen Kundenstamm im Ausland aufbauen: Cannes, Malibu, New York. Meine Spezialität ist der einfache, normale Blümchensex. Es heisst immer, Männer su-

chen bei einer käuflichen Dame das, was sie zu Hause vermissen. Ich jedenfalls bin für meine Kunden die süsse, defensive, romantische und mädchenhafte Frau, die keine sexuellen Meisterleistungen erwartet – und diese Rechnung geht auf. Zu diesem Profil gehört aber, dass ich nicht alles mit mir machen lasse. Bei mir gibt es keine Extravaganzen. Punkt. Latexkostüme oder Peitschen sind in meinem Kleiderschrank natürlich nicht zu finden. Das Styling ist schon fast züchtig: Ich trage meist weisse Spitzenunterwäsche. Strümpfe und Strapse gehören aber ebenfalls zur Grundausrüstung.

Heilige und Hure: Das ist sicher auch in meinem Job ein Thema. Es gab auch schon Männer, die nur reden oder kuscheln wollten. Was ich sagen will: Zum Sex kommt es nur eventuell. Manchmal muss ich auch ein wenig keusch spielen, das mögen viele Kunden. Dann können

«Da ich im Arbeitsalltag sexuell aktiv und oft zufrieden bin, date ich privat aber nur selten Männer.»

sie sich vormachen, mein Erster zu sein. Manch einer wollte mich auch schon retten. Aber ich muss nicht gerettet werden.

Meine Lebensqualität hat sich verbessert, seit ich als Escort-Dame tätig bin. Ich arbeite wenig und verdiene sehr gut. Ich verfüge über viel Zeit. Ob man es glaubt oder nicht: Ich denke viel nach und lese gerne.

Privat lebe ich fast bünzlig und beinahe zurückgezogen: ein wenig wie ein Guru, der auf einem Berg sitzt und meditiert. Mein Arbeitsalltag endet normalerweise vor Mitternacht. Ich brauche genügend Schlaf. Spätere Aufträge nehme ich nur an, wenn sie als Übernachtungen deklariert werden, was zusätzlich Geld kostet. In den Ausgang gehe ich



«Am liebsten in St. Moritz oder Gstaad»: Hunziker.

selten, und auch während und nach der Arbeit bin ich immer klar im Kopf. Von Alkohol, Drogen und ausschweifenden Partynächten halte ich nichts.

Geld so wichtig wie Gefühle

Meinen Verdienst, der pro Monat bis zu 15 000 Franken beträgt, investiere ich in Weiterbildungskurse und Reisen. Einen Teil des Geldes lege ich auch an, ich spare für die Zukunft. Bald möchte ich erneut das Waisenhaus besuchen, in dem ich aufgewachsen bin. Meine leibliche Mutter konnte nicht für mich sorgen und übergab mich kurz nach der Geburt an die dort lebenden Nonnen. In Indien möchte ich irgendwann karitativ wirken und mich dabei sowohl finanziell als auch ideell in ein Projekt einbringen. Man darf solche Ziele nicht aus den Augen verlieren. Sonst landet man irgendwann in der Gosse.

Natürlich werde ich nicht für immer als Escort-Dame arbeiten, denn Jugend und Schönheit währen nicht ewig. Eines Tages bin ich vielleicht Schauspielerin in Bollywood oder Hollywood; und wenn nicht, werde ich ein eigenes Business betreiben. Ohne einen Chef, der mich googelt und aufgrund meiner Vergangenheit möglicherweise nicht einstellen will. Ich glaube auch weiterhin an die Liebe. Vor allem aber glaube ich an die Sicherheit. Geld ist genauso wichtig wie Gefühle, auch wenn ich mir das lange Zeit nicht eingestehen wollte und dadurch einige schlechte Erfahrungen machen musste.

Eine normale Frau

Ein potenzieller Lebenspartner müsste viele Erwartungen erfüllen, vor allem aber müsste er erfolgreich sein, mich emotional verstehen und kapieren, dass es zwischen einer Escort und einer Prostituierten grosse Unterschiede gibt. Da ich im Arbeitsalltag sexuell aktiv und oft zufrieden bin, date ich privat aber nur selten Männer. Und wenn sie von meinem Job erfahren, suchen manche sofort das Weite, während andere extrem fasziniert sind – beide Reaktionen sind mir suspekt.

Denn unter dem Strich bin ich weder Heilige noch Hure. Sondern eigentlich eine normale Frau. Finde ich keinen Partner, der mit dem Thema angemessen umgehen kann, ist das nicht schlimm, weil ich mich auch bestens alleine durchbringen kann. Sollte es in meinem Leben einmal Adoptivkinder geben, werde ich auch mit ihnen offen und ehrlich sein. Seit ich mich als Escort-Girl geoutet habe, verschwanden einige Freunde, und andere kamen dazu. Mit meinen Adoptiveltern pflege ich im Moment leider keinen Kontakt, da sie meine Tätigkeit nicht gutheissen. Auch ihnen möchte ich meine wichtigste Botschaft vermitteln: Jeder hat eine Chance verdient, Erfolg zu haben und so akzeptiert zu werden, wie er oder sie ist.» ○



Thiel

Hüben wie drüben

Von Andreas Thiel

Deutscher: Der Fanatismus nimmt zu in Europa. Fast täglich kommen Meldungen über Terroristen, die irgendwo den «Koran» falsch ausgelegt haben.

Schweizer: Auch bei uns in der Schweiz macht eine fanatische, religiöse Schrift die Runde. Aber bei uns heisst sie nicht «Koran», sondern «Energiestrategie 2050».

Deutscher: Fordert diese Schrift bei euch auch schon Opfer?

Schweizer: Bisher, Gott sei Dank, nur zwei: den Verstand und die Vernunft.

Deutscher: Es gibt Schriften, die entbehren jeder Logik.

Schweizer: Ist Angela Merkel nicht Physikerin? Die müsste doch solche Schriften widerlegen können.

Deutscher: Sie erliegt ihnen leider eher.

Schweizer: Aber Martin Schulz ist Buchhändler. Er müsste mit jeglicher Art von Schriften klarkommen.

Deutscher: Wenn ich Martin Schulz sehe, dann denke ich immer: Das ist doch Angela Merkel als Mann verkleidet. Ich weiss nicht, worum es bei Schulz geht. Um Bücher geht es jedenfalls nicht.

Schweizer: Und ich verstehe nicht, worum es bei Merkel geht. Um Physik geht es jedenfalls auch nicht. Was macht eigentlich Peer Steinbrück?

Deutscher: Der ist jetzt Bankenberater.

Schweizer: Er ist Bankberater?

Deutscher: Nein, Bankenberater. Das heisst, er berät nicht die Bankkunden, sondern die Banken.

Schweizer: Wenn die Linken Geld riechen, dann wird Rot zur Farbe ihres Blutes am fremden Gold.

Deutscher: Bei Peer Steinbrück hatte ich schon immer den Verdacht, dass ihm seine Mutter den Russlandfeldzug als Gutenachtgeschichte vorgelesen hat. Wie sind denn die Linken in der Schweiz drauf?

Schweizer: Unsere Linken beschimpfen jeden, der anders denkt, als Rassisten. Und wenn die Linken rechts wären, dann würden sie jeden, der anders denkt, als Homosexuellen beschimpfen.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Der Schriftsteller und seine Muse

Büchertaufen im Zürcher «Sphères» und im «Kaufleuten»; Glamour-Abend mit Shawne Fielding. Von Hildegard Schwaninger

Der *Persönlich*-Herausgeber Matthias Ackeret hat wieder einen Roman geschrieben, seinen vierten. Warum tut sich der Journalist, der seit zehn Jahren wöchentlich «Teleblocher» moderiert (bisher 500 Sendungen), das an? Klarer Fall: Schriftsteller bekommen die schönsten Frauen. So jedenfalls ist es in «Eden Roc», Ackerets neuestem Opus, in dem er dem Boulevardjournalisten Helmut-Maria Glogger ein Denkmal setzt (dem kürzlich verstorbenen Freund ist das Buch auch gewidmet).

Die Buchtaufe fand im «Sphères» statt, das Lokal war voll, die Medienpräsenz hoch (bekannte Gesichter des Boulevardjournalismus). Ganz vorne sass die schöne Yogalehrerin Sandra Schunck, die sich mit Elegance-Coaching das Leben verdient. Sie versteht sich als Muse von Ackeret und bewunderte ihn mit riesigen Augen, als dieser drei Kapitel aus seinem 140-Seiten-Band vorlas. Sie war mit einer Freundin da, und nach der Lesung umgarnten die beiden Beautys den Verleger Manfred Hiefner, der gar nicht wusste, wie ihm geschah.

Nun, Männer sind in Zürich Mangelware, und: Auch Verleger bringen die Frauen ins Flattern. Reisebuchverleger Manfred Kleemann, auch er verschlüsselt im Roman verewigt, war ohne Hut da, dafür mit Lockenpracht. Hans Baumgartner alias Melchior Werdenberg, der bücherschreibende Rechtsanwalt, kam vorbei, um zu schauen, was die Konkurrenz macht. Das «Sphères» an der

Hardturmstrasse ist Buchhandlung und Bar-Café-Lounge – das beste Konzept, damit Buchhandlungen heute gedeihen können. Bücherlesen ist – in Zeiten, da die Masse ins iPhone glotzt – sexy.

Ackeret ist ein Beispiel, wie der Wille Berge versetzen kann: «Ich wollte immer Schriftsteller werden. Fand früher, dass ich nicht gut genug schreiben kann. Dann habe ich 25 Jahre lang Tagebuch geschrieben – und so das Schreiben gelernt.»

Er hat einen Hang zu glamourösen Frauen: Kreativ-Consultant Claudio Righetti, der sich in die Schlagzeilen brachte, als er Ursula Andress (er ist ihr Agent) von Rom zur «Gala de Berne» an die Aare holte. Jetzt lädt er erneut zu einem Abend mit einer Knock-out-Blondine. Im «Chalet Muri» gibt er einen Empfang (Dresscode: Cocktail) zu Ehren von Shawne Fielding. Mit der Ex-Botschaftergattin plant er ein Podiumsgespräch zum Thema: «Bern und Glamour – eine unmögliche Beziehung?»

Buchvernissage im «Kaufleuten»-Festsaal: «Der Unerbittliche – Karl Schveri (1917–2001, Kämpfer für faire Preise», die erste Biografie über den Denner-Gründer, wurde vorgestellt. Oberpeinlich, dass auf der eleganten Einladungskarte der Name des Autors nicht aufgeführt war. Karl Lüönd, der angesehene Publizist, hat aus den trockenen Themen Detailhandel und Discountläden ein angenehm



Fast verliebt

Schlampenromantik

Von Claudia Schumacher

Marla und ich beobachten Didi – Marlas grosse Schwester und meine Schulfreundin – beim Hochzeitstanz mit dickem Bauch (klar, aus welchem Grund würde man sonst im März heiraten). Auf der ande-

ren Seite der Tanzfläche steht die wichtigtuerische Streber-Samira mit dem Magerquarkgesicht. Marla grinst, prostet Samira aus der Ferne zu und sagt durch die Zähne: «Mein Gott, sieht Samira wieder verklemmt aus! Die kann sicher nicht furzen. Wer nie den Mund zumacht, weil er ständig angeben muss, kriegt nicht genug Druck aufgebaut. Die Arme muss schreckliche Blähungen haben.» Vor lauter Lachen steigen mir die Blubberbläschen vom Champagner die Nase hoch, ich muss niesen.

Marla ist die geborene Entertainerin. Ausserdem ist sie 27, Dauersingle, Endlos-Studentin – und ein Betthupferl, auf das die Männerwelt zählen kann. Von aussen ist es schwer zu sagen, ob Marla bei ihrer Sexualität die volle Kontrolle hat. Oder gar keine. Selbst an diesem Abend, in Anwesenheit ihrer Eltern, wird man sie später rumknutschen sehen. Mit Cedric, einem Hochzeitsgast, den sie vorher gar nicht



Denkmal für einen Freund: Matthias Ackeret.



Sandra Schunck, Manfred Hiefner.



Karl Lüönd, Grazia Grassi, Philippe Gaydoul.

lesbares Buch gemacht. Lüönd nahm es gelassen. Er wollte in diesem Fauxpas nicht eine Geringschätzung geistiger Arbeit sehen (Symptom der Trump-Ära), Lüönd zückte auf entsprechende Fragen nur souverän die Schultern. Die Schweri-Nachkommen waren ziemlich vollzählig anwesend, um das Buch, das ein Auftragswerk der Firma Denner ist, zu feiern: Karl Schweris Töchter **Denise Gaydoul** und **Eliane Borzatta**, Sohn **René Schweri**, **Philippe Gaydoul**, der prominenteste Enkel, mit seiner Gefährtin **Christine Maier**.

Mario Irminger, der sympathische Denner-CEO, begrüßte die Gäste. Ein Kurzfilm über Karl Schweri porträtierte den Kämpfer für faire Preise als einen Unternehmer mit Instinkt für die Bedürfnisse des einfachen Volkes, der immer auf der Seite der Schwächeren stand. Man konnte nicht umhin, diesen beeindruckenden Mann zu mögen. Dann gab es eine Podiumsdiskussion, moderiert vom Journalisten **Guido Schätti**. Auf dem Podium Konsumentenschützerin **Babette Sigg Frank**, Mario Irminger, Migros-CEO **Herbert Bolliger**, **David Bosshart**, CEO Gottlieb-Duttweiler-Institut, wobei Letzterer die interessanten Statements lieferte, auch ohne Scheu, Klartext zu reden. Bosshart ist immerhin Doktor der Philosophie. Nach Abhandlung des Themas Karl Schweri und seiner Verdienste, landeten die Diskussionssteilnehmer unweigerlich beim Thema Einkauf jenseits der Grenze, wobei Herbert Bolliger zu Hochform auflief.

Schliesslich war **Patrick Frey** engagiert, der das Podiumsgespräch persiflierte. Auf der Einladungskarte stand der Komiker **Fabian Unteregger**. Der hat abgesagt. Offiziell, weil er Geburtstag hatte.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

kannte. Um fünf Uhr morgens werden die zwei gemeinsam ein Taxi nehmen.

Aber jetzt, beim Hochzeitstanz, ist das noch Zukunftsmusik. Und wenn Marla mal ihr kleines Lästermaul schliesst, ist auch sie nichts weiter als eine junge Frau, ein Versprechen mit rosa Blümchen im Haar. Der Walzer ihrer sehr schwangeren Schwester scheint sie plötzlich ziemlich zu rühren, die Sehnsucht in ihren Augen liesse Schokolade schmelzen. «Glaubst du, so ein Glück finde ich auch eines Tages?», fragt mich Marla, und es ist, als wären wir zurück im Sandkasten und sie fragte mich, ob sie die Spinne essen kann: Unsicherheit und Begehren liegen in der Luft. «Warum nicht?», frage ich zurück, während ich Marla ansehe und denke, wie schön sie doch ist mit ihren grossen Augen und dem Schmollmund. «Irgendwie habe ich es satt. Die ganzen Spielchen», sagt sie. Es sei einfach immer das Gleiche: Sie verstehe sich total gut mit den

Männern. «Aber verlieben tun sie sich am Ende in irgendein dahergelaufenes Schätzchen mit Rehblick, das einen auf Jungfrau macht...», sagt Marla – und ich beende ihren Satz: «... und nicht in die Schlampe, die am ersten Abend mit ihnen ins Bett gehüpft ist.» Marla prustet vor Lachen – danke, jetzt habe ich ihre Champagnerspucke auf dem Kleid. «Schlampe?», sagt Marla mit gespielter Empörung. «Gibt es denn das Wort überhaupt noch im Jahr 2017? Ist doch egal, wann man das erste Mal miteinander in die Kiste steigt, wenn es Liebe ist.» Ich schüttle belustigt den Kopf, lege Marla meinen Arm um die Schulter, und als ich gerade noch etwas sagen will, gerät Didi, ganz das schwangere Walross, auf der Tanzfläche ins Straucheln, huh! Aber ihr Chris fängt sie auf, und Marla und ich sagen nur noch «jöö» wie aus einem Mund, bevor Cedric zu uns rüberkommt.



Unten durch Marrakesch

Von **Linus Reichlin**

Nehmen wir mal an, es ist Schulbesuchstag, und du stehst hinten im Klassenzimmer zusammen mit Müttern. Um zehn Uhr morgens bist du der einzige Mann, das ist schon mal schlecht. Denn die Mütter denken nicht: «Endlich ein Vater, der sich Zeit nimmt für sein Kind und nicht immer nur an seine Karriere denkt!» Sondern sie denken: «Oje, ein Arbeitsloser. Hoffentlich trinkt er nicht.» Also versuchst du, dynamisch zu wirken, stehst breitbeinig da, die Hände in den Hosentaschen, leicht mit dem Fuss wippend wie ein CEO, der eigentlich keine Zeit hat. Und natürlich würde es dem Eindruck, dass du ein arbeitsloser Trinker bist, zusätzlich entgegenwirken, wenn deine Tochter sich als blitzgescheites Kind präsentieren würde. Aber als die Lehrerin nach der Hauptstadt von Kenia fragt, reisst deine Tochter den Arm hoch, schnippt wie wild mit dem Finger und ruft dann: «Die Hauptstadt heisst Afrika!» Dies löst allgemeine Heiterkeit aus, und zu allem Übel musst du auch noch mitlachen. Das ist, als müsste man vor der eigenen Exekution den Zuschauern Erfrischungsgetränke servieren.

Manche der Mütter lachen barbarisch laut – das sind die, die mit ihrem Kind achtzehn Tage lang Hauptstädte geübt haben. Diese ultrahrgeizigen Mütter wecken in dir den Wunsch, noch dynamischer dazustehen: Jetzt stützt du die Hände in die Hüften und hebst das Kinn, so als hättest auch du ein weitgestecktes Lebensziel für dein Kind vor Augen. Apropos dein Kind: Es streckt leider schon wieder den Arm hoch. Die Lehrerin hat nach der Hauptstadt von Ägypten gefragt, und obwohl auch andere Kinder sich melden, zeigt die Lehrerin wieder auf deine Tochter, denn sie will ihr die Möglichkeit geben, ihren Fauxpas wettzumachen. Und deine Tochter sagt: «Das ist jetzt aber Afrika! Afrika ist die Hauptstadt von Ägypten!» Diesmal lacht niemand, nicht einmal die Problemschüler, die sonst lachen, wenn eine Katze überfahren wird. Sogar sie bemitleiden deine Tochter. Du fragst dich, ob Cannabisgenuss vor einer Zeugung nicht vielleicht doch negative Auswirkungen auf die zerebrale Entwicklung eines Kindes hat. Dann sagt die Lehrerin: «Aber

» Fortsetzung auf Seite 72

nein, Mia. Afrika heisst doch der Kontinent.» Aha! Und warum hat diese Vollpädagogin das deinem Kind nicht gleich beim ersten Mal gesagt? Diese inkompetente Wandtafelheldin hat deine Tochter zweimal ins Messer laufen lassen! Aber das ist der moderne Lehrkörper: unmotiviert, dauerüberfordert und Psychologie sein dickes Fremdwort. Und anstatt sich bei dir zu entschuldigen und deine Tochter als Wiedergutmachung eine Klasse überspringen zu lassen, macht die Lehrerin einfach mit dem Unterricht weiter. Ist ja egal, wenn ein in Geografie behindertes Kind auf der Strecke bleibt! «Und jetzt kommen wir zum Land Marokko», sagt die Lehrerin, «welches ist die Hauptstadt?»

Kein einziger Schüler traut sich jetzt noch, sich zu melden. Deine Tochter dreht sich zu dir um und zeigt auf sich. Panisch wedelst du mit dem Zeigfinger und formst die Lippen zu einem stummen «Nein!!!». Aber sie streckt trotzdem den Arm hoch, und weil sie die Einzige ist, sagt die Lehrerin mit geschlossenen Augen: «Ja, Mia?» «Die Hauptstadt von Marokko ...», sagt deine Tochter in die gespannte Stille hinein – aber bevor sie weitersprechen kann, rufst du, um sie zu retten: «Marrakesch, Mia! Die Hauptstadt heisst Marrakesch!» «Nein, Papa, das stimmt nicht», sagt deine Tochter, «sie heisst Rabat.» «Nein, Marrakesch!», sagst du. «Ihre Tochter hat recht», sagt die Lehrerin, «es ist Rabat.» Die Mütter nicken bestätigend, und eine legt dir die Hand auf den Arm und sagt: «Ich war schon einmal dort. Es ist Rabat.» Du sagst: «Ich war auch schon mal dort. Und da war die Hauptstadt Marrakesch!» Jedenfalls verstehst du jetzt, warum andere Väter nie Zeit für Schulbesuche haben: Es ist einfach emotional zu anstrengend.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Walliser Urahne

Von Peter Rüedi

Wer sich zu Weinreisen aufmacht in die gelobten Appellationen Bordeaux oder Burgund, trifft auf eine unendliche Vielfalt von Geschmäckern, aber, in aller Regel, pro Château oder Domaine auf eine Etikette und vielleicht noch einen Zweitwein zuhanden der Normalsterblichen, die bei den Preisen für die grossen Flaschen nicht mithalten können oder wollen. Im Burgund findet er grosse Pinots oder Chardonnays, auf Châteaux im Bordelais in der Regel Cuvées aus Merlot, Cabernet Sauvignon, Cabernet Franc, vielleicht noch Petit Verdot oder Malbec. Allenfalls in der Appellation Graves/Pessac-Léognan gibt es Güter, die Rotwein und Weisswein produzieren. Wer sich auf eine Expedition ins Wallis begibt (in meinem Fall nach Salgesch/Salquenen, siehe *Weltwoche*-Spezialheft «Wein und Genuss», erscheint am 20. April), steht in der kleinsten Kellerei vor einer Vielfalt ohnegleichen. Das Wallis kennt allein rund fünfzig Rebsorten, und viele davon erleben in den Zeiten, in denen das «Autochthone» Urständ feiert, eine veritable Renaissance. Weil meine Reportage in besagtem *Weltwoche*-Spezial sich ausschliesslich mit Pinot noir befasst, welche schwierige Traube im Rhonetal zwar nach wie

vor die wichtigste rote, aber keineswegs die einzige ist, sei diese Fussnote zu zwei Cornalins renommierter Pinot-Winzer erlaubt.

Im Gegensatz zur frühreifen Pinot ist die Cornalin erst spät reif. Vor Zeiten schlicht «alter Landroter» oder «Rouge du Pays» genannt, war sie um die Mitte des letzten Jahrhunderts fast verschwunden. Sie war zu schwierig. «Jedes Jahr», sagt Madeleine Gay, die retirierte Chef-önologin bei Provins, «frage ich mich vor der Ernte, warum ich mich bloss auf eine solche Misere eingelassen habe. Cornalin ist nicht nur im Rebberg kompliziert zu handhaben und zu verstehen, auch im Weinkeller ist er ein schwieriger Charakter. Die Frucht zu extrahieren, Konzentration zu gewinnen, die Tannine zu integrieren und Säure zu erhalten: Alles ist kompliziert.»

Die älteste Walliser Rebsorte, entstanden aus der natürlichen Kreuzung der zwei Aostataler Rebsorten Petit Rouge und Mayolet, lohnt freilich die Mühe der Tüchtigen. Aus ihr wird, in den richtigen Händen, ein ganz eigenständiger, fruchtiger und komplexer Roter mit Aromen von Schwarzkirschen, Nelken und etwas Zimt. Er kann Jahre brauchen, bis er sich öffnet. Der von Amédée Mathier ist schon erstaunlich zugänglich, der von Olivier Mounir (Cave du Rhodan) mit weniger Alkohol eine Spur würziger, pfefferiger, aber auch schon trinkbereit. Unverkennbar in beiden Fällen die mineralischen Noten. Ein grosses Vergnügen. Beide bestechen sie durch eine Eleganz, die den alten Namen «Landroter» Lügen straft: Beide sind sie keineswegs bäurische Weine, bei aller Eigenwilligkeit. Dem Agroingenieur Jean Nicollier, der den Cornalin 1972 neu entdeckte, und den Salgescher Tüftlern, die ihn in ihren guten (für den Pinot wohl zu guten) Lagen neu interpretieren, sei Dank.

Albert Mathier & Fils Cornalin AOC 2015.
14,5%, Fr. 25.–. www.mathier.ch

Cave du Rhodan Mounir Weine Cornalin AOC.
13%, Fr. 24.–. www.rhodan.ch

DIE  WELTWOCH

Vielfalt, die begeistert.



Jetzt bestellen!

www.weltwoche.ch/probeabo

Telefon 043 444 57 01





Auto

Frühling in Grün

Kaum steigen die Temperaturen leicht, nimmt man den Sportwagen wieder aus der Garage: zum Beispiel den McLaren 570GT. *Von David Schnapp*

Alles spricht von Tesla, aber die wohl erfolgreichste Neugründung im Automobilgeschäft war vermutlich McLaren Automotive im Jahr 2009. Der historische Kern der Marke geht zwar auf 1963 zurück, und Vierradhistoriker erinnern sich natürlich an den dreisitzigen F1, der ab 1993 gebaut wurde. Aber vor gerade mal acht Jahren entschlossen sich die Briten unter der damaligen Führung des exzentrischen Unternehmers und Formel-1-Teamchefs Ron

Dennis, den Markt für (Super-)Sportwagen mit eigenen Motoren und Carbonfaser-Fahrgastzellen aufzumischen. Knapp 3000 Fahrzeuge wurden 2016 gebaut, mehr als 4500 sollen es nicht werden, sagen die Verantwortlichen aus Woking in der englischen Grafschaft Surrey.

Das Fazit dieser kurzen Übersicht: McLaren baut nur wenige Jahre nach seiner Gründung mit die besten Sportwagen, die es zurzeit zu kaufen gibt. Der P1 (916 PS) mit Hybridmotor fährt in Vergleichstests regelmässig allen davon, im vergangenen September in Silverstone zum Beispiel La Ferrari und Porsche 918 Spyder oder der gleichen Konkurrenz in einem sogenannten Drag Race, wo der P1 in 20,11 Sekunden von 0 auf 300 km/h stürmt und den auch nicht gerade untermotorisierten Hypersportwagen aus Modena und Stuttgart mehrere Meter voraus ist.

Weil der P1 aber schwer bis unmöglich zu bekommen ist, habe ich mich mit einem 570GT beschieden; das ist die zurzeit komfortabelste, alltagstauglichste Art, McLaren zu fahren. Ein-

gebaut ist wie bei allen McLaren ein V8-Doppelturbomotor, allerdings ohne zusätzlichen Elektroantrieb. Aber die Eckdaten sind für ein paar schnelle Kurven nach Feierabend absolut ausreichend: 570 PS, in 3,4 Sekunden auf 100 km/h und eine Spitze von 328 km/h. Statt Flügeltüren gibt es hier ganz herkömmliche Einstiege und sogar eine kleine Gepäckablage hinter der Heckscheibe, die sich seitlich weit öffnen lässt. In «British Racing Green» und mit hellem Leder ausgeschlagen, sieht mein Testwagen zudem edel, aber nicht zu auffällig aus.

Und weil wir Autotester in der Regel ja nicht viel wissen über die Leute, die solche Fahrzeuge tatsächlich kaufen, da wir hier von uns gänzlich unbekanntem Einkommensklassen sprechen, habe ich einen wohlhabenden Unternehmer gebeten, mit mir mitzufahren. Der Mann besitzt eine Sammlung klassischer Mercedes, einen Ferrari, einen Porsche sowie weitere Fahrzeuge mit sechsstelligen Preisschildern. Auf einer flotten Landpartie im Gebiet Zug–Luzern–Zürich finden wir heraus, dass der 570GT bei aller Alltagsauglichkeit und etwas mehr Federweg ein ziemlich reinrassiger Sportwagen ist, an dem der Ferrari-Fahrer am Ende nur noch bemängelt, dass er akustisch etwas zu zurückhaltend ausgelegt sei. Statt italienischer Oper gibt es hier britisches Understatement, was aber durchaus für den McLaren sprechen kann.

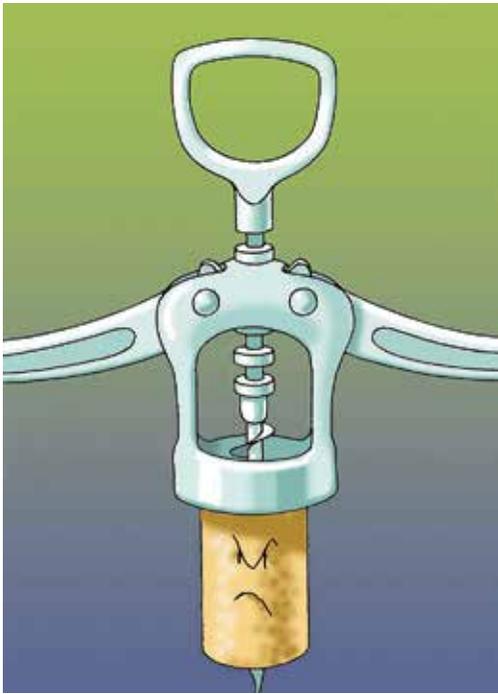
McLaren 570GT

Leistung: 570 PS / 419 kW
Hubraum: 3799 ccm
Höchstgeschwindigkeit:
328 km/h
Preis:
Fr. 212 800.–



Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als Gastgeberin den Wein, den der Gast mitgebracht hat, am gleichen Abend zum Essen servieren?

Rachel Kunz, Allmendingen

Falls dies so abgesprochen worden ist, auf jeden Fall, denn dann passt der Wein wahrscheinlich auch zum Essen. Wenn nicht, dann würde ich davon abraten, zumal hier einiges schief laufen kann. So könnte Ihnen der Wein zum Beispiel gar nicht schmecken, und den Gast wiederum damit zu konfrontieren, könnte die Gespräche in eine falsche Richtung lenken. Auch haben mitgebrachte Weine meist die falsche Temperatur, und ein warmer Rotwein, nicht zu reden von einem Weisswein, ist keine Gaumenfreude. Und noch etwas: Es kann auch sein, dass die mitgebrachte Flasche etwas über ihren Überbringer aussagen will, und dafür sollte man sich im Privaten etwas Zeit nehmen. *Chandra Kurt, Wein-Publizistin*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Wer Abtreibungen gutheisst, sägt an dem Ast, auf dem er oder sie sitzt.» *Christian Haslebacher*

Leben wird zur Wegwerf-Ware degradiert

Nr. 12 – «Sterben im Körbchen»;
Alex Reichmuth über Abtreibung

Es ist ermutigend, dass die *Weltwoche* sogar mit dem Titelbild sich dieses Tabus annimmt. Ich wundere mich immer wieder, dass Fachleute, ja die Gesellschaft insgesamt die Zusammenhänge nicht sehen wollen: Das Geschenk des Lebens wird zur Wegwerf-Ware degradiert. Kinder werden angeschafft, wie man sich ein Auto anschafft, dazu müssen zuerst alle Lebensumstände passen. Mit viel medizinischem Aufwand wird versucht, zu einem Kind zu kommen, nachdem jahrelang hormonell verhütet und damit der Hormonhaushalt gestört worden ist. Dann wird die «Qualitätsware Kind» geprüft und bei Makeln wieder aussortiert. Es ist gewollt, dass Eltern der Wirtschaft zur Verfügung stehen und ihre Kinder also möglichst früh in Kinderkrippen geben – nicht aber, dass sie sich die Zeit für die bestmögliche Betreuung nehmen können. Aber Liebe, verlässliche Beziehungen und Geborgenheit können nicht outgesourct werden. *Lisa Leisi, Dietfurt*

Wer die unantastbare Würde des ungeborenen menschlichen Lebens in Frage stellt, darf sich nicht wundern, wenn dies auch mit geborenem menschlichem Leben geschieht, zum Beispiel mit einem selbst. Wer vor Diskriminierung sicher sein möchte, muss sich gegen Diskriminierung der Menschen einsetzen. Dies gilt auch für ungeborene, vielleicht behinderte Menschen. Wer Abtreibungen gutheisst, sägt an dem Ast, auf dem er oder sie sitzt.

Christian Haslebacher, Märstetten

Warum darf ein Kind, wenn es eine Behinderung hat, nicht auf die Welt kommen und wie ein Mensch sterben, wenn seine Zeit gekommen ist? Und warum kann man dessen Mutter in dieser Zeit nicht begleiten und unterstützen, wie es sich gehört, wenn jemand in einer schwierigen Situation ist? Wer sagt denn, dass es der Frau ohne das Kind bessergeht? Zu wenig oder gar nicht beleuchtet wird der Umstand, dass gerade ein Abbruch tiefe Verletzungen auslösen kann, denn die seelische Verbindung in der Schwangerschaft kann man nicht leugnen. *Esther Schürch, Waldenburg*

Unvorstellbares Ausmass

Nr. 11 – «Von Abba zu Allah»;
Wolfgang Koydl über Schweden

Durch die schrankenlose Asylpolitik der rot-grünen Regierung ist Gewalt in unvorstellbarem Ausmass importiert worden. Die Polizei

hat sich ausserstande erklärt, die Sicherheit der Bevölkerung noch gewährleisten zu können. Gleichzeitig werden in Schweden alle ungünstigen Nachrichten über Einwanderer systematisch zensiert und unterdrückt. Brennende Schulen, die Jagd auf blonde Frauen, so viele Vergewaltigungen wie fast nirgendwo in der Welt, Waffengebrauch in den Städten auf offener Strasse sogar unter Einsatz von Handgranaten – davon erfährt man häufig nur im persönlichen Kontakt. Wegen der bis zur Perversion hochstilisierten politischen Korrektheit ist es der Presse nicht erlaubt, die Herkunft der Täter anzugeben. Auch die Justiz beugt sich den Vorgaben der Regierung. Schweden brüstet sich, die erste feministische Regierung der Welt zu stellen und politischen Mut zu zeigen. Doch als unter Führung der Aussenministerin Ann Linde eine Delegation von acht Frauen den iranischen Präsidenten Rohani besuchte, unterzogen sich alle der Kopftuchpflicht. Ein «Walk of Shame» in einem Land, wo Ehebrecherinnen gesteinigt und Homosexuelle gehängt werden. *Jürg Streuli, Wetzikon*

Frische Zeilen

Nr. 12 – «Fast verliebt»;
Kolumne von *Claudia Schumacher*

Für diese frische und stets erheitende Kolumne mit leisem Hohn und Spott möchte ich mich als Leser herzlich bedanken. Die einst holde Weiblichkeit ist arg auf Abwege geraten, und die erfolgreich umerzogenen Smoothie-Softies dulden diese Gleichmacherei tagtäglich. Ein krasser Mangel an Lebenslust ist die Folge. Vermutlich sind deshalb die Wartezimmer der Psychologen randvoll. *Daniel Gehring, St. Gallen*

Korrigenda

Im Artikel «Sterben im Körbchen» in der Ausgabe von letzter Woche schrieben wir, der parlamentarische Vorstoss von SVP-Nationalrat Erich von Siebenthal zum Thema Abtreibungen sei noch nicht beantwortet. Das ist falsch. Richtig ist, dass der Bundesrat die Interpellation am 3. März beantwortet hat. Wir bitten um Entschuldigung.

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort können nicht publiziert werden.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

1		2		3		4	5			6	7	8		9
						10		11						
12	13		14							15				16
17						18								
	19													
						20			21	22				
23		24		25				26						
27						28					29	30		
31			32		33			34						
		35				36					37			
38										39				
		40							41					

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Norm in geballter Form
 Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Er kennt das Savoir-vivre wie kaum ein anderer. 6 Für Schweizer die Frucht mit mythischer Wucht. 10 Die de' Medici erinnert klar an Cardinale. 12 Klatschen, doch nicht in, sondern nach der Theateraufführung. 15 Der Zeitmesser und sein gleichmässiger Gang, ihr sei Dank. 17 Passt als Fisch gut zu 14 senkrecht. 18 Das Tun setzt ein klares Ziel voraus. 19 Bei was auch immer, sein Sachverstand ist allerhand. 20 Nur soviel zu ihnen: Rosengewächs, Steinfrucht, orange Farbe. 23 Man kennt ihn vom Militärdienst her. 26 Die *Isle of ...* ist eine englische Region, Stadt und Diözese. 27 Zur Wahl stehen Waschmittel, dänische Insel und Fluss in Äthiopien. 28 Unklar, ob vor langer Zeit oder in ferner Zukunft. 31 Kein Wauwau, nur ein Wau mit Tragblättern in den Achseln. 34 Mehr Schein als Sein, und das Betragen ist kaum zu ertragen. 35 Solchen Ärger haben typischerweise vor allem Amerikaner. 37 Bestimmt kein hohes Haus, das Gebäude ohne sie. 38 Ob Geschirr, Kosmetik oder Pralinen, sie bietet sich für so manches an. 39 Ohne Moralisieren: Ein solches Spiel gibt schon zu denken. 40 Der Kir, so dann geradezu königlich. 41 Auch wegen seiner Härte ist er von manchen Frauen so begehrt.

Senkrecht — 1 Domino, nicht Spiel sondern mit ihm Boogie-Woogie. 2 Göttliche Liebe für gläubige Christen. 3 Laut Wikipedia einer „der ersten deutschen Berufsschriftsteller“. 4 Silbenrätsel und Pantomimespiel. 5 Für Zoologen ist der Elch ein Hirsch, für Poeten etwas anderes. 6 Mit ihm in England Richtung Ärmelkanal. 7 Auf die Pointe muss man erst mal kommen! 8 Los, so dann nur Grau in Grau. 9 Der Arbeiter sorgt für die Leistung, der Andere für diese Gegenleistung. 11 Das Adjektiv kommt dem Faulpelz leicht über die Lippen. 13 Wäre sie Wirklichkeit, wäre die Welt wohl ein Paradies. 14 Lieber nicht darin sitzen. 16 Eine passende Tätigkeit fürs Oberstübchen, Resultat ungewiss. 21 Zusammengedrehte und verdrehte Sache. 22 Einst Insel der Aphrodite, dort an der Südspitze des Peloponnes. 23 Mehrfachgarn, auch als Gürtelersatz und zur Kutte passend. 24 Die Stadt liegt an Herzegowinas wichtigstem Fluss. 25 Das o durch l ersetzt, wäre es der Jazzgitarrist Nate. 29 Senegal: Region wie Stadt und Palindrom. 30 Altes Griechenland: heilige Stätten inklusive göttlicher Kraft. 32 Die Therapie kann damit die persönliche Lebensqualität verbessern. 33 Eine Voraussetzung für unwiderstehliche Verführer. 36 Ein Dezi, nein, nicht Wein, sondern so dann (je nachdem) Lärm.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 510

B	E	G	A	B	T		F	O	R	C	I	E	R	T
U		A		R	I	G	I	D		H		S	O	E
D	A	R	A	U	F		G	E	W	I	T	T	E	R
E	V	E	N	T		T	H	R	O	N	E	R	B	E
	E		T	A	R	O	T		C		H	A	I	N
A	M	P	E	L		B		A	H	M	E	D		C
P	A	R	I		F	L	A	M	E		R	E	G	E
A	R	A	L	S	E	E		O	N	D	A		U	
C	I	S		T	U	R	B	U	L	E	N	Z	E	N
H	A	S	L	E	R		I	R	A	K		I	R	E
E		E		L	I	S	T		N	A	T	E	R	S
	K	R	I	E	G		S	Y	G	N		L	E	S

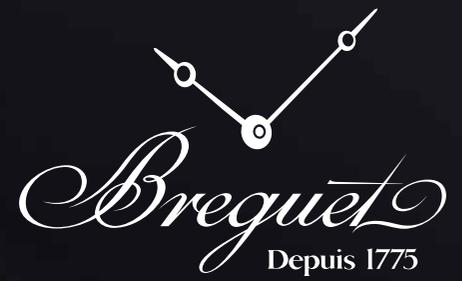
Waagrecht — 1 BEGABT 5 FORCIERT 11 RIGID 12 SOE(Südosteuropa) 13 DARAUF 16 GEWITTER 19 EVENT 20 THRONERBE 21 TAROT 22 HAIN 23 AMPEL 25 AHMED 26 PARI (-s) 27 FLAME 28 REGE 30 ARALSEE 32 ONDA (span. f. Welle) 34 CIS 35 TURBULENZEN 39 HASLER 40 IRAK 41 IRE (Interregio-Express) 42 LIST 43 NATERS 44 KRIEG 45 SYGN 46 LES (sel, franz. f. Salz)

Senkrecht — 1 BUDE 2 GARE (franz. f. Bahnhof) 3 BRUTAL 4 TIF 5 FIGHT (-er) 6 ODER 7 CHIN 8 ESTRAD 9 ROEBI (schweiz. Spitzname für Robert) 10 TERENCE (Trent D'Arby, US-amerik. Sänger) 14 AVE MARIA (Mariengebete mit dem einleitenden Gruss d. Erzengels Gabriel) 15 ANTEIL 17 WOCHENLANG 18 TEHERAN 20 TOBLER 23 APACHE 24 PRASSER 25 AMOUR (franz. f. Liebe) 27 FEURIG 29 GUERRE (franz. f. Krieg) 31 STELE 33 DEKAN 36 BITS 37 ZIEL 38 NESS

Lösungswort — **GEGEBENHEIT**



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien



Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur.

Tradition Automatique Seconde Rétrograde 7097

Inspiriert von den Subskriptionsuhren, interpretiert die Tradition Automatique Seconde Rétrograde 7097 Breguets reiches uhrmacherisches Erbe in perfekter, architektonischer Ausgewogenheit, allen voran durch die symmetrisch angeordneten Brücken. Auf der Rückseite, übernimmt der Rotor die ursprüngliche Form der Schwungmasse, die Abraham-Louis Breguet im Jahr 1780 für seine "perpetuellen" Uhren kreierte. Wir schreiben die Geschichte fort...

